Wildcat

#71

Herbst 2004

kostet 3 Euro

ent.würfe

Doktrin

Heinrich Heine

Schlage die Trommel und fürchte Dich nicht,
Und küsse die Marketenderin!
Das ist die ganze Wissenschaft,
das ist der Bücher tiefster Sinn.

Trommle die Leute aus dem Schlaf,
Trommle Reveille mit Jugendkraft,
Marschiere trommelnd immer voran,
Das ist die ganze Wissenschaft.

Das ist die Hegelsche Philosophie,
das ist der Bücher tiefster Sinn!
Ich hab sie begriffen, weil ich gescheit
Und weil ich ein guter Tambour bin.

Ein Liedtext fürs Lagerfeuer? Wandervögel? Klampfen mitbringen? Aber was soll dann der Hegel?
Wir schreiben das Jahr 1847. Metternich-Europa, Vorbild und Warnbild aller nachfolgenden europäischen Festungen, kracht in den Fugen. Gut dreißig Jahre zuvor war es errichtet worden. Noch einmal hatten sich die seit dem Mittelalter »legitimen« Kräfte durchgesetzt, die Landesherren »von Gottes Gnaden«, die Staatskirchen, mit denen sie verwachsen waren. Zusammenschlüsse der »niederen Stände« wurden mit Knute, Gefängnis und Straflager kontrolliert. Nicht besser stand es mit dem Austausch der Informationen und Meinungen.
Heinrich Heine, bewunderter romantischer Lyriker und brillianter politischer und literarischer Essayist, lebte seit 1830 in Paris im Exil. Ein Jahr vor der revolutionären Welle von 1848 veröffentlichte er ein Gedicht, das ein unüberhörbares Signal zum Aufstand gibt. Keine der nur zwölf kurzen Zeilen des Gedichts benennt ausdrücklich Sache und Ziel, aber jeder versteht, was gemeint ist: Gegen gekrönte Häupter und Talare, gegen das Elend der rechtlosen Massen. Vorwärts für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!
Äußerst einfach scheint das Gedicht konstruiert. Zwölf Zeilen, zehn davon enthalten Aufforderungen und Begründungen, je fünf an der Zahl. Im letzten Zeilenpaar gibt sich eine redende Person zu erkennen, die den Aufruf autorisiert. Adressat: Ein Trommler. Aber wer soll da trommeln? Einer? Alle, die es können oder vielleicht könnten? Der Text sagt es nicht, macht jedoch deutlich, dass »ein guter Tambour« das Vorbild ist.
Mit dem Tambour, der den marschierenden Truppen des revolutionären Frankreich und den Heeren Napoleons voranging, hatten die Menschen jenseits des Rheins schon Bekanntschaft gemacht. Dort, in Preußen vor allem, aber auch in Österreich und den deutschen Fürstentümern hatte der Impuls der französischen Revolution allerdings keinen Umsturz sondern eine neue historisch-philosophische Gelehrsamkeit hervorgebracht, die von Hegel und seinen Schülern dominiert wurde. Um die Auslegung der Hegelschen Philosophie wurde heftig gestritten. Drückt sich das Allgemeine Richtige nur im Bestehenden aus oder auch in möglichen Veränderungen? Heinrich Heine gehörte zu den ersten, die noch einen Schritt weiter gingen und Hegel revolutionär auslegten, sogar vor seinem Freund Karl Marx. Wenn die Idee einer Änderung ihrer Lage die Ausgebeuteten und Unterdrückten ergreift, dann ist bei ihnen das Allgemeine Richtige.
Heines Gedicht wendet sich nicht unmittelbar an die revolutionären Massen. Hier hören wir kein »Allons, enfants...«, kein »Wacht auf, Verdammte dieser Erde!«. Darin deutet sich eine Besonderheit Heines an und eine Differenz gegenüber Marx wie auch gegenüber den Kommunisten. Das Gedicht »Doktrin« wendet sich an einen einzelnen, auch wenn der (als Trommler) zu einer Mehrzahl gehören kann. Der Autor sah die proletarischen Massen nicht als sinnvoll handelndes Subjekt, aber er wußte, dass ihre Revolution berechtigt war.
Heine ist in der jüdischen Kultur des damaligen Deutschland aufgewachsen und hat seine Lebensgeschichte auch als Teil der jüdischen Geschichte verstanden. Er sah sich als Glied in einer Kette von Menschen, denen seit Jahrtausenden die Arbeit am Begriff von Richtig und Falsch, von Gut und Böse aufgetragen ist. In der mosaischen Tradition können Aufgaben nur persönlich gestellt werden. »Du sollst, Du sollst nicht...«
Also: »Schlage die Trommel und fürchte Dich nicht!« Der revolutionäre Elan ist ebenso wie das Glück der Küsse eine höchstpersönliche Angelegenheit (und dringend empfehlenswert). Dass die Weltgeschichte auch gute Drummer braucht, steht dazu nicht im Widerspruch.

Inhaltsverzeichnis

Wir waren das Volk 6
Anti-Hartz-Demos

Best of Reloaded
Jede Agentur braucht ihre Agenten 9
Dole Autonomy 10
vs. Die Wiederdurchsetzung der Arbeit

Die Erfahrungen der Pariser
Solidaritätskollektive – eine neue Etappe 15

Auto & Metall
Hartz V, Schrempp II... Streik bei Daimler 18
VW: Talente gesucht – Auto 5000 24
Blood Sweat and Metal – Metallklitsche 29

gegen.entwürfe 31
»Sind Sie Kommunist?« 32
Geschichte eines Jobbers

»Je weniger Geld man hat, desto 36
mehr Zeit braucht man, um sein
Leben geregelt zu kriegen.«
Arbeiten im Metallbau-Kollektiv

»...dass du auf irgendeiner 38
Telefonliste ziemlich weit oben stehst...«
Messebaukollektive

»...Werkzeugmacher ist scheiße...« 42
Metallarbeiter in halb Europa

»...dass ich als Kommunist in 45
die Fabrik gehörte...«
Biographie von Willi Hoss

Slumleben? Slum machen! 47
Mike Davis: Planet of Slums

Amerikanische Kriege – 51
Durchhalten bis zur Niederlage
Jonathan Neale: Der amerikanische Krieg 1960-1975

Chavez – cha basta! 54
Zelik/Bitter/Weber: made in venezuela
notizen zur "bolivarianischen revolution"

Mit Respekt durch die Krise? 58
Umbau der Unterhaltungsindustrie

Fire Music – schwarze Jazzmusiker 59
Buchbesprechung Respekt!

"Weder 'macho' noch 'real', nirgends 61
sexistisch, ständig ironisch ..."
testcard 13

Plattenbesprechungen 63
Wayne Kramer – von Spar – Animal Collective – Ambassador 21

Was bisher geschah... 65

Zu viele Arbeitslose mit zu vielen Gewehren 69
nächstes Kriegsziel Sudan?

Impressum 75

nach oder zu? Das Sich-Entwerfen des Menschen im Handeln.

»Gegenentwürfe« haben wir den Schwerpunkt dieser Nummer genannt. Er ist entstanden aus Interviews in Berlin, Potsdam, Mannheim und Stuttgart, die sich um die Frage drehten, wie Leute den Zwang Geld zu verdienen mit ihrem Leben und ihren politischen Projekten zusammen kriegen. (S. 31). Wenig arbeiten und sich nicht korrumpieren lassen: wie ist das möglich? Dazu passt auch die »Geschichte ohne Titel, doch aus dem wahren Leben«, die der englische Bergarbeiter John Dennis vor seinem Tod mit viel Witz aufgeschrieben hat – und dabei noch 80 Jahre englischer Klassengeschichte unterbringt (Beilage)

Laut Brockhaus ist bei Sartre »Entwurf« (*projet*) der »zentrale Begriff einer existenziellen Anthropologie, wobei das Sich-Entwerfen des Menschen im Handeln kennzeichnend ist für seine Existenz und zugleich die Struktur der Freiheit ausmacht.«

Ganz und gar Gegenteiliges lieferte die Suche nach »Entwurf« bei google am 11. September, und zwar an zweiter Stelle das: »USA drohen in neuem UNO-Resolutionsentwurf mit Sanktionen – Khartum soll Sicherheitslage in Konfliktregion spürbar verbessern – Sonst Sanktionen gegen Ölindustrie angedroht«. Auf den Sudan gehen wir ab Seite 69 genauer ein.

Und an erster Stelle das: »Die Regierung will den Entwurf zum Sozialbetrugs- Gesetz noch einmal überarbeiten... Konkret soll der Strafrahmen für Sozialbetrug (im Entwurf bis zu zehn Jahre) noch einmal überdacht werden... Aufgegeben wird der Plan, auch Kleindelikte – etwa das Erschleichen von Sozialleistungen – in das Gesetz aufzunehmen. Wer also beispielsweise mit unwahren Angaben Sozialleistungen erschwindelt oder zu Unrecht Krankengeld bezieht, der wird damit wie bisher als Betrüger verfolgt.« Dieser Schwachsinn spielt in Österreich – ArchäologInnen behaupten, dort seien noch nie Eier auf PolitikerInnen geworfen worden... Eine google-Ausgrabung findet unter der Überschrift **Der Griff nach den Eiern** einen sehr schönen Beitrag von Gerburg Treusch-Dieter im *Freitag* vom 3. September:

> *»Die Ehre, mit Eiern beworfen zu werden, wurde letzte Woche dem Kanzler in Wittenberge und Finsterwalde, diese Woche seinem Rivalen, Oskar Lafontaine in Leipzig zuteil. ... Was ist zuerst, die Henne oder das Ei? Wunderbar, Sie haben es erraten, es ist der Hahn... auf dem Mist, der*

Und sonst?

Der Pariser Eiffelturm ist am Mittwoch wegen eines Streiks geschlossen geblieben. Die Gesellschaft zur Nutzung des Eiffelturms teilte mit, die Mitarbeiter hätten ihre Arbeit niedergelegt, um einen Kollegen zu unterstützen, der disziplinarisch verwarnt worden sei. Am Eiffelturm sind etwa 250 Angestellte beschäftigt. Zu dieser Jahreszeit besuchen bis zu 15.000 Menschen täglich das Wahrzeichen.

entweder vögelt oder Hahnenkämpfe ausficht... die Hackordnung (spricht) sich in dem aus, was der Kanzler über seinen Rivalen verlauten ließ, als dieser am Montag unter Tausenden gegen ihn demonstrierte, "jeder", sagte der Kanzler, "hat das Recht, sich selbst zu diskreditieren".
Jeder ist gemeint, der unter Tausenden in 190 Städten der BRD gegen seine Diskreditierung demonstrierte. Allen wird von der Spitze der Hackordnung aus das "Recht" auf Selbstentwertung zugesprochen, durch das die hart gesottenen Reformen am Arbeitsmarkt, genannt "Hartz IV", sich legitimieren.
Dass das Volk aus der Perspektive des Gockels auf dem Mist ein "weiblich" qualifiziertes Federvieh ist, sollte der Kanzler durch die Eier dieses Viehs hautnah spüren, die ihm... keineswegs hart gesotten, entgegen geschleudert wurden.
Schröder verhielt sich, als sei die Schande des Lebens aller über ihn gekommen. "Anschlagsangst" titelten die Medien, er selbst sprach von der "Zerstörung der politischen Kultur"... Der Kanzler vergisst nicht nur, dass er selbst Eier hat, sondern er vergisst auch das Sprichwort, "wer Eier will, darf die Hühner nicht braten". Er muss seine Sichtweise also revidieren, weil die Hackordnung des Hahn-Henne-Modells auf Eierraub basiert. Dass dabei die Bestohlenen die Schande der sie Bestehlenden auf sich zu nehmen haben, ist klar, da der Eierraub unbemerkt bleiben, da er sich vollziehen soll, als ob "nichts" genommen worden sei. Fehlt doch was? Dann machen Sie doch von ihrem "Recht" auf Selbstentwertung Gebrauch! Kommen Sie Ihrer Pflicht zur Selbstausbeutung nach, dann fehlt ihnen nichts. Die Eierwürfe spiegeln zurück, dass dieser Griff nach den Eiern begriffen ist.«
(www.freitag.de)

Das hatten zuvor bereits die Arbeitsniederlegungen der DaimlerChrysler-ArbeiterInnen Mitte Juli »zurückgespiegelt« (S. 18), endlich wird in Umrissen eine Grenze für den neoliberalen Durchmarsch sichtbar. Eine Kraft, die mit der Opferperspektive bricht, und das jenseits des Deliriums »wir kippen Hartz IV«. Wobei »wir« in diesen Fällen jeweils die Demo-Anmelder plus ihre FreundInnen sind, eine Selbstüberschätzung, die nur im Verbund mit Gewerkschaften und PDS funktioniert – die »Struktur der Freiheit« an den Montagsdemos war hingegen, dass die Mobilisierung ohne solche Bündnispartner und Kontrollinstitutionen funktioniert hat.

Das Drohen mit einem »heißen Herbst« war schon immer eine Gewähr dafür, dass er hernach alles andere als heiß wurde. Aber der Hartz hat zum fünften mal gekräht und angekündigt, dass VW zwei Milliarden sparen muss, er möchte den gesamten VW-Konzern nach dem Modell von Auto5000 umstrukturieren (zu Auto5000 siehe S. 24). Neben der angekündigten Herbstoffensive der Arbeitslosen-Initiativen lauert also eine Unbekannte: lässt sich »das Federvieh« bei Opel und VW widerstandslos ausnehmen? oder nehmen sie den Entwurf der Daimler-ArbeiterInnen auf?

Ein google-Tipp zum Schluss – sucht mal nach »Gesundung der deutschen Wirtschaft«:

> *»... die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gestehungskosten (steht) einer Anpassung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse an die Umwälzungen auf dem Weltmarkt und damit auch einer Gesundung der deutschen Wirtschaft hemmend im Wege... Die deutsche Sozialpolitik muss endlich den seit Jahren von ihr eingehaltenen verhängnisvollen Weg der fortgesetzten Erhöhung der Einnahmen und der Leistungen der Sozialversic herungsträger aufgeben und das Ziel verfolgen, die Ausgaben ohne Zuschüsse aus dem ...etat zu decken. Das kann aber nur durch eine Senkung der jetzt weit überhöhten Leistungen geschehen ...*

Die gegenwärtige Wirtschaftslage verlangt mehr als je eine Auflockerung der bestehenden Erstarrung auf dem Gebiete von Lohn und Arbeitszeit... Wir halten ... die bisher durchgeführten Lohnsenkungen in ihren Auswirkungen noch nicht für zureichend. Die Selbstkosten müssen von der Lohnseite eine weitere Entlastung erfahren. Nur auf diesem Wege kann auf die Dauer eine Verringerung der Arbeitslosigkeit und eine Vermehrung der Arbeitsplätze erzielt werden.«

Das sind Ausschnitte aus einer Stellungnahme des *Reichsverbandes der deutschen Industrie* vom 4. Mai 1931 an Reichskanzler Brüning.
(gefunden auf *www.steinbergrecherche.com*, wo sich auch einer der besten deutschsprachigen aktuellen Texte zum Sudan findet)

Und noch was: seit dem 17.09.04 sind die Maggi-Arbeiter in Sindelfingen im Vollstreik. Dem aktuellen Zeitgeist entsprechend wollte die Leitung des zum Néstle-Konzern gehörigen Unternehmens die Wochenarbeitszeit um eine Stunde erhöhen, Pausen und Lohnzuschläge kürzen. Bleibt zu hoffen, dass das Beispiel Schule macht.

In diesem Sinne: Entwerft Euch im Handeln! Greift **zu** den Eiern!

Neben vier neu erschienenen Tonträgern (S. 63) besprechen wir in diesem Heft auch jede Menge bedrucktes Papier: Willi Hoss: *Komm ins Offene, Freund!* (S. 45), Mike Davis: *Planet of Slums* (S. 47), Jonathan Neale: *Der amerikanische Krieg 1960-1975* (S. 51), Zelik/Bitter/Weber: *made in venezuela* (S. 54), Christian Bröcking: *Respekt!* (S. 59), *testcard 13*(S. 61).

Nicht mehr reingepassst haben folgende geplante Buchbesprechungen, die wir im nächsten Heft nachholen werden: Mohr, Viehmann (Hg.): *Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte*, Verlag Assoziation A. isw, *Weltordnungskriege und Gewaltökonomien*. Lohoff, Trenkle u.a. (Hg.) *Dead men working*, Unrast-Verlag. Atzert, Müller (Hg.) *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität*, Westfälisches Dampfboot. Gerhard Hanloser: *Krise und Antisemitismus*, Unrast-Verlag

Abonniert die Wildcat!

Wir brauchen mehr AbonnentInnen! Durch Abos können wir die Auflage besser kalkulieren. Abos ermöglichen uns, direkt mit unseren LeserInnen zu kommunizieren. Sprecht deshalb auch Freunde, die die Wildcat ab und zu kaufen, darauf an: Im Abo habt Ihr die Wildcat immer gleich nach Erscheinen – und sie ist sogar billiger als im Buchladen: nämlich 6 Ausgaben für 15 Euro.

Unser Bestellformular im Internet findet ihr unter: *http://www.wildcat-www.de/aboform.htm*

Oder schreibt an *versand@wildcat-www.de*

Oder per snail mail: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

Bitte gebt an, ab welcher Nummer das Abo laufen soll. Natürlich könnt Ihr auch zwei oder mehr Hefte pro Ausgabe abonnieren.

Über Förder-Abos freuen wir uns natürlich besonders: 30 Euro für 6 Hefte.

Und hier noch ein »**ich-mach-das-jetzt**«-Argument: wer bis zum 1.11.2004 abonniert, kriegt ein Heft 'Dole Autonomy gegen die Wiederdurchsetzung der Arbeit' (Auszüge in diesem Heft ab Seite 19) dazu geschenkt.

Wir waren das Volk

(Transpi auf einer Leipziger Montagsdemo)

Während Arbeitsloseninitiativen, Sozialforen und diverse Bündnisse sich über Monate auf einen *Heißen Herbst* vorbereiteten, begannen mitten im Sommerloch in ostdeutschen Städten *Montagsdemos* gegen die Sozialreformen. Zigtausende gingen Woche für Woche auf die Straße. Was in Magdeburg als kleiner Umzug begonnen hatte, wuchs schnell an – und schrumpfte im September ebenso schnell zusammen als deutlich wurde, dass die Regierung nur kosmetische Korrekturen an *Hartz IV* vornehmen würde. Bisher ist nicht ausgemacht, ob die Montagsdemos der Auftakt zu einer allgemeinen Bewegung gegen den Angriff auf das proletarische Reproduktionsniveau waren, oder ob sie in die Sackgasse einer ostdeutschen Selbstverständigung münden.

Der Anfang: Magdeburg 26. Juli – 200 Leute; Medien und Polizei sagen 600

Obwohl im Vorfeld nahezu keine öffentliche Werbung gemacht wurde (nur in der »Magdeburger Volksstimme« war eine Kurzmeldung) und der Montagabend ziemlich verregnet war, schlossen sich zahlreiche MagdeburgerInnen spontan der Demo an.

Magdeburg 2. August – 6000 Leute

Für die Demo wurde offenbar über Mund-zu-Mund-propaganda mobilisiert, nicht über Plakate, Aufruftexte etc.. Sie begann recht gut, aber dann setzten sich ca. 80 Nazis mit zwei Transpis (»den Volkszorn auf die Straße tragen«) an die Spitze. Die Veranstalter meinten, jeder ist willkommen, der/die gegen Hartz ist.

Das Erscheinungsbild der Demonstration unterschied sich gründlich von dem der linksradikalen und gewerkschaftlichen Demos: keine Ordner, viele selbstgemalte Transparente, keine Lautsprecher, keine Kundgebung mit Reden. Stattdessen ganz normale Leute mit Fahrrädern, Kinderwagen oder in Arbeitskleidung.

9. August mindestens 40000 Leute in ostdeutschen Städten – erstmals auch in Hamburg und Köln

15000 in **Magdeburg** Diesmal Transparente gegen Sozialabbau *und* Rechts, in der Demo sind keine offen rechten Transparente mehr zu sehen. Die meisten wollten vor allem einen Arbeitsplatz. Teilweise waren die Leute richtig wütig, einige drohten sogar: »Arbeit für alle, sonst gibt's Krawalle«. Egal, was für Arbeit? – die Sprechchöre »Niedriglohn und Zwangsarbeit, dafür ham' wir keine Zeit« wurden des öfteren mit Ablehnung bedacht.

Der Angriff

Hartz IV markiert einen Paradigmenwechsel. Mehr als jede andere Regierungsmaßnahme geht die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe an eine der Wurzeln der spezifischen Organisation des Kapitalismus in der BRD. Taktisch ungeschickt, dass Hartz, als Personalmanager von VW, im Herbst 2004 auch für den Angriff auf die Standards in der Industrie steht.

Durch den Wegfall der Arbeitslosenhilfe werden alle spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit auf das selbe Niveau gedrückt. Die Anwendung des »Bedürftigkeitsprinzips« bedeutet, dass die Lebensverhältnisse der Arbeitslosen und ihrer Angehörigen ausgeschnüffelt werden (parallel dazu wurde das Aufspüren von Schwarzarbeit durch den nun waffentragenden Zoll massiv intensiviert). Damit sollen die »unklaren Ressourcen« ausgetrocknet werden, mit denen viele Arbeitslose noch ganz gut über die Runden kommen konnten. Das Abschaffen der Arbeitslosenhilfe soll genügend Druck aufbauen und sparen (sie schätzen, dass 600000 Leute sofort aus dem Leistungsbezug rausfliegen).

Der frühere Sozialminister Blüm, ein *Hartz IV*-Gegner, warnt davor, dass damit »uralte Gerechtigkeitsvorstellungen« verletzt würden. Nach zwanzig oder mehr Jahren in der Fabrik war bislang garantiert, dass man im Fall der Arbeitslosigkeit und im Alter ein Auskommen hatte, das sich am letzten Arbeitseinkommen orientierte, und sogar an die Lohnsteigerungen in der Industrie angepasst wurde. Mit dem Wegfall bricht eine der legitimatorischen Säulen des »rheinischen Kapitalismus« weg; der soziale Frieden in diesem Lande basierte auch auf der dauerhaften Trennung der Kernarbeiterklasse von den Sozialhilfeempfängern.

Hartz IV demütigt die Leute. Ihr Einkommen wird auf die Grundbedürfnisse zusammengestrichen, manchen wird es sogar ganz entzogen, so dass sie dauerhaft finanziell von ihren EhepartnerInnen abhängig werden. Zweites kann die Sachbearbeiterin jeden ALG-Bezieher bei Drohung der Einkommensstreichung dazu zwingen, eine putzige Uniform anzuziehen und im Park den Müll zusammenzulesen. Dafür bekommt er dann ein »Almosen« von einem Euro extra die Stunde. Diese Kränkung geht tiefer als Politikverdruss.

Für den Osten, wo sich 15 Jahre nach der Wende nur wenige hochproduktive Inseln aus einem Meer der Stagnation und Arbeitslosigkeit erheben, heißt *Hartz IV* Ende der Fahnenstange; der Aufbau ist zuende, mehr gibt's nicht! Abwandern oder arbeitslos auf unterstem Reproduktionsniveau.

Wer geht auf die Straße

Die Montagsdemos waren nicht von SPD und Gewerkschaften organisiert (um auf einen Regierungswechsel hinzuarbeiten, wie im Januar 1998) und nicht vom DGB finanziert (wie am 3. April 2004). Weder der C*opyright*-Anspruch einiger ehemaliger DDR-Bürgerrechtsler auf die Marke »Montagsdemo« noch die Hetze von DGB-Chef-

Sommer, die Organisatoren seien eine Front aus PDS und NPD, konnte die Leute davon abhalten, montags ihre Wut verbal rauszulassen. Und die kam recht derbe rüber: »Abschießen, das Dreckschwein!«, »Clement in den Tagebau; Schröder in die Produktion – aber zum Hungerlohn!«

Nach 14 Jahren des Vertröstens haben die Leute die Schnauze voll: sie glauben einfach nichts mehr, und die Demos waren eine Möglichkeit, das öffentlich und offensiv zu machen. Eine wütende Leipziger Rednerin: »Wir wählen diese Schweine einfach nicht mehr. Wir sind selbst genug. Wir wählen das nächste mal uns selbst!« Hier sprechen keine VertreterInnen. Hinter den Demos in Leipzig, Magdeburg, Senftenberg oder Stralsund steckt nicht der Apparat von DGB oder PDS, sondern die kleinen, lokalen Sozialforen, Leute von der Basis, Gruppen, die schon Anti-Kriegs-Demos organisiert haben, lokale Gewerkschaftsaktivisten bzw. PDS-Mitglieder, anderswo werden Leute aktiv, die bisher noch gar nicht in Erscheinung getreten sind. Entsprechend uneinheitlich sind auch die Demonstrationen, aber in ihrer großen Mehrheit waren es im Osten »ganz normale Leute«, es waren »proletarische Demos«.

Wer zu spät kommt...

In allen westeuropäischen Ländern wurden in den letzten Jahren die Rentengesetze reformiert und die Einkommen der Arbeitslosen gekürzt. Im Gefolge der Wiedervereinigung hat die sehr hohe und regional konzentrierte Arbeitslosigkeit im Osten verhindert, dass diese Einschnitte in der BRD schon in den 90er Jahren angepackt werden konnten. Die jetzigen Angriffe sind sozial unausgewogen, volkswirtschaftlich kurzschlüssig – und können nicht durch das Versprechen, Jobs zu schaffen, legitimiert werden. Selbst konservative Wirtschaftstheoretiker sehen diese Schräglage bei *Hartz IV*. Denn zur Rechtfertigung solch scharfer Einschnitte ist die glaubwürdige Versicherung vonnöten, dadurch wäre »Vollbeschäftigung« erreichbar. Kurz vor der Bundestagswahl 2002 waren Hartz und Schröder tatsächlich mit der Ankündigung vor die Presse getreten, ihr Programm würde zur Halbierung der Arbeitslosigkeit führen! Die Entwicklung im Osten widerlegt aber alle Behauptungen, durch Niedriglohn und Flexibilität würden Arbeitsplätze entstehen. Inzwischen ist klar geworden, dass sich ganze Generationen als *working poor* in Minijobs und Zwangsarbeitsprogrammen wiederfinden oder bis zur Rente arbeitslos sein werden. Selbst die Regierung ist von ihrer der Behauptung abgerückt, *Hartz IV* würde Jobs schaffen.

... muss mit Montagsdemos rechnen

Die Erosion der sozialdemokratischen Basis ist in vollem Gange. Die Wahlalternative mobilisiert viele Leute und könnte von der Zusammensetzung her die erste »Arbeiterpartei« in der BRD werden. Wie ausgezehrt die politische Klasse in der BRD ist, konnte man im August live erleben. Politiker zofften sich quer zu ihrer Parteizugehörigkeit bzgl. des richtigen Umgangs mit den Demos, Sachsens Ministerpräsident, der die Gesetze mit verabschiedet hat, wollte sich am liebsten in den Demonstrationszug einreihen, und die DGB-Führung hatte Angst davor, zur Teilnahme an den Demonstrationen aufzurufen. Die Nerven lagen blank, Schröder drehte fast durch wegen ein paar Eiern ... Die einfachsten Formen von kritischem Dialog (nämlich überhaupt zu versuchen, sich bemerkbar zu machen) und demokratischer Meinungsbildung

wurden mit drohendem Zusammenbruch der Ordnung gleichgesetzt und als »Gewalt« diffamiert. Dieses Erschrecken der gesamten »politischen Klasse« hat die Demos weiter ermutigt und anschwellen lassen. Als Schröder sich im September dann mit DGB-Chef Sommer traf, um die Durchführung von *Hartz IV* zu bereden, hatte das etwas Gespenstisches. Denn Schröders Agenda-2010-Rede vom Frühjahr 2003 war der bewusste Bruch mit dem bisherigen korporativen Modell gewesen: Gewerkschaften und SPD-Untergliederungen wurden vom Entscheidungsprozess ausgeschlossen, um den Angriff nicht auf bewährte Art zu verwässern. Der DGB war bis zuletzt ängstlich darauf bedacht, nicht zu den Montagsdemos aufzurufen ... wie soll er jetzt was integrieren und kontrollieren können?

Grenzen...

Die Leute gingen im August massenhaft auf die Straße, um ihre Wut auszudrücken und ließen sich von der Medienhetze nicht beeindrucken. Die Demos waren ein spontaner Ausbruch und als

Auf jeden Fall war mächtiger Frust und Wut da (ein paar Angestellte der Staatskanzlei wurden offenbar von wütenden Demonstranten am Nachhausefahren gehindert, bei der ersten Demo haben mehrere dem Anschein nach durchaus ernsthaft das Für und Wider eines Rathaussturms erörtert. Ähnliches wurde z.B. aus Köthen berichtet.)

10 000 in **Leipzig** Gewerkschaften, Kirchen, K-Gruppen, Nazis, Anarchisten und andere – »Weg mit Hartz IV« ist Konsens, aber alle wollen in irgendeine Richtung weiter. Radikale Flugis werden interessiert angenommen, insgesamt herrscht aber eine dumpfe Dagegen-Stimmung.

16. August
Die erste »richtige« Montagsaktion in **Duisburg**. 200 Leute, die sich etwa zwei Dutzend Reden am »offenen Mikro« (lauter für MLPD-Leute, leiser für den Rest) angehört haben, was sich über eineinhalb Stunden hinzog. Danach gab es noch 10 Minuten Demo unter den Klängen des MLPD-Singekreises.

In **Düsseldorf** waren 650 bis 700 Leute. MLPD mit open mike, PDS mit ihrem Sozialforum, ISL, Arbeitslosen-Ini, die Antifa mit eigenem Flugi. Überraschend viele, die seit Jahren (außer Irak-Krieg) nicht mehr auf Demos waren.

Über 20 000 in **Leipzig**. Viele Arbeitslose, ältere Leute, aber auch ein paar ganz junge, die so gar nicht nach 'Demo' aussahen. Nicht viele eigene Transparente, keine Sprechchöre, keine Lautsprecherwagen... also mehr oder weniger ein Schweigemarsch.

In **Potsdam** waren ca. 500 Leute auf der Kundgebung, organisiert von der »Familienpartei« und den »Grauen Panthern«. Die PDS, DKP und der Arbeitslosenverband Brandenburg waren auch da, Faschos keine. Der Typ von den Grauen forderte eine »Volksfront« gegen die Regierung und hatte auch gleich einen sieben-Punkte-Plan zur Rettung Deutschlands – (illegale Beschäftigung von Ausländern bekämpfen, deutsche Konzerne zurück nach Deutschland...).

16. und 23.August in Magdeburg

Beide Male haben sich Nazis unter Polizeischutz gegen Ende der Demo eingereiht und wurden von Antifas mit Sprüchen usw. begleitet. An der Haltung der Mehrheit der DemonstrantInnen zu dieser Problematik hat sich anscheinend nix geändert. Die Beteiligung flaut langsam ab, die Stimmung scheint bei Teilen immer aggressiver zu werden.

23. August
Auch in Potsdam waren es nicht mehr als letzte Woche, einige Fahnen mehr, die Gewerkschaftsjugend von IGM und IGBau waren diesmal da.

6. September
200 in Eisenach. Das Bündnis gegen Sozialkahlschlag Eisenach lässt am Anfang die Prinzipien der Montagsdemo Magdeburg abstimmen: jedeR darf mitmachen, von Faschisten grenzen wir uns ab usw.. Dann geht die Demo los: verschiedene Organisationen der MLPD, viele Ältere von der PDS, ungefähr die Hälfte sind »normale« Arbeitslose. Die Eisenacher Kameraden (15 zumeist kahlköpfige Typen zwischen 20 und 30) werden nach hinten verwiesen, fünf Bullen eskortieren sie. »Das Volk« ist zwischen der bürokratischen Bevormundung der MLPD und den Faschisten eingeklemmt und zeigt leider wenig Selbstorganisation und Eigeninitiative.

9. September
Donnerstag auf der Erfurter »Montags«demo: 600 Leute, abnehmende Tendenz, Auftaktbeiträge von der Gewerkschaft, einem »normalen« Erfurter und einem jüngeren Menschen aus dem unabhängigen linken Milieu.
Den Leuten scheint zu dämmern, dass diese Art von Demos nicht weit führt. Viele sind wirklich wütend, enttäuscht über die Kaltschnäuzigkeit der Regierung, versprechen sich von denen da oben gar nichts mehr.

13. September
2000-3000 in Magdeburg

Zunächst einmal lieferten sich Protestführer Ehrholdt, Sozialforum und »Mar-

solcher unberechenbar für die Politiker. Das war ihre wichtigste Stärke. Ihre größte Schwäche war, dass zu wenig selbstorganisierte Strukturen entstanden waren, als sich die Organisatoren im September in die Rolle drücken ließen, Vorschläge zu machen.

Natürlich hat Lafontaine bei seiner Rede in Leipzig verschwiegen, dass er als Finanzminister sofort nach der Regierungsübernahme 1998 Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammen legen wollte. Stattdessen trug er eine *volkswirtschaftliche* Kritik an *Hartz IV* vor: Es sei ökonomisch unsinnig, alle Lasten auf die ArbeiterInnen und Arbeitslosen abzuwälzen, solange es keine neuen Jobs gibt. Lafontaine will erst den Aufschwung und dann den Arbeitszwang. Und er kann damit an den gemeinsamen Nenner des Protests andocken: »Arbeit statt Hartz IV« – keine Kritik des Kapitalismus, sondern der Wunsch, er möge funktionieren.

Im Westen gab es auch deswegen nie eine Arbeitslosen*bewegung*, weil gar nicht alle »Arbeit« woll(t)en, weil gerade die politisch aktive Minderheit der »Erwerbslosen« die »Staatsknete« als eine legitime Form von Einkommen behandelt(e). Im Osten hingegen wird Arbeit vor allem als Teilhabe an der Gesellschaft, Arbeitslosigkeit als Ausschluss davon begriffen. Was die großen Demos im Osten möglich macht, ist gleichzeitig (noch?) ihre Schranke. Doch wenn es als Belohnung für die »Arbeit her!«-Rufe jetzt 600 000 Ein-Euro-Jobs gibt, erledigt sich vielleicht endlich die dumme Losung »Hauptsache Arbeit!«. Die Ein-Euro-Zwangsjobs werden verdammt, so hatte man es schließlich nicht gemeint.

Hier fallen aber die vermeintlichen Bündnispartner Wohlfahrtsverbände den HartzIV-GegnerInnen in den Rücken. Nachdem sie monatelang die Kürzungen kritisiert hatten, sofern sie ihre Klientel (und damit ihre Einnahmen) betreffen, entdeckten sie dann im Sommer die andere Seite der Reform: sie können mit Hilfe der Ein- oder

Zwei-Euro-Jobs tausende Stellen billig besetzen. In den Worten des Pressesprechers der *Arbeiterwohlfahrt*: man müsse *Hartz IV* eine Chance geben, schließlich gehe es um die Schaffung von Arbeitsplätzen. Zwischenzeitlich ist die AWO schon mal aus dem Bundesmanteltarifvertrag ausgestiegen...

... überwinden?

Die Mehrheit der MontagsdemonstrantInnen hat die Notwendigkeit »zu sparen« nicht prinzipiell in Frage gestellt – nur eben nicht bei den Arbeitslosen, den Rentnern usw. Mit Diskussionen über gerechtes/ungerechtes Sparen droht die Bewegung gegen die Hartz-Gesetze sich in ihr Gegenteil zu verkehren. Was dem Regierungsprogramm mit seiner Zerstörungswut fehlt, ist ein positiver Entwurf, eine Art neuer Gesellschaftsvertrag, der der kapitalistischen Produktionsweise und dem Staat neue Legitimität verschaffen könnte. Über einen solchen Entwurf aber wollen die Kritiker gern in ein sachliches Gespräch kommen. Forderungen nach einem Existenzgeld von 1000 oder mehr Euro werden in dieser Auseinandersetzung nicht mehr sein als Beiwerk der Ausgestaltung eines neuen Modells kapitalistischer Verwertung. Allzu krasse »Ungerechtigkeiten« am Gesetz werden korrigiert, und mit einigen kosmetischen Veränderungen, wie dem Vertrauensschutz für die über 58jährigen, wird *Hartz IV* dann durchgesetzt...

Auch die Parole, Geld sei genügend da, man müsse es nur anders verteilen, ist nur scheinbar radikal und schlägt aus dem Protest – ganz auf der Linie von Lafontaine – Legitimation für den Kapitalismus. Sie verschweigen den eigentlichen Skandal der kapitalistischen Verwertung: der Arbeiterklasse soll es schlechter gehen, weil ihre Arbeit produktiver geworden ist. Mit Vernunft hat das nicht viel zu tun, mit Ökonomie schon. Weil wir mit immer weniger Arbeit immer mehr produzieren können, sollen wir den Gürtel enger schnallen und mehr arbeiten. Alle Proteste des Inhalts »Sparen Ja, aber nicht bei uns!«, alle Vorstellungen von »gerechterer Verteilung« befördern diesen Mechanismus und helfen dabei mit, die ArbeiterInnen weltweit gegeneinander in Konkurrenz zu setzen, machen ihn zu einem Naturgesetz. Wenn in China die Produktivität steigt, was sollte daran schlecht sein? Prima für alle – weniger Arbeit, mehr Zeit, ein besseres Leben. Nur in einer Welt, in der die Teilhabe am Reichtum an die Verausgabung der eigenen Arbeitskraft (oder die Verfügung über fremde) gekoppelt ist, kann das ein Problem sein. Wenn wir arbeitslos sind, fehlt uns nicht die Arbeit, sondern die Möglichkeit, all die Dinge zu tun, die wir gern tun würden. Sich bewe-

gen (Öffentlicher Nahverkehr), verreisen (Bundesbahnpreise), ins Konzert oder Kino gehen, bis hin zu den Maschinen, die wir brauchen, um die Welt zu machen, »wie sie uns gefällt«...all das ist noch immer an *Geld* gebunden.

Und die radikale Linke?

»Überall wurden uns im August die Flugis aus der Hand gerissen: in den Demos, von PassantInnen, vor Arbeitsämtern«, erzählen alle. »Wir hätten noch mehr los werden können; die Leute wollten was wissen«.

Als größte Grenze der Demos empfinden die allermeisten Beteiligten natürlich, dass viele zehntausend Menschen auf der Straße »nichts ändern können«. In anderen Ländern haben wir in den 90er Jahren bereits erlebt, dass wesentlich größere und radikalere Mobilisierungen die Angriffe auf den Sozialstaat nicht abwenden konnten. Diese offensichtliche Machtlosigkeit demoralisiert. Das kann die Hoffnung auf den starken Mann schüren, oder Bedarf nach politischer Repräsentation wecken, es kann aber auch dazu führen, dass die richtigen Fragen gestellt werden.

Die Nazis halten wir für die kleinere Gefahr. Sie können zwar in einigen Städten offen auftreten, und sie haben einfache und häufig radikalere Antworten auf die »soziale Frage« als linke Parteien. Aber bis auf ihren symbolischen Erfolg in Magdeburg, wo es ihnen einmal gelang, die Demo anzuführen, blieb ihr Einfluss marginal. Wie in Leipzig wurden Neonazis auch anderswo verbal der Demo verwiesen – ohne sie jedoch tätlich anzugreifen. In vielen Städten waren die Organisatoren unbeholfener, gaben sich betont unpolitisch, oder ließen verlauten, man wolle »niemanden ausgrenzen«. Wo Nazis selbst Anti-Hartz-Demos anmeldeten (in Wolgast als Bürgerinitiative »Schöner Wohnen Wolgast«, in Herne/Ruhrgebiet ...), endete das desaströs mit wenigen Teilnehmern und unter dem Spott der Öffentlichkeit.

Die *ak* hoffte, die PDS könne die Demos unter Kontrolle kriegen, weil »uns« (?) sonst langanhaltende soziale Proteste von rechts drohen. Eine solche Position ist sicherlich nicht links*radikal* – sie ist zudem falsch, denn das größere Problem waren die linken Vereinnahmer. Wohlmeinende Gewerkschafter oder die »Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit« begleiteten die Proteste mit allerlei Vorschlägen zur Besteuerung der Superreichen und Unternehmen, mit alternativen Konjunkturprogrammen. Die MLPD hat mit ihren offenen Mikros zunächst Einfluss gewonnen – und dann die Demos in eine offene Spaltung getrieben. Auch innerhalb der Sozialforen gab es Rangeleien und Machtkämpfe, für die die Masse der DemonstrantInnen nur das nichtsahnende Fußvolk abgeben.

Stattdessen müssen wir den Kampf vor Ort verbreitern, die alltäglichen Konflikte auf den Ämtern ermutigen und politisieren, Selbstorganisierungsprozesse von unten befördern. Der Protest muss andere Ausdrucksformen finden, die den vorgegebenen Rahmen sprengen, er muss phantasievoller und direkter werden. Wir dürfen auf keinen Fall drei

Monate mit der Vorbereitung auf den »Agenturschluss« verplempern. Arbeitsagenturen kann man auch jetzt schon besetzen, man kann Enteignungsaktionen in Nobelgeschäften durchführen, das Schwarzfahren und proletarische Einkäufe organisieren. Und vor allem: weg mit dem Größenwahn, »wir« könnten mit ein paar Demos »Hartz kippen«! Das Mobilisieren auf Großereignisse wie den 2. (oder 3.) Oktober befördert den Dialog mit den Herrschenden. Warum gehen die Demos nicht mal zu den Betrieben, wenn Schichtschluss ist?

Es gibt ein breites soziales Unbehagen. Es gibt Wut und Hass in den Betrieben. Aber bisher bleiben die Leute in ihren Rollen, sind streikende Studis, wütende Arbeitslose, KriegsgegnerInnen, ArbeiterInnen, die sich gegen Lohnsenkungen oder Ausweitung der Arbeitszeiten wehren. Ab und zu wurden aber schon kleinere Betriebsdelegationen auf Montagsdemos gesichtet. Dauerbeschäftigte ArbeiterInnen interessieren sich für die Arbeitslosen, weil sie tendenziell auch betroffen sind. Und die allgemeine Empörung über *Hartz IV* hat im Juli auch zur Mobilisierung der Daimler-ArbeiterInnen beigetragen. Hier sollten wir ansetzen. Politisierungs- und Selbstorganisierungsprozesse von unten anregen. Das Betätigungsfeld war schon seit vielen Jahren nicht mehr so groß und so vielversprechend. ■

xisten-Leninisten« über Mikrofon Redegefechte. Ehrholdt hatte als Auftakt wie gewohnt eine seiner ebenso kurzen wie inhaltsleeren Reden gehalten (er zähle sich zu den »demokratischen Kräften« und wolle keinen »Umschwung« wie die Extremisten von links und rechts).
Die Krönung war die Abschlusskundgebung, wo u.a. ein Irrer aus der Ehrholdt-Riege gegen die »Milliarden von Windrädern« in Deutschland und die »30% Zinsanteil im Brot« vom Leder zog.
Allerdings waren die Meinungen zu den Reden auf der Abschlusskundgebung durchaus geteilt, nicht wenige verließen kopfschüttelnd den Platz.

Am 13.9. waren in **Sentftenberg** noch 2000-3000 Leute auf der Straße, keine Parteien, keine sichtbaren Nazis und keine Linkssektierer, dafür ausschließlich offenes Mikrofon und gute Stimmung.

Freiburg
Ca. 150 Leute sind eine Stunde durch die Innenstadt gezogen, MLPD, Linksruck und diverse Gewerkschaftsredner hatten abwechselnd das Mikro in der Hand. Vor zwei Wochen waren es mehr gewesen, auch die Mischung war anders, nicht nur Leute aus Szene bzw. Organisierte, man hatte auch den Eindruck gehabt, dass es zwischen Demo und den »Umstehenden« ne Dynamik gab... das hat diesmal gefehlt.

Berlin
Die Demo war wieder ziemlich widersprüchlich, ein großes Durcheinander. Es waren deutlich weniger Leute, als beim letzten Mal. Richtig unangenehm wurde es, als der Oberredner der MLPD bei der Abschlusskundgebung sich in die Rolle des Vertreters der Demokraten (»100 000 für den 3. Oktober«) gegen *attac* und den 2. Oktober steigerte. Es war eine richtige Spaltung inkl. »Spontankundgebung« der MLPD nach Beendigung der Demo (zum Zwecke einer Resolutionsabstimmung für den 3. Oktober).

Jede Agentur braucht ihre Agenten

Die Bundesanstalt für Arbeit wird nach dem Vorbild der britischen job centre umgebaut. Diese Umstrukturierung provozierte in Großbritanien Kämpfe der dort Beschäftigten, die sich im April 2002 zum längsten Streik im Öffentlichen Dienst in den letzten zwanzig Jahren ausweiteten. Aus beiden Gründen haben wir aus der Broschüre dole autonomy (Beilage im Wildcat-Zirkular 48/49, März 1999) die interessantesten Passagen zusammen gestellt.

In den Mobilisierungen gegen Hartz IV fehlen bisher die Arbeitsamts-Angestellten. Die 90 000 Beschäftigten der alten Arbeitsämter hatten es bisher nicht nötig, auf die Straße zu gehen, sie konnten mit *Dienst nach Vorschrift* noch jede Umstrukturierung verhindern. Diese Erfüllungsgehilfen des Sozialstaats, die zuletzt noch für einen enormen Anstieg der Sperrzeiten sorgten, sollen jedoch Hartz nicht nur umsetzen, zugleich werden ihre Arbeitsbedingungen – wie durch keine vergleichbare Umstrukturierung – angegriffen.

Hartz I-III haben die 180 Arbeitsämter in Agenturen und die Landesarbeitsämter in Regionaldirektionen verwandelt, sie haben Zuständigkeiten, Strukturen und Entscheidungskompetenzen geändert. Nun werden viele Agenturen für Hartz IV umgebaut, in der Regel bekommen die *job center* für die ALG II-BezieherInnen eigene Eingänge und Wachpersonal. Zur Umsetzung werden 2 000 Leute der Telekom-Beschäftigungsgesellschaft *Vivento* in den Osten geschickt, auch im Westen soll das eigene Personal nicht reichen. Abteilungen wurden aufgelöst und neue Teams gebildet, niemand weiß, wo er/sie in den nächsten Monaten arbeiten wird. Auf diese Unsicherheit reagierten die unteren und mittleren Ebenen wie gewohnt individuell: *Dienst nach Vorschrift* und enorm hoher Krankenstand. Aber die – häufig ausgetauschten – Führungskräfte ziehen durch: Hartz IV kommt!

Der Superminister Clement zeigte sich im Frühjahr 2003 bei seinem Besuch eines britischen *job centre* begeistert von deren »Effektivität«. Effektivität auf Deutsch: im Musterbezirk Streatham kommen auf 1 300 Vermittlungen 850 (sechsmonatige!) Sperrzeiten jährlich. In Britannien arbeiten mittlerweile fast 40 Prozent der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst für einen Bruttolohn von weniger als 15 000 Pfund im Jahr. Damit gehören zwei Fünftel der Angestellten und Beamten der britischen Regierung selbst zu den *working poor*, den arbeitenden Armen. Auch in Britannien sorgte die »Reform« vor allen Dingen dafür, daß Hunderttausende Menschen schlicht und einfach aus dem Bezug rausgedrängt wurden. Zusätzlich wurden durch diverse statistische Tricks und Neudefinitionen die offiziellen Arbeitslosenzahlen niedrig gerechnet. Ähnlich zimmert sich Clement seine Belege für den Erfolg der »Reform« zurecht: *Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung* (Ein-Euro-Jobs) sollen die Statistik um 600 000 senken.

Zur Seite springen ihm – wie in Großbritannien – die karitativen und sozialen Wohlfahrtsverbände. Nach dem ersten Aufschrei über den massiven Angriff auf ihre Klientel haben sie schnell begriffen, dass sie in Zukunft noch mehr gebraucht werden – und dass ihnen Hartz IV massenhaft BilligarbeiterInnen in die Hände treibt!

Können wir uns vorstellen, dass deutsche Beamte und Angestellte des Öffentlichen Dienstes sich mit den Montagsdemos solidarisieren? selber teilnehmen? gar gegen die »Reform« streiken? Während in Großbritannien die Grenze zwischen den KundInnen und Angestellten der *job centres* verschwamm (und auch tatsächlich häufig Ex-Arbeitslose eingestellt wurden), begreifen sich viele SachbearbeiterInnen der Bundesagenturen noch immer als ausführende Staatsorgane. Die bekannten Geschichten über Willkür und behördlichen Sadismus erleben in der bisherigen Hartz-Umsetzung ihre Fortführung und gewollte Zuspitzung.

Die repressive *workfare*-Politik konfrontiert die Beschäftigten nicht nur unmittelbar mit ihren »Kunden« und zwingt sie – über den Umweg der Sorgen um die eigene Sicherheit – damit, sich mit den Folgen der eigenen Arbeit auseinander zu setzen. Auch die Bewegung gegen die Hartz-Umsetzung, wie beispielsweise die Drohung der autonomen Kampagne »Agenturschluß«, am 3. Januar 2005 Arbeitsagenturen und PSA dicht zu machen, zwingt die SachbearbeiterInnen, sich mit ihrer repressiven Funktion auseinander zu setzen. Außerdem verschlechtern sich ihre eigenen Bedingungen auch ganz unmittelbar. Aber ob sie gemeinsam dagegen kämpfen, hängt letztendlich von der Entscheidung ab, Täter im Namen des Staates oder Lohnabhängige zu sein. Zweiteres würde tendenziell eine Institution infragestellen, deren repressive Funktion die Spaltung in »Angestellte« und »Kunden« voraussetzt. ■

Dole Autonomy vs. Die Wiederdurchsetzung von Arbeit

Aus dem Vorwort zur deutschen Ausgabe:

Warum gibt es keine Bewegung der Arbeitslosen, wo doch fast die gesamte radikale Linke arbeitslos ist und die Regierung(en) in den letzten Jahren massive Angriffe auf das Arbeitslosengeld, also das »dole«, gefahren haben? Die Broschüre zeigt, warum die Benutzung von Sozialkohle gerade nicht zu Bewegung führt, weil sich das besser im Stillen aushandeln läßt. Sie beschreibt auch die Kämpfe der Angestellten auf den Arbeitsämtern und thematisiert diese als Arbeiterkämpfe. Das macht die Broschüre nützlich. Und die Fülle der Beispiele von Widerstand könnte vielleicht anregend wirken...

Aus dem Vorwort der englischen Ausgabe

Was meinen wir mit *Dole Autonomy* [»dole« ist ursprünglich »Almosen«; wörtlich: Arbeitslosenunterstützungs-Autonomie]? Wir beziehen uns damit auf eine Tendenz, die Anfang der achtziger Jahre aufkam, als die Stärke der britischen Arbeiterklasse durch die Massenarbeitslosigkeit geschwächt war.

Die Autonomie der Lebensstile von Arbeitslosen / 80er Jahre

Mit der Massenarbeitslosigkeit wurde die Arbeitsverweigerung aus den Betrieben in die Arbeitslosigkeit gedrängt. (In den 60er und 70er Jahren hatte sich die Arbeitsverweigerung als Blaumachen usw. in den Betrieben als gemeinsames Verhalten ausgebreitet – das ging verloren, als die Leute arbeitslos wurden.)

Der Versuch der Regierung, die Verwaltungskosten möglichst niedrig zu halten, führte zu einer deutlichen Entspannung in der Handhabung der Arbeitslosenunterstützung. Erstens stieg die Zahl der Beschäftigten auf den Sozial- und Arbeitsämtern nicht so schnell wie die Zahl der Leute, die Unterstützung beantragten. Da somit die Arbeitsbelastung anstieg, mußten sich die Sozial- und Arbeitsämter auf das Auszahlen der Stütze konzentrieren und ihre Polizei- und Schnüffeltätigkeit einschränken. Zweitens wurden die Löhne der Beschäftigten auf den Arbeits- und Sozialämtern niedrig gehalten, was die Vorstellung untergrub, dass es sich bei ihren Jobs um Mittelschichtarbeit handele. Diese beiden Faktoren führten dazu, dass der Druck auf Arbeitslose beträchtlich abnahm.

Mit den vielen Arbeitsprogrammen unterstützte die Regierung auch einige Tricks, die die Arbeitslosenzahlen optisch schrumpfen ließen. Eines der beliebtesten Projekte bei den »freiwilligen« Arbeitslosen war das *Enterprise Allowance Scheme* [Unternehmensgründungs-Zuschuss-Maßnahme], durch das Arbeitslose ein Jahr lang einen Zuschuß erhielten und von der Meldepflicht befreit wurden, wenn sie eine ausgearbeitete Geschäftsidee und einige Quittungen vorlegen konnten. Ein weiterer Trick war, mit Hilfe eines Arztes Krankengeld zu kassieren. Das bedeutete mehr Geld und ebenfalls Befreiung vom Ärger mit der Meldepflicht. Für Arbeitslose gab es also eine Reihe von Möglichkeiten, sich einen erträglichen Lebensstil auf Stütze zurechtzufrisieren.

»Dole Autonomy« drückte sich jedoch nicht nur individuell aus. Es gab auch kollektivere antagonistische Lebensweisen und Tendenzen, vor allem der Anarcho-Punk, eine Bewegung, die in den »Stop the City«-Demos und den gewaltbereiten Elementen auf den Friedensdemos zum Ausdruck kam. Auch die sogenannten *Claimants' Unions* [Arbeitslosen-Gewerkschaften] führten mit anderen Gruppen zusammen u.a. eine erfolgreiche Kampagne gegen Sozialamtsschnüffler durch, die alleinerziehende Mütter und andere alleinstehende Frauen schikanierten, die verdächtigt wurden, nicht allein zu wohnen. Wenn die Schnüffler bei diesen Frauen vorbeischauten, wurden sie von Unterstützern von der *Claimants' Union* begrüßt, die dann die Schnüffler verhörten und diese Gespräche auf Band aufnahmen. Die erfolgreicheren Interventionen dieser Art kamen durch die Zusammenarbeit von *Claimants' Unions* und SachbearbeiterInnen zustande, die den *Claimants' Unions* Bescheid sagten, wenn Besuche anstanden.

Das Ende der bequemen Arbeitslosigkeit der 80er Jahre

Nachdem die Regierung 1985 die Bergarbeiter besiegt hatte, machte sie sich 1988 an die Novellierung des Sozialrechts: Für 16- und 17jährige wurde der automatische Anspruch auf Unterstützung abgeschafft, den 18- bis 25jährigen wurden die Leistungen um 30 Prozent gekürzt. Außerdem bekam jetzt niemand mehr Unterstützung, nur weil er oder sie »dem Arbeitsmarkt für eine zumutbare Beschäftigung zur Verfügung stand«, sondern man mußte auch »aktiv Arbeit suchen«, selbst wenn es keine gab. Es wurden regelmäßige »Restart«-Gespräche

Dole Autonomy gegen die Wiederdurchsetzung der Arbeit
Eine Analyse der aktuelle Tendenz zu Workfare im UK

der Gruppe Aufheben (England)

Deutsch als Beilage zum Wildcat-Zirkular 48/49 März 1999

Krisenszenarien

Die Polizei Sachsen-Anhalts erarbeitet derzeit Krisenszenarien, um gegen Gewaltakte im Zusammenhang mit der Arbeitsmarktreform Hartz IV gewappnet zu sein. Es sei »nicht auszuschliessen, dass es ab Januar bei der Auszahlung von Arbeitslosengeld II zu gewalttätigen Übergriffen gegen Angestellte und Einrichtungen der Agenturen für Arbeit kommt«, sagte der Landesvorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, Hanno Schulz. Die Gewalt könne durch eine schleppende Bearbeitung von Anträgen zum neuen Arbeitslosengeld (ALG II) verstärkt werden. »Ich gehe aufgrund interner Informationen davon aus, dass es nicht zur pünktlichen Auszahlung von ALG II kommt«, so Schulz.
Das Innenministerium bestätigte die Vorbereitungen der Polizei. Es sei erstmals nicht auszuschließen, dass »ein Normalteil der Bevölkerung« außerhalb eines radikalen politischen Spektrums zielgerichtet auch gegen Einrichtungen der Bundesagentur vorgehe. Man rechnet mit einem erheblichen Bedrohungspotenzial. Neben Arbeitsagenturen könnten »noch andere Institutionen wie politische Parteien, Medienanstalten respektive politische Entscheidungsträger unmittelbares Ziel von aggressiven Akten werden«, heißt es in einem internen Ministeriumspapier, befürchtet werden »Nötigungshandlungen, Bombendrohungen, Gewalteskalationen«.

[Neuanfang] eingeführt, um die Arbeitslosen zur Teilnahme an allerlei »Ausbildungs«-Maßnahmen zu drängen. (Solche Maßnahmen blühten v.a. in Wahlkampfzeiten, dienten also ebenfalls dazu, die wahren Arbeitslosenzahlen zu verschleiern.)

Die Arbeitslosigkeit blieb die 80er Jahre über hoch – selbst offiziell betrug sie um die zwei Millionen. Für die meisten Leute mit Arbeit jedoch stiegen die Löhne weit schneller als die Preise, als Ausgleich für die verlangte gesteigerte Produktivität. Die Situation war völlig anders als in den USA, wo ein ähnlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit und Angriffe auf die Sozialleistungen während der Rezession 1980 von einem Absturz der Löhne begleitet wurden. In Großbritannien war noch eine weitere schwere Rezession – Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre – nötig, um den Anstieg der Reallöhne zu brechen und die verstärkte Arbeitsplatzunsicherheit von Zeitverträgen und Teilzeitarbeit einzuführen. Aber diese Rezession belastete den Staat mit gestiegener Langzeitarbeitslosigkeit.

Die Job Seekers Allowance

Die *Job Seekers Allowance* (JSA) entstand im Oktober 1996 aus der Zusammenlegung von *Unemployment Benefit* [Arbeitslosengeld] (aus Beiträgen finanziert und vom bisherigen Einkommen abhängig) und *Income Support* [Sozialhilfe] (nach einer Bedürftigkeitsprüfung). Sie enthält eine Reihe von Regelungen:

- Kürzung der beitragsfinanzierten Zahlungen von 12 auf 6 Monate;
- ein Vertrag (das *Job Seeker's Agreement*), nach dem der oder die AntragstellerIn sich jede Woche auf eine bestimmte Zahl von Jobs bewerben und auf Verlangen die Bewerbungen nachweisen muß;
- höhere Strafen, wenn man nicht »aktiv Arbeit sucht«: während einem früher die Stütze nur eine Zeitlang *gekürzt* wurde, wird sie einem jetzt eine Zeitlang *ganz gestrichen*;
- die »Kundenberater« können den AntragstellerInnen jetzt bei Androhung von Strafe »Anweisungen« geben, etwa sich auf bestimmte Jobs zu bewerben oder sich vorzeigbar zurechtzumachen (sogar sich die Haare zu schneiden oder Ohrringe herauszunehmen usw.).

Für die SachbearbeiterInnen bedeutete die JSA:

- Angleichung und letztlich Zusammenlegung der Funktionen von *Benefit Agency* [Sozialamt] und *Employment Service* [Arbeitsamt] und damit verbunden Stellenstreichungen;
- vermehrte Einführung von Erfolgsquoten bzw. leistungsabhängiger Bezahlung (d.h. die Bezahlung soll stärker daran gekoppelt werden, wie viele Leute aus dem Leistungsempfang rausgedrückt werden).

Die JSA sollte zwar in erster Linie Geld sparen, indem die Zahl der AntragstellerInnen gesenkt wurde, aber durch sie wurde auch die Verwaltung der Sozialleistungen grundsätzlich verändert. Um Druck auf die Arbeitslosen auszuüben, werden den einzelnen SachbearbeiterInnen, Abteilungen und Ämtern Zielvorgaben über die zu reduzierende Zahl der UnterstützungsempfängerInnen gemacht.

Project Work und *New Deal*

Da *workfare* in Großbritannien einen schlechten Ruf genießt, startete die konservative Regierung unter dem Namen *Project Work* zwei Pilotmaßnahmen, die nicht als »Arbeite für deine Stütze«, sondern als »Arbeitserfahrung« verkauft wurden. Langzeitarbeitslose sollten Arbeitsdisziplin lernen. Die konservative Regierung stellte *Project Work* als Erfolg dar, weil es die SchwarzarbeiterInnen ausgesiebt habe. Die Maßnahmen liefen im Frühjahr 1998 aus und wurden durch den *New Deal*, ein noch ehrgeizigeres Maßnahmenprogramm ersetzt.

Die meisten Gemeinden wurden inzwischen von *Labour* regiert, die *Project Work* kritisch gegenüberstanden, aber den *New Deal* größtenteils enthusiastisch begrüßten. Die Gemeindeverwaltungen sollen in die Planung und Koordinierung der Maßnahmen einbezogen werden, und sie werden mit Sicherheit von der Verfügbarkeit so vieler billiger oder kostenloser Arbeit profitieren. Auch der ehrenamtliche Sektor begrüßt den *New Deal*, er übernimmt zunehmend Funktionen des Sozialstaats, während dieser gleichzeitig abgebaut wird.

Link(radikal?)e Antworten

Die Gewerkschaften prägten die Parole »Arbeitsplätze statt JSA«. Arbeitslose müßten nicht mit Schikanen zur Arbeit getrieben werden, da sie ja arbeiten wollten und auch würden, wenn es (anständig bezahlte) Jobs gäbe.

Seit 1995 traf sich eine ganze Reihe anarchistischer und ähnlicher Gruppen aus dem ganzen Land, die oft mit *Claimants' Unions* oder örtlichen Aktionsgruppen verbunden waren, um eine gemeinsame Strategie gegen die JSA zu entwickeln. Die meisten Teilnehmer an diesen *Groundswell*-Treffen waren selbst arbeitslos und hatten sich – was wichtig ist – bewusst zu ihrer Arbeitslosigkeit entschieden und die meisten waren sich einig in ihrem Mißtrauen, wenn nicht gar in ihrer Feindschaft gegenüber der Linken und den Gewerkschaften. Viele benutzten diverse Selbsthilfeansätze und individuelle bzw. Kleingruppenlösungen. Sie

verteilten z.B. Flugblätter vor JobCentres mit Tips, wie man bei Vorstellungsgesprächen durchfällt. Natürlich muß jeder und jede, der oder die von der Stütze lebt, ab und zu solche Methoden anwenden, und natürlich können wir uns gegenseitig dabei helfen, indem wir Tips und Tricks weitergeben. Aber die Trickserei- und Beratungsstrategie kann auch dazu führen, dass der Individualismus, der teilweise sowieso zum Leben von der Stütze dazugehört, verstärkt wird. Daneben machten die *Groundswell*-Gruppen auch eine ganze Reihe von »Aktionstagen«. Ein Jahr vor Einführung der JSA standen Streikposten vor JobCentres und wurden JobCentres und »Fortbildungsschulen« besetzt, bis sie von den Bullen geräumt wurden.

Groundswell ist eher ein Netz von kleinen Kampagnengruppen als eine Bewegung. Sie haben weder die Phantasie größerer Teile der Arbeitslosen beflügelt noch größere Verbindungen zu den Arbeitenden geschaffen – nicht einmal zu denen, die in den JobCentern arbeiten – was zumindest teilweise an der begrenzten Analyse einiger *Groundswell*-Gruppen liegt.

Das Verhältnis der Claimants Action Groups zu den Kämpfen der SachbearbeiterInnen

Im Winter 1995/96 rief die Gewerkschaft der Arbeits- und Sozialamtsbeschäftigten zum Streik gegen den Leistungslohn in den JobCentres auf. Der Streik richtete sich nicht gegen die JSA als solche, aber viele SachbearbeiterInnen wollten nicht mehr »Leistung« bringen, wenn das hieß, die AntragstellerInnen zu schikanieren. Durch den Streik gelang es ihnen, die Umsetzung der JSA zu stören und um mehr als drei Monate zu verzögern, was weitaus mehr war, als das gesamte *Groundswell*-Netz in drei Jahren geschafft hat.

Kontroverser war der Streik der Benefit Agency-Beschäftigten im August 1996. Sie streikten dagegen, dass sie im Rahmen der JSA nicht mehr in den DSS-Büros [Department of Social Security: Sozialamt], sondern in den JobCentres arbeiten sollten, diese aber nicht mit Sicherheits-Trennscheiben ausgerüstet waren. Viele *Groundswell*-Gruppen und sogar einige Gewerkschafter wollten den Streik nicht unterstützen: Die Forderung nach Trennscheiben lege nahe, dass die AntragstellerInnen die Feinde der SachbearbeiterInnen wären – keine normalen Menschen, sondern messerschwingende Verrückte. Die Gruppe in Brighton gehörte aber zu denjenigen, die wieder zu den Streikposten gingen. Die Argumente von *Claimants Groups*, AnarchistInnen und anderer hätten eine starke Bewegung von AntragstellerInnen vorausgesetzt. Eine solche Bewegung gab es aber nicht, und die Streiks der SachbearbeiterInnen stellten bisher den bedeutendsten Widerstand gegen die JSA dar.

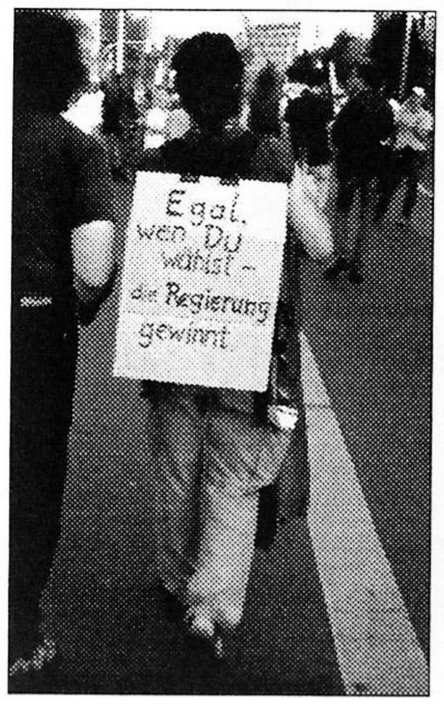
Die Kontroverse um »Three strikes«

Auf der *Groundswell*-Konferenz im Mai 1996 wurde eine landesweite Kampagne unter dem Motto »*Three strikes and you're out*« (»Drei Schläge und du bist draußen«) gegen übereifrige SachbearbeiterInnen vorgeschlagen.[1] JedeR Employment-Service-SachbearbeiterIn, die permanent wegen Schikanen gegen AntragstellerInnen auffällt, sollte zwei schriftliche Verwarnungen erhalten. Werden diese nicht beachtet, wird ein Foto der Person als Plakat gedruckt, auf dem steht, was sie getan hat; das wird dann in der Gegend plakatiert.

Diese Idee hat eine verständliche Anziehungskraft; jeder, der sich schon mal arbeitslos gemeldet hat, kennt Beschäftigte auf den Ämtern, die den Arbeitslosen das Leben schwerzumachen versuchen. Dennoch war diese Methode zugeschnitten auf das Vorgehen gegen Einzelpersonen und schien einigen *Groundswell*-Gruppen ungeeignet und uneffektiv für die Bekämpfung einer Regierungspolitik. Sie schien auch nicht dienlich für die Bildung einer praktischen Einheit mit militanten SachbearbeiterInnen. Die Employment-Service-Verwaltung wedelte mit *Groundswell*-Pressemitteilungen, in denen die »Three strikes« angekündigt wurden, und versprach, dass sie die ES-Beschäftigten vor dieser »Gewalt« schützen würde, die »Three strikes« Kampagne stelle einen »Angriff auf Arbeiter« dar. Es wurden daher nicht nur Schwankende möglicherweise in die Arme ihrer Chefs getrieben, sondern militante ES-AktivistInnen, die Kontakt mit Gruppen aus dem *Groundswell*-Zusammenhang hatten, wurden öffentlich von ihren Gewerkschaftsführungen denunziert.

Die Brightoner *Claimants Group* schlug eine andere Strategie vor: Wenn eine Sanktion verhängt wurde, sollte eine Telefonkette von AntragstellerInnen aktiviert werden, die dann zum JobCentre kommen und es besetzen, bis die Amtsleitung die Sanktion zurücknimmt. Das legte den Schwerpunkt ausdrücklich auf die Amtsleitung und wollte statt einer kleinen Gruppe mit Kamera eher eine Menschenmenge mobilisieren. Auch diese Strategie kam aber nicht in Gang, weil die Sanktionierten an-

[1] [Diese – ursprünglich dem Baseball entlehnte – Regel wurde vor einigen Jahren in einigen US-Bundesstaaten in der Strafjustiz eingeführt: Die dritte Verurteilung auch wegen einer kleinen Straftat führt automatisch zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe. Anm.d.Übers.]



scheinend keine Lust hatten, aus der Deckung zu kommen – aus der falschen Angst heraus, dass sie ihre Situation verschlechtern würden, wenn sie sich derart öffentlich gegen das JobCentre stellten.

Die Umsetzung der JSA unterscheidet sich von Region zu Region beträchtlich. In Gegenden, wo die SachbearbeiterInnen schwach und unorganisiert sind, ist die JSA strenger und es gibt mehr Sanktionen. In Gegenden, wo die SachbearbeiterInnen organisiert und stark sind, werden weit weniger Leute sanktioniert. Der Brightoner Employment Service z.B. führte schon immer ein lockeres Stempelregime, aber die Unterstützung durch die *Claimants Groups* hat in den letzten zwei Jahren zum Selbstvertrauen der SachbearbeiterInnen beigetragen, sich zu organisieren und aktiv zu werden.

Warum der Widerstand nicht zu einer Bewegung geführt hat

Die Masse der Arbeitslosen schließt sich dem organisierten Widerstand nicht an

Es ist viel einfacher, sich im Betrieb zu organisieren, wo Menschen regelmäßig in täglichem Kontakt stehen, als auf dem Amt, wo die Leute sich nur alle 14 Tage melden müssen.

Im Boom der Schwarzarbeit spielen die Arbeitslosen zweifellos die Schlüsselrolle. Die Möglichkeit, sich auf diese Weise einigermaßen schmerzfrei durchzuschlagen, trägt zum Widerwillen der AntragstellerInnen bei, bei offenem Widerstand mitzumachen: Wer ins Rampenlicht tritt, riskiert nicht nur, für seinen Widerstand fertiggemacht zu werden, sondern auch für seine illegalen Betrügereien, und dafür in den Knast zu gehen. Die Arbeitslosen sind im allgemeinen nicht »mit allem einverstanden«, aber sie bleiben in Deckung und wehren sich als Einzelne. Individueller Widerstand existiert in Konkurrenz zu kollektivem Widerstand.

Die arbeitslosen radikalen »Politniks« machen nicht mit

Ein lockeres Sozialleistungsregime erlaubte es Anarchos und anderen »AussteigerInnen« aus der Arbeit, aus der Not eine Tugend zu machen. Es gab nicht genug Jobs, daher konnten viele sich für den Arbeitslosen-Lebensstil entscheiden und diesen zur Grundlage verschiedener – politischer und anderer – Projekte machen. Eine relativ erfolgreiche und auf jeden Fall sehr aktive politische Kultur, deren Existenz zum größten Teil von der Arbeitslosenunterstützung abhängt, ist also im Grunde zufrieden damit, einzelne autonome Projekte zu verfolgen, statt zu einer wirklichen Einheit zu finden, indem sie die Subsistenzbedingungen verteidigt, die ihre Kampagnen überhaupt erst möglich machen! Was das angeht, sind diese »alternativen« Politniks kein bißchen anders als die große Masse der Arbeitslosen, da die Taktik in jedem Fall darauf hinausläuft, individuelle Lösungen zu suchen: Tricks, abmelden, umziehen, Straßenmusik, Schmuck auf Festivals verkaufen, studieren...

Die autonomen Bewegungen verhalten sich nicht dazu, dass das Kapital Arbeit braucht

Die TeilnehmerInnen der Bewegungen der letzten Jahrzehnte sehen sich selbst nicht unbedingt als »Arbeitslose« an sich. Ihre Identitäten und ihre Einigkeit beziehen sie vielmehr aus ihren autonomen Projekten: in den 80er Jahren Anarcho-Punk, radikaler Tierschutz und verschiedene Kulturprojekte (Musik, Kunst, alternative Religionen usw.); in den 90er Jahren verschiedene »DiY«-Projekte, bei denen die TeilnehmerInnen das Gefühl haben können, zu einer »besseren Gesellschaft« sogar außerhalb des Reichs der Lohnarbeit »beizutragen« (freie Parties, Permakultur-Kollektive, anarchistische Cafés...).

Aber die Arbeit ist die grundlegende Kategorie, um das Kapital zu verstehen – das Kapital setzt die Arbeit voraus, das Wesen des Kapitals ist die Selbstausdehnung der entfremdeten Arbeit. Wenn es zahlreiche politische Projekte gibt, die sich nicht im Verhältnis zur Arbeit – zum Kapital – verstehen, dann überwiegt die Zersplitterung. (Im heutigen) Politik-Supermarkt ist »Klasse« nur eine Kategorie der Unterdrückung – gegen ArbeiterInnen -, neben der Unterdrückung von Frauen, Schwarzen, Schwulen und Lesben, Tieren oder »der Umwelt«. In diesem wahllosen Ansatz ist die Unterstützung von beispielhaften aktuellen Betriebskämpfen genauso wichtig (oder unwichtig) wie Proteste gegen den Export von lebenden Tieren, für Gefangene, gegen Straßen, Flughäfen, den Faschismus usw. usw.. Jede/r Einzelne kann ihr Thema »frei wählen« (was »in« ist, ist allerdings eine Frage der Mode und wird von den »in-sten« Leuten bestimmt). Obwohl also viele TeilnehmerInnen dieser Kampagnen selbst von der Umstrukturierung des Sozialstaats und der Einführung von *workfare* betroffen sind, interessieren sie sich weniger für ihr eigenes antagonistisches Verhältnis zum Kapital als für das anderer Subjekte.

Wie können wir diese Begrenzungen überwinden und dabei anfangen, die Spaltung zwischen den Arbeitenden und den Arbeitslosen zu überwinden? Da die Arbeitslosen durch *workfare* massenweise in arbeitsähnliche Situationen getrieben werden, könnte eine Grundlage für gemeinsame Interessen und Perspektiven entstehen. Darum wird es in Zukunft gehen. ■

Die Erfahrungen der Pariser Solidaritätskollektive – eine neue Etappe

Überlegungen zu den Streiks bei Pizza Hut, McDonalds und Frog Pub

Der Artikel von Gianni Soriano ist erschienen in der neuen Zeitschrift *La question sociale – Revue libertaire de réflexion et de combat* (Die soziale Frage – Libertäre Zeitschrift für Reflexion und Kampf). Wir bringen hier Auszüge, die sich mit dem weniger bekannt gewordenen Streik in der Pub-Kette Frog in Paris beschäftigen. Die vollständige Übersetzung findet Ihr auf *www.wildcat-www.de*

Putzfrauen hauen auf den Putz - im Arcade-Streik, der auch vom Solidaritätskollektiv untestützt wurde, streikten im Jahr 2002 MigrantInnen gegen den Hotelkonzern Arcade

CNT – anarchosyndikalistische Gewerkschaft in Frankreich

Nach den erfolgreichen Streiks 2001/2002 hatten sich die Pariser Solidaritätskollektive schon aufgelöst, als 2003 neue Konflikte ausbrachen. Gianni berichtet von den Streiks bei *Pizza Hut*, *McDonalds* Strasbourg/St. Denis, *Virgin, Arcade* und *Frog Pubs* – und der mehrfachen Neugründung der Solidaritätskollektive. In diesen – nicht immer erfolgreichen – Kämpfen traten unvorhergesehene Widersprüche und Schwierigkeiten auf. Genau diese machen die Erfahrungen wertvoll.

Zum Streik bei *Frog Pubs* in Paris

Frog Pubs sind mehrere englisch gestylte Bierlokale, die sich mit ihrem Speisenangebot und den Sportübertragungen auf Großbildschirmen an eine jüngere zahlungskräftige Kundschaft wenden.

Kosten werden mit allen Mitteln gedrückt: Das Küchenpersonal arbeitet in winzigen Küchen (z.B. 12 m² Küche bei 450 m² Kneipenfläche). Die Löhne bewegen sich zwischen gesetzlichem Mindestlohn und 1200 Euro für den Küchenchef. Die Festlegung der Arbeitszeiten, Kündigungen usw. liegt im alleinigen Ermessen der Chefs. Es gibt keine Stechuhr, die Bezahlung der Überstunden wird häufig »vergessen«. Taxikosten nach Betriebsschluss der Metro werden nicht erstattet, obwohl die Beschäftigten vorwiegend in der Banlieue wohnen. Als Umkleideraum dient das Treppenhaus.

Das Servicepersonal ist in der Mehrheit britischer, das Küchenpersonal tamilischer Herkunft. In der Regel sprechen sie nicht Französisch. Das gesamte Küchenpersonal wird von einem Mann tamilischer Herkunft aus der tamilischen Community rekrutiert. Er spricht als einziger gut Französisch, ist die rechte Hand der Chefs, organisiert die Arbeit, kontrolliert und verhängt Strafen. Wenn jemand mit den Chefs reden oder verhandeln will, geht es nur über und mit ihm. In dieser Rolle vertritt er auch die Interessen des Personals und wird später von ihnen zum Delegierten gewählt.

Das Küchenpersonal von *Frog Pubs* sucht Mitte November 2002 Kontakt zu Gewerkschaftern. Um sich zu schützen, anfangs auch gegen ihren Vertreter, entwickeln einige eine Form kollektiver Gegenwehr und wenden sich an die CNT. Diese geht vor, wie eine Gewerkschaft eben vorgeht, und informiert die Geschäftsleitung über das Bestehen einer Gewerkschaftssektion in ihrem Unternehmen. Voraussetzung für gewerkschaftliche Vertretung ist aber eine Mindestzahl von 50 Beschäftigten, was das Unternehmen bisher dadurch verhindern wollte, dass es die einzelnen Filialen als selbständige Firmen deklarierte. Die CNT will die Anerkennung gerichtlich erwirken. Die Geschäftsleitung entlässt als erstes den zum Delegierten gewählten Arbeitsvermittler. Obwohl er nicht ihr Freund ist, stimmen die übrigen Beschäftigten am 13. April einstimmig für Streik. Die Firma kündigt nach einer Auseinandersetzung einem weiteren Küchenarbeiter.

Die Beschäftigten bei *Frog* haben keine Kampferfahrung in Frankreich, sind zum ersten Mal in einer Gewerkschaft und streiken zum ersten Mal. Sie können nicht einschätzen, was möglich und was legal ist. Sie können auch nicht die reale Fähigkeit der Gewerkschaft einschätzen und müssen sich auf die teils vagen, manchmal auch großmäuligen Erklärungen der CNT verlassen, die den Eindruck erweckt, sie könne den Widerstand der Chefs brechen. Auch die bewusst vom Unternehmen eingesetzte ethnische Spaltung des Personals kann im Verlauf des Streiks nicht überwunden werden. Andererseits gewährleistet die gemeinsame ethnische Identität der TamilInnen über mehrere Monate einen Zusammenhalt.

Die Angriffsziele

Am 16. April treten 28 von 29 Küchenangestellten der Frog-Kette in den Streik. Sie fordern Stopp der Entlassungen, Aufhebung aller Sanktionen, Einhaltung der Arbeitsverträge, bessere Hygiene und Sicherheit am Arbeitsplatz (eigene Toiletten, Duschen, abgetrennte trockene Spinde), Bezahlung der nicht vermeidbaren Überstunden, Delegiertenwahlen in allen vier Pariser Filialen, bezahlten Urlaub, Bezahlung der Fahrtkosten, eine Zulage für Arbeit nach Mitternacht, 100 Prozent Zuschlag für

Nachtarbeit, dreizehntes Monatsgehalt, bessere Arbeitsorganisation (keine geteilten Schichten, Arbeitsende zu Betriebszeiten der Metro), Zulassung freier Gewerkschaftstätigkeit.

Der Chef verweigert jede Verhandlung und sagt ihnen, sie sollen doch solange wie sie möchten vor dem Restaurant stehen bleiben, das sei ihm egal. Offensichtlich kann er sich nicht vorstellen, dass ein Streik dieser Ausländer, die von nichts eine Ahnung haben, seine Geschäfte beeinträchtigen könnte und ruft – von seinem Recht überzeugt – sofort das Gericht an. Er erhält auch eine Verfügung, die CNT und Streikenden verbietet, das Restaurant zu betreten oder zu blockieren. Das streikende Küchenpersonal wird durch den Einsatz britischer Serviererinnen in der Küche ersetzt.

Die Streikenden erkennen schnell, dass hier Flugblätter und Streikposten nicht reichen. Die CNT will aber wegen der gerichtlichen Verfügung nicht in das Lokal rein. Erste Zweifel am Durchsetzungsvermögen der Gewerkschaft kommen auf.

Nun treten die Streikenden an das Kollektiv heran, das den Streik bei *McDo* unterstützt. Die Zusammenarbeit beginnt mit dem gemeinsamen Auftritt der Streikenden von *McDo* und *Frog* auf der 1. Mai-Demo und der chaotischen Besetzung des Pubs in Bercy mit sechzig Leuten aus der Demo heraus. Am 3. Mai drangen die *Frog*- und *McDo*-Streikenden begleitet von zahlreichen Unterstützern in den Pub in der Rue Saint Denis ein. Dort gab es Zusammenstöße mit dem Chef und Serviererinnen, danach wurde *McDo des Halles* blockiert. Die Streikenden waren gut in Form und wollten weitermachen, aber die CNT versuchte, sie davon abzuhalten.

Am 7. Mai wurde der Pub in der Rue Saint Denis noch einmal besetzt. Der total aggressive Chef schloss Gäste, Streikende und UnterstützerInnen bis zum Eintreffen der Polizei ein. Diese veranlasste die Öffnung der Türen, handelte einen reibungslosen Abzug aus und drängte den Chef zu Verhandlungen, die dieser zusagte, aber am nächsten Tag wieder verweigerte.

Die Streikenden setzten den Druck auf den Unternehmer mit einer neuen Besetzung am nächsten Tag fort. Nun traten interne Streitereien in der CNT offen zu Tage und dass nicht die Streikenden und ihr Kampf, sondern der öffentlichkeitswirksame Auftritt als Gewerkschaft mit Fahnen, Buttons und Aufklebern im Vordergrund stand. Im Unterschied dazu hatte das Solidaritätskollektiv nur das Ziel, ihnen siegen zu helfen.

Es zeigte sich sehr schnell, dass die »harten Aktionen« – wie es die Streikenden nannten – das einzige Mittel waren, den Chef zu Verhandlungen zu zwingen; denn wenn nicht besetzt wurde, lief der Betrieb mit Streikbrechern aus dem Servicepersonal weiter. Die Streikenden setzten jetzt gemeinsame Treffen von Streikenden, Kollektiv und Gewerkschaft durch, wogegen sich die CNT so lange wie möglich gewehrt hatte.

Die CNT setzte auf ein gerichtliches Schiedsverfahren und verkündete, dass dies die Einstellung aller Aktionen an den Restaurants voraussetzt. Die Streikenden hatten zu dieser Zeit eine neue mindestens dreitägige Besetzung geplant. Die Besetzung am Abend wurde um 22 Uhr vom Gewerkschaftssekretär abgebrochen, dem sich alle Mitglieder der CNT anschlossen. Den Streikenden und den Unterstützern blieb nichts anderes übrig, als ihnen zu folgen.

Die Streikenden blickten nicht mehr durch, welche Unterstützung sie von der Gewerkschaft erwarten konnten. Das Schiedsverfahren hatte einen demobilisierenden Effekt. Für die CNT traten die Aktionen vor Ort endgültig hinter dem juristischen Verfahren zurück. Das Solidaritätskollektiv stellte das Monopol der CNT in den juristischen Aktivitäten nicht in Frage und beschränkte sich auf den Kampf vor Ort, zu dem die CNT sich als unfähig erwiesen hatte. Konsequenz dieser Aufgabenteilung war allerdings, dass sich der Kampf vor Ort der juristischen Auseinandersetzung unterzuordnen hatte.

Vor den Pubs wurde konstanter Druck auf die Kundschaft ausgeübt. Sie wurde aufgefordert, solidarisch zu sein und auf den Besuch des Pubs zu verzichten. Das größte und rentabelste Pub war unser Hauptziel. Wenn irgend möglich, gab es jeden Nachmittag Streikposten vor dem Restaurant. Jedes Mal wurde die Polizei gerufen, um uns an unseren Aktionen zu hindern und von dem angeblichen Privatgelände zu vertreiben, und jedesmal entgegneten wir ihnen, dass wir im Rahmen eines Arbeitskonflikts agierten (wogegen die Polizei in Frankreich nicht einschreiten darf). Ein ums andere Mal gelang es uns, vor Ort zu bleiben und die Grenzen der Legalität etwas auszuweiten. Ende Sommer hatten wir erreicht, dass das Lokal, vormals eines der meistbesuchten im Viertel, fast leer war. Am Ende des Schiedsverfahrens beklagte sich der Unternehmer, er hätte um die 500 000 Euro Verlust erlitten. Auch bei anderen Filialen hatten wir ähnliche Boykotterfolge.

Der Unternehmer findet eine Schwachstelle

Die Haltung des Unternehmers verhärtete sich. Etwas später verstanden wir, warum. Im Gegensatz zur CNT wollte er den Konflikt nicht juristisch durchfechten. Er nahm zu Sommerbeginn Kontakt zu der nationalistischen Organisation der Tiger auf, die die tamilische Community dominieren. Er verlangte von ihnen, auf ihre streikenden Mitglieder

Druck auszuüben, die Arbeit wieder aufzunehmen. Der Streik würde dem Ansehen der Community in Frankreich schaden. Gegenüber seinen Beschäftigten prahlte er damit, der Vorstand der Organisation habe ihm versprochen einzugreifen.

Das alles erfuhren wir erst später, als die Streikenden nach und nach das Tabu brachen, das über diesen Fragen schwebte. Erst da wurden uns die Spaltungen in der tamilischen Gemeinschaft bewusst und welche Auswirkungen ihre politische Vergangenheit weit weg von ihrem Herkunftsland weiterhin hatte.

Aber jetzt war es zu spät, diesem Angriff zu begegnen, das Übel war eingetreten: eine Spaltung ging mitten durch die Streikenden. Wir bekamen mit, dass einer der kämpferischsten Streikenden wiederholt bedroht wurde. Das Kollektiv versuchte, den Urhebern dieser Drohungen auf informellen Wegen die Nachricht zukommen zu lassen, dass jeder Angriff auf einen Streikenden großes Aufsehen in der militanten Bewegung und darüber hinaus hervorrufen würde und den Urhebern erheblich schaden würde. Die Botschaft brauchte lange, erreichte aber am Ende ihr Ziel.

Der Unternehmer spürte, dass er eine Schwachstelle gefunden hatte und nutzte das aus. Er drängte die Streikenden einzeln am Telefon, ihren Job gegen Geld aufzugeben. Er drohte mit üblen Repressalien, falls sie es wagten, am Arbeitsplatz aufzutauchen. Mehrere von ihnen brachen schließlich ein, was wir aber aufgrund der Sprachschwierigkeiten, der Zurückhaltung der Streikenden und ihrer Furcht, von ihren Unterstützern schlecht angesehen zu werden, erst reichlich spät begriffen.

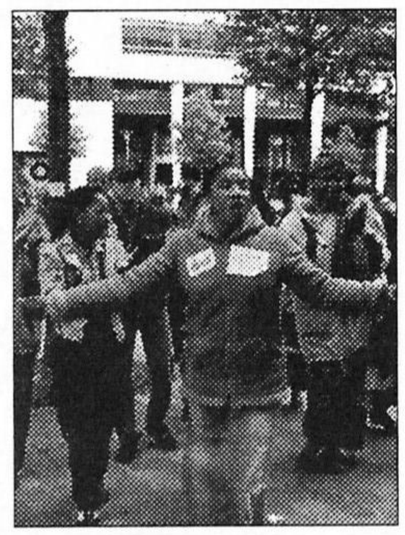
Mitte September hatten von den anfänglich 28 Streikenden acht die Arbeit wieder aufgenommen, elf hatten auf der Basis individueller Arrangements der Kündigung zugestimmt und acht streikten immer noch, drei von ihnen hatten gegen ihre Kündigung vor Gericht geklagt. Dieser Kern blieb standhaft, war aber zunehmend entmutigt.

Ende September überwanden sie ihre Zurückhaltung und teilten uns offen mit, dass sie über ein Ausscheiden gegen Geld verhandeln wollten. Sie hielten es für unmöglich, in dem spannungsgeladenen Klima die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie waren überzeugt, dass die Chefs sie mit dem erstbesten Vorwand entlassen würden. Wir versicherten ihnen erneut unsere Hochachtung und Unterstützung und rieten ihnen, zusammenzuhalten, um gemeinsam die besten Konditionen zu erreichen. Zwei von ihnen unterschrieben trotzdem individuelle Abmachungen und verschwanden von der Szene.

Am Sonntag, den 19. Oktober begannen die Rechtsanwälte die Verhandlung auf der Basis der 5000 Euro, die der Unternahmer Anfang Juli als Abfindung angeboten hatte, was die Streikenden damals abgelehnt hatten. Am 3. November setzte eine von den Parteien unterzeichnete Vereinbarung dem Konflikt ein Ende: die letzten Streikenden akzeptierten ihre Entlassung gegen eine Abfindung von 5000 Euro (2000 für die beiden, die gerade erst bei Streikbeginn eingestellt worden waren) plus die Bezahlung ausstehender Urlaubstage; die CNT erhielt 10 000 Euro, die sie den Streikenden vollständig überreichte, die das Geld gleichmäßig untereinander aufteilten.

So beendeten die letzten Streikenden kollektiv den Konflikt und bewiesen denen, die vorher aufgehört und ein individuelles Arrangement vorgezogen hatten, dass es sich bezahlt macht, gemeinsam auszuharren. Der Unternehmer seinerseits, der glaubte, billig davongekommen zu sein, unterschätzte wohl die Langzeitwirkungen der Arbeit, die das Kollektiv monatelang bei seiner Kundschaft geleistet hatte; denn seine früher beliebten Pubs sind heute noch halbleer…

Einige provisorische Schlussfolgerungen



Dass es diese Streiks gab, dass sie aufrecht erhalten wurden und einige davon auch Erfolg hatten, ist sicherlich in erster Linie der Hartnäckigkeit der Streikenden zu verdanken, aber auch der Tatsache, dass sie ihren Streik immer selbst in der Hand hatten. Die Ziele, die sie festgelegt hatten, entsprachen ihren ureigenen Forderungen und ihrer Wahrnehmung des Kräfteverhältnisses – das schloss jede Verfälschung durch außenstehende Kräfte, Unterstützer oder Politik-Spezialisten aus. Je nach Situation stimmte man sich mit anderen Kämpfen ab und beteiligte sich, soweit möglich, an ihnen. Auch hier blieb der Wille der Streikenden bestimmend. Manchmal, wie im Fall *Frog*, haben die Streikenden selbst Kontakt zu anderen Kämpfen gesucht, weil sie Unterstützung brauchten, aber sie waren sich auch bewusst, dass Solidarität Gegenseitigkeit erfordert.

Gewisse Strukturen tendieren neuerdings dazu, den Erfolg der Kämpfe, die die Solidaritätskollektive in den letzten drei Jahren unterstützt haben, offen oder verdeckt für sich in Anspruch zu nehmen. Besonders deutlich ist dies beim Streik der Putzfrauen bei *Arcade*, der seinerzeit an der schwachen Unterstützung durch Aktive von außen litt. Dabei wird gern igoniert, welche Menge an Arbeit notwendig war und mit welchen Schwierigkeiten der Streik konfrontiert war, bis er schließlich zum Sieg führte. Um ein ungünstiges Kräfteverhältnis zu verändern, braucht es mehr als Berichterstattung der Medien, zur Schau getragene Gewerkschaftsmitgliedschaft und mehr als ein paar Kumpel, die mal zu einer Protestveranstaltung kommen. ■

Hartz V
Schrempp II ...

»Gegen die immer weitere Ausdifferenzierung der Löhne und Bedingungen zwischen ›Stammbelegschaften‹ und prekärem Rand haben sich bisher keine gemeinsamen Kämpfe entwickelt. Haben die ›Daimler-ArbeiterInnen‹ verstanden, dass der Angriff auf alle zielt?«, schrieben wir in Wildcat 68 in der Einleitung zu »Prekarisierung«

Sie haben! Mit koordinierten Protesten und Streiks reagierten die Belegschaften der Daimler-Chrysler-Werke in Deutschland auf die Erpressung des Vorstandes. Spektakulär hat die Belegschaft des Werks Mettingen bei Stuttgart die wichtige Verkehrsachse B10 blockiert, die alle Industriegebiete verbindet.

... dann hat der Betriebsratschef ganz schnell den Sack zugemacht. Er brauchte Aktionen, aber keine, die sich seiner Kontrolle entziehen. Nur so konnte er den Ergänzungstarifvertrag als Erfolg präsentieren. Er hat vieles »gerettet«, was angeblich auf der Kippe stand: die »Steinkühler«-Pausen, die Spätschicht-Zulage, auch die 35-Stunden-Woche für die Leute im Autobau – nicht jedoch für die KollegInnen in den sogenannten »Dienstleistungsbereichen« Kantine, Werkschutz, Transport, usw. Hier wurde nicht einmal die Bestandssicherung für die jetzige Belegschaft erreicht. Und als absolute Neuheit in einer deutschen Autofabrik werden alle Neueingestellten auf Dauer niedrigere Löhne und zum Teil längere Arbeitszeiten haben.

Daimler-Benz

Die Autofirmen waren die letzten großen Bastionen der Gewerkschaftsbewegung, in denen Betriebsräte im Co-Management immer noch steigende Löhne aushandeln konnten. Die hohen Löhne wurden von anderen ArbeiterInnen auch gerne als »Stillhalteprämien« bezeichnet. Dabei sind einige betriebsegoistische Gewerkschaftler so auf den Hund gekommen, dass sie den streikenden Kollegen in Ostdeutschland in den Rücken fielen und ihren Kampf für Arbeitszeitverkürzung erst sabotierten und dann stoppten, weil durch den Streik in Zulieferbetrieben die Autoproduktion in »ihrem« Unternehmen gefährdet wurde.[1]

Die Daimler-Belegschaften haben schon oft eine wichtige Rolle bei Tarifabschlüssen gespielt: die Gewerkschaft konnte sich darauf verlassen, dass die ArbeiterInnen in Sindelfingen zum richtigen Zeitpunkt vor dem Tor stehen, z.B. auch 1996 im Kampf gegen die Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent durch die CDU-geführte Regierung.

Dabei gelingt es der Betriebsratsspitze längst nicht immer, ihre Schafe unter Kontrolle zu halten. Oppositionelle werden, wenn sie offen auftreten, gerne als »Spalter« denunziert oder sogar aus der Gewerkschaft ausgeschlossen.[2] Auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen der B10-Besetzung reagierte die IGM Bezirksleitung Stuttgart, indem sie in einem Schreiben an die zuständige Verwaltungsstelle mit dem Entzug des Rechtsschutz drohte: »Es ist selbstverständlich, dass Funktionäre und Mitglieder, die gegen Absprachen handeln und damit die Solidarität des gemeinsamen Handelns verlassen, sich selbst der Solidarität der IG Metall entziehen, sollte es zu strafrechtlichen oder arbeitsrechtlichen Konsequenzen kommen.«

In einigen Daimler-Werken gibt es (immer noch) linke oder gewerkschaftsoppositionelle Gruppen, die z.T. eigene Zeitungen und Flugblätter herausgeben: Bremen, Mannheim und Untertürkheim. Das sind genau die Werke, die angegriffen wurden und wo die Mobilisierung am stärksten war.

Die Daimler-ArbeiterInnen hatten die Möglichkeit, gemeinsam zu kämpfen und dabei ihre Wut sowohl auf den Angriff des Unternehmers als auch

[1] Gesamtbetriebsratschef Klemm war einer derjenigen, die im Juni 2003 massiv für den Abbruch des IGM-Streiks für die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland plädiert hatten. Der Untertürkheimer Betriebsratschef Lense hatte sich offen gegen den Streik ausgesprochen und plante eine Kampfkandidatur gegen den Streikführer Peters.

[2] Die peinlichen Details, wie ehemalige Kommunisten heutige Kommunisten aus Gremien rausboxen oder mit Gewerkschaftsausschlüssen belegen, sind nachzulesen auf *www.labournet.de*
Der Umgang mit unabhängigen Wahllisten ist der gleiche wie in den 70er Jahren.

Gespräch mit zwei Gewerkschaftern aus dem Werk Untertürkheim

»Die Wucht der Mobilisierung überstrahlt subjektiv das Ergebnis«

A: Die Stimmung war noch kämpferischer als 1996 in der Standortauseinandersetzung. Damals war eine Phase von Kurzarbeit vorangegangen, die die »verwöhnten« Daimler-Belegschaften kalt erwischt hatte. Die hatten Angst im Nacken, da hatten auch wir als Linke unter Druck gestanden, die Kollegen wollten uns zu Konzessionen drängen. Wir haben gesagt: wählt uns ab, wir machen das nicht. Und als die Firma in ihrer Siegesbesoffenheit überrissen hat, haben wir einfach den richtigen Moment erwischt. Wir haben gesagt: O.k., Jungs, wenn wir an Eurer Stelle wären: heim gehen! Die haben das dann gemacht ... Und freitags sind wir vor der Spätschicht mit Megafonen vor dem Tor gestanden, da sind die Leute erst gar nicht mehr reingegangen.
Mit Arbeitsniederlegungen in fünf Schichten hintereinander haben wir in Mettingen die Fabrik stillgelegt, als die in Untertürkheim noch drüber nachgedacht haben. Erst in der letzten Schicht haben sich die Untertürkheimer angehängt. Das hat damit zu tun, dass die BR-Spitze in Untertürkheim sitzt, und mit der Art wie die arbeiten: auf Pfiff sollen die Leute raus und auf Pfiff wieder rein.
B: Diesmal waren die Leute sauer, dass in einem Unternehmen, in dem Milliarden-Gewinne gemacht werden, plötzlich Einsparungen bei der Belegschaft abgepresst werden sollten. Da gab es bei den Leuten überhaupt kein Verständnis für. Da war eine sehr starke Wut da, die gibt es auch heute noch. Die ist nicht verflogen.
A: Ich würde das sogar richtigen Hass nennen, den man manchmal bei den Leuten gespürt hat.
B: Wir haben Situationen erlebt! Zum Beispiel hat ein Kollege auf die von ihm produzierten Blechteile Sprüche drauf geschrieben wie »Erpressung!« – »Hass!« usw. Obwohl nachvollziehbar ist, wer das gemacht hat. Die Teile sind dann wohl überlackiert worden. Einige haben gesagt, wir dürfen auf gar keinen Fall Kompromisse machen, wir müssen die Vorstände jetzt richtig vom Stuhl kicken.
A: Das kommt einfach daher, dass der Kropf schon dick war, bevor der Konflikt losging. Erstmal liegt eine Phase von extremer Leistungsverdichtung hinter denen. Dann die Agenda 2010, auf die alle einen Hass schieben. Und die Medien haben in den letzten Jahren das Gefühl vermittelt, dass du als Arbeitnehmer das letzte Arschloch, der Fußabstreifer der Nation bist, der im Grunde dem Unternehmer und dem Staat auf dem Geldbeutel liegt: »Anspruchsdenken«, »Urlaubsweltmeister«, und der ganze Scheiß, der da in die Birne geprügelt wird. Deshalb haben die Leute einen besonders dicken Hals gehabt, und das war der Punkt, dass die dann gesagt haben: »Jetzt aber Schluss!«
B: Viele haben das konkrete Ergebnis noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Und so wie es verkauft worden ist von der IG Metall-Spitze und der BR-Spitze: da sind Leute rausgekommen und haben gesagt: »Wir müsset überhaupt nix gebe«. Weil die Knackpunkte überhaupt nicht oder nur beschönigend dargestellt wurden.
A: Aber bisher sagen die Arbeiter nicht: ‚Scheiß-Ergebnis! Dafür haben wir nicht gekämpft! alles Scheiße! Verrat! Hat eh alles keinen Sinn!' Obwohl breite Kreise den Abschluss ablehnen, ist trotzdem die Art der Auseinandersetzung, dieser gewachsene Zusammenhalt und die Mobilisierung, die Wucht, die das entwickelt hat, durchaus positiv in den Köpfen. Die Leute sind nicht demoralisiert. Insofern ist die Geschichte sehr widersprüchlich. Das ist noch so präsent, als unglaublich positives Erlebnis, dass das die Dimension und die Tragweite der Geschichte gewissermaßen überstrahlt, subjektiv. Und das ist ja auch ganz gut so.
B: Während in der Vergangenheit nach einer guten Mobilisierung dann wieder ein entsprechendes Nacht-und-Nebel-Ergebnis kam, haben die Leute gesagt: »Es war doch alles grad fürn Arsch, da hätten wir doch gar nichts machen brauchen, sehen wir doch jetzt wieder«. Das ist jetzt nicht der Fall. Wir machen gerade T-Shirts mit einem Foto der B10-Aktion. Bei keinem einzigen Kollegen, dem wir das angeboten haben, habe ich gehört: »Das hat doch garnix gebracht« oder »Geh mir mit Deim T-Shirt zum Teufel, das war doch alles fürn Arsch.« Überhaupt nicht. Und das geht auch nicht mehr weg. Da bin ich überzeugt. Das ist der positive Aspekt, der aus dieser Situation entstanden ist. Dass die Leute denken: »Wenn man uns nur machen ließe, wenn man uns die Freiheit gäbe, mal wirklich die Kraft reinzulegen in so eine Mobilisierung, dann würde es auch was bringen«.

Das Ergebnis:

Die Beschäftigungssicherung verbucht der BR als den großen Erfolg des Abschlusses und rechtfertigt damit alle »Zugeständnisse«. Der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen ist jedoch bis Dezember 2011 befristet und an das Eintreten der planerischen Prämissen gebunden. Liegt der Betrieb darunter, wird neu verhandelt.
Der einzige gesicherte »Erfolg« ist die Festschreibung der Investitionen, die die Produktion der C-Klasse in Sindelfingen garantiert. Hatte jemand ernsthaft daran gezweifelt?

Dreifach gespaltene Lohnskala

Der Grundsatz »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« wird aufgegeben: alle Neueingestellten erhalten dauerhaft einen niedrigeren Lohn: 24 Monate lang einen Einstelllohn (20 Prozent weniger), dann ab 2007 mit ERA auf Dauer einen um acht Prozent niedrigeren Grundlohn als die jetzt Beschäftigten, von dem aus alle Zulagen berechnet werden. Macht zehn Prozent Lohnunterschied auf Dauer.

Dienstleistungslöhne

Für die aktuell Beschäftigten in den sogenannten Dienstleistungsbereichen (Kantine, Werkschutz… – wer dazu gehört wird auf betrieblicher Ebene definiert!) wird die wöchentliche Arbeitszeit schrittweise auf 39 Stunden erhöht. Alle Neueingestellten müssen ab sofort 39 Stunden pro Woche arbeiten und erhalten nur noch den nackten IGM-Tarif ohne Schichtzulagen, Überstundenzulagen erst ab 130 Überstunden usw. – und damit deutlich weniger Geld als ihre KollegInnen für die gleiche Arbeit.
Die gespaltene Lohnskala, bislang v.a. aus den USA bekannt, ist jetzt bei Daimler-Chrysler beschlossen.

Arbeitszeitverlängerung

Die 20 000 Beschäftigten in Planung und Entwicklung können freiwillig ab sofort 40 Stunden pro Woche arbeiten, allerdings mit Lohnausgleich.

Steinkühlerpause
auf der B10

auf die Sozialkürzungen der Regierung in Handeln umzusetzen. Bisher wirksame Mechanismen der Klassenspaltung scheinen aufzubrechen: Sozialhilfeempfänger werden von ArbeiterInnen nicht mehr als »Faule«, Daimler-ArbeiterInnen nicht mehr als »Privilegierte« gesehen – im Gegenteil: es wurde von ihnen erwartet, dass sie kämpfen, weil sie in der Lage dazu sind.

Neudefinition von übertariflichen Leistungen

Die IGM hatte immer den Standpunkt ervertreten, dass im Leistungslohn (Akkord/Prämienlohn) die gesamte Lohnhöhe leistungshinterlegt ist und keine übertariflichen Zulagen enthält. Jetzt erkennt die IGM die neuen Lohntabellen an, in denen »übertarifliche Lohnbestandteile« ausgewiesen sind, die mit zukünftigen Tariferhöhungen verrechnet werden können. Gleichzeitig hat der BR aber ausgehandelt, dass dies bis 2011 nicht geschieht, außer der *operating profit* der deutschen PKW-Produktion halbiert sich oder gerät ins Minus

Die Vorgeschichte

Im Juni unterzeichnete der IG-Metall-Vorstand mit der Geschäftsführung der Handy-Werke von Siemens in Kamp-Lintfort und Bocholt einen Ergänzungstarifvertrag, der eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich und die Streichung von Weihnachts- und Urlaubsgeld festschreibt. Eine solche Verschlechterung der Tarifbedingungen, die ca. 30 Prozent Lohnkürzung bedeuten, hat es in einem Großkonzern in Westdeutschland noch nie gegeben. Entsprechend wird der Durchbruch von der Wirtschaftspresse gefeiert. Die Reaktion der Metallunternehmer lässt nicht lange auf sich warten. Bei den Gewerkschaftszentralen gehen medienwirksam Anträge auf Verlängerung der Wochenarbeitszeit von anderen Metallbetrieben ein.

Auch die ArbeiterInnen begreifen sofort, was die Stunde geschlagen hat. Die Funktionärsversammlungen der IGM sind überfüllt, mehrheitlich wird der Vorstand aufgefordert, den Tarifvertrag bei Siemens nicht zu genehmigen.Der Abschluss bei Siemens hat allen vorgeführt, was passieren kann, wenn man nicht kämpft.

Wie ist es möglich, den Siemens-Arbeiterinnen zu sagen, sie sollen fünf Stunden länger arbeiten und weniger verdienen als bisher? Ein paar mögliche Argumente: »Strukturschwache Region«, weit und breit der einzige »Frauenbetrieb«, die Alternative wäre Arbeitslosigkeit. Keine Kampftradition, wenig Gewerkschaftsmitglieder. Außerdem ist die Lohnkürzung im Geldbeutel nicht unmittelbar zu spüren: das regelmäßige monatliche Einkommen sinkt nicht, bis Weihnachten ist noch lange hin... es muss »nur« jeden Tag eine Stunde länger gearbeitet werden.

Oder sollten wir andersrum fragen: Warum hat es so lange gedauert, bis ein Generalangriff auf die fest beschäftigten ArbeiterInnen kommt? In anderen europäischen Ländern ist er längst gelaufen. Dort wurde erheblich mehr dagegen gestreikt, trotzdem kam er überall durch.

Eine Lohnsenkung kann am besten mit einem Kampf durchgesetzt werden

Schon während der Tarifrunde im März 2004 hatte der DaimlerChrysler-Vorstand eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Stunden gefordert. Gesamtbetriebsratschef Klemm bot die 40-Stunden-Woche für die Bereiche Forschung und Entwicklung an – und wurde von der Belegschaft zurückgepfiffen. Das Verhandlungsergebnis: 2,7 Prozent mehr Lohn in diesem und 2 Prozent im nächsten Jahr.

Im April gerät der Vorstandsvorsitzende Schrempp wegen großen Verlusten durch Mitsubishi erheblich unter Druck, doch der Betriebsrat hält zu ihm. Beide gemeinsam schassen den designierten *Mercedes Car Group* Chef Dr. Bernhard (»eiskalter Sanierer«). Im Juni wird eine McKinsey-Studie veröffentlicht, die zehn Prozent »Produktionsreserve« bei Mercedes feststellt: die Gewerkschaft sieht 10 000 von 104 000 Arbeitsplätzen gefährdet.

Nun droht Mercedes-Chef Hubbert, die neue C-Klasse nicht im Werk Sindelfingen montieren zu lassen, sondern in Bremen oder Südafrika, weil es dort billiger sei. Er setzt den Betriebsrat mit einem Kostensenkungskonzept um 500 Millionen Euro unter Druck und verlangt längere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, die Streichung von Schichtzulagen und bezahlten Pausen.

Die Betriebsräte in Bremen und in Sindelfingen verhandeln. In Sindelfingen stehen 6000 gut bezahlte Arbeitsplätze zur Disposition. Man erwartete am 25. Juni ein Verhandlungsergebnis – das kam aber nicht. Stattdessen wurde bei DC ein Großkonflikt inszeniert, der stellvertretend für die ganze Metallindustrie ein Signal setzen sollte: Verzicht durchsetzen in einem Betrieb, dem es gut geht.

Noch bevor Hubbert seine Forderungen konkretisiert, kommt es zu koordinierten Arbeitsniederlegungen: Am Freitag, den 9. Juli legen 9000 Beschäftigte in Untertürkheim aus Protest eine halbe Stunde die Arbeit nieder: hier steht der Bau

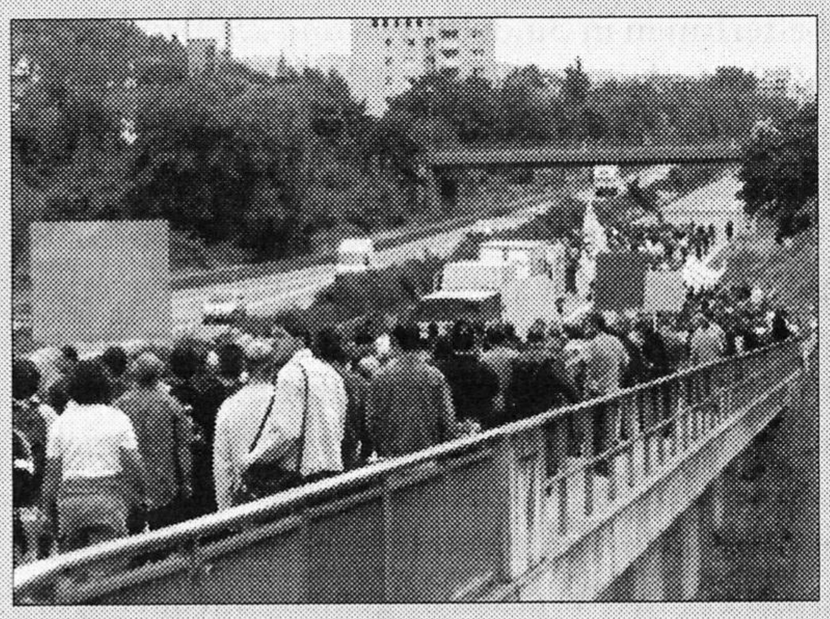
A: Vor 15 Jahren war das normal, dass wir in der Spätschicht um halb neun mit unserem Akkord fertig waren. Und nicht um 23 Uhr. Zwischenzeitlich arbeiten die Leute bis zum Schluss, die gehen vielleicht noch zehn Minuten vor Feierabend Hände waschen, aber das, was wir früher hatten, das gibt's nicht mehr. Es gibt einen Wahnsinnsleistungsdruck. Während früher die Führungskräfte eigentlich nur in der Frühschicht präsent waren und kaum in der Spätschicht, gibt es heute eine Präsenz über alle Schichten. Da wird drauf geguckt, dass die Leute bis zum Letzten knüppeln. Und dann gibt es diese Anzeigetafeln in der Fabrik, wo sie einem ständig das schlechte Gewissen einreden, dass man hinter der Sollvorgabe liegt. Das hat so zugenommen, dass man sagen kann, dass wir wieder bei der puren Maloche angekommen sind.

Wieviel Akkordpausen habt Ihr noch?

B: 1996 ist ja schon ein Teil dieser sogenannten Steinkühlerpause bei uns im Werk flöten gegangen. Das wird verrechnet mit dem sogenannten »erholungswirksamen Belastungswechsel«. Damit war gemeint, dass innerhalb der Gruppenarbeit die Leute eben unterschiedlichste Tätigkeiten ausführen und nicht nur Taylorismus an der Anlage oder am Band, sondern auch Umfeldaufgaben. In der Realität konzentrieren sich die Umfeldaufgaben oft auf irgendwelche Kapos in der Gruppe, und der normale Werker macht dann trotzdem wieder nur Maloche, ein bisschen Störungsbehebung vielleicht noch, aber das ist ja nicht weniger Stress.

Wieviele feste Pausen habt Ihr jetzt noch?

A: Am Band sind es zwischenzeitlich wieder 30 Minuten bezahlte Pausen von den ursprünglichen 40. Und dann halt die unbezahlte Essenspause von 30 Minuten. Vor einem halben Jahr, nachdem die Firma immer mehr wieder auf klassische tayloristische Bänder geht, auf



kurzzyklische Arbeitsplätze und eben nicht auf erholungswirksame Arbeitsplätze, hat der Betriebsrat, aber auch auf Druck der Basis den Kampf aufgenommen und die Pausen wieder verlängert.

Sind das noch kollektive Pausen?

B: Im Montagebereich sind sie in der Regel noch kollektiv. Es gibt aber weite Bereiche (mechanische Fertigung z.B), wo diese Pausen nicht mehr kollektiv sind. Der Druck in die Richtung nimmt zu. Aber die Leute legen sehr viel Wert darauf, die Pausen gemeinsam machen zu können. Da wehren sie sich auch.

Ihr sagt, Daimler gehe es gut, der Angriff war »ökonomisch« nicht nötig?

A: Wenn man mit dem mittleren Management spricht, sagen die, dass es bei uns eine Kapitalrendite von im Schnitt sieben Prozent gibt. Aber sie wollen auf 12-15 hinaus!

... also ein politischer Angriff?

A: Beides, ich glaube schon, dass das Daimler-Management mit die Speerspitze im Arbeitgeberverband ist und dafür sorgen soll, es auch mal in die andere Richtung zu treiben, nicht nur Tarife zu erhöhen, sondern auch mal in die andere Richtung zu arbeiten, das war glaube ich schon die Zielsetzung. Das riecht schon alles ein bisschen nach von langer Hand vorbereitet.

des neuen Dieselmotors zur Disposition. Am Samstag fällt die Produktion in Sindelfingen komplett aus, weil der Betriebsrat die Zustimmung zur Samstagsarbeit für die Instandhalter verweigert. 12 000 ArbeiterInnen bleiben zuhause. Die Betriebsräte in Bremen und Sindelfingen stimmen sich ab und rufen alle 160 000 DC-Beschäftigten in Deutschland zum Aktionstag am 15. Juli auf. An zehn Standorten gibt es zum Teil heftige Proteste: noch in der Nacht ein Fackelzug in Düsseldorf mit 600 DC-Beschäftigten. In Bremen protestieren 5000, in Mannheim 8000, im Lkw-Werk Wörth 5000, in Landau 150, in Hamburg-Harburg, Berlin und Kassel jeweils 1000. In Sindelfingen streiken 20 000.

Aktionen, die über ausgedehnte Betriebsversammlungen hinaus gehen, gibt es allerdings nur in Bremen und Stuttgart. In Mettingen machen 2000 ArbeiterInnen die vierspurige B 10 dicht und gehen die vier Kilometer zu Fuß zur zentralen Kundgebung nach Untertürkheim (10 000 TeilnehmerInnen).

ERA

Im Entgeltrahmentarifvertrag sollten verschiedene Lohnlinien für Arbeiter, Prämienlöhner und Angestellte zusammen geführt und alle Beschäftigten nach einheitlichen Kriterien eingruppiert werden. Grundsatz war: keiner soll nachher weniger verdienen. Jetzt gibt es dauerhaft zwei Lohnlinien: für die jetzige Belegschaft und für die Neueingestellten. Ziel der Neugruppierung war unter anderem die Erhöhung der Löhne für Facharbeiter. Die Umsetzung macht nun ganz eindeutig alle ArbeiterInnen mit hohen Belastungen (MontiererInnen, StanzerInnen, Gießer usw.) zu VerliererInnen, da dieses Kriterium in Zukunft eine viel geringere Rolle bei der Eingruppierung spielt. Wichtig sind dagegen Kriterien wie »Qualifikation«, »Kommunikation« und »Handlungsspielraum«: die sind bekanntermaßen für MontagearbeiterInnen ziemlich gering, auch wenn die Verfechter der Gruppenarbeit immer das Gegenteil behauptet haben. D.h. neueingestellte Montagearbeiter werden ein paar hundert Euro weniger pro Monat verdienen

DC Move

Alle Azubis, Befristeten und Neueingestellten, kommen auf eine zentrale Kostenstelle. Bei Personalüberhängen können sie in anderen Werken beschäftigt werden. Das ermöglicht flexiblen Personaleinsatz, quetscht aber auch noch vorhandene Freiräume aus der Abteilung raus, wo die Meister knapper mit Personal kalkulieren können.

Leiharbeit

Künftig wird es bei DaimlerChrysler LeiharbeiterInnen geben, bezahlt nach dem niedrigsten IGM-Tarif.

Am Samstag, den 17. Juli bleiben 12 000 ArbeiterInnen in Sindelfingen und 2500 in Untertürkheim zuhause. Wieder 1000 PKWs weniger. Die Kampfbereitschaft ist in vielen Werken bis zum Schluss ungebrochen.

Der zweite bundesweite Aktionstag, den GBR-Chef Klemm im Falle der Nichteinigung angekündigt hatte, findet nicht mehr statt. Am Freitag vormittag wird der Abschluss »mit Modellcharakter« verkündet. In Untertürkheim wird die Betriebsversammlung erstmalig als große Show in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle inszeniert. Man will diesmal alle drei Werksteile gemeinsam haben, um die Kontrolle zu behalten. Die Betriebsratsspitze stellt sich tapfer dem anhaltenden Pfeifkonzert der Belegschaft.

Alles abgekartet?

Schrempp hat die verlangten 500 Millionen Einsparungen bekommen, was angesichts der Mobilisierungen nicht zu erwarten war. DC-Manager Hubbert hatte die »baden-württembergische Krankheit« in die Medien lanciert und damit ein Ablenkungsmanöver gestartet. Der Neid auf die Großverdiener-Arbeiter bei Daimler sollte angestachelt werden. Dann die personelle Kungelei zwischen Schrempp und Hubbert und der BR-Spitze. War alles nur ein abgekartetes Spiel, um die Löhne zu drücken? Stand die Verlagerung je wirklich zur Debatte?

Positiv bleibt festzuhalten, dass es den Daimler-Managern nicht gelungen ist, die Werke gegeneinander auszuspielen. Es gab Aktionen und/oder Arbeitsniederlegungen in allen Werken, in Bremen noch bevor die Forderungen formuliert waren. Die Gewerkschaft in Südafrika erklärte sich solidarisch, sie war selbst im Streik für bessere Löhne. Die Daimler-ArbeiterInnen in Brasilien haben Aktionen vor dem Werkstor gemacht.

Die »baden-württembergische Krankheit«

35-Stunden-Woche?

Die schrittweise Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche in der Metallindustrie ist in den 80er Jahren teuer erkauft worden: mit dem Verzicht auf Reallohnerhöhungen und immer weiteren Arbeitszeitflexibilisierungen – in Richtung einer Ausdehnung der Arbeitswoche bei höherem Arbeitsanfall *ohne* Überstundenzuschläge (die bisher 25 Prozent ausmachten) und der stärkeren Einbeziehung des Samstags in die reguläre Arbeitszeit.

Auch bei DaimlerChrysler wurden im Rahmen solcher Regelungen die Betriebszeiten massiv ausgedehnt: in Hamburg werden in der Woche 17 Schichten gearbeitet, seit acht Jahren gibt es »befristet« auch eine Wochenendschicht (Freitag bis Sonntag). Im Omnibus-Werk in Mannheim werden 18 Schichten incl. Samstag gearbeitet.

Was im Tarifvertrag zur Arbeitszeit steht, heißt inzwischen nicht mehr viel für die konkrete Arbeitszeit im Betrieb, die ist Ergebnis von Ergänzungstarifverträgen, Standortsicherungsverträgen oder schlicht Betriebsvereinbarungen. Über Jahre gedehnte Arbeitszeitkonten machen die kurzfristige Ausdehnung oder Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit möglich, ohne dass für das Unternehmen Zusatzkosten in Form von Überstundenzuschlägen anfallen.

Regelmäßig wird in allen Daimler-Werken acht Stunden gearbeitet, die Arbeitszeitverkürzung wird in Freischichten umgerechnet. Pro Jahr gibt es also zusätzlich zum Urlaub fast 30 freie Tage – und eine entsprechend große Personalreserve in den Werken.

Die »Steinkühler«-Pause

...ist die fünfminütige Erholungszeit pro Stunde für Akkordarbeiter, die im dreiwöchigen Arbeitskampf 1973 im Tarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden vom damaligen Stuttgarter Bezirksleiter und späteren IGM-Chef ausgehandelt und im Lohnrahmentarif II verankert wurde. Nicht zu verwechseln mit den drei Minuten »persönliche Verteilzeit«, die jedem individuell zustehen, für den Gang aufs Klo oder die Zigarette... Die Erholungszeiten wurden in den letzten Jahren immer mehr ausgehöhlt: indem Stillstandszeiten, Gruppengespräche oder Qualifizierungszeiten auf diese bezahlten Pausen angerechnet werden. In manchen Betrieben können durchgearbeitete Pausen auf einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben werden – was den Sinn dieser Pausen – eine kurze Erholung von der Dauerbelastung – komplett aushebelt.

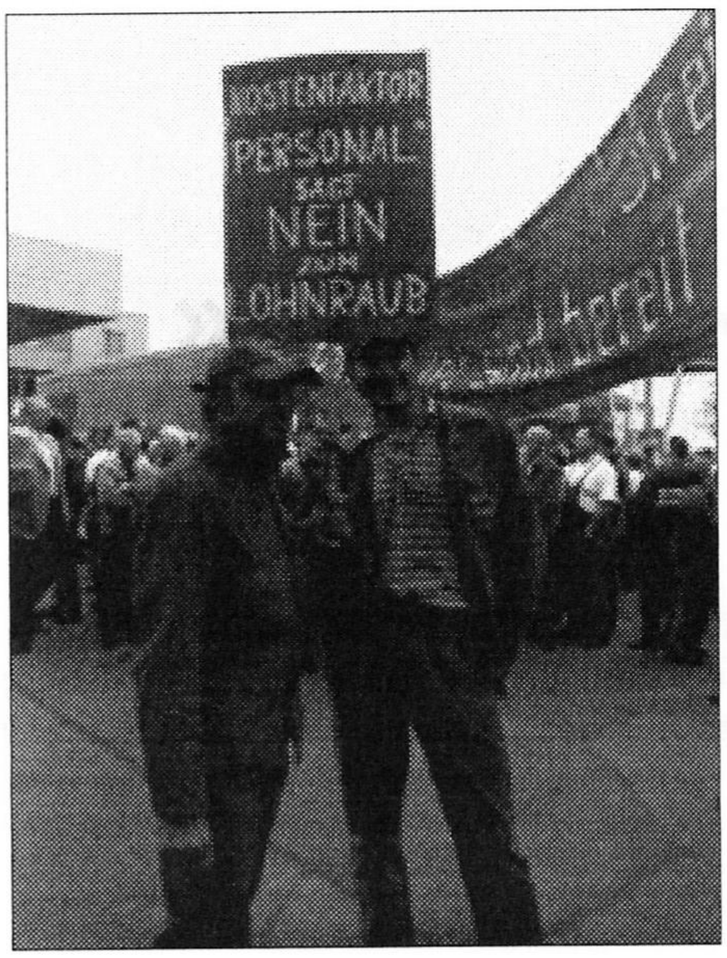
Extreme Leistungsverdichtung

...und die Einführung von sogenannter Gruppenarbeit gingen in den letzten Jahren Hand in Hand. Fließbänder sind heute in der Produktion wieder die Regel, die Takte liegen häufig unter einer Minute. Verantwortung auf die Arbeiter abwälzen plus Taylorismus.

Ein politischer und ökonomischer Angriff

Kurz nach dem Abschluss mit der 500 Millionen Euro-Einsparung wurde das zweite Quartalsergebnis des DaimlerChrysler-Konzerns veröffentlicht: 1,5 Milliarden Euro Gewinnsteigerung.

Daimler-Benz war bis Mitte der 90er Jahre eine Besonderheit als Autokonzern mit einer fast ausschließlich in Deutschland lokalisierten Produktionsbasis (Montagewerke nur in der Region Stuttgart und Bremen) und keiner Zusammenarbeit mit



anderen Autokonzernen. 1995 schwenkte man um. Vorstandschef Jürgen Schrempp, der schon den Ausbau des Werkes in Südafrika betrieben hatte, wollte Daimler-Benz zum *Global Player* machen, was voraussetzt, in Europa, USA und Asien auf dem Markt präsent zu sein. Mit der Errichtung eines Zweigwerks in Alabama und der Übernahme (»Fusion«) von Chrysler wurde DC zum international an den Börsen notierten Unternehmen mit 430.000 Beschäftigten und zum fünftgrößten Autoproduzenten der Welt. Die (nach hohen Verlusten inzwischen wieder gelöste) Beteiligung an Mitsubishi sollte den asiatischen Markt sichern. Der operative Gewinn betrug im vergangenen Jahr 5,68 Milliarden Euro. Rund 60 Prozent fuhr dabei die *Mercedes Car Group* ein, nämlich 3,1 Milliarden Euro, doch gerade ihr Absatz stagniert: Im Mai gab es einen weltweiten Absatzeinbruch von 9,2 Prozent, in den ersten acht Monaten des Jahres um 4,7 Prozent. Allein bei *Mercedes PKW* gab es im August einen Absatzrückgang um neun Prozent. In Finanzkreisen gilt Daimler seit der Übernahme von Chrysler als renditeschwach, was dazu geführt hat, dass der Aktienkurs innerhalb weniger Jahre auf die Hälfte gefallen ist.

Schon seit Jahren versteht man es bei Daimler, einzelne Werke gegeneinander auszuspielen, wie in der Vergangenheit die Nutzfahrzeug-Achsenwerke Gaggenau und Kassel oder jetzt Bremen und Stuttgart. Betriebsteile werden in Konkurrenz zu Zulieferbetrieben gesetzt, wenn es um die Entscheidung geht, wo ein neues Bauteil produziert wird. Diese Konkurrenz mit anderen Herstellern spielt bislang eine größere Rolle als die konzerninterne Konkurrenz mit den neuen Standorten in Amerika und Asien.

Für nationalstaatliche Regulierungen wird zukünftig kein Spielraum mehr sein, ob auf sozialstaatlicher oder Unternehmensebene. Die radikalen Phrasen der Betriebsräte auf Protestkundgebungen dienen als Deckmantel für die Zustimmung zu immer neuen Lohnsenkungen und Arbeitsplatzabbau, mit der Begründung, man könne nichts anderes machen. Um dem Angriff der Geschäftsleitung und ihrer systematischen Erpressung ernsthaft und wirkungsvoll entgegen zu treten, müssen die ArbeiterInnen bei DaimlerChrysler, Siemens und allen anderen Betrieben vollständig mit den alten nationalstaatlich orientierten gewerkschaftlichen Konzepten brechen und sich als Teil einer internationalen Klasse begreifen.

Krise der Autoindustrie und Kondratieff?

Die Autobranche hat als einzige Industrie in den letzten Jahren die Beschäftigung in der BRD ausgeweitet. Nachdem alle Hoffnungen auf einen Computer- oder gar Internet-Zyklus zusammengebrochen sind, hat sie in den letzten Jahren eine Art Revival als ziehender Sektor des Kapitalismus erlebt. Sie gilt als tragender Industriezweig des 4. Kondratieff-Zyklus mit sehr robuster Modernisierungsfähigkeit. Die Autoindustrie gehört heute zu den Forschungs&Entwicklungs-intensivsten Industriezweigen, d.h. das Produkt wird technisch immer anspruchsvoller, der Zyklus dadurch verlängert. Die Wertschöpfung pro Auto steigt immer weiter an, wobei ein großer Anteil davon heute in den Zulieferbetrieben erbracht wird. Trotz intensiver Rationalisierung ist das Verhältnis zwischen eingesetzter Arbeitskraft und der Zahl der produzierten Autos ungefähr konstant geblieben.

Doch was ist mit den Profiten? Während immer mehr Autos in immer kürzerer Zeit produziert werden, stagniert der Absatz weltweit. Ein Auto wird heute in 20 Stunden montiert, dann liegt es 20-40 Tage auf Halde, bis es einen Käufer findet. Die Verkaufszahlen können nur durch massive Preisnachlässe gehalten werden, viele Konzerne legen bei jedem verkauften Auto drauf, Chrysler in den USA 2003 z.B. 496 Dollar. China verspricht im Moment noch hohe Zuwachsraten, aber die »Marktsättigung« ist absehbar. Die hohen Marktanteile von VW z.B. sind teuer erkauft mit Verlusten bei jedem verkauften Wagen – und trotzdem sind sie stark zurückgegangen.

Heute kommen im Schnitt nur noch ein Viertel der Gewinne der Autokonzerne aus der Produktion und dem Verkauf von Autos, der Rest kommt aus Ersatzteilhandel, Kundendienst und Finanzgeschäften durch an den Konzern angeschlossene Banken – wie z.B. die DaimlerChrysler-Bank. Ford und GM kurbeln verlustreiche Auto-Verkäufe an, um mit den Ratenzahlungen der Käuferkredite Zinsen für ihre Gläubiger aufbringen zu können. Das ist eine höchst risikoreiche Überlebensstrategie, die, je länger sie dauert, um so sicherer zum Milliardengrab wird. ■

5000 »Automobilbau-Talente« gesucht

(www.auto5000.de)

Im November 1999 stellte VW-Arbeitsdirektor Hartz das sogenannte Projekt »5000 mal 5000« der Öffentlichkeit vor. 5000 Arbeitsplätze sollten für die Fertigung des »Touran« in Wolfsburg und Hannover entstehen. Ziel sei es, »Arbeitsplätze aus dem Ausland« nach Deutschland zurückzuholen. Man wolle zeigen, dass auch unter deutschen (Hochlohn-)Bedingungen eine profitable Produktion möglich sei.

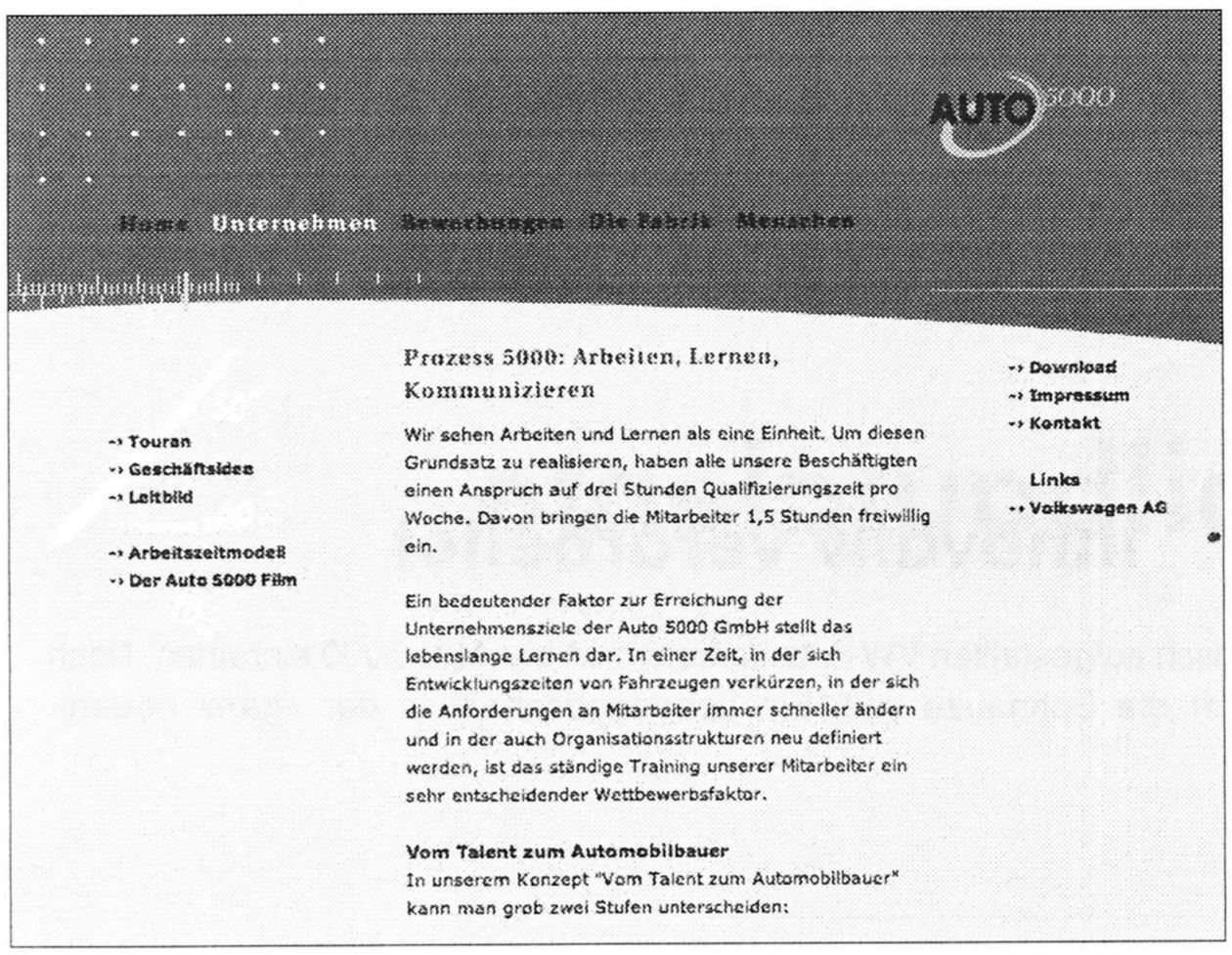
Grundgedanke des Projekts ist die Produktion einer Stückzahl gegen Fixlohn von 5000 DM (2556 Euro). Darüber hinaus sind keine weiteren Zahlungen für Überstunden-, Nachtarbeits- oder Wochenendzuschläge, Weihnachts- bzw. Urlaubsgeld vorgesehen, und es sollte auch keinen Freizeitausgleich geben. Das alles bei gleitender Arbeitszeit von 28,8 bis zu 48 Wochenstunden mit dem Samstag als Regelarbeitstag. Zunächst ist es ein Wunschzettel.

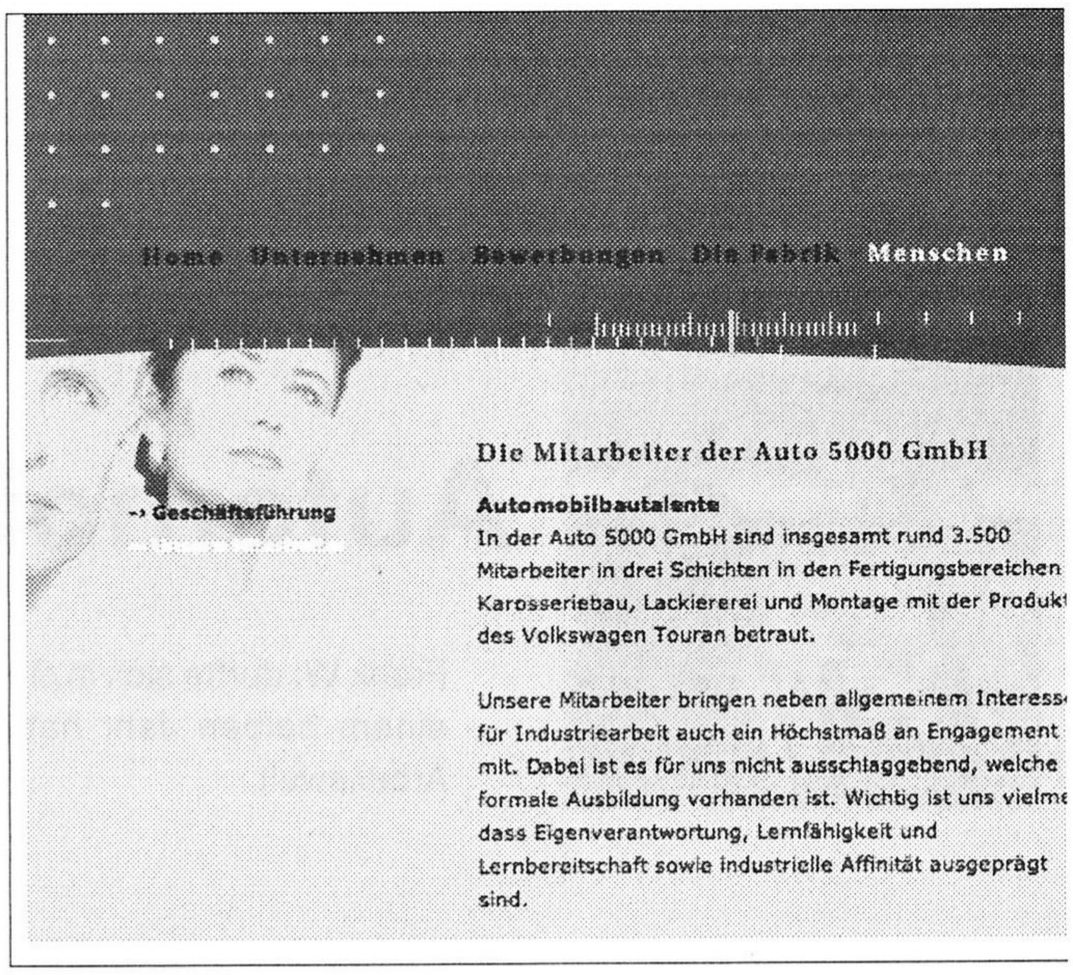
Weil die Wünsche nicht mit den geltenden Tarifverträgen der VW AG zu vereinbaren sind, wird eigens eine Tochterfirma, die *Auto 5000 GmbH*, gegründet. Ende März 2001 beginnen die Verhandlungen mit der IG Metall. Grundsätzlich begrüßt die IGM das Konzept, sieht aber Nachbesserungsbedarf bei Arbeitszeiten und Entlohnung. Am 28.7.2001 wird ein Tarifvertrag mit dreieinhalb Jahren Laufzeit über die Bedingungen der Produktion des *Touran* am Standort Wolfsburg abgeschlossen. Nun gilt:

- Es werden insgesamt 3500 Arbeitslose eingestellt. Diese durchlaufen ein spezielles Bewerbungsverfahren, die Bewerbung sollte ausschliesslich über die Arbeitsämter erfolgen. Die angenommenen Bewerber absolvieren zunächst eine dreimonatige Qualifizierungsmaßnahme (finanziert durchs Arbeitsamt), in der sie eine »allgemeine Industrietauglichkeit« erwerben sollen. Danach sechs Monate Probezeit: Einarbeitung, weitere Qualifizierung und Aufbau der Leistungsfähigkeit bei geforderter Sollstückzahl. Im Werk gibt es ein Festgehalt von 2045 Euro, vorher Arbeitslosengeld.
- Nach erfolgreicher Probezeit unbefristete Festanstellung mit monatlich 2300 Euro plus Mindestbonus von 256 Euro, brutto natürlich. Zusätzlich »persönlicher Leistungsbonus« und »Ergebnisbeteiligung«. Alle Zusatzleistungen sind davon abhängig, ob die festgelegte Umsatzrendite erreicht wird. Im Vergleich zum Firmentarif im Stammwerk Wolfsburg verdienen die Beschäftigten bei *Auto 5000* 20 – 40 Prozent weniger.

Die »wertschöpfende regelmäßige Arbeitszeit« beträgt 35 Stunden je Woche im Jahresdurchschnitt. Sie kann bei Bedarf bis auf 42 Stunden ausgedehnt werden. Bis zu 200 Stunden können auf dem Arbeitszeitkonto angesammelt werden. Ausgleich durch Freizeit oder durch Bezahlung mit 25 Prozent Zuschlag. Die Frühschichten und Spätschichten am Samstag sowie die Anfahrschicht am Sonntagabend gehören zur Regelarbeitszeit. (Bezahlte) Überstunden können faktisch nur durch vom Arbeitgeber verschuldete Schäden entstehen. Wird die Stückzahl in der vereinbarten Qualität nicht erreicht, muss unbezahlte Nacharbeit geleistet werden. Die Verantwortung für Mängel liegt beim »Team«. Wöchentlich sind drei Stunden Qualifizierung abzuleisten, davon werden 1½ Stunden bezahlt. Während der ersten zwei Jahre Betriebszugehörigkeit gilt eine zweiwöchige beiderseitige Kündigungsfrist, anschließend die gesetzlichen Bestimmungen.

Es gibt diverse Zusatzvereinbarungen zum Tarifvertrag, in denen die »Gestaltung der Arbeitsorganisation« festgeschrieben wird. Hier wimmelt es von Anspruchsformulierungen, wie »menschengerechte Gestaltung der Arbeitsorganisation«, »abwechslungsreiche und ganzheitliche Arbeitsinhalte«, »flache Hierarchien«, »teilautonome Teams« mit »erweitertem Handlungs-, Dispositions- und Entscheidungsspielraum«. Das Kapitalkommando reorganisiert sich auf nur drei Hierarchieebenen: Geschäftsführung, Betriebsingenieure, Produktionsarbeiter.





In einem Anhang zur »Leistungs- und Personalbemessung« taucht das Kriteirum der »biologischen und sozialen Zumutbarkeit« der Personalbesetzung auf. Außerdem gibt es einen »Qualifizierungstarifvertrag«: Alle Beschäftigten werden nach zwei Jahren »fortlaufender Qualifizierung« in der »Lernfabrik« zertifizierte »Fachkräfte für Automobilbau«. In einem »Mitbestimmungsvertrag« wird dem Betriebsrat Mitbestimmung bei der Festlegung von Produktionszielen, Personalbemessung und Boni eingeräumt.

Die Standortverherrlichung und die Vereinbarungen zur »ganzheitlichen Arbeitsorganisation« und »Mitbestimmung« haben in nahezu sämtlichen Medien Begeisterungsstürme ausgelöst. Selbst von »kritischen GewerkschafterInnen« kommt Lob. Die IGM feiert das »innovative Modell« im Allgemeinen und die Erhaltung der 35-Stunden-Woche im Besonderen nach den »dramatischen Verhandlungen« als ein »bemerkenswertes Signal für den Arbeitsmarkt«. Man habe sogar erreichen können, dass die Beschäftigten nach der Probezeit unbefristet übernommen werden.

Im Januar 2003 beginnt dann – mit einiger Verspätung – die Fertigung des *Touran*. Bis Ende 2004 soll der Vollbetrieb erreicht werden. Von 43 000 Bewerbern wurden 3780 für die Qualifizierungsphase ausgewählt und letztlich knapp 3000 eingestellt. Sie waren zu über 90 Prozent vorher arbeitslos, sind überdurchschnittlich gut qualifiziert und kommen jeweils zur Hälfte aus West- und Ostdeutschland. Die Zusammensetzung der Beschäftigten hinsichtlich Alter und Geschlecht bewegt sich in dem für den Automobilbau üblichen Rahmen. Das Durchschnittsalter der Belegschaft beträgt 32 Jahre. Von den Beschäftigten in der Probezeit wurden 149 nicht übernommen oder haben selbst gekündigt.

Ganz reibungslos kann die Anlaufphase jedoch nicht verlaufen sein. Es mussten »Unterstützer« mit VW-Erfahrung in die *Auto 5000 GmbH* integriert werden: insgesamt 107 Kräfte, meist auf unterer Management-Ebene. Nun sind es vier Hierarchieebenen: Geschäftsführung, Gewerkeleiter, Betriebsingenieure/-meister, »Unterstützer«. Offenbar gab es auch Zusammenstöße mit selbstbewussten Arbeiterinnen und Arbeitern. Eine von VW und der IGM bezahlte sozialwissenschaftliche Studie gibt wieder, was zu hören war: »Mit uns ehemaligen Arbeitslosen meinen die wohl, alles machen zu können«. Die Studie umkreist solche Erfahrungen auf Zehenspitzen: Die »gestiegene gesellschaftliche Sensibilität der Arbeitslosen« und der »Anspruch auf selbstverantwortliches Arbeitshandeln« habe einen »besonders kritischen Resonanzboden für wie immer unvermeidbare Ungerechtigkeiten« gebildet. Letztlich handele es sich aber um Anlaufschwierigkeiten und unvermeidbare Konflikte. »Die nach wie vor hoch motivierte Mannschaft ebenso wie die Träger des Konzepts im Management und beim Betriebsrat begründen gute Chancen, das Projekt auf der Erfolgsspur zu halten und damit einen Beitrag zu leisten für eine Renaissance qualifikatorisch zudem aufgewerteter industrieller Produktionsarbeit am Standort Deutschland.« (SOFI – Göttingen: *Zwischenbericht zum Projekt 5000x5000*)

Automobilbautalente innovativ verarbeitet

Frank W. durfte sich in die frisch aufgestellten VW-Arbeiterkolonnen bei Auto 5000 einreihen. Nach einem halben Jahr hatte er die Schnauze voll. Ein Lebensabschnitt in der »ganz neuen« Arbeitswelt.

Frank bewohnt mit seiner Freundin eine Reihenhaus-Mietwohnung in einem Dorf nahe bei Magdeburg. Er ist 24 Jahre alt, hat nach Abschluss der Realschule eine Lehre als Glaser und anschließend Zivildienst gemacht. Dann ein Jahr Arbeit in einer kleinen Glaserklitsche. Die Klitsche macht Pleite.

Nach kurzer Arbeitslosigkeit bewirbt Frank sich gegen Ende 2002 bei VW. So machen es viele aus seiner Gegend. Er durchläuft sämtliche Bewerbungsprozeduren: die zwingend vorgeschriebene Internet-Bewerbung, die eintägige Vorstellungsrunde in Magdeburg, den Gesundheits-Check. In der Runde müssen »Fähigkeiten« nachgewiesen werden. Neben der Bewährung bei einfachen Montagetätigkeiten und Rechenaufgaben wird am Beispiel einer »sozial gerechten Urlaubsplanung« auch die sogenannte Teamfähigkeit getestet – ein Vorgeschmack auf Kommendes.

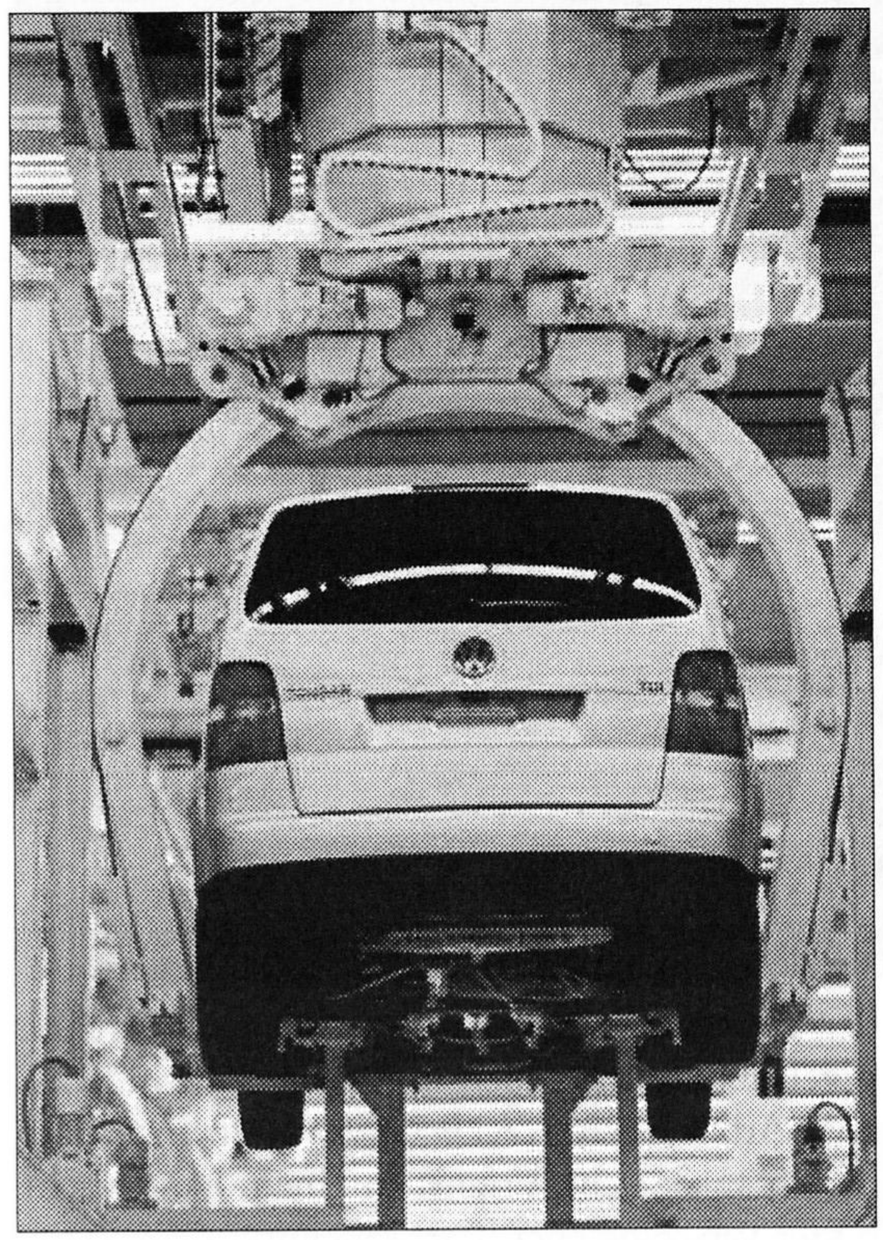
Frank gehört zu denjenigen, die die Prüfungen bestehen. Im Orga-Plan von *Auto 5000*, der den »Arbeiter« nicht mehr kennt, ist er fortan ein »Automobilbautalent« und wird Anfang 2003 drei Monate lang vom Arbeitsamt für sein neues Leben »qualifiziert«. Dafür gibt es erstmal weiter das bisherige Arbeitslosengeld. Die ersten sechs Wochen »Qualifizierung« sind in Magdeburg zu absolvieren. Da wird Grundwissen aus vielen technischen Feldern angetippt, aber auch ausgiebig die Teamarbeit besungen. Dann gibt es in Wolfsburg sechs Wochen lang »Ausbildungspraxis«. Im Klartext: nach kurzer Mitlaufzeit bei älteren Kollegen – auch sie »5000er« – ab zur normalen Tätigkeit am Band. Kommentarlos wird aus dem »Automobilbautalent« der altgewohnte Arbeiter.

Nach Ablauf von drei Monaten Praxis kommt für Frank und alle anderen aus seiner Klasse die Übernahme in die Probezeit. Eine feierliche Angelegenheit. Alle Kandidaten werden zusammengerufen und erhalten ihre auf ein halbes Jahr befristeten Arbeitsverträge. Frank wirft einen schnellen Blick auf die Lohnzeile: 2045 Euro im Monat. Anschließend predigt ein Vertreter der VW-Bank, dort ein Girokonto zu eröffnen – selbstverständlich ganz zwanglos, aber nicht ohne Hinweis auf Bedeutung bei einer etwaigen Festeinstellung. Zum Abschluß eine Lobpreisung auf Solidarität und Organisierung durch einen Geschäftsträger der IG Metall. Er rekrutiert alle Neu-VWler für die Gewerkschaft. Jetzt kann es richtig losgehen.

Die Eingestellten werden in Teams eingeteilt. An Franks Fertigungsstrecke arbeiteten vier Teams zu jeweils ca. zehn Leuten. Frank selbst ist – wie die meisten aus seiner Klasse – in einem Montageteam gelandet. Hier ist offenbar gute Durchmischung Trumpf: Die jüngsten sind Anfang 20, der älteste 46, vom Maler bis zum Elektrotechniker alle möglichen Berufe, Verhältnis Ossis/Wessis fifty-fifty, mehrere Türken und Russen, eine einzige Frau, die bleibt nicht lang.

Ab sofort wird nur noch montiert: Räder, Reifen, Airbags, Lenkräder, Radkappen, Lenkräder, Airbags, Reifen, Räder. Undsoweiter. Gearbeitet wird mit einfachen Werkzeugen aus einem Rollwagen. Auch Frank hat einen. War da nicht mal die Rede von Robotern? Aber fragen kann Frank niemand. Alle sind neu, keiner kennt das alte VW-Werk. Kontakte zu Teams von anderen Strecken? Fehlanzeige. Vorgesetzte? Getreu dem Orga-Schema von *Auto 5000* gibt es einen einzigen, den Betriebsingenieur, genannt »BI«, zuständig für die vier Teams an der Strecke.

Die Arbeit im Team wird »eigenverantwortlich« eingeteilt, ohne Teamchef, ohne Sprecher.Das passiert jeden Tag neu, und zwar vor dem Bandanlauf bei Schichtbeginn, außerhalb der Arbeitszeit. Am Anfang wurde jeden Morgen neu um die



einzelnen Jobs gestritten, total chaotisch. Dann ist man zu Wochenplanungen übergegangen. Allerdings werden die Pläne immer über den Haufen geworfen, weil irgendjemand fehlt. Frank und seine Kollegen versuchen es so zu organisieren, dass jeder jeden Tag was anderes macht, um die Arbeit nicht ganz so stumpfsinnig werden zu lassen.

Gearbeitet wird in drei Schichten, eine Woche Früh-, eine Woche Spät-, eine Woche Nachtschicht. Dreimal täglich zwischen den Schichten steht das Band für eine halbe Stunde. Jetzt kann Unerledigtes nachgearbeitet oder Extrapensum vorgearbeitet werden. Nach Schichtende wird fast täglich länger gearbeitet – und zwar in einer speziellen Nacharbeits-Strecke. Zusätzlich wird eigentlich fast an jedem Wochenende malocht. Und wenn Frank am Samstag aus der Frühschicht kommt und am Sonntag wieder in die Nachtschicht geht, macht er Bekanntschaft mit der Sieben-Tage-Woche. Grimmig erinnert er sich daran, dass in den Bewerbungsgesprächen Wochenendarbeit maximal einmal im Monat angekündigt worden war.

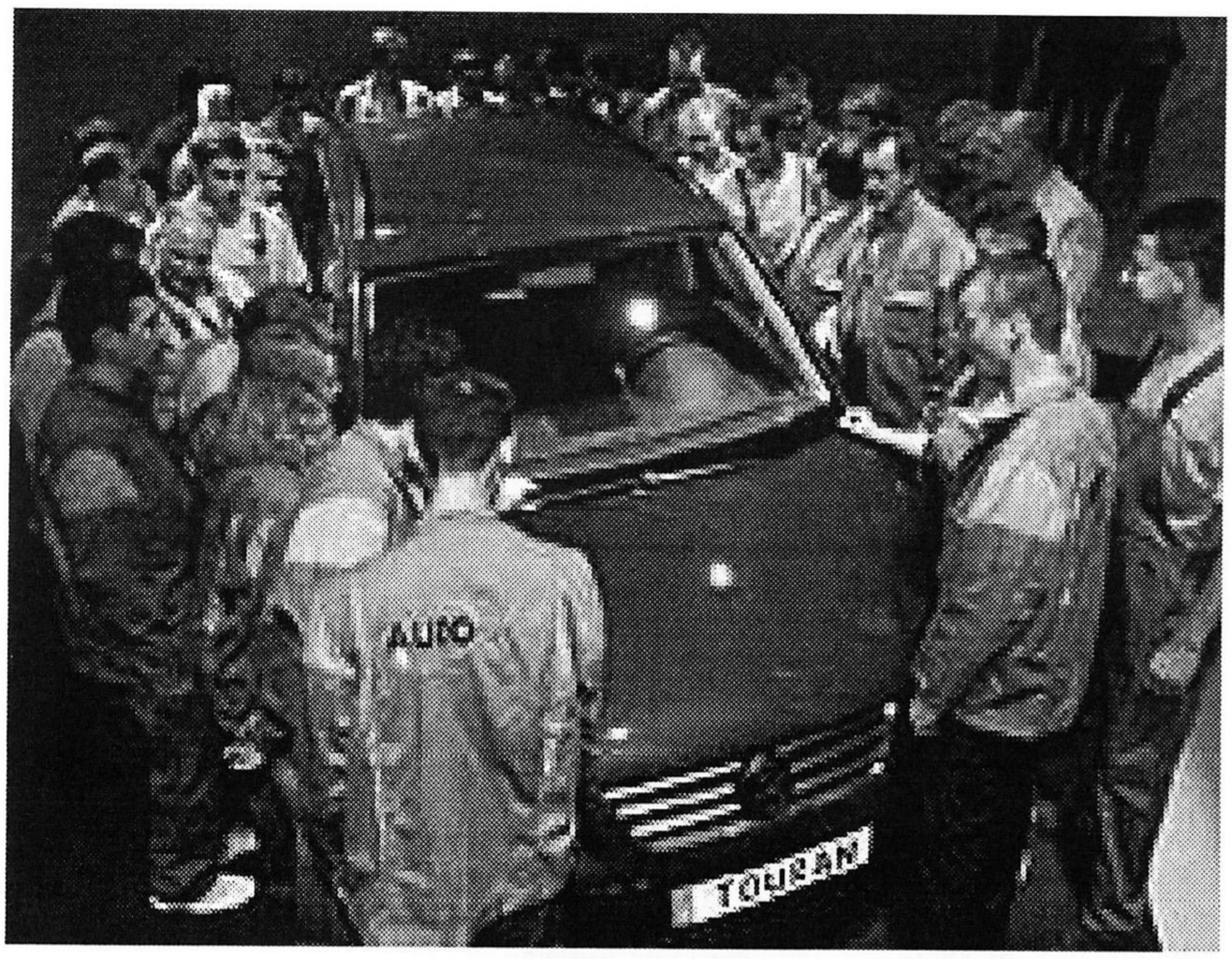
Immerhin kann er seine Wohnung behalten. Die Entfernung nach Wolfsburg macht es möglich zu pendeln. Zwei Stunden Autofahrt an jedem Arbeitstag.

Die Arbeit selbst: Stumpfsinn und Stress pur. Am stumpfsinnigsten findet Frank die Airbag-Aufkleber-Schicht. Da muss er den ganzen Tag einen Aufkleber oben und einen unten anbringen. Der Zeitdruck regiert die Gedanken. Die Schichten sind unterbesetzt, machen reichlich Fehler. Also Nacharbeit. Kaum ein Tag vergeht ohne Überstunden. Ob sie bezahlt werden müssen, weiß keiner, denn »selbstverschuldete« Mehrarbeit ist im Programmentgelt schon enthalten. Franks Überstunden bleiben erstmal unbezahlt.

Im Übrigen gibt es laufend mündliche Abmahnungen wegen schlechter Qualität. Alle Nase lang wird das Band angehalten – mitunter steht es den ganzen Tag. Dennoch wird fast jede Woche die Bandgeschwindigkeit wie geplant erhöht. Während der chaotischen Bandstillstandszeiten werden Neue angelernt. Dafür ist sonst keine Zeit. Von Qualifizierung, wie sie im Tarifvertrag versprochen wird, hat Frank nie mehr etwas bemerkt. Der Anspruch gilt ohnehin nur für Festangestellte.

46 Minuten Pause pro Schicht, zweimal 13 und einmal 20 Minuten. In dieser Zeit dürfen Frank und seine Kollegen in der Teamkabine sitzen, einem durch Glaswände abgetrennten Bereich neben dem Band. Hier kann mitgebrachtes Essen aufgewärmt werden. In der Halle gibt es auch eine Würstchenbude, aber fürs Würstchenholen plus Essen reicht die Pausenzeit nicht. Frank meint, dass er während seiner VW-Zeit zehn Kilo abgenommen hat. Wenigstens hat er getrunken: meistens fünf Liter Selterswasser pro Tag, wegen der Hitze. In einer Zeitung hat er mal von den angeblich »klimatisierten Räumen bei VW« gelesen. Da konnte er nur staunen.

Die Arbeit am Montageband macht krank, daran ändern auch die VW-Werbesprüche nichts. Wer nicht durchhält, wird gefeuert oder wirft selbst das Handtuch. Kranksein – das erlauben sich in Franks Umgebung nur die schon Gekündigten. Bei



der Auftaktversammlung wurde zu verstehen gegeben, dass man auch »mit gebrochenem Bein« seine Arbeit macht. Wer bei *Auto 5000* zum zweiten Mal krank macht, erfährt in einem »Gespräch« hinter verschlossener Tür, was unter dem »Miteinander« der *Auto-5000*-Philosophie zu verstehen ist – Verpflichtung zum Stillschweigen eingeschlossen.

Frank meint, dass er mit seinem Montageteam wohl die »Arschkarte« gezogen hat – in anderen Teams scheint die Arbeit – wenn auch nicht toll – doch immerhin erträglicher zu sein. Die Frustration ist aber ziemlich allgemein. Nur Hoffnungen auf einen »unbefristeten Job« motivieren die meisten zum Weitermachen. Obwohl es kaum Alternativen gibt, bewerben sich viele von Franks Kollegen immer wieder anderswo. Während seiner Zeit haben außer ihm selbst zwei weitere Kollegen im Team gekündigt. Sämtliche Teams schreien ständig nach zusätzlichen Leuten, aber während Franks Zeit gab es einen Einstellungsstopp.

Frank erinnert sich, dass er sich richtig auf den Job gefreut hat, nachdem er bei VW angenommen war. Aber bereits am ersten Tag sei die Ernüchterung gekommen. Nur Stumpfsinn und ständige Arbeitshetze. Auf Schlagwörter wie »ganzheitliche Arbeitsabläufe«, »teilautonome Teams« usw. angesprochen, kann er sich kaum ein müdes Lächeln abringen. Insgesamt habe es während seiner VW-Zeit auch bei den anderen eine zunehmende Ernüchterung gegeben. Nur wenige identifizieren sich mit VW, die werden nicht für voll genommen und bleiben Außenseiter. Die Kumpels, die sich bei ihm nach VW erkundigt haben, hat Frank alle davon abhalten können, sich dort zu bewerben. Jedenfalls hat er seine Kündigung »keine Sekunde bereut«.

Gekündigt hat Frank, als er von der Möglichkeit erfuhr, einen alteingesessenen Glasereibetrieb in der Nähe seines Heimatorts zu übernehmen. Es läuft »ganz gut« – auch wenn er weniger Einkommen hat als bei VW. Es gibt eine geregelte Arbeitswoche mit Acht-Stunden-Tag und nur gelegentlichen Wochenend-Einsätzen. Parallel zur Arbeit macht er jetzt seinen Meister und schaut recht zuversichtlich in die Zukunft. ■

Blood, Sweat and Heavy Metal

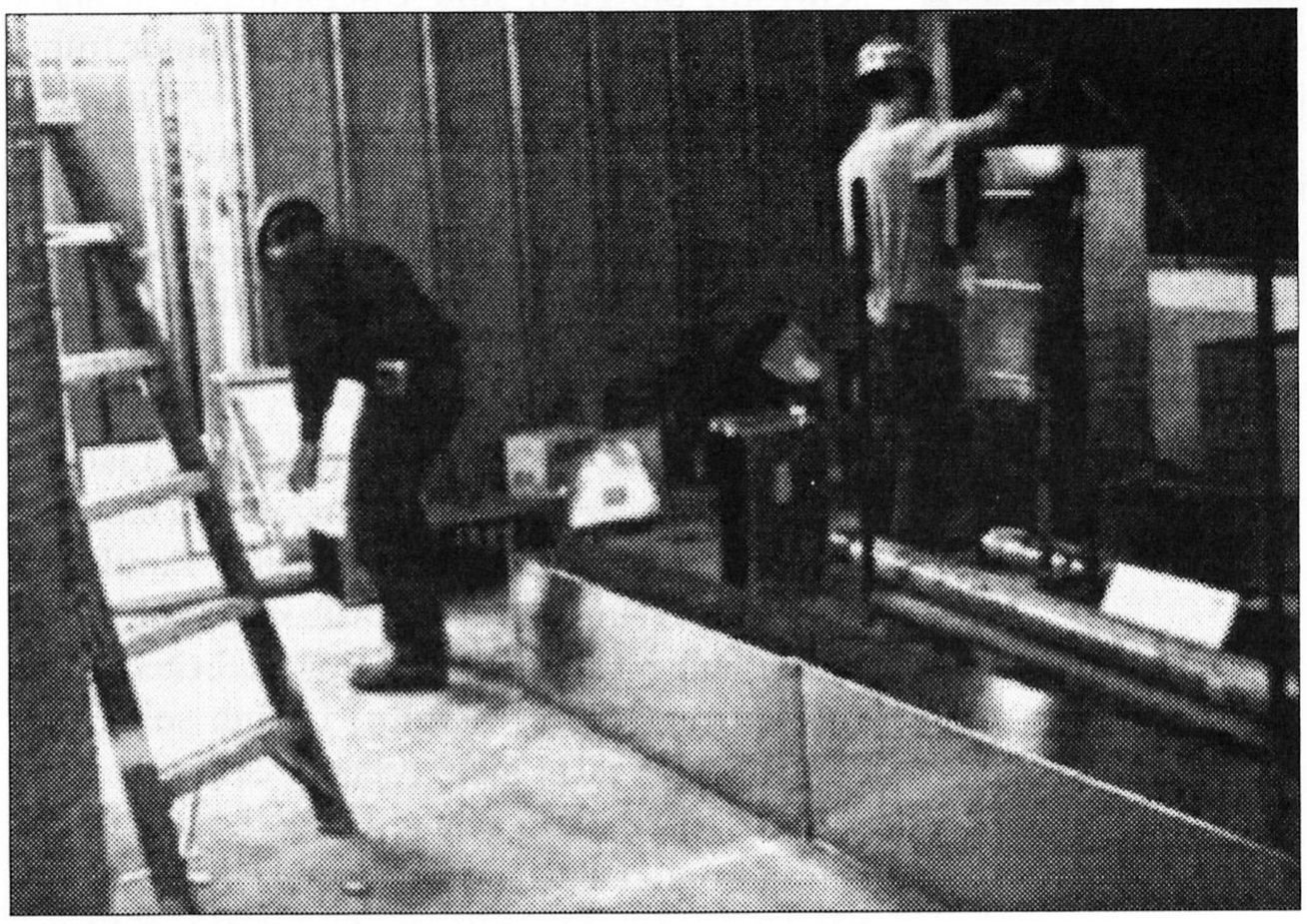
»In welcher Hölle bist du denn gelandet«, schreit die Freundin dem Kollegen ins Handy. Der ist noch nicht lange da und merkt gerade, dass Telefonieren in diesem Betrieb am Lärm scheitert.

»Die Arbeit ist laut, dreckig und körperlich anstrengend«, wird mir bei der Einstellung versprochen. Dafür stellt mir als Mittvierziger niemand blöde Fragen nach meinem »beruflichen Werdegang«. Zwei funktionierende Arme und Beine und ein »Gefühl für Blech« soll man haben. Das Unternehmerrisiko hält sich in Grenzen: zweiwöchige Kündigungsfrist in der sechsmonatigen Probezeit, insgesamt Zweijahresbefristung. Mein Risiko ist schon größer: In den ersten Wochen hab ich ständig kleine Schnittwunden an den Oberschenkeln, irgendwann schaff' ich es, den scharfen Blechkanten auszuweichen.

Blechplatten und -bänder werden in zwei düsteren Hallen zu Kanälen und Rohren für Lüftungsanlagen: geschnitten, gekantet, gefalzt, gehämmert, gepunktet, geschweißt, gekittet und verladen. Viel Handarbeit, dazu ausgelutschte Maschinen – abgesehen von der CNC-Maschine zum Ausschneiden der runden Formen alle 30 Jahre und älter. Investiert wird nichts, es dauert Wochen, bis der defekte Kompressor repariert und ein Drucklufthammer für 1000 Euro ersetzt wird. Liegt auch an uns, weil die Arbeit trotzdem weitergegangen ist.

Familienbetrieb, schon mehrmals pleite gegangen, mit Strohmännern neu aufgemacht. Der Alte ist vor fünf Jahren gestorben, jetzt geben vor allem die Frau und ab und zu der Sohn den Chef – das Patriarchat lebt. Alles funktioniert informell (oder eben nicht), alles wird individuell ausgehandelt: manche kriegen Arbeitsschuhe und Kilometergeld bezahlt, manche nicht. Lohn ist Verhandlungssache, er schwankt zwischen 9 (Aushilfen) und 15 Euro (Kapo) pro Stunde, der Durchschnitt dürfte zwischen 11 und 12 Euro verdienen, je nach Betriebszugehörigkeit – formale Qualifikation spielt keine so große Rolle, 90 Prozent der Arbeiten kann mit der Zeit (fast) jeder lernen.

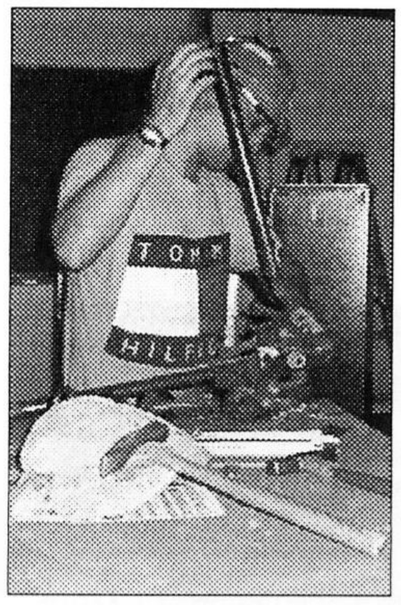
Wir sind 20 Arbeiter, Durchschnittsalter Mitte bis Ende 40, und viele sind schon über 10 Jahre im Betrieb. Für die eingedeutschten Kasachen ist klar: nach ihren ersten Stationen im Wein- und Tiefbau sind sie hier besser gelandet. Die Elsässer Subproleten haben eine starke Stellung, weil sie sich als einzige mit allen Maschinen auskennen. Dann gibt's noch alteingesessene Südbadener verschiedener Nationalität, die hier im Betrieb schon zwischen 15 und 45 Jahren (ungelogen!) rumspringen. Extreme Verhältnisse. Ich bin der erste seit Bestehen des Betriebs, der Teilzeit arbeitet – der Unternehmer will sparen. Sensationell, jede Woche wird neu diskutiert, was ich mit der vielen Zeit anfange und ob das Geld auch reicht.



Ungefähr 20 Prozent der 3,5 Millionen Beschäftigten in der Metallindustrie arbeiten in Kleinbetrieben mit bis zu 99 Beschäftigten

Jeder Auftrag wird angenommen, jeder noch so absurde Termin zugesagt. Entsprechend kommt Druck aus dem Büro in die Werkstatt, der scheitert aber oft an der Arbeit selber: zwei, vielleicht auch drei Stunden kann man mal richtig ranklotzen, dann ist aber auch bei den gutwilligeren Kollegen die Luft raus. Gerade im Sommer, wo das Gewerbe Hochsaison hat, ist das Thermometer schnell über 30 Grad. Da nützt es auch nix, dass der Sprudel aufs Haus geht, die Hallenlüftung ist hoffnungslos veraltet. Der Metallstaub, den der CNC-Laser beim Schneiden produziert, verteilt sich in der Halle oder wird nach draußen Richtung Schlachthof abgesaugt, 50 Meter Luftlinie.

In meinem ersten Jahr machen wir kaum Überstunden, selten wird das Wochenende erst Freitag um vier statt um eins eingeläutet, noch seltener wird Samstagsarbeit »angeordnet«. Am Anfang des zweiten Jahres fliegt einer der Jüngeren raus – er ist zu häufig daran gescheitert, dass schon ab dem ersten Fehltag der gelbe Schein gefordert wird. Ein anderer Kollege mit Schlosserausbildung, auch von den jüngeren, sucht sich was Besseres, ihm ist der Laden zu stressig. Alle anderen bleiben, die meisten mit Zähneknirschen, aber sie sehen ihre Chancen realistisch: zu alt, nur betriebsspezifisch



qualifiziert, woanders noch mal anfangen ist nicht drin, außerdem weiß man hier wenigstens, woran man ist.

Ende 2003/Anfang 2004, mitten in der Flautesaison, kommt ein Großauftrag für ein Einkaufszentrum, plötzlich sind Überstunden *en masse* angesagt, wochenlang sollen wir eine Stunde früher anfangen und die Samstage arbeiten, 47-Stundenwoche. Dann bleibt auch noch der Lohn aus, angeblich ein »organisatorisches« Problem. Die Stimmung ist mies, einige verweigern ganz trocken die Überstunden. Dagegen gibt es keine direkte Handhabe, es fehlt der Betriebsrat, der zustimmen könnte.

Es gibt eine Versammlung, die erste seit Jahren, wie mir Kollegen sagen. Der Jungunternehmer erklärt uns die Lage: Die Chinesen kaufen sämtlichen Stahl vom Weltmarkt auf, deshalb steigen die Preise und deshalb müssten wir jetzt länger arbeiten, wenn die Auftragslage es hergibt. Urlaub soll es im Sommer auch nicht mehr geben, Fuerteventura ist auch im März warm genug! Dieses hemdsärmlige Schwadronieren macht vor allem die Kollegen mit Kindern sauer. Die chinesische Gefahr zieht nur bedingt. Der Chef wird darauf hingewiesen, dass wir in der Produktion inzwischen zwei Leute weniger sind und mehr Material raushauen sollen. Er will aber niemanden mehr einstellen, weil er nicht weiß, wie er die Leute wieder los wird. Immerhin sagt er ein paar Minuten später, dass im Betrieb immer weniger »hängenbleibt« und es sich für ihn bald nicht mehr lohnen würde. Ein Kollege meint ohne jeden Hintergedanken, dass bei Neunstundentagen und Sechstagewochen der Krankenstand dieser alten Belegschaft steigen würde, und ob das denn nicht irgendwie widersinnig sei... Damit müsse er (!) leben, kommt leicht verdruckst aus der Chefecke zurück, wohl wissend, was in den nächsten Wochen passieren würde.

Die Überstunden werden von zwei Dritteln der Kollegen gemacht, aber mindestens die Hälfte nimmt sich auch entsprechende Auszeiten, der Krankenstand ist immer bei mindestens 10 Prozent. Die Bleche sind zu schwer und die Bandscheiben zu kaputt, an schlechten Tagen bewegt man gleich mehrere Tonnen per Hand. Jeden Monat gibt's mindestens einen heftigeren Arbeitsunfall. Aber irgendwie läuft der Laden, die gröbsten Löcher werden immer gestopft, die Firmen, die am lautesten nach der Ware schreien, werden bedient, die anderen hingehalten.

»Überstunden« gibt es gar nicht, jede Arbeitsstunde wird gleich bezahlt, das Geheimnis der »Jahresarbeitszeit«. Wir machen Plus- oder Minusstunden und kriegen jeden Monat denselben Lohn. Ende des Jahres wird abgerechnet. Minusstunden werden auf eine kuriose Weise erzeugt: manchmal heißt es morgens um 11, es seien keine Aufträge da, um 12 ist dann Feierabend. Damit wird die Bereitschaft zu Überstunden gesteigert. Manche schaffen es allerdings auch, selbstbestimmt Minusstunden zu machen, wenn sie was Wichtiges unter der Woche vorhaben. Sechs Wochen Urlaub sind eben nicht gerade viel.

Zwischendrin, als es gar nicht mehr anders geht und die Konventionalstrafe droht, werden ein paar Schwarze über das Studentenarbeitsamt rekrutiert. Deren Vorstellung vom deutschen Kapitalismus gerät hier schnell ins Wanken, der Betrieb wirkt wie aus dem 19. Jahrhundert.

Drei Monate vor Ablauf meines Vertrages frag' ich nach meiner Zukunft im Betrieb. Bedauernd wird erklärt, dass ich nicht weiter beschäftigt werden könnte. Es ist nicht genug Arbeit da. Die Botschaft ist klar: die gleiche Quadratmeterzahl an Blech soll mit weniger Mannstunden rausgehauen werden, irgendwie muss sich das Geschäft ja auch lohnen. Die Kollegen nehmen es gelassen: Ich wüsste ja, was ich jetzt zu tun hätte... Und sie selber wissen, dass sie jetzt mehr arbeiten sollen.

Niemand glaubt allerdings, dass durch besonderen Einsatz irgendwas zu retten wäre: davor sind die Widrigkeiten der Weltwirtschaft (China!), die undurchschaubare Baukonjunktur und das verrückte Geschäftsgebaren des eigenen Kapitalisten. Dem traut man vor allem zu, dass er den Laden absichtlich gegen die Wand fährt, weil auch ihm der Stress auf die Nerven geht.

Aber niemand hat auch nur eine Ahnung davon, dass es an uns gemeinsam liegt, was wir uns gefallen lassen müssen. Zwar wird der Betrieb in Worten mehrmals täglich in die Luft gesprengt oder abgefackelt und die Chefin gevierteilt, aber der Versuch, drei Leute zu einer einheitlichen Haltung zu verabreden, scheitert. Alles zu poplig, »man müsste hier mal richtig auf die Kacke haun!« Die Mischung aus Handwerk und Industrie, der Arbeiterstolz über das gute Produkt, die männliche Kraftprotzerei (»das trag ich an der Uhrkette weg«), das individuelle Arbeiten, Abteilungsdenken (bei 20 Leuten!), all das steht unseren Möglichkeiten entgegen.

Nur manchmal blitzt auf, dass wir zusammen eine Macht sein können. Wenn sich drei Leute ohne viel Gerede schnell einig werden, dass kurz vor Feierabend kein LKW mehr beladen oder die Mittagspause nicht schon wieder nach hinten verlegt wird.

August 2004

gegen.entwürfe

Es gibt eine linke Tradition, aus der Analyse der ökonomischen Bedingungen und den Strategien der Herrschenden abzuleiten, was »die Klasse« zu tun habe. So was hat den Vorteil, dass solche Linken immer genau angeben können, was ihrer Ansicht nach zu tun sei – und für sich selber auch immer gleich ein bevorzugtes Plätzchen in den zukünftigen Schlachten reserviert haben. Es hat aber den Nachteil, dass ihre Traktate nur so wimmeln von Wörtern wie »sollen« – und überhaupt schlecht geschrieben und extrem unspannend zu lesen sind. Subversive Impulse »von unten« (um im Bild zu bleiben) sucht man in solchen Abhandlungen auch vergebens – zum Glück, denn reale Menschen lassen sich in einem solchen Schema nicht einfangen.
Es gibt andere linksradikale Traditionen, die wissen, dass Pläne von oben nie 1:1 aufgehen, »Prekarisierung« nicht mit Verelendung gleichzusetzen ist, die Träume der Rationalisierer nicht mit der betrieblichen Wirklichkeit usw.. Sie versuchen, die proletarischen Erfahrungen zu verstehen, machen Interviews, lassen die Leute ihr Leben, ihre Wünsche, ihre Erfahrungen erzählen...

Während der Wochen, in denen der massive Angriff zur weiteren Ausdehnung der Arbeitszeiten anlief, haben wir Leute befragt, die irgendwann entschieden haben, sich dem kapitalistischen Arbeits- und Konsumzwang nicht voll auszuliefern, sondern ihm Grenzen zu setzen. Es sind individuelle Versuche, gewiss, aber bis in die 80er Jahre hinein waren solche Verhaltensweisen Teil einer sozialen Bewegung und hatten im Gesamtproletariat das Flair derer, »die wissen, wie man's macht!«, so 'n bißchen bewundert, weil sie was »gewagt« hatten. Heute ist der Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten gesellschaftlich viel breiter (Teilzeitarbeit), gleichzeitig wächst der Druck »von oben« ungeheuer an, immer länger zu arbeiten. Die gewerkschaftliche Strategie, Arbeitszeitverkürzung im Deal mit Flexibilisierung einzuführen, hat sich als das offene Scheunentor erwiesen, um die Verfügung über die eigene Zeit immer mehr einzuschränken.

Wir haben Leute interviewt, die ihr Arbeitsleben bewusst anders angehen. Die sich von zwei bis drei Monaten Lohnarbeit im Jahr ernähren, die mit allerbesten Qualifikationen als Saisonarbeiter jobben, die sich in ihrem politischen und sozialen Engagement verwirklichen und keine falsche Bestätigung im »Beruf« suchen, denen die Verfügung über die eigene Zeit wichtiger ist als ein hohes Einkommen.

Wir wollten die Interview-Reihe »Proletarische Lebensentwürfe« nennen. Aber wir haben gemerkt, dass es gerade daran mangelt: an Konzepten, die man offensiv und nach außen vertreten könnte. Die beiden Älteren haben sich in ihrer Jugend bewusst nicht an Karriere orientiert, sondern das gemacht, was sie selber wollten. Mit der Zeit wurde daraus eher ein beharrliches und erfindungsreiches Sich-Durchwursteln, ein Sich-Behaupten durch die Widrigkeiten der Umstände hindurch. Hier war ein überraschendes Ergebnis, dass sich die Schere zwischen einem qualifizierten Fabrikarbeiter und einem Jobber über die Jahrzehnte nicht geöffnet hat – noch nicht? Die Jüngeren denken gar nicht viel über »Konzepte« nach, sie sind auf vielen Gebieten engagiert und haben gar nicht die Zeit, sich einen Kopf ums Geldverdienen zu machen.

Wenig arbeiten und gut leben – wo kommt das Geld her?

In den 70er Jahren wussten viele ziemlich genau, wie sie nicht leben wollten: wie die Eltern, das Leben lang malochen, an den Betrieb gefesselt, der den gesamten Alltag bestimmt, bis man kurz nach der Verrentung zusammenbricht. Für viele, die das Gymnasium (fast oder ganz) durchlaufen hatten (damals waren das noch nicht so viele), sogar auf die Uni gingen, hieß das auch: keine Karriere machen, niemals Vorgesetzter sein, niemals andere Leute zur Arbeit antreiben. Einige entschieden sich, statt dem Professor in den Arsch zu kriechen, in den Betrieb zu gehen, wo das Leben tobt, und mit anderen ArbeiterInnen auf gleicher Ebene zusammenzuarbeiten. Es war eine Erfahrung, die ihren weiteren Lebensweg bestimmte und sie gegen Korruptionsversuche immunisierte.

Bis vor ein paar Jahren wurde noch offen diskutiert: ‚selbständig', kann man das überhaupt machen? ist man da nicht schon Unternehmer, auf der anderen Seite, fängt an, anders zu denken? Heute sind viele formell selbständig, in Wirklichkeit aber Proletarier, die nicht viel mehr besitzen als ihr Werkzeug oder ihren Computer und völlig abhängig von ihrem Auftraggeber sind. Trotzdem verändert sich das Denken, weil man auf einmal

Aus einem »Gespräch freier und festangestellter JournalistInnen«, Frankfurter Rundschau, 7.8.2004.

»Ich bin Mitte 40 und habe mich bisher nicht um die Riester-Rente und so einen Kram gekümmert. Was das individuelle Verhalten angeht, bewege ich mich immer noch wie ein 20-Jähriger. Ich lebe verschwenderisch, habe kein Sparbuch und erwarte kein Erbe. Alle sozialpolitische Einsicht, über die ich verfüge, hat sich in lebenspraktischer Hinsicht noch nicht geäußert.«

»Ich versuche ständig, Brücken zu schlagen, eine nach der anderen, immer wieder über den gleichen Fluss, aber ich habe das Gefühl, an keinem Ufer bleiben zu können. Das geht in meiner Generation vielen so. Die Leute fangen an zu promovieren, schulen um auf Lehramt, machen Aufbaustudiengänge oder Praktika. Wir qualifizieren uns zu Tode. Man entwickelt sich auch, aber man tritt noch mehr auf der Stelle; man ist die ganze Zeit in Bewegung, aber man kommt nicht an.«

»Ich habe keinen großen Lebensentwurf mehr, sondern denke mittlerweile extrem kurzfristig. Es überfordert mich, über den nächsten Schritt hinauszudenken, mir Gedanken zu machen, was ich in die nächste Bewerbung schreibe und wie ich den nächsten Umzug plane.«

»Ich betrachte es dagegen als Vorteil, nicht fest angestellt zu sein. Mann kann mich also auch nicht kündigen. Irgendwie hänge ich immer auch der geheimen Hoffnung an, dass die Arbeit einmal aufhört. Ich habe ein inneres Parallelleben, das sagt: Ich bin keine arbeitende Frau. Ich lebe also mehr von einer Ausstiegshoffnung als mit einer Abstiegsangst.«

anders zu rechnen beginnt, Sachen von der Steuer absetzen kann, usw. usf. Absprachen, welche Jobs man macht und welche nicht, unter welchem Lohn man keinen Auftrag annimmt, funktionieren schlecht, wenn die Auftragslage schlecht ist. Dennoch halten sich bei Jüngeren wie Älteren bestimmte Vorstellungen, was man nicht tut: als Wachmann arbeiten, zum Sklavenhändler geht man nur, wenn gar nix anderes mehr geht usw.. Die Grenze liegt ganz klar dort, wo jemand andere für sich arbeiten lässt und sich einen Teil dessen aneignet, was sie erarbeiten. Das nicht zu tun, ist heute längst nicht mehr selbstverständlich, weder in der »linken Szene« noch innerhalb der Arbeiterklasse.

Die Messebauer und die Metallbauerin versuchen, sich als Kollektive die Möglichkeit zu erhalten, wenig zu arbeiten, um die Zeit für politische und andere Projekte frei zu haben. Dazu gehört auch, sich gegenseitig zu unterstützen, wenn mal kein Auftrag da ist, sich Fähigkeiten beizubringen und zu versuchen, mit anderen Arbeitern eine gemeinsame Basis herzustellen, damit man sich nicht kaputt konkurriert.

Heute ist die herrschende Parole: Wir sollen für das gleiche Geld länger arbeiten. Es soll wieder normal sein, jeden Tag acht oder auch zehn Stunden zu malochen. Vorbei die Träumereien über die »Zeitautonomie«: Um uns dahin zu bringen, braucht es auch Elend, braucht es die Drohung mit der Verarmung.

Aber wer gelernt hat, mit 300 Euro im Monat auszukommen oder schon einige harte Jobs hinter sich hat, und vor allem, wer gelernt hat, sich mit anderen zu organisieren: wovor soll die Angst haben? ■

»Sind Sie Kommunist?«

Geschichte eines Jobbers

Interview mit einem Mannheimer Jobber, Jahrgang 54. Der Interviewer ist genauso alt und arbeitet nach 13 Jahren Schichtarbeit in der BASF und einer Umschulung als Betriebselektriker. Aus einem Vergleich der Rentenbescheide ergibt sich, dass der Jobber in seinen Jobs immer ungefähr halb so viel verdient hat wie der Facharbeiter. Das hat sich im Großen und Ganzen seit Mitte der 70er bis etwa 2002 nicht verändert. – Beide kennen sich schon lange. Die letzten gemeinsamen Aktionen waren die Kasernenblockaden 2003.

Wie fang ich an? Zwischen Kirche und Gymnasium. 1972 innerhalb eines halben Jahrs vom Oberministrant zum Anarchisten. In den Jugendgruppen der Kirche hatten wir schon über den Vietnamkrieg referiert. Ich war Schulsprecher geworden und kam in der Schule in Kontakt mit anderen Leuten. Der Direktor war ein richtiger Reaktionär, damals gab's da ja noch alte Faschisten. Es ging um die SMV (Schülermitverwaltung), das haben wir als demokratisches Gremium der Schüler verstanden. Der Direktor hatte eine Versammlung der Klassensprecher einberufen, und ich hab davon auf den Gängen erfahren, er hatte mich nicht informiert. Ich bin halt rein und hab gestört. Am Ende hat er mir gedroht, ich soll mich entschuldigen oder ich fliege. Drei Wochen lang haben mich Mitschüler bedrängt, ich soll mich entschuldigen. Auch meine Mutter stellte mich vor die Alternative: Entschuldigung oder Ausziehen. Also zog ich aus, mit 18, und in eine Kommune in Ludwigshafen. Ich kannte die Leute aus dem Kampf fürs Jugendzentrum (JUZ).

Dann kam der nächste Hammer: Ich war bis zum Abitur zurückgestellt vom Bund. Und meine Mutter hatte nix besseres zu tun, als anzurufen und zu melden, dass ich aus der Schule raus sei. Aus ihrem Sohn sollte wohl bei der »Wehrmacht« ein Mann gemacht werden. Ich bekam den Einberufungsbescheid und sollte in ein paar Wochen auf der Matte stehen. Das war natürlich ein Schock. Die Leute in der Kommune halfen mir, klar zu kommen. Einen Tag vor dem Termin hatte ich dann die Verhandlung wegen Kriegsdienstverweigerung vor dem Kreiswehrersatzamt. Natürlich durchgefallen. Die erste Frage war: »Sind sie Kommunist?«

Drei Wochen nach dem Einberufungstermin bin ich dann hingegangen. Ab drei Wochen hätte das Fahnenflucht bedeutet, also fünf Jahre Knast. So rechnete ich mit »unerlaubtes Fernbleiben von der Truppe«, also zwei Jahre plus zwei Jahre für Gehorsamverweigerung. Im indischen Seidenhemd, Jeans mit Schlag, Mokassins bin ich da den Berg hinaufgelatscht.

Drei Monate hab ich gebraucht. Drei Monate Theater in der Kaserne. Neun mal war ich in der Zelle plus insgesamt fünf Wochen Einzelhaft. Wegen langer Haare, beim Essenfassen nicht in Reih und Glied angetreten. Ich hab möglichst jeden Befehl verweigert. Am Ende haben sie mich unehrenhaft entlassen. Außerdem wurde ich noch verurteilt zu neun Monaten bei fünf Jahren Bewährung und Geldstrafe. Fünf Jahre kein Schwarzfahren, kein Klauen. Klar, wegen einem Päckchen Käse geht man nicht neun Monate in den Knast. Trotzdem hatt ich mal einen Haftbefehl laufen, weil ich mit den Raten in Rückstand war. Zu der Zeit war ich mit falschen Personalien auf Demos.

Zurück in Mannheim wieder in eine Kommune. Das war 1974. Eine richtige Kommune. Keine Privatzimmer, nur Funktionszimmer. Wohnzimmer, Schlafzimmer etc. Im Prinzip keine privaten Sachen und gemeinsame Kasse. Man ist zu fünft oder so zum Arbeitsamt gegangen, Stellenvermittlung für Studenten, und hat sich Jobs angelacht für ein paar Wochen. Die Immatrikulationsbescheinigung hatte ich gefälscht.

War diese Kommune anders als eine Wohngemeinschaft, wie wir sie heute noch kennen?

Es ging uns darum, einen Gegenentwurf zur Familie zu leben. Gemeinsam leben, möglichst wenig arbeiten, Gesellschaft verändern. Es war ein Experiment, orientiert an der berühmten *Kommune 1* oder der *Kommune 2*. Ich hab in verschiedenen Kommunen und WGs gewohnt. Einmal eine große Kommune in zwei Wohnungen und immer noch Funktionsräume. Im Wohnzimmer nur ein Matratzenlager.

Nach einem kurzen Zwischenspiel mit einer WG, die aufs Dorf gegangen ist und dort völlig isoliert war, bin ich zu einer Frau in eine Zweizimmerwohnung gezogen, aber das ging auch nicht. Ich war meist in den Kommunen. Und als die Frau deshalb Theater gemacht hat, bin ich wieder ausgezogen.

In den 80ern hab ich dann allein gewohnt. Die Kommunen wurden zu Wohngemeinschaften, die Leute sind ausgezogen, haben Kleinfamilien mit Karriere gewählt. Dann wieder in 'ner WG bis 2002. Mein Problem war aber inzwischen, ich war da immer der Älteste. Und mit so jungen Leuten isses schwierig. Die haben andere Probleme und andere Prioritäten – zahlen nicht, helfen nicht im Haushalt. Und einen Zusammenhang gemeinsamer Interessen gab's auch nicht mehr. Man kam zusammen über Wohnanzeigen, ganz anders als früher, wo es uns um das Zusammenleben gegangen war. Und nach neun Stunden Arbeit noch die Auseinandersetzung in der WG – ich hatte die Faxen dicke und bin allein gezogen.

Was war zur Zeit der Kommune politisch los?

Oh, wichtig waren die Auseinandersetzungen im JUZ; auf der einen Seite die Stalinisten um die DKP und auf der anderen Seite Leute, die von der Neuen Linken inspiriert waren. In Heidelberg war das SPK. Die Auseinandersetzungen waren hart, die DKPisten haben irgendwann gewonnen.

Fahrpreiserhöhungen in Heidelberg, sowas kann man sich heute gar nicht mehr vorstellen. Es gab Rote-Punkt-Aktionen. Der KBW hat so halbgediegene Aktionen abends auf dem Berliner Platz gemacht mit symbolischen Blockaden. Andere haben versucht, richtig zu blockieren. Drei Tage und drei Nächte war Schlacht, mit Barrikaden. In der Heidelberger Altstadt hat die Polizei zum Teil wenig Möglichkeiten gehabt. Die Leute haben Ziegeln von den Dächern geschmissen, den Sperrmüll gebracht für die Blockaden. Dann haben sie mit Gas die Altstadtgassen vollgeblasen, dort hat sich das Zeug auch lange gehalten.

Später dann die Anti-Atomkraft-Bewegung, ich war zum Beispiel öfter in Wyhl.

Was für Jobs habt Ihr damals gemacht?

An einen kann ich mich noch genau erinnern: im Hafen Gewehröl abfüllen für die Bundeswehr. Eine richtige Klitsche, so groß wie zwei kleine Wohnungen. Ein Tank, kleines Band, Blecheimer, Kartons. Viel Handarbeit. Andere Jobs waren bei der Margarine-Union und in einer Nudelfabrik. Lebensmittelfabriken sind widerlich. Das war damals alles noch easy. Da wir die Sozialabgaben gespart haben, konnten wir für eine Woche Arbeit drei Wochen leben. Wir waren ja genügsam. In der Kommune gabs keinen Luxus, außer umfangreiches Kiffen. Später, gegen Ende der 70er, ging das nicht mehr, dass wir zusammen irgendwo hin gegangen sind. Es gab dann auch die ersten ABM-Maßnahmen, wo ich drin gewesen bin. Platzwart auf Fußballplätzen z.B. Das war vermittelt durchs Arbeitsamt.

Aber Du hast weiter gejobbt...

Zu der Zeit wurden die Jobs aber länger. Ein paar Wochen jobben und dann von dem Geld leben, das ging in den 80ern nicht mehr. Also richtige Arbeitsverträge und durchziehen. Zum Beispiel die Reinigungsfirma Kehl, die haben in der BASF alles

»Ich war kürzlich auf dem Arbeitsamt, um mich zu erkundigen, was passiert, wenn ich meinen Job verliere. Da stellte man mir in Aussicht, Sozialhilfe zu beantragen. Für diesen Fall müsse ich aber meine Bedürftigkeit nachweisen. Danach hatte ich das erste Mal richtig Abstiegsangst. Das steht in keinem Verhältnis zu dem, was ich anzubieten habe: ein gutes Abitur, verschiedene Fähigkeiten, zwei Berufsausbildungen, immer hart am Ball gewesen. Bedürftigkeit nachweisen passt nicht in mein Weltbild.«

gemacht. Eigentlich einer der ersten Sklavenhändler. Ich war beim Faßbau. Fässer gebaut aus Blech. Immer wieder arbeitslos. Zeitweise Tagelöhner. Damals gab's auch noch die Stellenvermittlung des Arbeitsamts im Hafen. Das sah aus wie eine versiffte Bahnhofshalle. Um sechs Uhr morgens bist du angetanzt. Der amtliche Sklavenhändler kommt aus der Tür raus und ruft: »Sechs Mann Bau, siebe Mark die Stunn'!« Und dann hauen sich 30 Mann gegenseitig den Arm in die Rippen, und wer sich durchsetzt, hat einen Job gekriegt. Da waren Jobs dabei wie Autoscooter auf- und abbauen, Pressspanplattenfabrik, Holz ausladen mit sowas wie einem Enterhaken, Dachdeckerhelfer. Jeden Abend das Geld gekriegt, 50, 60 Mark. Keine Beiträge bezahlt für Krankenversicherung oder Rentenkasse. Teilweise hab ich parallel dazu auch Hilfe bezogen und falsche Namen angegeben.

Zwei Jahre hab ich in einer WG in Heidelberg gewohnt. Damals hab ich in Heidelberger Fabriken, unter anderem in der Eternit geschafft. Zum Beispiel hab ich Litfaßsäulen aus Asbestzement innen entgraten dürfen. Mit Melittafilter auf der Nase.

Dann kam die Zeit der ABM-Maßnahmen. 90er Jahre. Im Völkerkunde-Museum aufräumen. Der Tresor mit den Exponaten war mit Desinfektionsmitteln und Insektiziden völlig vergiftet. Daneben Auf- und Abbau etc. Normaler 40-Stunden-Job mit normalem Lohn. Dann Hausmeister-Gehilfe im Altenpflegeheim. Da wär ich gern geblieben, aber Zivis sind billiger. Meist hab ich als Staplerfahrer oder im Lager gearbeitet. Kommissionierung. Da hab ich wohl sowas wie 'ne Anlernausbildung. Aber halt nix Schriftliches. Arbeitgeber sehen nur, wie alt ich bin und die Lücken im Lebenslauf.

Du hast keinen Beruf?

Nein. Ich hab mal einen Versuch einer Umschulung zum Maschinenschlosser gemacht. Aber aus verschiedenen Gründen hab ich's damals nicht gepackt. Ich hatte zuviele Fehlzeiten und muss deshalb bis heute noch Geld ans Arbeitsamt zurückzahlen.

Beim Sozialamt war ich auch mal, ne ganze Zeit sogar. Zwei Termine verpasst und die Arbeitslosenhilfe war gestrichen. Das war ne harte Zeit. Alle zwei Wochen zu drei Amtsstellen. Zuerst Sozialamt, dort hast du den Laufzettel gekriegt, dann zur Stadt, wo die Sozialhilfeempfänger zur Arbeit eingeteilt werden, für zwei Mark die Stunde, höchstens 40 Stunden im Monat. Dann ein paar Stunden beim Arbeitsamt anstehen. Der Zettel musste abgestempelt und »Zur Zeit keine Arbeitsvermittlung möglich« ausgefüllt werden. Damit zurück zum Sozialamt. Dort hat man dann das Geld gekriegt, auch für die Sozialmaloche.

Was war so angeboten als Sozialmaloche?

U.a. im Krankenhaus als Hausmeisterhiwi. Ganzer Tag kehren, auch mal Möbel in den Stationen aufbauen. Katakomben reinigen. Nach einem Wassereinbruch (vom Neckar) war die ganze Isolierung kaputt und wir mussten in die Versorgungsschächte und die Glaswolle rausholen. Aber immerhin hab ich anschließend dort ne volle ABM- Stelle gekriegt. Als Hofkehrer.

Ende der 90er hab ich zwei Jahre in einer Jugendfreizeitstätte auf ner halben Stelle gearbeitet. Um den Job hatte ich mich zwei Jahre lang bemüht, vor allem auf dem Arbeitsamt. Ich wußte, es gibt die Stelle, aber mein Arbeitsamtberater wollte sie einfach nicht rausrücken. Dort war ich dann Mädchen für alles, Hausmeister, Bürodienst, Thekendienst. Das war mein längster Job und auch der, bei dem ich am meisten verdient habe. Ich hatte schon mal vorher aus Verlegenheit bei Sklavenhändlern gearbeitet. Aber so richtig angefangen hat das erst nach diesem Job. Ich war danach nur kurz arbeitslos, aber normale Stellen gab's nicht mehr, nur noch Leasing, Leasing. Der erste Sklavenhändler hat mich zu einem Lager im Rheinauer Hafen geschickt, Schichtarbeit. Der einfache Arbeitsweg dorthin mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln anderthalb Stunden. Der Sklavenhändler wusste, dass ich Probleme mit dem Hinkommen hatte. Abends um zehn geht gar nichts mehr. In den ersten Tagen hat mich morgens um vier ein Vorarbeiter ein Stück mit seinem BMW mitgenommen. Ich bin ein paar Mal zu spät gekommen und dann wurde mir während der Arbeit gekündigt. Anschließend Sperrzeit beim Arbeitsamt.

Ein anderer Leasingjob war auf der Friesenheimer Insel, Elastomerbrocken aus einem großen Klumpen abreißen und in kleine Säcke verpacken. Es gab auch Jobs, die ok waren. Aber man bleibt halt nie lange irgendwo und wenn man denkt, da könnte es doch was werden, ist man wieder weg.

Relativ gut war's bei ZAB, einem gemeinnützigen Sklavenhändler. Die haben eigentlich gut bezahlt und man kam auch gut mit ihnen aus. Aber die haben damals ziemlich viele Verträge verloren.

Wie hat sich denn die Situation auf Arbeit verändert im Laufe der Jahre?

Früher war's gediegener, weniger stressig. Wahrscheinlich gab's früher im allgemeinen mehr Personal für die gleiche Arbeit. Und die Stimmung unter den Kollegen war in der Regel ganz anders. Der Umgang war freundlicher. Es war wirklich ein Umgang unter Kollegen. Heutzutage, wenn du einen entsprechenden Laden erwischst, hast du nur Ärger.

Im Verhältnis von Festeingestellten zu Leiharbeitern?

Nicht nur. Auch Leute in derselben Lage wie du schieben oft die Ellenbogen raus. Mobbingversuche und sowas, das hat sich mit den Jahren immer mehr gehäuft.

Hast Du den Eindruck, dass das daran liegt, dass immer mehr Leute tatsächlich darauf angewiesen sind, gerade den Job zu kriegen oder zu behalten?

Auf alle Fälle. Ich hab Zeiten gehabt, da hab ich immer nach Bedarf für ein paar Wochen einen Job bekommen. Ich konnte mir sie aussuchen. Davon ist heute keine Rede mehr. Wenn du heute mehr als drei Monate arbeitslos bist, hast du wirklich schlechte Karten.

Z.B. hab ich in den 70ern mal beim Benz am Band geschafft, beim Gussputz. Das war Akkordarbeit. Da haben sich die Leute gegenseitig kontrolliert, sie haben auf den Akkordzetteln nachgeschaut, ob auch keiner zuviel macht. Es gab wohl Absprachen unter den Arbeitern, wir machen 120 Prozent und nicht mehr. Wer regelmäßig Ausreißer hatte, hat Ärger gekriegt. Und Freitags nach der Mittagspause war noch Aufräumen und Schluß. Da kam kein Meister vorbei und hat Ärger gemacht. Sowas gibt es heute nicht mehr.

Und was ist mit Löhnen, bzw. mit dem was die tatsächlich wert sind?

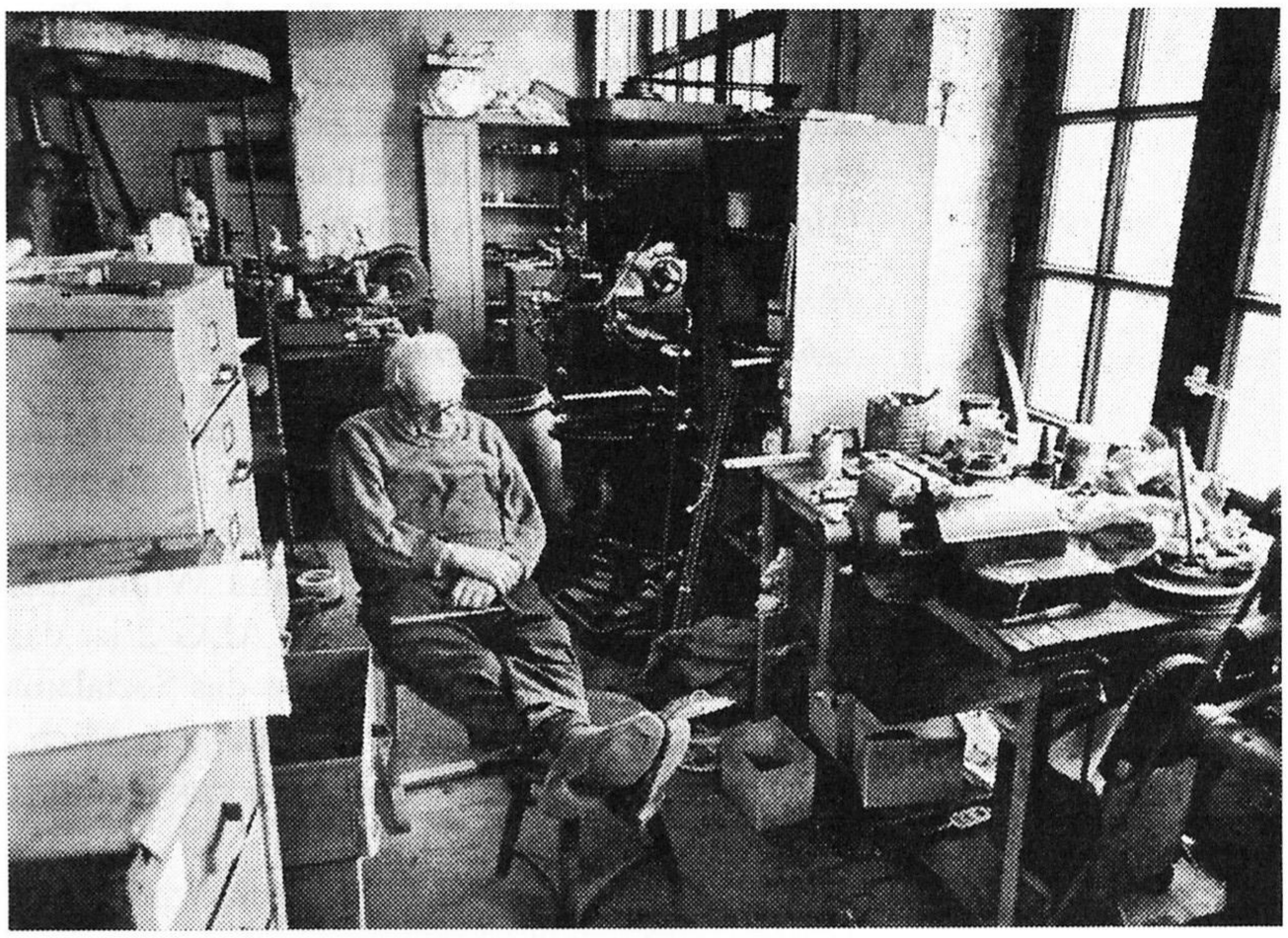
Früher konnte ich mit weniger Arbeit zurechtkommen. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, brutto zu netto wird immer schlechter. In den letzten 15 Jahren oder so sind die Löhne dagegen nicht mehr gestiegen. Die Zeiten von Arbeit wurden länger.

Aber du bist immer noch in der Szene?

In den 80ern gab's ne Phase, da hab ich mit der Szene nicht mehr viel zu tun gehabt. Alles so lau, so halb. So Sachen wie »Spurbus muss weg« oder die Parteigründung der Grünen. Da waren Nasen dabei, die hast du vorher bei Anti-AKW-Geschichten nicht groß aktiv gesehen. Ein paar Jahre lang hab ich mich zurückgehalten, versucht, mir ein kritisches Auge zu bewahren. (Im Moment geht's mir wieder ähnlich. Wenn ich mir anguck, was die Szene so treibt: gähn!)

Während meiner Zeit in Heidelberg haben wir vor allem an der Uni was gemacht. Es gab da einen linken ASTA, wir haben Flugis gemacht mit prinzipieller Kritik an den Verhältnissen. Meine MitbewohnerInnen waren alles Ex-Studenten, zum Teil noch gejobbt an der Uni.

Ich wollte noch was ansprechen, was ich als 'Arbeit und Leben' notiert habe. In den Jahren, als ich in der BASF gearbeitet habe (70er und 80er), hab ich dort immer was gemacht, zum Teil allein, meist mit anderen zusammen. Das heißt, Arbeit und politische Aktivitäten haben eine Verbindung gehabt. Später hat das nachgelassen, bzw. wurde immer virtueller. Das hat natürlich was mit nachlassender Unruhe in den Betrieben zu tun.



Dass ich mit Freunden was politisch in den Betrieben gemacht hätte, das war bei mir kein einziges Mal so. In der Szene, in der ich mich bewegt habe, waren ja immer viele Studenten.

Aber es geht dabei ja auch um Themen, über die bei der Arbeit geredet wird. Oder ob man überhaupt mit den Leuten reden kann.

Da bin ich in der letzten Zeit bei den Sklavenhändlern vorsichtiger geworden. Man spricht ein Thema an und rasselt mit dem Kollegen aneinander und hat dann Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit. Ich kann mich deshalb zurückhalten, weil ich weiß, dass bei dem Geschwätz eh nichts rumkommt. Über den Irakkrieg hat man sich wieder unterhalten. Aber richtig Streit hat's da nicht gegeben, *dafür* war natürlich keiner.

War das früher anders?

Wie gesagt, »Betriebsarbeit« hab ich nie gemacht. Aber klar hab ich immer mein Maul aufgemacht. Damals beim Benz hatte ich mal ein Buch von Wilhelm Reich dabei und darüber hat man sich dann unterhalten.

Aber reden über Themen, Atomkraft, Vietnamkrieg, die RAF z.B.?

Das war wohl schon etwas anders. Zur Zeit der Lorenz-Entführung hab ich drei Wochen in einem

Schrotthandel geschafft. Die Kollegen waren erfreut darüber. Die wussten genau, dass sie das nie betreffen würde, dass es die Großkopfeten trifft. In den 80ern allerdings, als die Repression angezogen hat, das war eine ziemlich kalte Zeit. Aber das hat auch viel mit der Branche zu tun. Im Metallbereich war das Klima bei der Arbeit immer besser, wohltuender als zum Beispiel in der Chemie. Dort hab ich mir mal die Kündigung auf dem Betiebsratsbüro abholen müssen. Oder bei der Friatek, auch Chemie. Der Meister dort hat kein einziges Mal »Guten Tag« zu mir gesagt. Ein arroganter kleiner Giftzwerg! Und in den kleinen Klitschen ist es einfach Glücksache, wie man es trifft mit den Kollegen.

Hartz IV. Wenn man über die 50 ist, fängt man ja an, sich Gedanken über »später« zu machen...

Ja, die Rente spukt jetzt auch bei mir manchmal im Kopf rum. Die Rechnung zu Hartz IV ist mir noch ein bißchen zu schwierig. Das ist mir noch nicht alles klar. Jetzt krieg ich Alhi und Wohngeld. Davon muss ich alles zahlen. Im ALG 2 ist das anders, das Wohngeld kriegt dann das Sozialamt (oder das Arbeitsamt), die zahlen dann aber Miete, Strom usw. Es kann also sein, dass das für mich Null auf Null aufgeht.

Die Stimmung bei den Arbeitslosen wird immer pampiger. Das stell ich bei den Maßnahmen fest. Bis hin zur Gewalttätigkeit. Gegenüber all jenen, die ihnen die Suppe einbrocken. Zum Beispiel gegen die Leiter bei solchen Maßnahmen.

Auch gegenüber den Mit-Arbeitslosen?

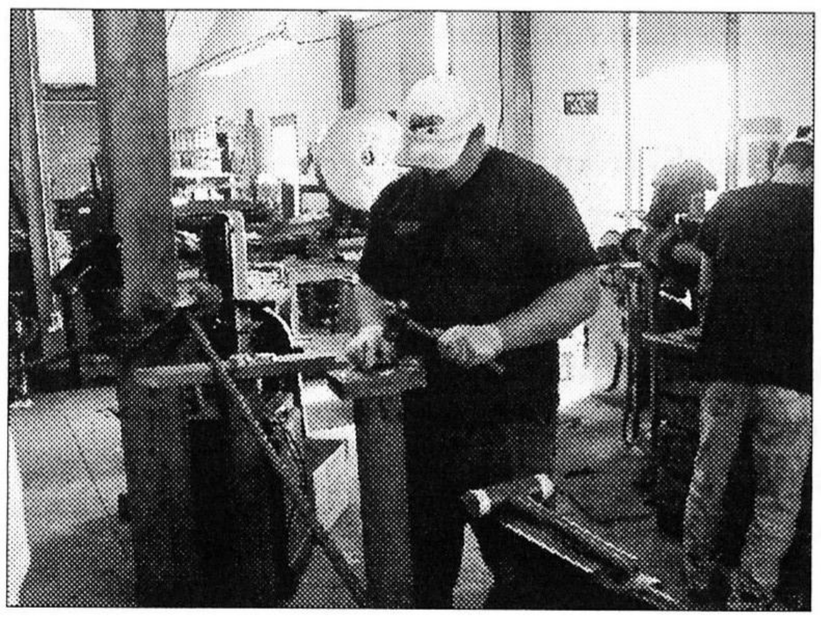
Der Job etwa der Conférenciers bei solchen Maßnahmen wird schwerer. Wie sich sowas äußert, hängt da sehr von der »sozialen Kompetenz« der TeilnehmerInnen ab. Auf jeden Fall werden die Leute giftiger. Aber eigentlich sollte Hartz IV doch vor allem den normalen Arbeitern aufstoßen, denn die haben doch oft viel zu verlieren – wenn sie mal länger als ein Jahr arbeitslos sind. Dann auf einen Schlag runter auf Sozialhilfe. Raus aus dem noch nicht ganz bezahlten Häuschen usw..

Wird Dir die Rente reichen?

Du hast ja den Bescheid gesehen, Das wird etwa das Niveau vom ALG 2. So um die 600 im Monat. Aber ich hab immerhin den Vorteil, dass ich das gewöhnt bin. Obwohl es keinen Spaß macht.

Im Rückblick: würdest Du alles noch mal so machen?

Nein. Ich bereue nichts, aber manches würde ich anders machen. In den 70ern hatte man keine längerfristigen Perspektiven oder Karrierehoffnungen. Es gab einen Aufbruch in der Gesellschaft, und es lief ja alles gut. Später die Umschulung hätte ich aber durchziehen sollen. Und in den letzten Jahren hätte ich mir rechtzeitig eine feste Stelle suchen sollen – das ist jetzt so gut wie unmöglich geworden, und ich weiß nicht, wie ich aus den Leasing-Jobs rauskommen soll. ■



»Je weniger Geld man hat, umso mehr Zeit braucht man, um sein Leben geregelt zu kriegen«

Alternatives Metallbau-Kollektiv

Wieviel arbeitest Du, was verdienst Du damit?

Ich arbeite von halb neun bis halb fünf, eigentlich haben wir Viertagewoche, das machen wir zur Zeit sehr konsequent, weil wir eh kein Geld kriegen. Früher haben wir, wenn viel Arbeit war, dann auch fünf Tage gearbeitet, aber jetzt haben wir viel Arbeit und machen trotzdem Viertagewoche. Wir schleppen seit Frühjahr ein totales Minus mit uns rum, den Winter über hatten wir überhaupt keine Arbeit. Erst jetzt haben wir wieder eine große Baustelle und hoffen, dass wir nach dem Sommer aus dem großen Loch raus sind. Das ganze Frühjahr haben wir praktisch überhaupt keinen Lohn gekriegt und haben uns nur das ausgezahlt, was an Schwarzgeld da war, meistens 50 Euro die Woche. In der Zeit haben alle von Freundin und Freund gelebt, einer hat in der Zeit einen Nebenjob bei 'nem Architekten gehabt, ich hab Geld von meinen Eltern gepumpt.

Wir haben eigentlich ein Lohnsystem, das funktioniert aber seit zwei Jahren nicht mehr. Als ich angefangen habe, hat das sehr gut funktioniert, deshalb hab ich ja auch angefangen. Ich hatte das Studium abgebrochen, ein kleines Kind und eigentlich gar kein Einkommen. Ich hab bei der Firma 'n Praktikum gemacht, weil ich eigentlich was anderes studieren wollte. Dann hab festgestellt, dass es mit den Arbeitszeiten gut klappt, außerdem habe ich aufgrund des Lohnsystems als Auszubildende genauso viel gekriegt wie alle anderen, das war mehr als doppelt soviel, wie man normalerweise während der Ausbildung kriegt: ich kam auf über 900 Euro.

Du hast dort angefangen, weil Du während der Ausbildung gut Geld gekriegt hast, inzwischen klappt das mit dem Geld nicht mehr. Warum machst Du trotzdem weiter?

Ich hatte wirklich überlegt aufzuhören, es gab ja nach den Monaten ohne Lohn die große Besprechung: gehen wir bankrott oder machen wir weiter? Im Endeffekt hab ich gedacht, man kann es ja nochmal versuchen, wenn wir viel sparen und es mit weniger Leuten machen, könnten wir vielleicht schon dahin kommen, dass wir Geld kriegen. Außerdem möchte ich gerne noch ein Kind, und das geht da am besten. Denn wenn man krank geschrieben ist, kriegt man das ganze Geld von der Krankenkasse.

Außerdem kann ich mir die Arbeit so einteilen, wie ich Zeit habe, ich muss mich nur mit den anderen absprechen. Ich muss nicht Punkt sieben auf der Matte stehen. Und wir haben 40 Tage bezahlten Urlaub und Viertagewoche.

Ein weiterer Grund, warum ich erstmal bleibe ist, dass es in unserem Bereich gar keine anderen Alternativbetriebe mehr gibt.

Was bringt Dir diese spezielle Art von Kollektiv, außer dass Du Zeit für Dein Kind hast?

Wenn ich am Wochenende wegfahren will, könnte ich das direkt die Woche vorher sagen. Allerdings muss ich das im Moment noch mit meinem anderen Job zusammenkriegen, den ich machen muss, weil ich ja zu wenig Lohn kriege. Je weniger Geld man hat, umso mehr Zeit braucht man, um sein Leben geregelt zu kriegen.

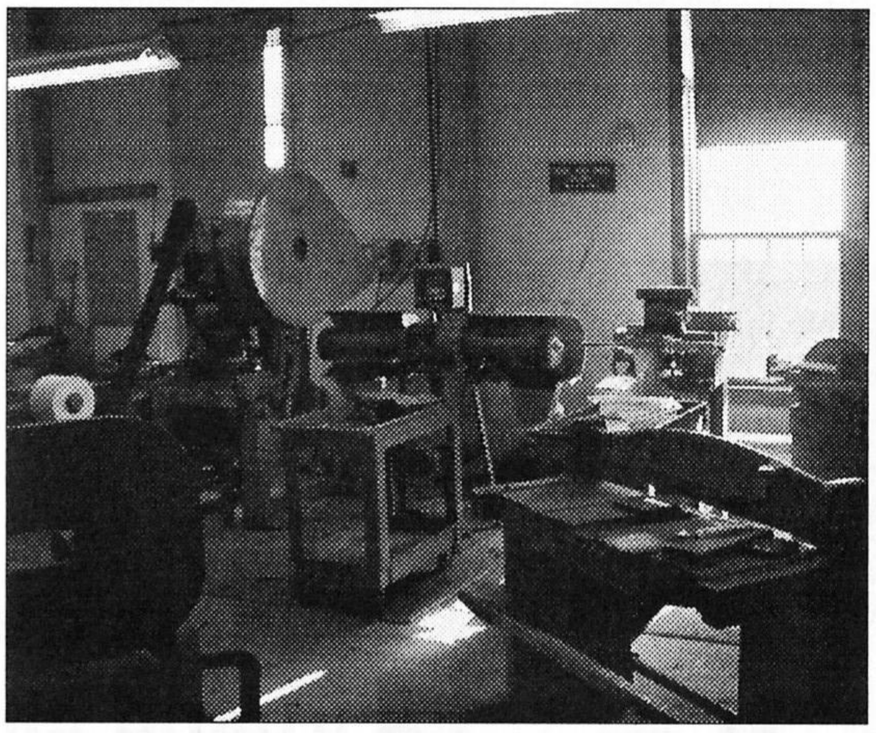
Ihr seid im Moment noch sieben, alle ausgelernt, eine Meisterin, Du bist als letzte dazugekommen ... und alle verdienen das gleiche.

Ja, und wir holen halt Förderungen ran und teilen die unter uns auf, für mich gibt es grad ne Förderung für Betriebe, die nach der Ausbildung weiter beschäftigen, wir kriegen vom ersten Tag der Krankschreibung an das Geld von der Krankenkasse (Zusatzversicherung für kleine Betriebe), das heißt, es lohnt sich immer, krank zu sein... .

Ich werde auch bestimmt mal in einem anderen Betrieb arbeiten, ich hab wirklich nicht vor, das so lange zu machen, wie die Leute, die da jetzt nach 20 Jahren aufgehört haben: total abgegessen und können nicht mehr, weil sie ihr gesamtes Privatleben in das Kollektiv gesteckt haben. Ich hab aber nur das Gefühl: jetzt aufzuhören, wäre zu früh. Ich hab schon Lust, woanders zu arbeiten, aber nicht auf dem Level! Also nicht CallCenter oder so 'n Scheiß, das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, und auch nicht so als Gesellin ohne Erfahrung, die immer nur hinterherlaufen kann.

Was macht Ihr für Arbeiten?

Serien machen wir eigentlich wenig, entweder wir haben große Baustellen, wo man vier Wochen auf derselben Baustelle ist, irgendwelche Zäune macht,



wo man 40 Meter das gleiche baut, oder es sind halt kleinere Sachen: hier 'n Fahrradständer, da ne Tür, 'n Fenstergitter oder so...

Was gefällt Dir am besten?

Mir gefällt am besten, so mittelgroße Sachen zu bauen, wenn einer kommt und hat ne Zeichnung ... heute hab ich z.B. den ganzen Tag 'n Grillrost gemacht. Die haben einen Grill, der ist zu groß, als dass sie sich einen Rost dafür kaufen könnten, ob wir das nicht machen könnten. Hab ich gesagt »okay, kostet 100 Euro«, dann such ich zusammen, was wir da so haben und dann bau ich den. Das find ich echt am allerbesten, meinetwegen kann ich den noch einbauen ... Ich hätte auch Lust, Möbel zu machen oder so. Ich denk mir in letzter Zeit auch öfter neue Sachen aus, die geben wir einer mit, die das auf dem Markt verkauft. Wir stellen so n bißchen Kleinscheiß dahin, auch damit Leute sehen, dass es uns gibt, irgendwelche Kerzenständer oder so... Ich denke, auch, dass so was gehen kann, da gibt's genügend Yuppies, die sie was kaufen, nur haben wir die nur noch nicht genügend aufgetan.

Ihr nehmt aber schon alle Aufträge an? Könnt Ihr die Preise machen?

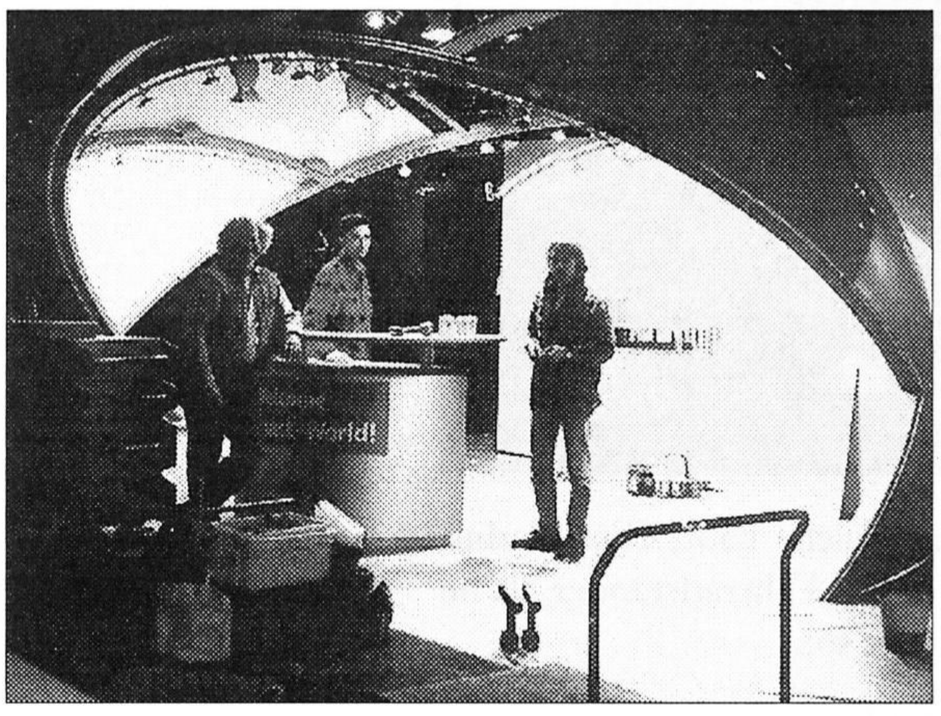
Ja. Klar werden die Preise schlechter. Große Wohnungsbaugesellschaften zahlen für einen Meter Zaun soundsoviel und fragen dann: »Wollt Ihr's machen oder nicht?« Wir haben meistens Architekten, die mehrere Schlossereien anfragen. Es gibt welche, die nehmen ganz gerne uns, oft sind das ehemalige Hausbesetzer, die jetzt Geld haben, mit uns können sie reden, man spricht die gleiche Sprache, sie haben das Gefühl, dass man sich wirklich kümmert, sie haben keinen Ärger, dass wir nachher nicht fegen oder so ... <lacht> Wir sind da schon sehr qualitätsbewusst.

Wir sind gleich teuer wie andere Anbieter – aber wir arbeiten wahrscheinlich nicht so rationell, was bei uns einfach an den Strukturen liegt, dass nicht einer die ganze Zeit im Büro sitzt und immer nur die Anweisungen in die Werkstatt weitergibt, deshalb müssen die Informationen immer wieder ausgetauscht werden, »wie machen wir das jetzt?«, oder einer war an dem Tag nicht da und muss nochmal alles erzählt kriegen usw. – da geht schon viel Zeit mit drauf.

Wenn Ihr ab Januar nur noch vier seid... dann seid Ihr meistens zu zweit in der Werkstatt, das ist dann ja schon anders....?

Ich mag auch echt ganz gern alleine arbeiten. Im CallCenter musst du Leute anrufen, die du nicht kennst, in Pflegeberufen musst du dich um Leute kümmern... Ich find es so einfach besser, da hat man was stehen, was man gemacht hat, der Kundenkontakt beschränkt sich aufs Bezahlen, man ist nicht dauernd mit seiner ganzen Persönlichkeit gefordert.

Ich hab so Vorstellungen, als Schmiedin in einem Freileicht-Museum, wo du deine Nägel machst, selbständig arbeitest und deine Ruhe hast... aber dafür musst du halt auch was können! Solange sich nichts Besseres bietet, mach ich halt das weiter, bis ich's richtig kann, denn ich möchte auch mal was richtig können! ■



...dass du auf irgend einer Telefonliste ziemlich weit oben stehst...

Interview mit drei Selbständigen im Messebau (alle drei getrennt tätig)

Wie seid Ihr zum Messebau gekommen? Was habt Ihr vorher gemacht?

A: Bei mir ist es die erste Arbeit, ich hab' vorher studiert, aber abgebrochen. Ich mach' das seit sechs Jahren, zunächst schwarz, seit vier Jahren offiziell »selbständig«. Ich hab' keine handwerkliche Ausbildung oder so, Fachabitur. Ich hatte 'nen Aushilfsjob als Möbelschlepper, und die Firma hatte hauptsächlich auf Messen und Konferenzen die Innenausstattung gemacht. Und so sind wir da so langsam rein gekommen und haben dann gemerkt, dass wir die besseren Jobs nur bekommen, wenn wir Rechnungen schreiben können. Deswegen hab' ich mich selbstständig gemacht.

B: Ich hatte vorher Innenausbau gemacht und Gartenbau, dann war ich arbeitslos und hatte einen Bekannten, der im Messebau gearbeitet hat. Ich bin arbeitslos gemeldet und geh immer für 'ne Woche aus der Arbeitslosigkeit raus für »freiberufliche Tätigkeiten auf Honorarbasis«.

C: Ich hab es jahrelang geschafft, mit der Abendschule Geld zu verdienen (Bafög), seitdem das zu Ende ist, muss ich mir Arbeit suchen. Ich hab ein behindertes Kind und kann von daher und weil ich noch andere Projekte mache, gar keinen vollen Job annehmen. Von daher hab' ich dann oft gemalert oder so, im Messebau kommt halt mehr Geld rum.

Was für Arbeiten macht Ihr? Mit wie vielen Leuten arbeitet Ihr dabei zusammen?

A: Ständebau, Metallsysteme zusammenstecken ... meistens zu dritt oder viert. Wenn wir Bühnen

bauen, z.B. fürs Fernsehen, arbeiten wir mit mehreren zusammen im Schichtsystem.

B: Wir machen auch Systembau, aber mit vorgefertigten Teilen, die wir zusammenschrauben. Wir haben zwei Elektriker im Team, wir sind immer fünf, sechs Leute auf 'ner Baustelle und haben immer einen Elektriker dabei. Es gibt 'ne Messebaufirma, die schickt einen Bauleiter, der das koordiniert, der vergibt dann Aufgaben an uns, oder wir sprechen das zusammen ab mit den anderen »Selbständigenteams«, von denen auch noch immer zwei bis sechs mit vier bis acht Leuten da sind.

C: Meistens bauen wir nach Ende der Messe die Stände ab. Entweder zusammenpacken oder abreißen und in den Müll; sauber machen. Zwei bis fünf Leute, die sich kennen, ansonsten je nach Standgröße.

Wie kommt Ihr an Eure Aufträge?

B: Bei uns gibt es einen, der das koordiniert, der schon seit zwölf Jahren im Geschäft ist. Der kriegt 'ne Anfrage, macht einen Kostenvoranschlag, je nachdem kriegt er den Auftrag, er sagt dann, wie viele Leute er braucht. Und was reinkommt, wird unter allen aufgeteilt. Er selber kriegt sieben Prozent vom Gesamtvolumen für seine Kosten (Fax, Telefon, Buchhaltung ...). Das ist alles ein freundschaftliches Kumpelverhältnis. Es gibt ne feste Crew von etwa sechs Leuten, die arbeiten praktisch durch, die sind halt so angetreten, dass sie gesagt haben: wir wollen keine Hierarchie, jeder kriegt dasselbe. Dann gibt es nochmal so viele Leute wie mich, die hin und wieder arbeiten wollen. Normalerweise wird im Messebau viel mit dem Weitergeben von Aufträgen verdient: jemand hat 'nen Auftrag, gibt ihn weiter und kümmert sich um nix mehr, zwackt sich aber vom Stundenlohn zwei Euro ab. Dagegen wollen wir mit unserer Crew eine Stufe überspringen.

A: Bei uns läuft vieles über persönliche Kontakte und dass du auf irgendeiner Telefonliste ziemlich weit oben stehst, oder zumindest der, der dich dann anruft. Wenn es gut läuft, hoffst du, dass der Typ, der die Aufträge bekommt, dich beim nächsten mal wieder anruft, weil du gut gearbeitet oder einen guten Eindruck gemacht hast. Wir wollen dem, der die Aufträge verteilt, klar machen, dass wir ein »Pool« von erfahrenen Leuten sind, die alles können: Elektrik, Tischlerarbeiten, Systembau, Metallbau usw., und dass wir genügend Leute sind, um fast immer einen Auftrag anzunehmen. Wenn wir Glück haben, geraten wir an einen Typen, der genau so was sucht. Und wenn der sich selber im Geschäft halten kann, haben wir für eine Zeit was Sicheres, mit dem wir rechnen können.

C: Einer kümmert sich, besorgt Aufträge usw. und fragt dann, wer mitkommt.

Was verdient Ihr in der Stunde?

B: Wir kriegen 21,50 die Stunde plus Hotel, manchmal gibt's noch Essen und Getränke während der Arbeit. Bei Auslandsmucken wird die An- und Abreise bezahlt.

A: Wir kommen auf 19, inklusive Spesen.

C: Maximal 19 ohne Spesen.

Was für Arbeitszeiten habt Ihr?

B: Zehn Stunden am Tag.

A: Kommt auf den Bauleiter an. Wenn einer okay ist, macht er nach acht Stunden Schluss.

C: Um die zwölf Stunden. Beim Abbau soll alles schnell fertig sein, Acht- bis Zehn-Stundentag ist dort sicherlich die Ausnahme. Ich habe noch nie nie einen Achtstundentag erlebt, es sei denn, es fehlt Material und die schicken die Leute nach hause, bevor sie bezahlt rumsitzen. Gerade beim Aufbau an den letzten Tagen werden da auch schnell mal 30 Stunden draus, einfach weil irgendwann die Gäste kommen. Der Großteil der Leute arbeitet 12 bis 15 Stunden.

Wieviel arbeitet Ihr aufs Jahr gerechnet?

B: Ich verdiene zu meinem Arbeitslosengeld etwa 6000 bis 8000 Euro brutto im Jahr dazu, dafür muss ich etwa sechs bis acht Wochen arbeiten.

A: Ich hatte letztes Jahr 5000 Euro nach Abzug der Steuer. Dafür hab ich so ungefähr zwei Monate gearbeitet. Davon gehen 500 für Essen, Unterkunft und Fahrtkosten weg. 1600 für Krankenversicherung, und 440 Studiengebühr, die ich zahlen muss, um 1800 Euro Kindergeld zu bekommen. Ich hab kein eigenes Auto. Das Werkzeug, das ich für die Arbeit hab besorgen müssen, ist so ca. 500 Euro wert, aber das ist schon seit einigen Jahren in Gebrauch. Dazu kommen noch die »Einnahmen« aus dem Klauen von Kleinzeugs auf der Baustelle, ein wenig Werkzeug der Firma und Material, was uns sehr beim Ausbau des eigenen Hausprojekts hilft.

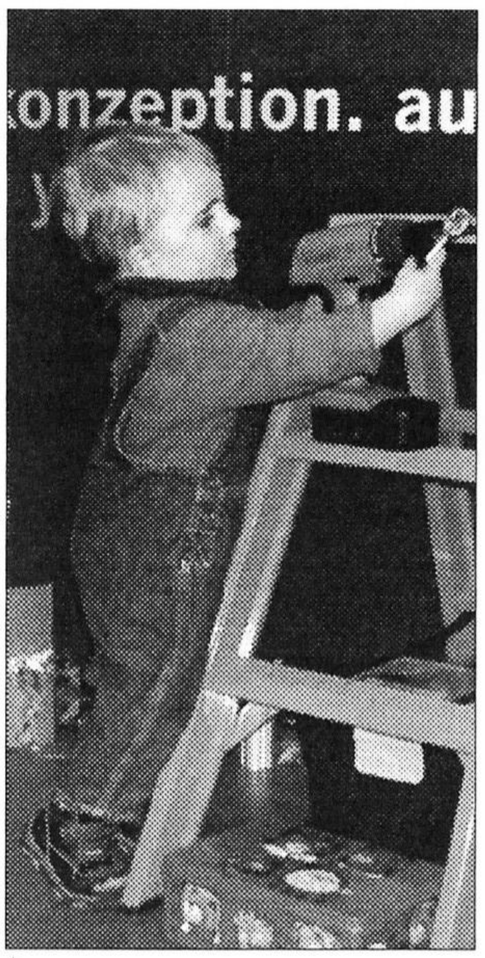
C: Kann ich nicht beantworten, da ich so selten arbeiten gehe.

Was gefällt Euch speziell an dem Job?

C: Man kann ziemlich viel Geld machen; dagegen wäre zu stellen, dass es unregelmäßig ist. Ich kann aber sagen: ich arbeite eine Woche durch und hab dann soviel Geld, wie ich in zwei, drei Monaten mit Zeitungsaustragen verdienen würde. Das kommt mir entgegen, anders könnte ich es gar nicht machen.

B: Viel Geld in kurzer Zeit. Im Ausland die Zeit zwischen der Arbeit oder nach der Arbeit als Urlaub nutzen. In Barcelona und Südfrankreich z.B. habe ich zwischen Auf- und Abbau Freunde besucht.

A: In den letzten Jahren konnte ich immer, wenn ich Geld brauchte, in absehbarer Zeit einen Job auf der Messe bekommen und in relativ kurzer Zeit viel Geld machen. Ich war immer mit Freunden oder zumindest mit Bekannten unterwegs, was es leichter macht, aufeinander einzugehen, was so Sachen wie Arbeitspensum und Aufgabenverteilung etc. leichter macht. Und es ist immer was Neues, immer was Anderes, eine Art Herausforderung, weil immer irgendwas fehlt oder falsch geliefert wurde und wir uns dann was einfallen lassen müssen.



Müsst Ihr eventuell auch sehr kurzfristig einen Job annehmen?

C: Ja!

A: Wir versuchen das durch die Struktur in unserer Gruppe abzufangen. Aber wenn du an die richtig guten Jobs rankommen willst, musst du immer gleich 'ja' sagen.

B: Ja, 'kurzfristig' wird immer vorausgesetzt, aber manchmal ist es auch besser, etwas Kurzfristiges nicht anzunehmen und denen zu zeigen, dass wir nicht auf jeden Job warten, den sie zu bieten haben.

Ihr habt neulich ein Flugi auf einer Messe verteilt. An welchem Punkt hat das angesetzt?

A: Gegen die abnehmenden Standards, dass man den Sprit und die Spesen nicht mehr bezahlt kriegt; gegen die verschärfte Konkurrenz, in der wir uns nur gegenseitig aufrauchen.

B: ... dass der Druck auf uns immer größer wird, weil immer mehr Leute bereit sind, auch für 16 Euro zu arbeiten, oder sogar für 12 hab ich neulich gehört. Und die Messebaufirmen checken ab, wie weit sie runter gehen können. Wir merken dann, dass wir immer weniger Aufträge kriegen, obwohl wir dieselben Preise veranschlagen. Es gibt immer mehr Leute, die Messebau machen, viele ostdeutsche Jugendliche aus Mecklenburg-Vorpommern usw..

Mehr Angebot? oder Krise, weil die Messen kleiner und weniger werden?

B: Naja, diese Krise gab es vor zwei Jahren, inzwischen gibt es wieder mehr Messen. Ausgestellt wird wie eh und je, nur die Stände auf den Messen sind etwas abgespeckt.

A: Wir kriegen öfter Anfragen, ob wir n Job für 12 Euro machen würden. Klar versuchen die jedes Mal, den Stand so billig wie möglich zu produzieren, entweder versuchen sie es bei den Messebauern oder beim Material.

Von zwölf Euro pro Stunde kann ein Selbständiger nicht leben, oder?

C: Das ist unterschiedlich! Teilweise funktioniert es so, dass die Leute für zwölf Euro angestellt sind, nicht selbständig sind. Teilweise kriegen die Alten ihren Lohn weiter und nur die Neuen werden gedrückt. Und 18 Euro sind vielleicht für 'n normalen selbständigen Messebauer total wenig, für mich ist das aber viel Geld.

A: Wenn ich in einer normalem Mietwohnung leben würde, müsste ich wohl mehr lohnarbeiten gehen. »Hauptberuflich« bin ich eigentlich Teil eines Wohnprojekts. Da ich in diesem Projekt mit 30 anderen Menschen lebe und relativ wenig für Miete und Nebenkosten bezahlen muss, reicht es für mich. Zum Wohnprojekt gehört auch ein Haufen unbezahlter Arbeit, das ist wohl der größte Teil an meiner Gesamtjahresarbeitszeit. Aber ich muss mir halt auch keine Sorgen um Essen und mein Zimmer machen, wenn ich mal ein oder zwei Monate kein Geld habe. Wenn auf der Messe oder im Bühnenbau inzwischen von acht Euro die Stunde geredet wird, sind das wohl Leute, die in der Stadt wohnen, wo die Baustelle ist, die kein Hotel usw. bezahlen müssen, und sie sind zeitweise fest angestellt.

Was qualifiziert Euch eigentlich für den Messebau?

C: Nichts, außer wichtig tun und Bauarbeiter spielen.

B: Teamarbeit ist ganz wichtig! Dass wir ein Team sind, das sich schon seit Jahren kennt. Wir wissen, wer was am besten kann. Du musst von allem ein bissel können, aber nichts richtig, Tischlerei, Innenausbauarbeiten, Fußboden und Teppich verlegen, manchmal ein wenig Metallarbeiten – und der Schrauber ist ganz wichtig, alle haben auch immer die neuesten! Unsere Arbeitsgruppe hat immer gutes Werkzeug und nicht nur einen Schrauber, fünf Leute haben eine Festo-Handkreissäge mit Staubabsauger. Das haben die sich ohne Absprache so nach und nach alles angeschafft. Wenn du neu bist und meistens problemlos das Werkzeug der Leute mitbenutzt, kommst du in den Zwang, dir nach einigen Jobs etwas anzuschaffen. Das ist alles sehr teures Zeug. Ich hab fast alles aus Profi-Werkzeugläden geklaut, deswegen hab ich auch noch keine Handkreissäge mit Staubsauger, weil das zu groß ist zum Klauen.

C: Wenn ich mehr Unkosten hätte, Krankenkasse, Miete, wenn das Kindergeld nicht wäre..., würde es nicht reichen. Letztlich kommt aber nur viel Geld von viel Arbeiten und das wäre für mich nichts mehr. Vielleicht mal ein Jahr, aber es fragt eh keiner, ob du arbeiten willst. Die gut bezahlten

Jobs kriegen die, die am längsten dabei sind und »eine einfache Handynummer« haben.

Was hat sich für Euch verändert mit den Sozialstaatskürzungen?

C: Momentan nicht viel, da ich nie Sozialhilfe beantragt oder Arbeitslosengeld/-hilfe bekommen habe. Ich muss jetzt meine Krankenkasse selber zahlen, da mein Vater keine Unterstützung mehr bekommt. Somit fällt die Familienversicherung weg, weil er sich bei seiner Frau versichern lassen muss. Deshalb muss ich mich als Student versichern (50 Euro monatlich). Am Kindergeld ändert sich, soweit ich weiß, nichts.

B: Ich bekomme ja noch Arbeitslosenhilfe, aber mit Auto und Handy und Rauchen und Trinken würde es ohne Arbeit gar nicht mehr gehen, da ist noch nicht mal Miete drin, weil ich noch immer in einer besetzten Wohnung lebe. Ich könnte nicht für weniger Geld arbeiten gehen, dann müsste ich länger arbeiten und hätte keine Zeit mehr für all die anderen schönen und weniger schönen Dinge im Leben.

A: Wenn ich meine Selbständigkeit aufgäbe, hätte ich ab 1. Januar Anspruch auf ALG2. Das wäre vom Geld her vielleicht gar nicht das Problem, aber »Arbeit statt Sozialhilfe« ist bestimmt super ätzend. Also wenn die Ämter mit dem Stressmachen durchhalten, ist es keine Alternative mehr, Kohle vom Amt zu bekommen. Noch bin ich privat krankenversichert, aber wenn das Geld dafür nicht mehr reicht, betrifft mich der ganze Scheiß auch. Rente, ich hoffe bis dahin haben wir es hinter uns gebracht mit der Revo!! Ansonsten merken wir in unserem Wohnprojekt, dass der Druck zum Lohnarbeiten immer größer wird. Wir arbeiten so viel wie noch nie. Einige knien sich in ihre Lehre/Studium oder in den Job in der Hoffnung, danach einen guten Lohn zu bekommen. Wir haben es nie hinbekommen, das *zusammen* politisch zu diskutieren, und somit sind doch sehr individuelle Lösungen dabei rausgekommen. Es gibt aber immer wieder neue Versuche, und jedesmal wird ein wenig klarer, dass der Boden, auf dem die »Lebensentwürfe« fußen, doch nicht so sicher ist, wie sich das die meisten gedacht haben.

Gibt es einen wirtschaftlichen Zwang für kollektive Projekte?

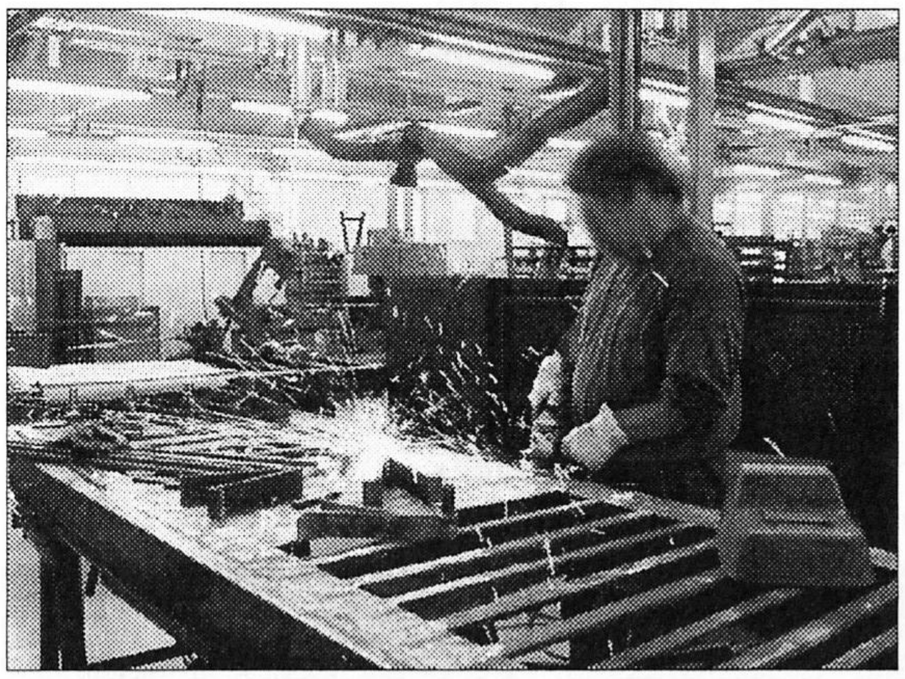
C: WGs sparen Miete und Haushaltskosten einschließlich Essen. Ansonsten, würde ich behaupten, gibt es einen immer größeren Zwang, wenn die Leute älter werden und aus bestimmten Kategorien rausfallen. In erster Linie steht aber der Wunsch nach einem kollektiven Projekt, und das wird nur möglich sein, wenn man die wirtschaftlichen Zwänge nicht außer Acht lässt. Kommt natürlich darauf an, was man unter kollektivem Projekt versteht.

Hattest Du die Möglichkeit, ganz »normal« zu arbeiten oder »Karriere« zu machen? Oder war diese Möglichkeit sowieso versperrt? Gibt es Altersgründe für die Entscheidung?

C: Ich denke, die Chance könnte ich immer haben, aber je länger man wartet, umso mehr »Arschloch« muss man sein. Gegenüber sich oder

anderen. Anders gesagt, ich habe die Schule Mitte der 90er ohne Abschluss verlassen und bis vor zwei Jahren alles bis zum Abi nachgeholt. Ich dachte, Student sein ist günstiger als arbeiten, hatte aber auch was mit dem Bund zu tun. Soviel zur Karriere. Ich merke aber, dass ein Leben neben normalen Arbeiten immer schwieriger finanzierbar ist und eine kollektive Idee anstelle der individuellen Lösung entstehen muss.

B: Für mich war es ein wirtschaftlicher Zwang und eine persönliche Bereicherung, in einem kollektiven Projekt zu arbeiten. Wirtschaftlich, weil ich mit meinen ganzen sonstigen Projekten nicht jeden Tag acht Stunden arbeiten könnte und nur so eine Struktur diese Projekte finanzieren kann. Das heißt, ich kann Jobs absagen, ohne rauszufliegen, ich kann mit den Leuten tauschen, ich werde immer wieder berücksichtigt, auch wenn ich viel nicht angenommen habe. Persönlich war es eine Bereicherung, weil meine Fehler auf Arbeit von der Gruppe getragen wurden – auch finanziell, weil es keine fachlichen Hierarchien unter uns gibt. Ich konnte was lernen ohne finanziellen Druck, ohne Druck aus der Gruppe – ganz anders als bei der Lehre oder bei anderen Jobs, wo man den Kollegen erst mal beweisen muss, was man kann. ■



»Werkzeugmacher ist scheiße, da bist du den ganzen Tag in der Werkstatt. Mach Schlosser, da kommst du überall im Betrieb rum.«

Interview mit einem 50jährigen Saisonarbeiter

Im letzten Jahr war ich bei zwei Beerdigungen. Die erste von Willi Hoss war wunderschön – er hatte immer eine Tendenz zum Glamour, war der »Aussenminister« der Plakat-Gruppe, während Mühleisen der »Arbeiter« war, der Jahre lang jeden Morgen schon um fünf in die Daimler-Gießerei in Mettingen fuhr, um zu verhindern, dass die Arbeiter die Schmelzöfen schon vor sechs Uhr anschmeißen – wo doch erst um sechs Schichtbeginn war.

Die andere Beerdigung war eher traurig, auch hier viele Leute. Alfred Hauser war ein Stuttgarter Arbeiterkind, der als Jugendlicher in die KPD eingetreten war und gleich 1933 in den Knast kam. Nach dem Krieg wurde er VVN-Vorsitzender, wo er 50 Jahre lang für die Anerkennung der NS-Zwangsarbeiter kämpfte – und um jeden Verfolgten.

Dazwischen bin ich angesiedelt.

Willi Hoss habe ich als Jugendvertreter bei einer Schulung kennengelernt, die die Plakat-Leute damals zusammen mit linken Profs organisiert hatten. Diese Verbindung von praktischer politischer Betriebsarbeit und Theoriebildung hat mich sehr beeindruckt, obwohl ich damals mit 19 herzlich wenig verstanden habe. Auf dieser Schulung habe ich einen italienischen Genossen kennengelernt, der zuerst bei Fiat gearbeitet hat, dann in Paris bei Renault-Billancourt und dann in Stuttgart beim Daimler. Das hat mich sehr beeindruckt, das wollte ich auch so machen.

Ich komme aus der Jugendzentrumsbewegung, die hatte bestimmte Grundsätze wie: alle entscheiden alles, Basisdemokratie halt. Das begleitet mich bis heute. Ich wollte nie vorne sein, nie den Vorsitz bei irgendwas übernehmen. Alle, die mit mir sozialisiert wurden, haben dieses Problem. Aus unserem Kreis damals ist nur einer heute ganz vorn auf einem Posten, wo er als BR-Vorsitzender Richtlinienkompetenz hat.

Das war im Rückblick vielleicht manchmal ein Fehler, weil man immer gegen die Vorsitzenden kämpfen muss und gleichzeitig gegen den Klassenfeind. Im politischen Reifeprozess muss man beides können: sowohl vorne hingehen als auch an der Basis bleiben. Im letzten größeren Betrieb, in dem ich war und den Vertrauenskörper mit aufgebaut habe, bin ich nicht vorne hin. Der, den sie dann gewählt haben, war schwach, dem Druck nicht gewachsen – da wäre ich besser vorne gewesen.

Meine politische Karriere begann sozusagen in der 10. Klasse Gymnasium als stellvertretender Klassensprecher, wo die Klassensprecherin wegen meinem geringen Bewussteinsstand nicht mit mir zusammenarbeiten wollte. Später wurde ich Schulsprecher – so engagiert, dass ich durchs Abi gefallen bin. Durch den sozialdemokratischen Vertrauenslehrer erlebte ich zum ersten Mal die Sozialdemokratie in ihrer reinen demaskierten Form – das war eine wichtige Erfahrung, somit hatte ich keinerlei Illusionen mehr über die Sozialdemokratie.

Aber damals war das Jugendzentrum schon wichtiger für mich. Ich war dort der einzige Gymnasiast unter lauter Lehrlingen und Jungarbeitern. Wir waren Tag und Nacht in unserer Freizeit zusammen, zuhause war ich nur noch zum Schlafen – so war das damals. Für mich war selbstverständlich, dass ich eine Lehre machen wollte, nicht weil ich ein Konzept für politische Betriebsarbeit gehabt hätte oder von einer Partei dahin geschickt worden wäre, die waren sowieso nie meine Sache, sondern eher durch diese Kontakte. Fast hätte ich Drucker gelernt, dann kam aber noch eine Zusage von einem Metallgroßbetrieb, das fand ich dann interessanter wegen der Streiks. Mit dem ersten Lohn bin ich von zuhause ausgezogen – mit Berufsausbildungsbeihilfe und Wohngeld, Schwarzfahren und zweitem Kantinenausweis kam ich auch mit 325 Mark Lehrlingslohn über die Runden.

Sofort als die drei Monate Probezeit um waren, bin ich in die Gewerkschaft eingetreten. Mein

Mentor war bei der KPD/ML, Abiturient und vorher schon Jugendvertreter gewesen. Der hat mich angefixt. Ich hab Werkzeugmacher gelernt. Im Zug hab ich einen Gewerkschafter vom Daimler getroffen, der hat mir gesagt: »Werkzeugmacher ist scheiße, da bist du den ganzen Tag in der Werkstatt. Mach Schlosser, da kommst du überall im Betrieb rum.« Das hat mir sofort eingeleuchtet. Am nächsten Tag bin ich hin und hab unter einem Vorwand auf Schlosser gewechselt – und hab das nie bereut, denn ich bin kein Mechanikertyp, hab keine Affinität zum Ingenieurmäßigen. Ich bin eher ein sorgfältiger Arbeiter, bei mir hat immer alles aufs Hundertstel genau gestimmt. Ich hab mit Systematik wettgemacht, was mir an Eingebung gefehlt hat. Die liebste Arbeit war mir: 100 Teile alle im rechten Winkel schweißen – und die waren nachher alle im rechten Winkel.

Nach einem halben Jahr war ich Jugendvertreter, ich hab halt gut schwätzen können und konnte jeden Meister in die Tasche stecken. Die kamen damals alle aus dem Betrieb, die hatten nicht wie heute ständig Schulungen in Personalführung.

Die Crux war, dass wir damals keine älteren Genossen hatten, die mir z.B. geraten hätten: mach erst deine drei Jahre Ausbildung und dann Jugendvertreter. Wir mussten alles neu erfinden, selbst lernen. Die von der DKP waren für uns nicht akzeptabel, die haben uns bei der SPD verpfiffen. Und auf der anderen Seite die ML-Radikalinskis mit ihrem Zentralismus-Modell, das ich immer abgelehnt habe. Aber viele Kollegen haben dort eine Heimat gefunden.

Der Betriebsrat, das waren sozialdemokratische »Kanalarbeiter«, die uns mit allen Mitteln bekämpft haben. Radikale Sprüche bei Kundgebungen, und auf der anderen Seite haben sie uns verraten. Bleicher z.B. hat mich immer schwer beeindruckt, sein Motto: beuge dich nie vor einem lebenden Menschen! – bis ich rausgefunden habe, dass der auf dem Marktplatz schreit »keinen Schritt zurück...« und längst unterschrieben hatte.

Wir haben einen Zweifrontenkrieg geführt: gegen die SPD im Betriebsrat – und gegen das Kapital sind wir oft gar nicht gekommen, wir haben uns vorher aufgerieben. Ich war vier Jahre Jugendvertreter... Das war meine Feuertaufe, da hab ich ein gutes Rüstzeug gekriegt – auf allen Ebenen.

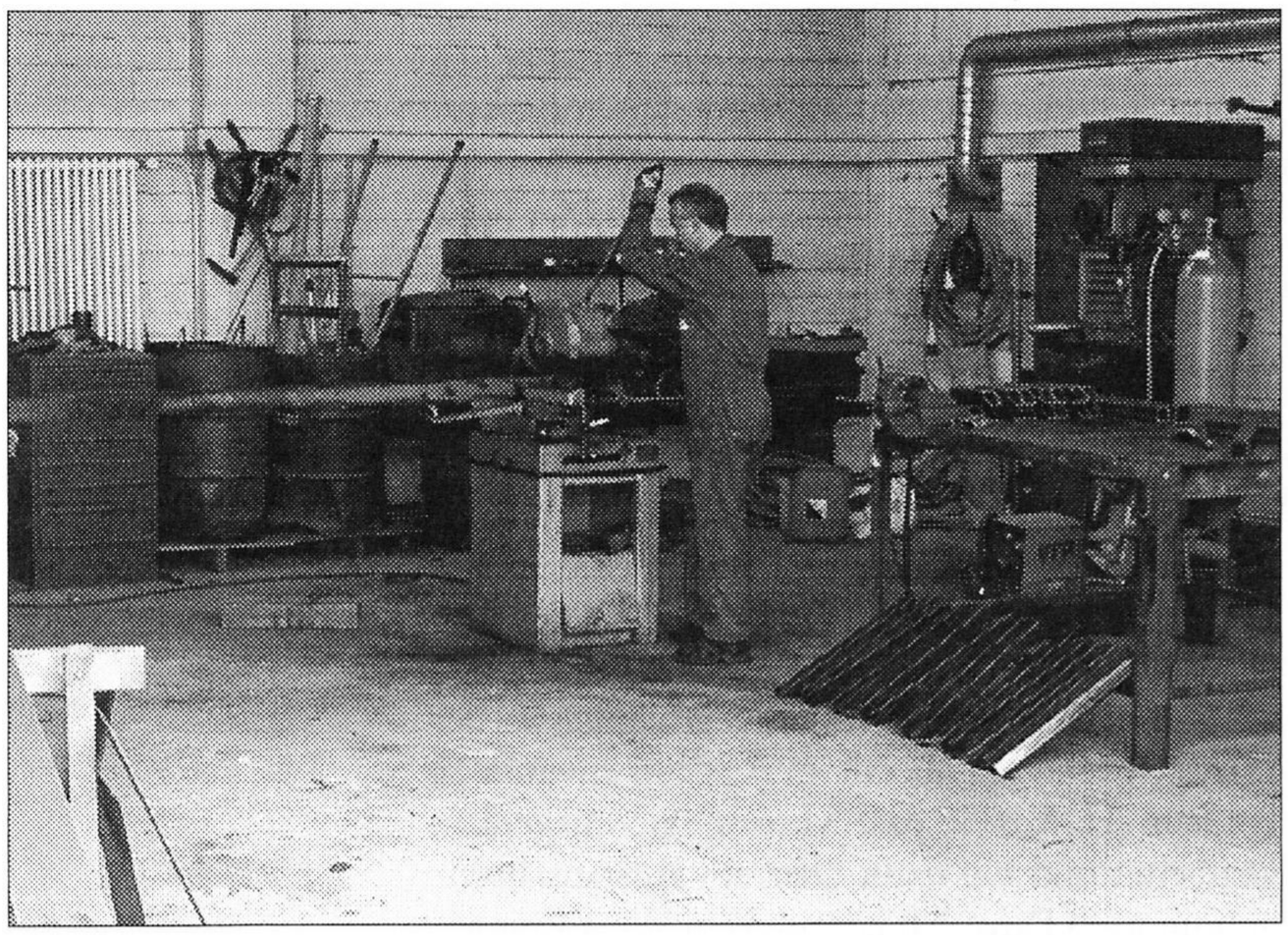
Aber viele aus unserer Generation haben das auch alles mitgemacht – und sind heute z.B. Aussenminister. Mit dem Rüstzeug kann man offensichtlich auch was anderes machen...

Ich habe halt nie ein Angebot gekriegt. Wenn du mal Jugendvertreter warst, kannst du eigentlich nur noch Betriebsrat werden, denn du hast nur sechs Monate nachwirkenden Kündigungsschutz – wenn du nicht großen Rückhalt in der Abteilung hast, wirst du gekündigt. Diesen Rückhalt hatte ich nicht. An der entscheidenden Vertrauenskörperversammlung konnte ich nicht teilnehmen, weil ich krank geschrieben war. Mit einem KABDler hatte ich abgesprochen, dass der mich vorschlägt. Das hat er aber nicht getan, sondern er hat sich selbst vorgeschlagen. Damit war meine betriebspolitische Karriere in diesem Laden zuende. Ich machte meinen Zivildienst und war noch ein Jahr drin.

Dann wollte ich ins Ausland. Zuerst nach Israel mit Aktion Sühnezeichen bis ich nach einem Jahre Probleme mit dieser Organisation bekam und zurückging. Dann habe ich eine achtmonatige arbeitsamtsfinanzierte Schweißerausbildung bei der IHK gemacht, um überall im Ausland arbeiten zu können. Ich hab ein paar Monate im Anlagenbau gearbeitet und bin dann über ein Austauschprogramm nach Paris. Ich konnte kein Wort Französisch, das war hart. Nach zwei Monaten bin ich zum Chef und hab gesagt: entweder ich kriege genauso viel Lohn wie meine Kollegen oder ich gehe. Da hat er nur gesagt: dann geh! Ich hatte zu hoch gepokert. Das war scheiße, denn ich hatte noch keine Arbeitserlaubnis, konnte auch nicht zu einer Zeitarbeitsfirma gehen. Ich hab erstmal Sprachkurse gemacht und dann einen anderen Job im Kernforschungszentrum gefunden. Nach sechs Monaten bin ich durch die Sicherheitsüberprüfung geflogen. Danach habe ich als Einsteller und Schlosser gearbeitet und in einem besetzten Haus gewohnt.

1982 bin ich nach Norditalien und wurde Monteur für Lebensmittelmaschinen, vor allem für die Tomatenverarbeitung in Süditalien. Ich musste ständig nach Apulien, Kalabrien, Sizilien, bis an den Knien in Tomaten, die stinken brutal, wenn sie warm werden und faulen... Dort habe ich schaffen gelernt. Ich war dort mehrere Jahre, am Ende hab ich mich mit dem Chef überworfen. Die Betriebsratsgründung, an der ich beteiligt war, hat nicht mehr geklappt. Der Unternehmer hat es sich viel Geld kosten lassen, den Service auszugründen, damit die Firma weniger als 15 Beschäftigte hat und somit kein Kündigungsschutz mehr galt. Ich hab dann am Ende noch eine relativ gute Abfindung mitgenommen und wusste schon, dass ich in Frankreich die Ausbildung zum Elektriker machen kann, um die ich mich Jahre vorher beworben hatte. Die neun Monate in einem Ausbildungszentrum für Erwachsene in der Provence waren die schönste Zeit meines Berufslebens. Obwohl ich gemerkt habe, dass mir jedes Verständnis für Elektrik fehlt...

Dann musste ich wieder heim – bei mir läuft das so im Sieben-Jahres-Rhythmus. Ich hab einen Job gefunden bei Mannesmann als Schlosser: Montage von Hydraulik-Aggregraten, Gruppenarbeit.



Nach fünf Jahren war dort Krise und Entlassungen angesagt, da war ich als Unverheirateter mit erst kurzer Betriebszugehörigkeit ganz oben auf der Liste. Bei Mannesmann wollte ich eigentlich nichts Betriebsratsmäßiges, bis der Chef auf der Betriebsversammlung so einen Unsinn gesagt hat, dass ich vorgegangen bin und was gesagt habe. Dann hat er sich mit mir angelegt, das war sein Fehler (oder meiner). Anschließend habe ich den Vertrauenskörper aufgebaut. Betriebsrat bin ich nicht geworden, das war vielleicht falsch.

Betriebliche Konflikte sind selten eine Frage der Inhalte, sondern meistens der Ehre. Als abhängig Beschäftigter schließt du eh einen Kompromiss. Aber irgendwann lassen sie dir einfach keine Wahl. Wenn man die Kampfergebnisse anguckt: was letztlich ökonomisch rauskommt, hat den Streik meist nicht gelohnt. Du könntest ja sagen: wenn ihr mich in Ruhe lasst, lass ich euch auch in Ruhe. Aber sie lassen einen einfach nicht in Ruhe. Du sagst gar nicht viel, nur: das kann doch so gar nicht sein – und dann flippen sie aus. Weil sie es gewöhnt sind, dass die Leute alles mitmachen.

Danach habe ich nochmal versucht, einen anderen Job zu kriegen, hab mich auch bei Daimler beworben. Aber die schwarzen Listen von damals gibt's im Großraum Stuttgart noch. Und woanders wollte ich nicht hin. Außerhalb meines Dialekts kann ich keine Betriebsarbeit machen. Das ist nicht meine Persönlichkeit, wenn ich hochdeutsch spreche.

Ich hab dann mit Gewerkschaftsstipendium studiert, unter anderem in Chicago und London, habe danach aber keinen entsprechenden Job gefunden. Wenn ich heute zurückschaue, habe ich schon das Gefühl, ich bin eine gescheiterte Existenz – im Sinn einer bürgerlichen Karriere oder z.B. im Vergleich mit anderen, die gleich angefangen haben:

Aber was hast Du denn angestrebt? Wir hätten doch mit 20 nie gedacht, dass wir 50 werden und die Revolution ist noch nicht da. Und seit ein paar Jahren sind alle aus unserer Generation am Rödeln – die einen im Beruf, die anderen in ehrenamtlichen Jobs. Das hat doch sicher was damit zu tun, dass viele jetzt noch was reißen wollen. Früher hättest Du doch auf die Absicherung geschissen.

Das haben wir uns nicht vorstellen können, wie das Leben mit über 30 ist. Das mit der nicht stattfindenden Revolution war doch schon nach zehn Jahren klar. Die MLer haben dann noch im Beruf was erreicht, viele sind erfolgreiche Unternehmer geworden. Unsere Kumpels machen noch in irgendwelchen Alternativbetrieben rum – nur einer hat Karriere gemacht. Aus meinem unmittelbaren Freundeskreis hat aber keiner eine J. Fischer-Karriere gemacht.

Heute bin ich mit meinen Fähigkeiten prekär beschäftigt. Hin und wieder bin ich am Überlegen, was ich die nächsten zehn Jahre tue, was aufzubauen, was bleibenden Wert hat. Auf der anderen Seite: warum soll ich 12, 14 Stunden am Tag schaffen! Da schaff' ich lieber als Saisonarbeiter, les' abends gute Bücher und mache Politik.

Wir wollten doch immer vermeiden, unsere Fähigkeiten in Lohnarbeit zu stecken. Ich will doch nicht meinen ganzen Grips in die Lohnarbeit stecken!

Den Grundsatz vom »Kampf gegen die Arbeit« habe ich nie geteilt. Ich habe immer gerne geschafft. Im ersten Halbjahr der Ausbildung habe ich viel blau gemacht. Als ich dann Jugendvertreter war, ging das nicht mehr, ich musste präsent sein, sonst hätte ich nichts mitgekriegt.

Ich hab früher schon immer versucht, meinen Fähigkeiten entsprechend einen Job zu kriegen. Ein anarchistischer Genosse von mir schaffte zum Beispiel immer als Bauhilfsarbeiter, trotz höherer Qualifikation. Der verweigert sogar das Weihnachtsgeld, weil es vom Wohlwollen des Unternehmers abhängt. Das hätte ich nie gemacht, sondern das Geld genommen und gespendet.

Heute neige ich eher dazu, prekär zu bleiben, um Zeit für politische Aktivitäten zu haben. Aber ob das so zu verwirklichen ist? ■

»...dass ich als Kommunist in die Fabrik gehörte...«

SED-Parteihochschüler und KPD-Funktionär, Metallarbeiter und Betriebsrat im Großkonzern, Vorzeigearbeiter und Bundestagsabgeordneter bei den Grünen, Entwicklungshelfer in Brasilien – Stationen der Lebensgeschichte von Willi Hoss, die in dem Buch dargestellt wird.

Ein spannendes Geschichtsbuch über fast schon vergessene Zeiten; den hysterischen Antikommunismus der Adenauerzeit, als »DDR« ein Unwort war und Kommunisten mit Gerichtsverfahren und Hausdurchsuchungen überzogen wurden; die kurzen »goldenen Jahre« der westdeutschen Autoindustrie, in denen schnelle Lohnsteigerungen und beamtenähnlicher Kündigungsschutz mit Knochenarbeit, Überstunden und Willfährigkeit gegenüber dem Unternehmer erkauft wurden. Wer da nicht mitspielen wollte, hatte nicht nur den Kapo, sondern auch die Gewerkschaft am Hals. [1]

Im Vorwort der Autobiographie und in Zeitungsartikeln nach seinem Tod wird Hoss als »zurückhaltend, unaufgeregt, sanft rebellierend, eigensinnig, beharrlich, kritisch, menschlich sanft und politisch kämpferisch« geschildert, der *»gelernt hat, sich auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen zu bewegen, und immer er selbst zu sein.«* (217). Der Mann war offensichtlich aufrichtig, nicht korrumpierbar und musste sich nicht ständig in den Mittelpunkt stellen. *»Aufgrund seiner praktischen Erfahrung im Betrieb hatte er verstanden, dass ... man alleine schwerlich fähig ist, Zusammenhänge zu verstehen und zu durchschauen.«* (15)

Autobiographien haben meistens den Nachteil, dass die Hauptperson wenig selbstkritisch mit sich umgeht. Willi Hoss hatte zunächst einen anderen Weg gewählt, indem er mit einem alten Freund, dem späteren Herausgeber des Buches, über sein Leben diskutierte und ein Tonband mitlaufen ließ. Als Hoss Anfang 2003 stirbt, ist das Buch noch nicht fertig. Aber schon im Vorfeld hatten Erzähler und Herausgeber *»alle Fragen und Bemerkungen* [gestrichen]. *Willi allein sollte zu Wort kommen, wie er leibt und lebt.« (9) Unter den Danksagungen findet sich später der Satz des Herausgebers: »Als großen Mangel empfinde ich, dass es mir nicht mehr möglich war, mich an Freunde und Mitstreiter von Willi, insbesondere der alten Plakat-Gruppe und bei den Grünen, zu wenden.«(254) Offensichtlich musste das Buch auf den Markt. Es passt in dieses Bild, dass der Verlag im Klappentext das Leben von Willi Hoss als »Erfolgsgeschichte eines Linken« vorstellt. Der einzige Teil des Buches, der diese andächtige Haltung von Herausgeber und Verlag verlässt, ist ein nachgereichtes Kapitel, ein Gespräch mit Hoss' Frau und Tochter, in dem es um sein »privates Leben« (216) geht.*

Es bleibt das Geheimnis des Herausgebers, warum niemand von »Plakat« zu Wort kommt, geschweige denn irgendein »normaler« Arbeiter.[2] Immerhin war diese Gruppe Mitte bis Ende der 70er Jahre ein Vorzeigeprojekt der undogmatischen Betriebslinken. Die K-Gruppen waren schon wieder aus den Betrieben raus, und die Kollegen von Plakat galten als seriös, weil sie Arbeiter waren und nicht den chinesischen oder sonstigen Weg zum Sozialismus in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellten.[3] Außerdem lagen sie in einer öffentlichen Dauerfehde mit der IG Metall, die sie 1972 ausgeschlossen hatte, weil sie auf einer eigenen Liste für den Betriebsrat kandidiert hatten.[4]

Leider wird die Frage nach dem Verhältnis eines starken rechten oder eben auch linken Betriebsrates gegenüber den vielen tausend ArbeiterInnen in einem Großbetrieb nicht gestellt, das oft genug – ob gewollt oder ungewollt – paternalistisch ist, nach dem gutgemeinten Motto: »Kollegen, wir kümmern uns um Eure Probleme.« Dass ein Konzern wie Daimler mit linken Betriebsräten zurecht kommt, illustriert Hoss selber: *»Und wenn sie* (die Manager) *der Diskussion ausweichen wollten, konnte es passieren, dass das Fließband plötzlich einmal stand. ... Wenn wir dann einig waren und ich hatte mit den Kollegen gesprochen, und die waren auch einverstanden, konnte man sich darauf verlassen, jetzt läuft der Laden. ... Es gab bei aller Härte eine Art Verlässlichkeit.«* (189)

Von Differenzen innerhalb der Gruppe erfährt man überhaupt nichts. Zumindest Hoss' Hinwendung zu den Grünen ist nicht ohne Kritik geblieben.

Willi Hoss
Komm ins Offene, Freund

Autobiographie – herausgegeben von Peter Kammerer
Münster 2004, Verlag Westfälisches Dampfboot
254 Seiten, 19,90 Euro

Alle kursiv gesetzten Zitate sind aus dem besprochenen Buch.

[1] Beispiele dafür liefern das Betriebstagebuch von Hermann Mühleisen im Kursbuch 38 (1974) und die »Aufzeichnungen eines italienischen Daimler-Benz-Arbeiters (1961-1977), Mario d'Andrea« (in: Plakat: 10 Jahre Betriebsarbeit bei Daimler-Benz, Hrsg. Von Peter Grohmann und Horst Sackstetter, Rotbuch-Verlag, Berlin 1979). Mühleisen und d'Andrea sind Mitbegründer der Plakat-Gruppe.

[2] Der einzige, der in dem Buch zitiert wird, sagt Hoss, nachdem dieser aus dem Bundestag als Teilzeitarbeiter in die Fabrik zurückkehrt: »... du bist ja bescheuert. Wir wären froh, wenn wir aus dem Scheiß hier raus wären, und du kommst freiwillig zurück.« (139)

[3] Auf einer der »Sozialistischen Konferenzen« Anfang der 80er Jahre erzählten sie anschaulich, welchem brutalen Lärm sie beim Bau der damaligen Luxusklasse ausgesetzt waren, während in der Reklame hervorgehoben wurde, wie leise es im Innenraum des Wagens selbst bei Tempo 140 sei...

Willi Hoss auf einer Kundgebung gegen den Irak-Krieg 1991

Auch wenn aus den Reihen von Plakat nicht nur die Produktionsweise, sondern auch das Produkt selber kritisiert wurde, können nicht alle mit seiner Abkehr von der »Klassenfrage« hin zur »Gattungsfrage« und zur Politik der *Ökologisierung der Industriegesellschaft* (164) einverstanden gewesen sein. 25 Jahre später hätten ein paar Überlegungen dazu gut getan – auf dem Hintergrund der sich neu entwickelnden Klassenkämpfe, die eben nicht auf *»den gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen«* (115) hinweisen, wie Hoss ihn in den 80er Jahren ausgemacht hatte.

Hoss wollte raus aus dem *Gefängnis Fabrik*, in der er sich eingesperrt fühlte, und wo *»mit der Zerstückelung der Arbeit (...) der Blick aufs Leben ausgetrieben«* wird (119). 1956 war er nach dem KPD-Verbot als einer der wenigen bezahlten KPD-Funktionäre ganz bewusst in die Fabrik gegangen: *»Für mich stand außer Frage, dass ich als Kommunist in die Fabrik gehörte. Die kommunistische Idee hatte hier ihre Basis.«* (49) Ende der 70er sah er nicht mehr, dass die Arbeiterklasse über den Kapitalismus hinauswachsen könnte, weil sie in der Produktion und ihren Organisationen autoritären Formen unterworfen ist. Diese verständliche Flucht vor der Fabrikdisziplin führte Hoss zur Grünen Partei und 1983 in den Bundestag. Dort muss es ihm unheimlich gewesen sein, denn er betont für seine sechsjährige Mandatstätigkeit immer wieder, wie ernsthaft im Parlament »gearbeitet« wurde. Die *Inhalte* dieser Tätigkeit waren angemessen staatstragend: 1984 formulierte er einen Gesetzentwurf zur *»Vereinfachung der Transferleistungen des Staates und der Versicherungen: Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und Niedrigrenten«* (155), zu einer einheitlichen Grundsicherung, die mit 1100 DM so bemessen werden sollte, *dass ein Anreiz zur Erwerbsarbeit erhalten bleibt.* (156) Eine ähnliche Argumentation hält 20 Jahre später für das Arbeitslosengeld II der rot-grünen Regierung her.

Trotz großer Distanz zu den machtpolitischen Spielchen innerhalb seiner Partei hatte Hoss Gefallen am Politikerdasein gefunden: Er kandidierte 1985 als Oberbürgermeister in Sindelfingen und versuchte 1990 zum dritten Mal in den Bundestag zu kommen. Immerhin blieb ihm das erspart: die Parteistrategen verweigerten ihm einen günstigen Listenplatz.

Die Brasilienaufenthalte in den 90er Jahren scheinen die glücklichste Zeit seines Lebens gewesen zu sein, so liest sich zumindest das entsprechende Kapitel. Hoss' Vorstellung von »Entwicklungshilfe« unterscheidet sich wohltuend vom Paternalismus mancher linksradikalen Nicaragua-Brigade: Er betonte immer, dass die Menschen vor Ort entscheiden, ob sie Brunnen und Solarlampen wollen und lernen, wie man diese baut und repariert. Später organisierte er zusammen mit der entsprechenden Managementabteilung von Daimler die fabrikmäßige Produktion von Kopfstützen für Autositze aus (nachwachsenden) Kokosfasern als Alternative zu Plastikprodukten. Dass solche Maßnahmen zur »Ökologisierung der Industriegesellschaft« problemlos in den Kapitalismus integrierbar sind, aber nichts daran ändern, dass weite Teile der Menschheit gerade *wegen* dieser Art von Reichtumsproduktion immer noch in Armut leben, wird in dem Buch leider konsequent ausgeblendet.

So bleibt bei aller aufrichtiger Sympathie für einen rebellischen Menschen ein bitterer Nachgeschmack, wenn der von Willi Hoss mitgegründete Verein *Poema-Deutschland* heute auf seiner *homepage* propagiert, dass jeder hiesige Mercedeskäufer freiwillig etwas mehr bezahlen sollte, denn: »Hier stößt ein Auto Kohlendioxid aus, auf der anderen Seite der Erde sorgt sein Geld dafür, dass der Regenwald überlebt und das schädliche Gas so wieder abgebaut wird.« Damit können alle Seiten gut leben, und nichts muss sich wirklich ändern. ■

[4] Gewerkschaftsausschlüsse gab es in den 70er Jahren noch vor den Berufsverboten, die unter Willi Brandt eingeleitet wurden.

Slumleben? Slum machen!

»In der ganzen Geschichte des Kapitalismus sind Menschen vom Dorf in die Stadt geflüchtet, vom Acker in die Fabrik, vom »Süden« in den »Norden« – in den letzten 25 Jahren überwiegt diese Flucht bei weitem die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals; die MigrantInnen bilden riesige Belagerungsringe um die Weltmetropolen; es gibt eine weltweite Krise der Städte.« (Plakat, Beilage in der Wildcat 69)

Erstmals in der Geschichte sind die ArbeiterInnen sowohl relativ als auch absolut die größte Klasse auf der Welt. Ländliche Bevölkerung wird durch die *Agrar-* und später *Grüne Revolution* »überflüssig« und zieht in die industriellen Zentren – in diesem Zwang steckt aber auch die Hoffnung, dass Lohnarbeit und durch Geld geregelte soziale Verhältnisse von den ländlich/feudalen Bindungen befreien. In der Fabrik entsteht eine neue Klasse, deren Wünsche und Bedürfnisse steigen – und die lernt, diese kollektiv durchzusetzen. Das Kapital sucht deshalb die »frische Arbeitskraft«, die »grüne Wiese« und zieht dafür um die ganze Welt. Die ständige Unterschichtung und Umwälzung ist notwendig, um die Arbeitermacht zu unterlaufen. Die berechtigte Hoffnung auf das »bessere Leben« ist wichtig, um die frisch Proletarisierten an die Arbeit zu binden.

Diese Entwcklungsperspektive ist – im Gefolge der tiefen Krisen in den 70er Jahren – seit den 80er Jahren für große Teile der Menschheit nicht mehr gegeben. Neue Industrialisierung im größeren Maßstab und damit Mehrwertakkumulation, aber eben auch vollständige Proletarisierung, die eine Arbeiterklasse entstehen lässt, findet nur noch im Norden Mexikos (als NAFTA-Auswirkung) und in Süd-Ost-Asien (dort besonders in China) statt. Dennoch geht der jahrhundertelange Prozess der Urbanisierung trotz der Krise der kapitalistischen Verwertung weiter. Mit explosiven Folgen: So wie die Klassenkämpfe im (historischen und geografischen) Zentrum des Kapitalismus, wurden die Kämpfe um die Reproduktionskosten der Proletarisierten in den mittlerweile untergegangenen Entwicklungsstaaten in den letzten Jahrzehnten städtische Kämpfe.

Die klassische Stadt

Manchester, Berlin und Chicago waren Beispiele für die frühe kapitalistische Urbanisierung, die an Industrialisierung und Entwicklung gebunden war. In der oben beschriebenen Kombination von Einsaugung/Vertreibung ländlicher Bevölkerung und »Stadtluft macht frei« entstand in den Fabriken und der Lohnarbeit eine neue Klasse – die ArbeiterInnenklasse. Diese Proleten erkämpften sich bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Lebensstandard, wo niemand mehr verhungern muss. Kapitalismus, Industrialisierung und Entwicklung waren über Generationen im Klassenkampf miteinander verwoben. In den 70er Jahren fand eine ähnliche Entwicklung beispielsweise in Südkorea statt, heute in Ciudad Juarez, Bangalore und Guangzhou. Das Problem des Kapitals: die Zeiträume werden immer kürzer, in denen sich diese IndustriearbeiterInnen ähnliche Bedingungen wie in den Metropolen erkämpfen.

Der Slum, die neue Stadt

Doch die weitaus meisten Urbanisierungsprozesse sind heute nicht mehr an Entwicklung gebunden. Kinshasa, Khartum, Dar es Salaam, Dhaka, Lima... Auch im Frühkapitalismus gab es nicht nur Städte wie Manchester, sondern auch Dublin, das sich an der Peripherie der englischen Industrialisierung befand. Irland war von ihren Folgen, wie Hungersnöte und Landvertreibung betroffen, ohne jedoch selbst eine Industrialisierung zu erleben. Aber damals war Dublin die *Ausnahme* – und die »weißen Sklaven« hatten die Möglichkeit, in die USA auszuwandern. Heute ist ein Selbstversorgerleben für

Mike Davis, »*Planet of Slums*«, new left review 26 (Frühjahr 2004)

Mike Davis' letztes Buch »Late Victorian Holocausts« ist im Juli auf Deutsch erschienen:

Mike Davis *»Die Geburt der Dritten Welt – Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter«*

Assoziation A, Berlin – Hamburg 2004;
ISBN 3935936117;
Gebunden, 464 Seiten;
29,50 Euro

weitere wichtige Bücher desselben Autors:

Mike Davis *»City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles«*

ISBN 3-924737-23-1;
520 Seiten; 23 Euro

Mike Davis *»Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren«*, Berlin 1986

Im Jahr 1800 betrug die Urbanisierung 2%, 1950 30% und jetzt leben von 6,4 Milliarden Menschen 3,2 Milliarden in Städten; 1,9 Milliarden in der Dritten Welt; 1 Milliarde in sogenannten Slums. Die Hälfte der Slum-BewohnerInnen ist unter 20 Jahren alt. Zwei Drittel des globalen Bevölkerungszuwachses seit 1950 konzentriert sich in Städten. Es wird erwartet, dass 95 Prozent des weiteren Bevölkerungszuwachses in städtischen Regionen in Ländern der Peripherie stattfinden wird.

Nach Kontinenten:

In den dreißig reichsten Ländern der Welt finden sich nur zwei Prozent der Slumbewohner, während 80 Prozent der urbanen Bevölkerung in den 30 am wenigsten entwickelten Ländern leben. Über die Hälfte der Slumbewohner leben in Asien, 20 Prozent in Afrika, 14 Prozent in Lateinamerika.
Die asiatische Urbanisierung geht doppelt so schnell wie die in Europa/USA vonstatten. 2015 werden Dhaka, Mumbai und Delhi zu den fünf größten Städten weltweit zählen. Eine Mega-Stadt mit 10 Millionen EinwohnerInnen benötigt täglich 6000 Tonnen Lebensmittel.

eine Milliarde Menschen weder attraktiv noch möglich. In China geht man, neben 150 Millionen WanderarbeiterInnen, noch einmal von der gleichen Zahl »überflüssiger« Landbevölkerung aus; in Polen wird sich die massive Landvertreibung/-flucht noch verschärfen, und die Besiedlung anderer Planeten ist noch nicht möglich. So bilden sich Belagerungsringe um die Industrieländer, und das Staubecken *Land* verlegt sich in die *Stadt*.

Dies ist der Ausgangspunkt von Mike Davis' Text »*Planet of Slums*«, der im Frühjahr 2004 in der *new left review 26* erschienen ist. Davis stützt sich auf eine Studie der UN Habitat vom Oktober 2003, deren wichtigste Zahlen und Fakten wir nebenstehend zusammengefasst haben. Wir möchten euch Davis' Text in seinen Hauptaussagen vorstellen und allen englischsprachigen LeserInnen die Lektüre empfehlen.

Der Knick

Trotz der ungleichen Bedingungen des Weltmarkts bis in die '70er Jahre hinein hatten viele Länder sowohl einen beträchtlichen öffentlichen Dienst als auch eine exportorientierte Industrie aufgebaut. Diese Entwicklung brach (bis auf wenige Ausnahmen besonders in Süd-Ost-Asien und China) mit der Schuldenkrise der achtziger Jahre ab. In Kinshasa verschwand die Mittelschicht, in Abidjan (eine der wenigen tropisch-afrikanischen Städte mit bedeutendem Produktionssektor) führten die folgenden »Strukturanpassungsmaßnahmen« (SAP) des IWF zu Deindustrialisierung und einem massiven Abbau öffentlicher Infrastruktur, in Lima fiel der Mindestlohn während der IWF-Rezession um 83 Prozent, 1989 lebten 44 Prozent unter der Armutsgrenze (1985: 17 Prozent). Die städtische Ungleichheit explodierte. Zuziehende ländliche Bevölkerung, entlassene ArbeiterInnen und städtische Angestellte waren gezwungen, in *favelas* (Brasilien), *gecekondus* (Türkei), *iskwaters* (Manila), *intra-murios* (Rabat) usw. zu ziehen.

Davis beschreibt die Folgen als dramatischer, tiefer und länger als die der ersten weltweiten Krise des Kapitalismus, der *great depression* von 1873 – 96, in der erstmalsMenschen hungern mussten, weil die Menschheit *zuviel* produzierte. Aber er stellt keinen Zusammenhang zwischen der IWF-Politik und der *heutigen* kapitalistischen Krise her. Gerade so, als ob es auch eine Alternative zu diesen Maßnahmen gegeben hätte, sind bei ihm die Vertreter des Kapitals frei in ihren Entscheidungen. Dabei ist die weltweite Nord-Süd-Spaltung des Kapitalismus nicht dem Rassismus der Herren geschuldet, sondern einem umkämpften Klassenverhältnis, welches sich zeitlich und geografisch in Schüben entwickelte. *Entwicklung* als reales Versprechen war notwendig, um dieses Klassenverhältnis aufrechtzuerhalten. Das »Ende der Entwicklung« stellt den Kapitalismus als weltweites Vergesellschaftungsmodell materiell in Frage.

Transformierende Landschaften

Honkong-Guangzhou und Bejing-Tianjin entwickeln sich zu städtisch industriellen Zonen ähnlich dem Ruhrgebiet am Rhein, New York-Philadelphia oder Tokio-Osaka. Shanghai wird zu einer Weltstadt wie Tokio, New York und London aufsteigen, wo die Kontrolle über weltweite Kapital- und Informationsflüsse konzentriert ist. Doch solche Entwicklungen bleiben die Ausnahme. *Megacities* (>8 Millionen) oder *Hypercities* (>20 Millionen) wie Dhaka, Mumbai und Delhi verdecken spektakulär, dass der Bevölkerungszuwachs hauptsächlich in »*second-tier cities and smaller urban areas*« stattfindet, was zu einer ländlich/städtischen Hybridisierung führt. Diese modernen Städte sind Ballungszentren, urbane Regionen, sie entwickeln keine »städtische Kultur« mehr im scharfen Kontrast zur »Idiotie des Landlebens«. Die oft auf ein Mindestmaß zurückgeschraubte öffentliche Infrastruktur kommt der Entwicklung nicht nach; UN-Fachleute beschreiben das als »Involution«. Allein die Wortwahl macht deutlich, dass die moderne Stadt etwas Neues, noch Unbenennbares ist:

Hunderte von Menschen, die dieselbe Toilette benutzen; kaum Zugang zu sauberem Trinkwasser; die Hälfte des Lohns geht für die Transportmittel zur Arbeit drauf; unkontrollierbare Viertel, die der Staat nur mit Bulldozern und Überfallkommandos betritt – dies deutet die Lebensrealität im »Staubecken« der modernen Stadt an.

Während das Staubecken *Land* der Nord-Süd-Spaltung Schauplatz vieler Hungerkatastrophen war, lässt die Stadt die proletarischen Armen kaum

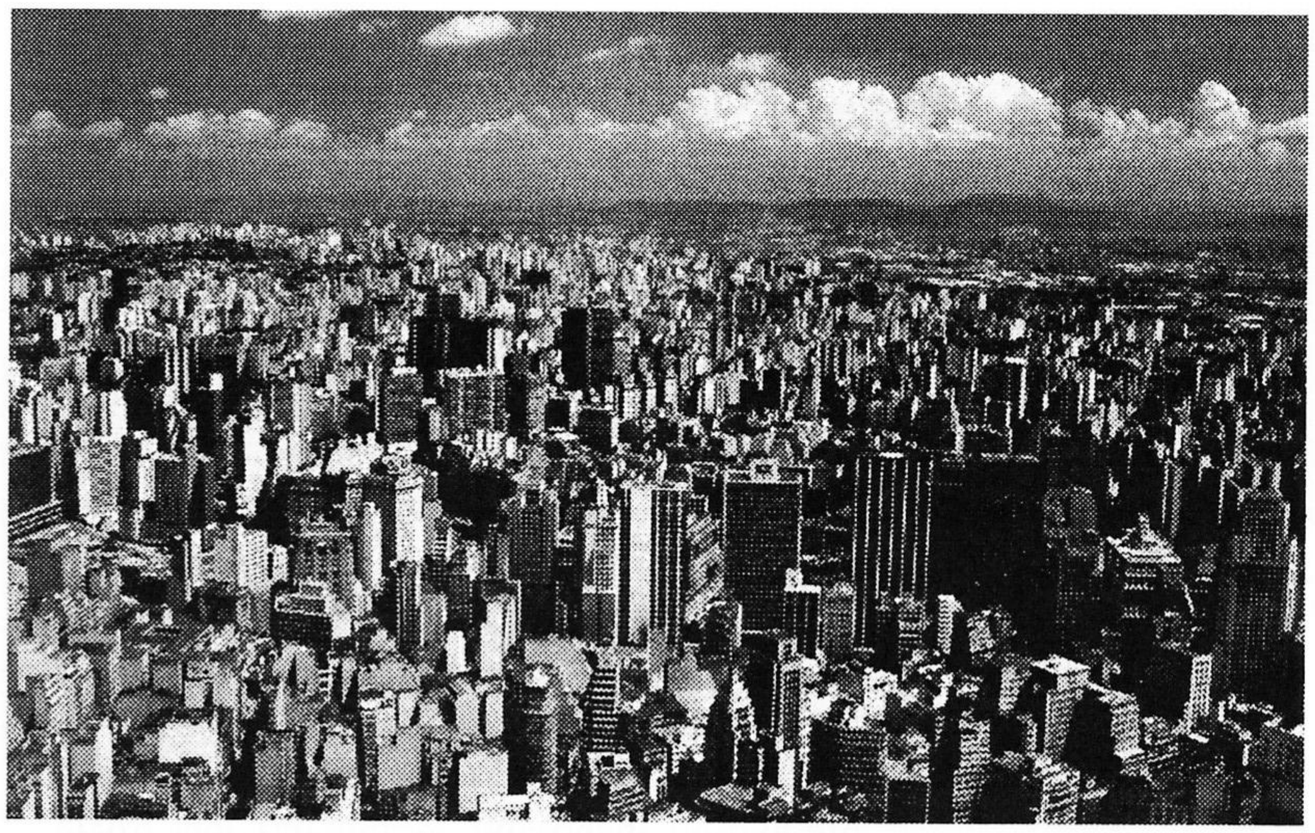
noch verhungern. Aber sie erleben den Wahnsinn dieses Systems handgreiflich, wenn eine mexikanische Hausangestellte den Rasen ihrer Arbeitgeber mit Trinkwasser gießt, während ihre Kinder im Slum kein sauberes Trinkwasser haben.

Die UN Habitat hat einen anderen Blick auf die Verhältnisse. Auch wenn Davis einen »Paradigmenwechsel« bei UN Habitat feststellt, da erstmals der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Schuldenkrise der achtziger und den SAP der neunziger Jahre mit dem rapide sinkenden Lebensstandard in den urbanen Zonen der Peripherie benannt wird, ändert das nichts an der Tatsache, dass die UN »von oben« auf die Verhältnisse guckt. Mit *Slum* meint die Studie weniger die Lebensverhältnisse, sondern eine Vergesellschaftung in urbanen Gebieten, die kaum noch zu kontrollieren, zu beherrschen und zu verwalten ist. Sie steht in der Logik, der u.a. von Walton (s.u.) festgestellten zyklischen Moden: immer wenn von den städtischen Massen Gefahr für die kapitalistische Herrschaft droht, werden Untersuchungen gemacht und Programme zur Verbesserung ihrer Lage aufgestellt.

Die UN-Mitgliedsländer haben sich in der »Millenniums-Erklärung« verpflichtet, das Leben von mindestens 100 Millionen Slum-Bewohnern bis zum Jahr 2020 zu verbessern – durch Maßnahmen bei der Wasserversorgung, der Abwasser- und Abfallbeseitigung, durch Verminderung von Umweltgefahren, Einrichtung von Gesundheitsstationen und Schulen, Schutz vor Umsiedlungen und »Slum-Upgrading«. Das ist zynisch angesichts der heutigen Zahl von einer Milliarde von Slumbewohnern (die bis 2030 nach UN-Berechnungen auf zwei Milliarden ansteigen wird), aber eigentlich eher ein Eingeständnis der Unfähigkeit. Beispielsweise sind schon heute die meisten urbanen Flächen kartografisch gar nicht erfasst (und würde der Versuch unternommen, hätte der fertige Plan nicht mehr viel mit der Realität zu tun).

Der informelle Sektor

Die Internationale Arbeitsorganisation ILO definiert alle Aktivitäten ohne staatliche Registrierung, die somit in Bezug auf Arbeitsrecht, Sicherheits- oder Gesundheitsstandards formal ungeregelt sind,



als informell. Sie zeichnen sich meist aus durch niedrige Qualifikation und Produktivität, geringen Maschinen- und Kapitaleinsatz und kleine Unternehmensgrößen.

Die städtischen Armen, die deklassierten Städter und die zugezogenen LandarbeiterInnen sichern sich ihr Überleben im informellen Sektor, der häufig aus dem Einfallsreichtum der Frauen entspringt. Mangels Fabriken und genügend Jobs in der städtischen Infrastruktur und Verwaltung, machen sie bereits die Mehrheit in den Ländern der Peripherie aus und ihre Zahl nimmt schneller zu als die anderer Beschäftigtengruppen.

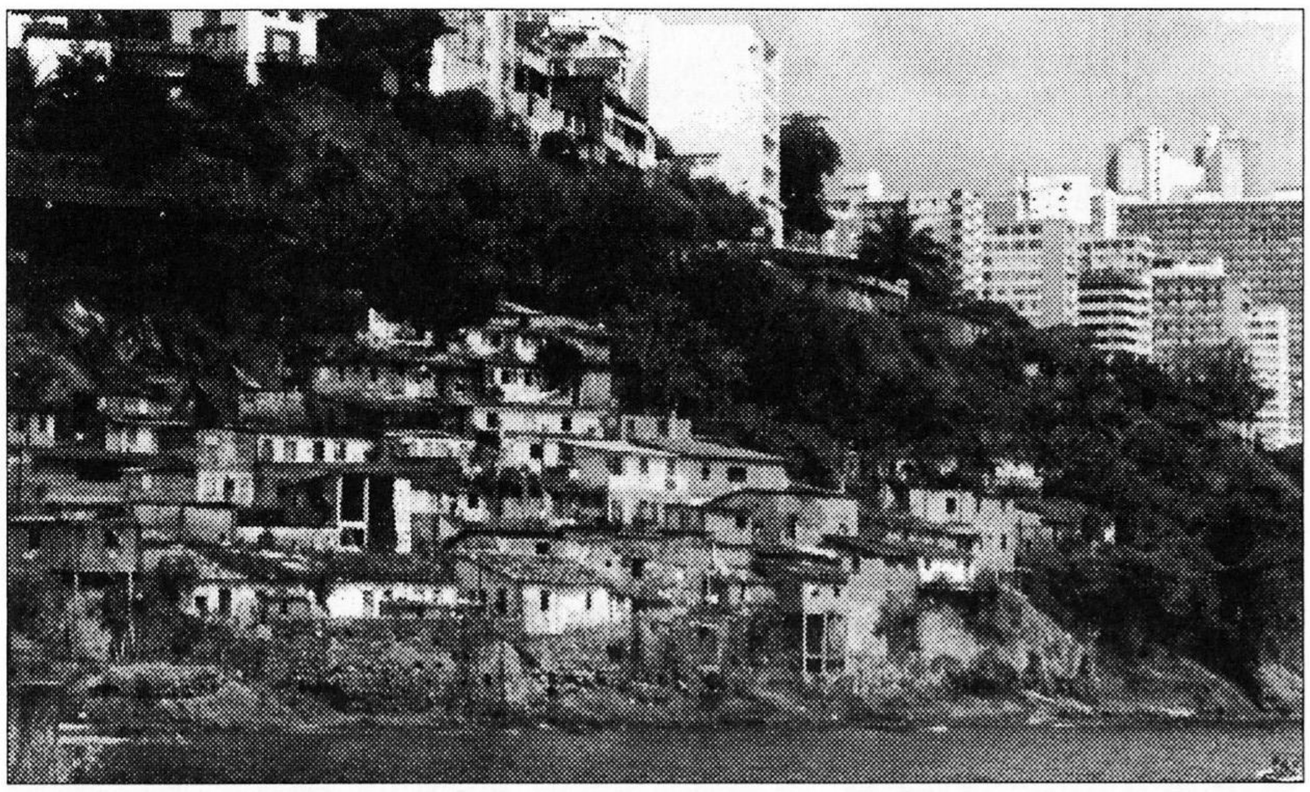
Davis widerspricht der neoliberalen Propaganda, die den »informellen Sektor« als modernes Unternehmertum einer zukünftigen Dienstleistungsgesellschaft feiert. Auch wenn er in einzelnen Fällen an die Weltmarktproduktion angebunden ist, warnen verschiedene Untersuchungen vor der Annahme, er könne den formellen Sektor ersetzen. Sowohl die Einkünfte als auch die Produktivität seien zu gering, um eine Gesellschaft zu reproduzieren und das Funktionieren einer Stadt zu sichern. Außerdem bleibt die Nachfrage abhängig von den Einkommen des formellen Sektors.

Davis nennt das Anwachsen des informellen Sektors »Reproduktion der absoluten Armut«. Das informelle Proletariat könne nicht mehr als industrielle Reservearmee oder Lumpenproletariat im Sinne des 19. Jahrhunderts verstanden werden. Letztlich stehe es außerhalb des Weltsystems, da es weder als produktive ArbeiterIn, noch als KonsumentIn auftrete.

Aber stellt sich die Frage nach einem *innerhalb* oder *außerhalb* des kapitalistischen Weltsystems überhaupt noch? Die Multis haben ihre Tentakel tief in die weltweite gesellschaftliche Kooperation ausgestreckt, Autoproduktion läßt sich z.B. bis in kleinste Klitschen in Indonesien verfolgen. Gleichzeitig ist der in Städten lebende Teil der Weltbevölkerung von der Möglichkeit der Subsistenz-

Informeller Sektor:

50 Prozent der städtischen ArbeiterInnen in den Entwicklungsländern sind im informellen Sektor beschäftigt. Die ILO gibt beispielsweise für Kenia einen Wert von 44, für Pakistan von 69, für Kolumbien von 62 und für Paraguay gar von 69 Prozent an (ILO, 1996). 57 Prozent der ArbeiterInnen Lateinamerikas arbeiten im informellen Sektor; auch hier ist das Wachstum überproportional: vier Fünftel der »neuen« Jobs entstehen im informellen Sektor (laut Inter-American-Development Bank).



produktion abgetrennt, verhungert aber trotzdem nicht.

Spannend ist Davis da, wo er die Umrisse dieser neuen Klasse zu zeichnen versucht, die sich *im* weltweiten Klassenverhältnis herausschält. Die ProletarierInnen des informellen Sektors sind ein Teil davon. Wie können sie sich unter diesen Bedingungen organisieren und wie lernen sie zu kämpfen? Mündet diese Klassenzusammensetzung – die ähnlich wie die moderne Stadt, eine neue, unbenennbare ist – in eine weltweite Kampfbewegung?

Der heilige Geist

Millenaristisch/ Millenarismus (Chiliasmus)

die Lehre von einer tausendjährigen Herrschaft Christi auf Erden am Ende der geschichtlichen Zeit (Offenbarung 20,1-109; im Mittelalter am deutlichsten formuliert von Joachim von Fiore. Nach dem Zeitalter des Vaters (Altes Testament) und des Sohnes (Neues Testament) sollte das tausendjährige Zeitalter des Geistes beginnen; heute verbreitet bei verschiedenen Sekten (Adventisten, Wiedertäufer, Mormonen, Zeugen Jehovas).
nach dem Glossar in M.Davies, Die Geburt der Dritten Welt

Nach Davis ist Gott in den kapitalistischen Städten während der industriellen Revolution gestorben, um jetzt in den post-industriellen Städten der Entwicklungsländer wieder aufzuerstehen. Davis stellt einen engen Zusammenhang zwischen dem wachsenden informellen Sektor und religiösen Massenbewegungen fest. Die Pfingstlerbewegung sei die »weltweit größte selbstorganisierte Bewegung städtischer Armer«. Ähnlich wie populistische islamische Bewegungen sind sie in den Slums vertreten. Ihre Sprecher sind häufig selbst dort aufgewachsen. Davis problematisiert in diesem Zusammenhang, inwieweit die soziale Lage sie von der Kampfpraxis der ArbeiterInnen des formellen Sektors trennt, er verweist auf erfolgreichen Populismus, ethnische Mobilisierungen und politischen Klientismus. Er stellt die Frage, ob die städtischen Armen bloßer Spielball politischer Mobilisierungen sind, oder ein Vulkan vor der Explosion – möchte sie aber nicht beantworten.

Es überrascht, dass Davis in keiner Weise auf E. P. Thompson eingeht, der in seinem *The Making of the English Working Class* doch gerade auf die Bedeutung von millenaristischen Sekten beim Entstehen der Arbeiterklasse hingewiesen hat. Es ist zwar richtig, auf die Begrenzungen in den Kämpfen hinzuweisen, doch gibt es auch in den von ihm zitierten Texten genauere Analysen, die eine neue Dimension herausarbeiten. So spricht beispielsweise John Walton von einer »neuen sozialen Bewegung für Demokratie unabhängig vom Staat«, in denen sich die »größte Demokratisierung der Weltgeschichte« ausdrücke (*Urban conflict and social movements in poor countries – 1997*). Und der Ort all dieser Bewegungen liege fast immer in »urbanen Gebieten«. Das Insistieren von Davis auf den SAPs ist nach Walton in dem Sinne richtig, dass sie zu Widerstand geführt haben, der seither nicht mehr abgerissen ist. Die SAPs haben zum Zusammenbruch der »moral economy« der Unterschichten geführt, deren Stillhalten zuvor die Stabilität der Entwicklungsstaaten gerantiert hatte. Es lasse sich auch statistisch zeigen, wie es in der Folge der SAPs zu einer noch nie dagewesenen internationalen Welle von »städtischen Protesten« kam. Im Lauf einer Generation von in die Städte Gewanderten hatte sich eine »moralische Ökonomie« auf der Basis entwickelt, dass harte Arbeit und politisches Stillhalten zu Bürgerschaft in der Stadt und einem Arbeitsplatz führen. Mit dem Zusammenbruch dieser »moralischen Ökonomie« im Gefolge der Schuldenkrise und der Kürzungsprogramme sieht Walton die größte Gefahr für den Kapitalismus.

Seine mehr als 20jährigen Forschungen bringen Walton zu dem Schluss, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen Über-Urbanisierung und Revolte gibt. Wobei er »Über-Urbanisierung« definiert als Differenz zwischen der Urbanisierung eines Landes und seiner wirtschaftlichen Entwicklung, eine andere Formulierung für denselben Tatbestand: die Migrationsströme der ProletarierInnen in die Metropolen überwiegen die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals.

Fazit

Mike Davis blickt auf die *ganze Welt,* über die weltweite Urbanisierung kommt er auf die Subjekte dieser Entwicklung zu sprechen und stellt wichtige Fragen: Wie lebt die Mehrheit der Menschen, wie arbeiten die städtischen Armen, welchen Platz haben sie im kapitalistischen Weltsystem und was heißt das für ihre, für *unsere* Kämpfe? ■

Amerikanische Kriege oder Durchhalten bis zur Niederlage

Im Mai 2004 ist Jonathan Neale's Buch »Der amerikanische Krieg: Vietnam 1960-1975« in deutschsprachiger Übersetzung erschienen: gut ein Jahr nach dem angeblichen Ende des Krieges im Irak, der mit seiner Ausweitung und gleichzeitig zunehmenden Perspektivlosigkeit für die USA immer mehr Vergleiche mit dem Vietnamkrieg provoziert.

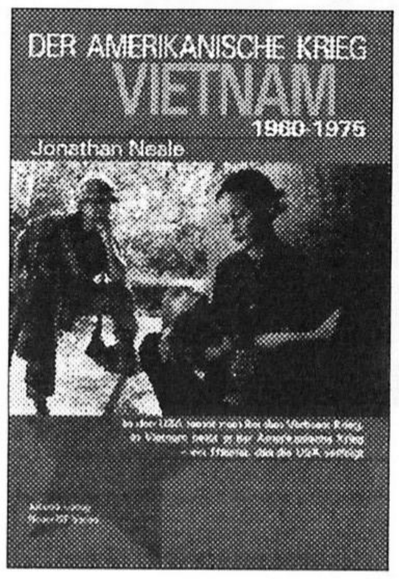
Neale, Historiker und linker Aktivist aus den USA, stellt die Geschichte des Vietnamkriegs in historischem und sozialem Zusammenhang dar. In sieben Kapiteln werden verschiedene geschichtliche Abschnitte, Apekte und Perspektiven beleuchtet: die Geschichte Vietnams seit dem französischen Kolonialismus bis zur Entkolonialisierung, das Eingreifen durch die USA Anfang der 60er Jahre, die Kriegführung selbst, die Antikriegsbewegung in den USA, der Kampf der südvietnamesischen Guerilla, die Revolte der GIs, Vietnam und Kambodscha nach dem Krieg, die USA nach dem Krieg.

Der Autor will deutlich machen, wie die »internationalen Beziehungen« und der Klassenkampf in den USA und Vietnam zusammenhingen. Die USA seien nicht in den Krieg eingetreten, um den Kommunismus in Vietnam zu besiegen. Es sei um den Klassenkampf in den USA selber gegangen, der sich nach 1945 in Lohnerhöhungen, starken Gewerkschaften und vielen Streiks ausdrückte: Der Krieg gegen den Kommunismus in Vietnam, der Antikommunismus in den USA habe auf die Radikalen in den Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen gezielt. Leider habe die Antikriegsbewegung zu diesen Klassenkämpfen kaum Verbindungen gesucht, da die meist studentischen AktivistInnen fälschlicherweise meinten, die ArbeiterInnen seien für den Krieg.

Die Kriegführung der USA habe in einer Zermürbungsstrategie bestanden, im Versuch, solange »Vietnamesen umzubringen, bis sie aufgaben«: durch Flächenbombardements und durch Massaker, die von amerikanischen Arbeitern an vietnamesischen BäuerInnen verübt wurden. »Nicht die Kinder der Reichen und Mächtigen wurden nach Vietnam geschickt. Für diejenigen die dort hingingen, war ihre Anwesenheit dort ein untrennbarer Bestandteil ihrer eigenen Unterdrückung zu Hause, vielleicht der schlimmste Teil davon. Und auch das Töten und die Grausamkeiten, die sie selbst verübten, waren Teil ihrer Unterdrückung. Dass sie dies erkennen konnten, machte alles nur noch schlimmer für sie, weshalb sie manchmal noch grausamer vorgingen. Sie erfuhren, dass die Menschen, gegen die sie in Vietnam kämpften, zu derselben Kategorie gehörten wie sie selbst in Amerika«.

Ihr merkt schon: Das Buch ist stellenweise leider etwas holprig übersetzt. Aber es ist geradezu vorbildlich spannend und lesbar geschrieben. Beim Versuch, seine Argumentation einfach und damit verständlich zu halten, vereinfacht Neale zwar mitunter grob, aber als eine Art Gegengewicht enthält das Buch zweitens eine kommentierte Literaturliste mit etwa 150 Titeln (darunter eine Reihe von aus dem Vietnamesischen übersetzten Texten), die allein schon die Anschaffung lohnt. Neale stellt auch gar keinen Anspruch auf historische oder politische Originalität, sondern wertet im wesentlichen die vorhandene Literatur aus. Das Buch ist ausdrücklich zur praktischen Verwendung für die heutigen Bewegungen gegen Krieg und Kapitalismus geschrieben.

Neale beschreibt deshalb auch ausführlich die Revolte der GIs vom Beginn dieser Bewegung in den Kasernen und Stützpunkten bis zum sogenannten »Fragging« in Vietnam, bei dem über 1000 US-Offiziere von US-Soldaten umgebracht wurden. Neale kommt zu der Feststellung, die GIs hätten ab 1970 aufgehört zu kämpfen – und mussten abgezogen werden. Und das zu einem Zeitpunkt, an dem die Guerilla militärisch schwächer war als je zuvor. Neale zeigt, welche Bedeutung der Klassenkampf in der US-Armee hatte, weil er der US-Hegemonie Grenzen setzte und sich eine »Supermacht ohne Heer« entwickelte. Im Kapitel über die USA nach dem Krieg berichtet Neale, wie die herrschende Klasse der USA bis heute Rache an diesen amerikanischen Arbeitern nimmt – von der Zwangspsychiatrisierung der Vietnam-Veteranen in den 70er Jahren bis hin zu Hollywoodfilmen – und sie gleichzeitig für all die Grausamkeiten, die



Jonathan Neale
»Der amerikanische Krieg 1960-1975«
2001 by Jonathan Neale
2004 Vorwort Jonathan Neale
2004 Deutschsprachige Gesamtausgabe bei Atlantik Verlag/Neuer ISP Verlag

Für die **Wildcat Sondernummer zum Irakkrieg** vom Frühling 2003 hatten wir einen Text mit dem Titel »Harass the Brass« aus der Broschüre Olive-Drab Rebels von Antagonism übersetzt, in der es um den Widerstand in der US-Armee während des Vietnamkrieges geht.

Zerowork/Thekla 10, Politische Materialien zum nordamerikanischen und internationalen Klassenkampf. Der Band enthält einen Artikel zur Situation des Klassenkampfes in Vietnam Mitte/Ende der 70er Jahre.

nicht mehr geleugnet werden können, individuell verantwortlich zu machen versucht (ähnlich wie nach Abu Ghraib).

Das Buch zeigt die Umwälzungen der vietnamesischen Gesellschaft seit der Kolonialzeit: die Angriffe auf die dörfliche Ökonomie unter dem französischen Kolonialismus, die Einrichtung von Plantagen und die Freisetzung ländlicher Arbeitskraft für die entstehenden Bergwerke und den Aufbau der Städte. Vor diesem Hintergrund wird der Aufbau der kommunistischen Partei beschrieben, die ihre Basis auf dem Land hatte, und deren Kader meist Kinder von Beamten und reicheren Familien waren. Die historische Darstellung folgt eng der Frage der Abpressung des bäuerlichen Mehrprodukts – vom Kolonialismus über die Guerilla bis zum Scheitern der Zwangskollektivierung Mitte der 80er Jahre: »Der Reis im Mekongdelta war das entscheidende Mehrprodukt der vietnamesischen Ökonomie. Das Scheitern der Regierung, Kontrolle über den Reis zu gewinnen, bedeutete, dass der Staatskapitalismus, die Strategie des Auspressens von Arbeitern und Bauern, um die Staatsindustrie zu entwickeln, in Vietnam zu diesem Zeitpunkt nicht funktionieren konnte. Das Scheitern war ein Sieg der Bauern im Mekongdelta. Sie hatten die Franzosen, die Japaner und die Saigoner Regierung geschlagen. Sie hatten ihre Führer in die Schranken gewiesen«.

Breiten Raum räumt Neale der Selbstkritik an den Schwächen der Antivietnamkriegsbewegung ein: »Ich bin stolz auf das, was wir taten und erreichten, aber wir waren in vieler Hinsicht ignorant, besonders gegenüber dem Klassensystem in den USA. Unsere Leidenschaft trug dazu bei, den Krieg zu beenden, aber unsere Fehler führten dazu, dass die radikalen Bewegungen der 1960er Jahre schließlich ins Abseits gedrängt wurden«.

Im Anfang 2004 geschriebenen Vorwort für die deutsche Ausgabe vergleicht Neale den Vietnamkrieg mit dem laufenden Irakkrieg und versucht dabei den Zusammenhang von Krieg und Kapitalismus und die Perspektiven einer antikapitalistischen Bewegung herauszuarbeiten. Die Niederlage der USA in Vietnam führt er auf das Zusammenwirken »dreier Kräfte« zurück: die südvietnamesische Guerilla, die Antikriegsbewegung in den USA und die Revolte im amerikanischen Militär. Neale vergleicht die militärische Situation der USA in Vietnam mit derjenigen im Irak: Der Vietcong war zwar besser organisiert und verfügte über einen viel breiteren Rückhalt als die bewaffneten Gruppen im Irak (die er als militärisches Problem für die US-Armee benennt – seine politischen Hoffnungen setzt er dagegen auf Streiks und Massendemonstrationen), aber trotzdem sei die militärische Ausgangssituation für die USA in Vietnam besser gewesen. Die USA hatten die Unterstützung der Landbesitzer, den Rückhalt der (kleinen) Unternehmerklasse in den Städten, und es gab es eine südvietnamesische Armee, die an der Seite der USA kämpfte. Die Soldaten konnten sich in den Städten bewegen – im Irak können sie das nicht.

Die weltweite Antikriegsbewegung sei auch heute von enormer Bedeutung. Ihre Demonstrationen hätten der »Taktik der Besatzer wesentliche Beschränkungen auferlegt«: Gegen einen einheimischen bewaffneten Widerstand bestehe die einzige realistische Möglichkeit darin, mit rigoroser militärischer Stärke gegen alle potentiellen UnterstützerInnen vorzugehen. Diese Möglichkeit sei den USA aber weitgehend verbaut, nicht zuletzt wegen der Antikriegsbewegung.

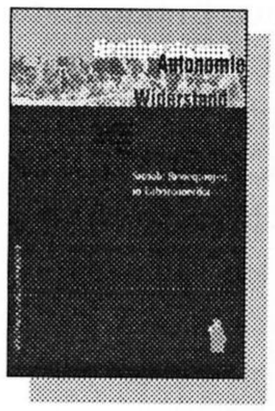
Überraschend seine These zur »dritten Kraft«: Neale sieht wie beim Vietnamkrieg die Ablehnung des Krieges durch fast alle amerikanischen Soldaten als Kern der Opposition. »Das heißt nicht, dass sie den Widerstand unterstützen oder dass sie bald schon den Einsatz verweigern werden. Es bedeutet aber, dass sie der Ansicht sind, sie sollten gehen«. Die USA haben kaum noch Möglichkeiten, mehr Soldaten in den Irak zu schicken, es gibt immer wieder Berichte über Desertationen.

Wie in Vietnam scheine es für die USA heute im Irak »keinen Ausweg zu geben, außer durchzuhalten, bis sie eine Niederlage erleiden: durch den Widerstand, durch die Opposition im eigenen Land oder duch die Weigerung amerikanischer Soldaten, zu kämpfen. (...) Aber eine Niederlage hätte für sie noch schlimmere Folgen: Das ganze Projekt der neoliberalen Globalisierung, das jedes Land, einschließlich Deutschland, verwandelt hat, ist eng verknüpft mit der Weltmacht USA. In jedem Land würden Menschen, die sich gegen Rentenkürzungen, Privatisierungen, Angriffe auf Gewerkschaften und Sozialstaat wehren, Mut schöpfen«.

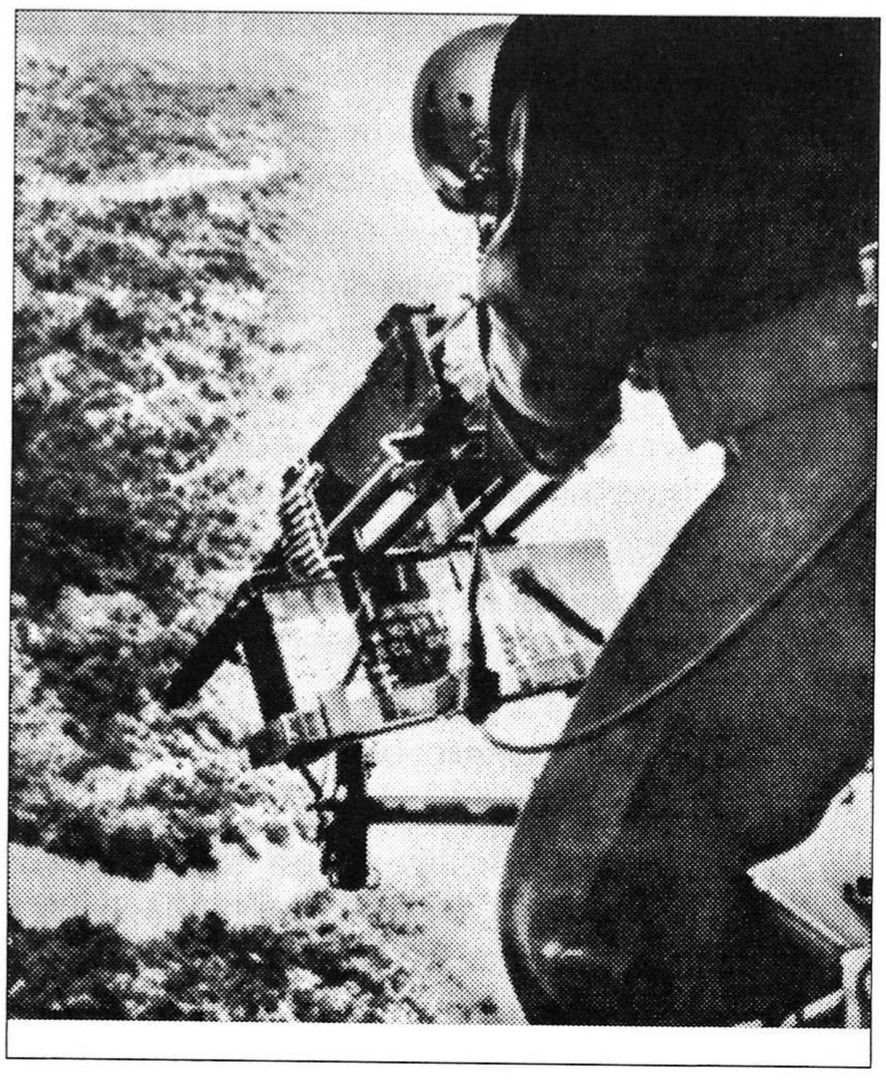
Fragt sich allerdings, inwieweit die heutige Situation sich mit 1968 vergleichen lässt. Überhaupt habe ich das Vorwort von 2004, das mir zunächst sehr gut gefiel, nach der Lektüre des gesamten Buches kritischer gesehen. Nach der genauen und lebendigen Darstellung der damaligen »drei Kräfte« kommt einem erstmal in den Sinn, dass wir von der damaligen Stärke oder Intensität oder den Auswirkungen der Bewegungen auf den Alltag, auf die alltägliche Unterdrückung und Ausbeutung momentan ein gutes Stück entfernt sind. Die Schwäche oder das Dilemma der Weltmacht USA und die gleichzeitige Schwäche der antikapitalistischen Bewegung scheinen nicht recht zusammenzupassen – aber das ist schließlich nicht dem Autor anzulasten. Schon eher sein an einigen Stellen deutlich zu Tage tretender Trotzkismus. So bleibt die Kritik an Gewerkschaften und Parteien öfters mal im Vorwurf der Korruption stecken, im Kapitel über die Situation in den USA spricht er vom Klassenkampf zwischen »Kapitalisten und Gewerkschaften«, ein paar mal zu oft wird die SWP und ihre Bedeutung für den Widerstand in der US-Armee betont...

Aber hier soll nicht in den letzten Sätzen an einem wirklich lesenswerten Buch rumkritisiert werden. Vielleicht oder hoffentlich können wir die offenen Fragen an den Orten diskutieren, die Neale vorschlägt: bei den Demonstrationen und Streiks gegen Krieg und Kapitalismus. ■

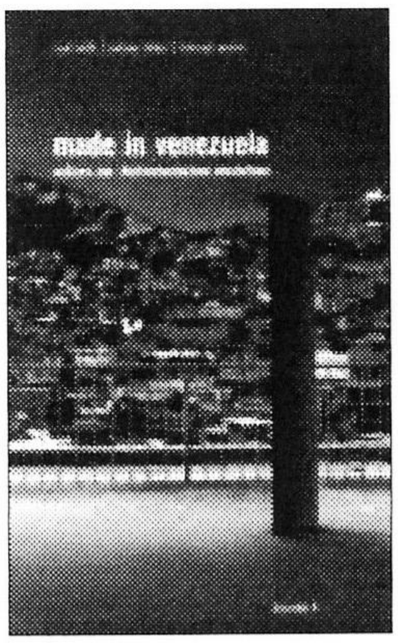
Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot- verlag.de
www.dampfboot-verlag.de



Chavéz »Cha basta!«



raul zelik, sabine bitter und helmut weber

made in venezuela (notizen zur »bolivarianischen revolution«)

Assoziation A (März 2004), 144 Seiten, 13 Euro

Ein lesenswertes Buch

Linke, die sich für nationale Befreiungsbewegungen begeistern (weil diese angeblich einen ersten notwendigen Schritt hin zur sozialen Emanzipation darstellen), und die meistens aus der Tradition des Anti-Imperialismus kommen, jubeln nun erneut im Fall des Comandante Hugo Chávez Frías und seiner so genannten »bolivarianischen« Revolution, ohne einen Blick auf die materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung und vor allem auf die autonome Organisierung der Proleten zu werfen. Demgegenüber beschreibt Raul Zelik in seinem Buch, was er in einem siebenmonatigen Aufenthalt in Venezuela im Jahr 2003 gesehen, gehört, besprochen und empfunden hat, und zwar nicht in Interviews mit hochrangigen Persönlichkeiten, sondern im Alltag der Menschen, vor allem in ärmeren Stadtvierteln. Damit liefert er eine Fülle von wertvollen Informationen, und es entsteht ein ziemlich realistisches Bild von den Menschen, vom Umfeld in dem sie leben und, wenn man den ideologischen Ballast überliest, von der reellen Reichweite des »Prozesses«. Vor allem aus diesem Grund lohnt es sich, das Buch in die Hand zu nehmen.

Allerdings wird die darin enthaltene Beschreibung teilweise überlagert durch eine krampfhafte Interpretation[1], um aus dem Beschriebenen so viel »Positives« und »Fortschrittliches« heraus zu quetschen, dass am Ende doch die gewünschte »kritische Unterstützung für die bolivarianische Revolution« heraus kommt. Dies geschieht durch drei unterschiedliche Mechanismen:

- die Situation am Arbeitsplatz und die Frage nach der Kontrolle und Organisation der Produktionsprozesse sind unterbelichtet;
- es wird kaum auf die Zeit vor der »bolivarianischen Revolution« (vor allem nach dem Sturz des letzten Diktators im Jahre 1958!) eingegangen, so dass viele aktuelle Tatsachen als etwas völlig neues erscheinen, obwohl sie schon vorher vorhanden waren[2];
- der Autor versucht, nicht »eurozentriert« zu sein und entschuldigt deshalb Äußerungen oder Haltungen, die er hier in Deutschland als Linker nicht akzeptieren würde. Dadurch wird entweder das Vorhandensein einer vorkapitalistischen Gesellschaft unterstellt (was schon allgemein zweifelhaft, aber im Falle Venezuelas schlicht Unsinn ist), oder den dortigen Menschen und Proleten wird die Fähigkeit abgesprochen, unsere »radikalen« Standpunkte anzunehmen.

Auf den in Venezuela herrschenden sozialen Hass als Hintergrund der sozialen und politischen Spannungen, auf dem die Regierung Chávez reitet, habe ich schon im Wildcat-Zirkular Nr. 65 (Februar 2003) hingewiesen. In der folgenden Besprechung werde ich das empirische Material des Buchs neu interpretieren.

Was ist revolutionär an der bolivarianischen Revolution?

Ideologisch ist die »bolivarianische Revolution« die Fortsetzung der nationalen Befreiungsbewegungen (Antiimperialismus, Nationalismus, Kadermentalität, usw.), versüßt mit einer Prise antiautoritärer Posen: »Linksradikale« setzen aufs Militär, nachdem sie sich angeblich »von dem Konzept bewaffneter Avantgarden verabschiedet« (!) haben, und konzentrieren sich »auf die Gründung eines neuen Staats und die Verabschiedung einer Verfassung« – so wird auf S. 26 f. ein Vizeplanungsminister zitiert, der aus einer der reichsten Familien des Landes stammt, Philosoph und Negri-Leser ist. Er schwafelt über »radikalere Formen der Macht – Räte statt Gemeindeverwaltungen, Arbeiterversammlungen statt Gewerkschaftsapparate«, aber im gesamten Buch findet man keinen einzigen Hinweis auf irgend eine Arbeiterversammlung, die abwählbare Delegierte wählt und entscheidet, was, wie, wann, womit und wofür produziert und verteilt wird. Solche Entscheidungen sind unangefochten in den Händen von Staatsbürokraten oder Privatkapitalisten.

Anlässlich einer Veranstaltung der regierungsnahen Initiative »Mittelklasse positiv« (Ausdruck des geringen Teils von Mittelschicht und Kleinunternehmern, die mit der »bolivarianischen Revolution« ihre Aufstiegschancen wittern), meint der Autor, dass sie keinen Sozialismus vorschlagen, »aber ein paar bemerkenswerte Schritte, die im heutigen Kontext einige Sprengkraft besitzen [...]:

[1] Die Autoren behaupten von vorneherein, Venezuela sei »von einem breiten Selbstorganisierungsprozess von unten erfasst« (S. 12) und wollen sich »mit diesem Aneignungsprozess von unten« beschäftigen (S. 12). Kaum erwähnt wird die Zuspitzung der Auseinandersetzungen »für oder gegen Chávez«, in der andere Initiativen, die sich auf diese »Alternative« nicht einlassen wollen, immer weniger Raum haben. Trotzdem gibt es solche Initiativen, siehe z.B. die spanischsprachigen websites

www.samizdata.host.sk/LIB.html

www.nodo50.org/ellibertario/coberturaalternativa/htm

Zurückdrängung des Marktes, Verteidigung allgemein zugänglicher Güter, internationale Solidarbeziehungen, eine ökonomische Alternative« (S. 38). Das verstärkt sein Gefühl, »dass hier etwas in Bewegung geraten ist. [...] Jenseits der gängigen Kategorien von politischer Reform oder Revolution« (S.39). Hier werden sämtliche Plattitüden und Illusionen von alten Anti-Imps und neuen Anti-Globs, grundlegende soziale Veränderungen erreichen zu können, ohne die Fundamente der heutigen Gesellschaft übers Bord zu werfen, in neuer Aufmachung wieder aufgetischt.

Der überall bedrückende Nationalismus stört zwar den Europäer Zelik, aber er hat Verständnis dafür denn: »Die permanente nationalistische Selbstvergewisserung [...] entspricht hier durchaus einem Begehren nach sozialer Befreiung. [...] eine soziale Auseinandersetzung [kann sich] tatsächlich mit einem Kampf um nationale Souveränität decken« (S. 99). Darf man daran erinnern, dass die Durchsetzung der nationalen Souveränität in der ganzen Geschichte der modernen bürgerlichen Gesellschaft eher mit der Konsolidierung und dem Ausbau von Lohnarbeit und Ausbeutung einher geht? Der Kampf um die soziale Befreiung ist undenkbar, wenn nicht jeglichem Nationalismus abgeschworen wird. Der Appell an die nationale Solidarität ist das ideologische Gift, das jede ernsthafte Klassenkonfrontation in den Sumpf der Akzeptanz der sozialen Verhältnisse zieht. Der Verweis auf die imperialistischen Länder, die der eigenen Souveränität (d. h. der der einheimischen herrschenden Klasse) im Wege stehen, versperrt den Blick für die Kämpfe zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten in den »nicht souveränen« Ländern, und damit auch für die Perspektive einer wirklichen sozialen Emanzipation. Gerade der »Bolivarianismus« ist ein Ausdruck dafür, dass Venezuela sich nicht nur nicht auf dem Weg zur sozialen Revolution befindet, sondern noch nicht einmal den ersten Schritt in dieser Richtung gegangen ist. So etwas ahnt Zelik auch, als er sich mit einem Peruaner über den General Velasco, der von 1968 bis 75 in Peru an der Regierung war, unterhält. »Der Mann war Chávez nicht unähnlich, sein Programm in vieler Hinsicht radikaler« (S. 105). Nun stellt sein Gesprächspartner fest: »Außerdem hat der Velasquismus das peruanische Bürgertum hervorgebracht« (S. 105). Super! Dennoch stellt Zelik die Anarchos und Velasco als »weltweite Linke« in eine Linie (S. 106). Er kann nicht mehr unterscheiden zwischen Sozialrevolutionären und Förderern von Kapitalverhältnissen.

Unser Autor ist zu recht stark beeindruckt durch das »Velorio de Cruz«, ein katholisches Fest, das als Volksfeier mit Trommeln und Tanzen zelebriert wird. Daraus wird plötzlich aber eine positive Bewertung der Religion, denn »sie hat immer auch ein subversives Potential« (S. 91). Ob sie es »immer« hat, ist schon fraglich, und wenn, dann geht es doch darum, diesem Potential seine himmlischen Gewänder zu entreißen, die »Paradies«-Vorstellungen durch das Handeln der Menschen in die Tat umzusetzen, und nicht in der Anbetung von Gott, Maria Lionza oder Chávez zu verharren. Übrigens ist das »Velorio de Cruz« eine alte Tradition in den Gegenden mit schwarzer Bevölkerung und wurde nie als »subversiver« Akt bewertet, weder von der Bevölkerung selbst, noch von den Autoritäten.

Selbstorganisierung?

Es ist nicht zu bestreiten, dass ein großer Teil der Bevölkerung in den letzten Jahren aus einer langjährigen Passivität ausgebrochen ist (die aber auch schon früher in bestimmten Vierteln wie Catia oder »23 de Enero«, in bestimmten Regionen wie z.B. Yaracuy, oder in bestimmten Momenten, z.B. im Januar 1958 oder Februar 1989 durchbrochen wurde). Gegen die »Opposition« gibt es eine regelrechte Abscheu, und viele Leute hoffen auf materielle Verbesserungen durch die Chavez-Regierung, nur so ist die Massenmobilisierung gegen den Putsch vom April 2002 zu verstehen.

Allerdings hält sich die Autonomie der »Selbstorganisationen« und die Reichweite ihrer Ziele in bedenkenswerten Grenzen. So etwa nach dem Dekret zur Regularisierung städtischen Landbesitzes: »Überall tun sich Anwohner zusammen, um

[2] J. Petras, der bekannte linke Soziologe und Lateinamerikaspezialist lieferte gerade ein Paradebeispiel dafür, als er in seinem Artikel »The venezuelan Referendum, The Truth about Jimmy Carter« die Opposition bezichtigte, die Erdölindustrie entnationalisieren zu wollen und nicht erwähnte, wann und durch wen die Nationalisierung stattfand. Dadurch entsteht für den Leser der Eindruck, die Regierung Chávez hätte diese Nationalisierung durchgeführt. Die Ironie der Geschichte ist dabei, dass die sozialdemokratische Regierung von Carlos Andrés Pérez die Erdölindustrie verstaatlichte und dass Carlos Andrés Pérez der Erzfeind von Hugo Chávez und die sozialdemokratische Partei (AD) einer der wesentlichen Eckpfeiler (wenn nicht der wichtigste) der Opposition ist.

Eigentumstitel zu beantragen und über Veränderungen ihrer Viertel zu diskutieren« (S. 43). Die Trennung zwischen denen, die Eigentumstitel beantragen, und denen, die sie vergeben, wird beibehalten, und die Diskussionen über Veränderungen bleiben auf das eigene Viertel beschränkt, ohne dass Eigentumsverhältnisse und Verfügungsgewalt über den sozialen Reichtum im gesamten Land ins Blickfeld rücken. Daraus können sicherlich Verbesserungen im Alltag entstehen – das ist nicht wenig, hat aber mit einer sozialen Revolution nichts zu tun. Im Gegenteil: »Enteignungen sind nicht zugelassen«, sondern die »Barrio-Bewohner werden darin ausgebildet, ihre Grundstücke selbst zu vermessen« (S. 81). Die staatsverordnete Selbstverwaltung der eigenen Misere – wie schön! Die Anzahl besetzter leer stehender staatlicher Gebäude in Caracas (ca. 5 Millionen Einwohner), zu deren Besetzung der Präsident höchstpersönlich aufgerufen hat, erreicht die astronomische Zahl von... zwölf! (S. 54).

Zelik ist nicht verblendet und nimmt auch negative Seiten wahr: »Es gibt Bürokratie, Ineffizienz, Korruption, neue Eliten«[3], taucht sie aber gleich darauf in rosarotes Licht: »Und doch stimmt ein Aspekt optimistisch: Die Leute nehmen die Autoritäten nicht so ernst« (S. 46). So wird die Tatsache schöngeredet, daß die Leute sich mit den Autoritäten nicht auseinandersetzen und nicht den Anspruch erheben, die Geschicke der Gesellschaft in die Hand zu nehmen und eben dadurch »Bürokratie, Korruption und neuen Eliten« die Grundlage zu entziehen!

Wirkliche revolutionäre Prozesse erfordern intensive Kommunikation (also auch autonome Kommunikationsmittel) zwischen sozialen Akteuren. Es gibt zwar dreizehn Alternativsender und etliche Webseiten (u. a.www.aporrea.org), die auf der Seite des »Prozesses« stehen, aber sie werden kaum gehört oder besucht (S. 89). Die Bevölkerung hat sich nicht die Mittel geschaffen, um interne Diskussionsprozesse durchzuführen, Entscheidungen bekannt zu machen, Appelle zu verbreiten. Der Grund ist einfach: man verlässt sich weitgehend noch immer auf die Autoritäten.

Es wird von einer sogenannten Volksmacht geredet, die aus vielen Basisorganisationen besteht. Aber nebenbei wird angemerkt, dass eine neue Beziehung zum Staat entsteht: »Nur wer sich organisiert, bekommt Gelder zur Verfügung gestellt« (S. 107). Nun ist die Katze aus dem Sack. Die meisten Organisationen sind nicht aus dem Drang zum gemeinsamen Handeln gegen herrschende Verhältnisse entstanden, sondern um an staatliche Gelder zu kommen. Man kann sich bildlich vorstellen, wie dann innerhalb der »Organisation« die Machtkämpfe losgehen, sobald die Gelder ankommen. Das ist kein neues Phänomen. Es heißt Klientelismus. Man passt sich eben den jeweiligen Regierungsanforderungen an. Man kann den Leuten nicht vorwerfen, dass sie sich damit durchwursch-teln, aber man sollte darin auch keine revolutionäre Tugend sehen. Es wird berichtet, dass die Regierung Mittel an private Firmen vergibt, »die ihrerseits die Mitglieder der Kooperative als Arbeitskräfte einstellen müssen. Die neuen Eigentümer [der neu gebauten Häuser in dem Barrio] müssen ihre Häuser bezahlen, bekommen jedoch billige Kredite zugeteilt« (S. 107f). Es werden also Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt, damit Leute mit ihrem Lohn den »billigen« Kredit für den Kauf ihrer Häuser bezahlen können. Wo bleibt hier irgendeine Spur eines Ansatzes gegen Lohnarbeit, gegen die Warenwirtschaft, gegen Privateigentum an Produktionsmitteln einschließlich des Bodens?

Lebensmittel seien teilweise knapp und große Unternehmen würden »immer neue Versorgungsprobleme« organisieren (S. 109). »Staat und Communities reagieren auf die Probleme mit dem Aufbau von eigenen Vertriebsnetzen« (S. 110). Diese Vertriebsnetze verbessern sicherlich die Versorgung eines Teils der Bevölkerung (man schätzt, dass etwa 20 Prozent der Bevölkerung Zugang zu solchen Netzen haben), aber warum werden die Kaufhäuser, die Lager, die vorhandenen Vertriebsnetze und die Lebensmittel produzierenden Unternehmen nicht von den Beschäftigten in Verbindung mit der Bevölkerung übernommen, wenn der Grad der Selbstorganisation so groß sein soll? Die »Regierung der Armen« lässt trotz ihrer entfesselten Rhetorik die Verfügungsgewalt der »Reichen« unangetastet.

»Anarchismus, wie er einem üblicherweise begegnet« hält der Autor für »langweilig«, aber »Anarchismus aus dem Staat heraus« für »doch wirklich mal etwas Kreatives« (S. 117). Darum arbeitet er in einer »vergesellschafteten Fabrik«, in der Stadtdruckerei von Caracas, für ein paar Tage

[3] »Man weiß, dass in der MVR [der politischen Partei des Präsidenten] Angehörige der alten Eliten sitzen, die ihre Privilegien und Posten nicht verlieren wollen, bzw. Leute, die gern Teil der Eliten werden wollen« (S. 83). Dies gilt allerdings auch für die im Buch gepriesene PPT samt ihren Ministern und dem Chef des staatlichen Erdölunternehmens (»einem Veteranen der marxistischen Linken« (S. 49), d.h. einem Anhänger der nationalen Befreiungsbewegungen). Gegen letzteren (Alí Rodriguez) läuft eine Gruppe radikalerer Nationalisten Sturm (siehe *www.soberania.info*).

als Freiwilliger. Sie sei »weniger von der Belegschaft [ca. 200 Angestellten] vergesellschaftet als vielmehr von der Unternehmensleitung. Mit dem Regierungswechsel [...] haben ein paar Linke die Direktion übernommen und die Anlage Community-Organisationen und Barrio-Bewohnern zur Verfügung gestellt« (S. 117). Am Ende seiner Erfahrung in dem Betrieb feiert er »im Stillen den anarchistischen Charakter der ersten Revolution des 21. Jahrhunderts« (S. 119). Nur: Wie haben »ein paar Linke die Direktion übernommen«? Von wem sind sie dazu eingesetzt worden? Hat etwa die Belegschaft dies beschlossen? Kein Wort darüber. Wie wird bestimmt, für wen die Anlage (d. h. auch die Angestellten) zur Verfügung gestellt werden? Kein Wort darüber. Es gibt offensichtlich keine Vollversammlung, die bestimmt, wie und wann gearbeitet wird, oder die Höhe der Löhne der Mitarbeiter und der »linken« Unternehmensleitung festlegt. Es wird nur Tag und Nacht geschuftet für eine »richtige« Sache. Wenn dies der Prototyp der Revolutionen des 21. Jahrhunderts sein sollte und eines erneuten Anarchismus, dann gute Nacht!

Vor und nach Chávez's Regierungsübernahme

Die Experimentaluniversität Simón Rodríguez wird charakterisiert als »erster Versuch einer wirklich öffentlich zugänglichen Uni«(S. 37) – als ob die größte Uni des Landes, die staatliche Universidad Central de Venezuela, nicht seit 1958 »wirklich öffentlich zugänglich« gewesen wäre (sie war die Bastion der »Linken« und eine der zentralen Institutionen der sozialen Mobilität, und sie wurde zur Massenuni, während die Simón-Rodríguez-Uni mit dem Ziel der Elitenbildung gegründet wurde).

Die neue Landreform ist »alles andere als radikal. Brachliegendes Land in Händen des Großgrundbesitzes kann ab einer bestimmten Ausdehnung beschlagnahmt und umverteilt werden. Allerdings muß der Staat die Eigentümer zu marktüblichen Preisen entschädigen. [...] auf absehbare Zeit [wird] nur staatliches und städtisches Land verteilt werden. [...] Die Bauern sollen Kooperativen gründen und erhalten finanzielle und technische Unterstützung vom Staat« (S. 104). Sie ist nicht nur nicht radikal, sie ist auch nicht neu. Im Vergleich zur Agrarreform von 1960 läßt sich kaum ein inhaltlicher Unterschied ausmachen. Auch damals wurde fast ausschließlich staatliches Land verteilt und die kapitalistisch betriebene Landwirtschaft geschont. Auch damals hat man Kooperativen gegründet und den Bauern eine staatliche Unterstützung gegeben, die gerade zum Überleben reichte. Warum soll es ihnen diesmal besser gehen, wenn die besseren Ländereien seit Jahrzehnten kapitalistisch genutzt und nicht verteilt werden? Im Allgemeinen werden nur Ländereien von schlechterer Qualität und mit Infrastrukturdefiziten (vor allem Wassermangel) verteilt. Im übrigen handelt es sich z. T. um einen Nebenkriegsschauplatz, denn die ländliche Bevölkerung macht inzwischen höchstens 15 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Wer die Erdölindustrie kontrolliert, hat die Schlüsselposition in Venezuela. Deshalb ist es wichtig zu wissen, wie es dort aussieht und wie es um die Selbstverwaltung bestellt ist. Die Seiten 129-136 sind diesem Thema gewidmet und gehören zu den besten im Buch. Sie schildern Streikversuche von Unternehmerseite, an denen sich viele Arbeiter und Techniker passiv beteiligten, indem sie einfach zu Hause blieben. Eine Minderheit hielt allerdings eine minimale Produktion aufrecht. Inzwischen sind die Kader der Opposition in den Erdölbetrieben entlassen, aber die Beschäftigten können heute genau so wenig bestimmen wie eh und je. Es wird darin erinnert, wie die Verstaatlichung durch den heute zu Recht verhassten Carlos Andrés Pérez 1976 ein populistisch-nationales Programm ermöglichte, das Parallelen zum heutigen »Prozess« aufweist. Allerdings entbehrt der Hinweis auf einen angeblichen »Druck der Linken« bei der damaligen Verstaatlichung (S. 130) jeder Grundlage.

Zum guter Letzt

Zusammenfassend wird auf den letzten beiden Seiten (S. 141f) festgestellt, dass »das Gewaltmodell Modernisierung [...] schon vor langem die letzten Orte erreicht [hat]«, dass ein Element der bolivarianischen Revolution »die Erlangung der nationalen Souveränität« ist, und es wird behauptet, dass letzteres »mit der Krise der Repräsentation« verbunden sei und dass die Leute sich »selbst als historische Subjekte entdeckt« hätten. In diesem Spagat zwischen interessanten Beobachtungen und richtigen Wahrnehmungen auf der einen Seite, und kaum belegten Wunschvorstellungen auf der anderen, bleibt das Buch bis zum Ende stecken.

MG

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!

Die »Internationale« 2. Strophe

Auf unseren Artikel »making music is killing music« in der Wildcat 69 schrieb uns ein Leser, wir hätten mit dem Begriff »Krise der Musikindustrie« eine falsche Richtung eingeschlagen. »Es gibt keine Krise der Musikindustrie, sondern eine Umstrukturierung der Kulturindustrie.«

Mit Respekt durch die Krise?

Eigentlich wollten wir genau das schreiben: Krise der alten Musikindustrie, neue Geschäftsmodelle, neue Copyright-Modelle wie »Creative Commons« und ihr Anhang (de:bug usw.). Krise ist nicht der Zusammenbruch, sondern beschreibt einen Zustand der Wandlung, der auch zu einer weiteren Phase führen kann. »Schreib doch Deine Kritik auf!« antworteten wir ihm. Und heraus kam dieses:

Marionette der Entertainmentindustrie

aus: *http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/feuilleton/367625.html?2004-08-16*

Der Musikbranchenkongress "mem" in Köln...legte die Zukunft der Popbranche in die Hände der Unterhaltungsindustrie. Und so hörte man kaum das gängige Lamento über Umsatzeinbrüche, Massenentlassungen und kriminelle Raubkopierer, sondern artfremde Redner: Topmanager der Musik-Download-Portale im Netz, Vertreter der Mobilfunk-Industrie, Strategen der Computerspiel-Branche, Macher von digitalem Musikfernsehen und Sounddesigner von Automobilunternehmen. Die wittern in der Schwäche der Musikkonzerne ihre große Chance, redeten pausenlos von Musikdistribution im Crossmarketing-Stil und meinten doch immer nur die Optimierung ihrer eigenen Geschäftszahlen. Nadelgestreifte Vertreter der Download-Portale Musicload (T-Online), Connect (Sony) und iTMS (Apple) wünschten sich deutlich gesenkte Handelsabgaben und am besten gleich nur noch GEMA-freie Künstler. Manager der Computerspiele-Industrie erbaten sich eine größere Offenheit der Musikbranche ihren Produkten gegenüber, um die Lizensierung von Musik für Games-Soundtracks zu erleichtern...
Die mem hinterließ den Eindruck, dass die Tage der autonomen Plattenindustrie gezählt sind. Erst einmal wird sie wohl weiter hysterisch an Cross- und Supra-Vermarktungsstrategien basteln und dabei schleichend zum Steigbügelhalter für MP3-Player, Klingelton-Handys und Videospiele werden. Sie wird die Etablierung neuer Künstler und die Heranbildung neuer Zielgruppen den kleinen Spielern am Markt, den Indie- und Netlabels und dem digitalen Nischen-Musikfernsehen überlassen und als Marionette der Entertainmentindustrie enden.

Krise? - wessen Krise?

Wenn Coca Cola immer weniger Fanta verkauft, der Umsatz der anderen Getränkesorten aber steigt, spricht niemand von einer Fanta-Krise, sondern von einer anstehenden Bereinigung der Produktpalette. Um im Bild zu bleiben: das Verhältnis von Kulturindustrie und Musikindustrie entspricht dem von Softdrinks und Fanta.

Die Behauptung einer Musikindustrie-Krise ist als Ausgangspunkt einer Analyse nahezu untauglich. Die fünf Branchenriesen (EMI, BMG, Sony, Universal/Vivendi, AOL-Time Warner) sind keine reinen Musikunternehmen, sondern Medien-Unterhaltungs-Elektronik-Riesen, bei denen die Musik nur einen geringen Teil des Umsatzes ausmacht. Die Ausnahme ist die EMI, ein »reines« Musikunternehmen, das die Zersetzung des Musikmarktes noch am besten wegsteckt. Hier sind die Beatles, Joe Cocker, BAP, Pink Floyd usw. unter Vertrag – konservatives Zeug für eine KäuferInnenschicht, die nicht zur Download-Generation gehört.

Im Prinzip war mit der CD die spätere Deregulierung der Branche beschlossen. Die Durchsetzung der CD vor 15, 20 Jahren half zum einen über eine beginnende Absatzkrise hinweg (die Plattenfirmen konnten für wenig Geld ihre Backlists wiederauflegen und neuen Käuferschichten zuführen; die Herstellungskosten einer CD sind so niedrig, dass man mit 10 000 verkauften CDs den gleichen Gewinn macht wie früher mit 20 000 LPs). Andererseits bedeutete sie eine Degradierung bzw. Profanisierung des Musikhörens: Die CD ist kein vorsichtig zu behandelndes Fetischobjekt wie eine LP (die LP strahlt ja etwas manufakturelles, handwerkliches aus; man schaut ihr beim Klangproduzieren zu!). Sie ist robuster, liebloser gestaltet und verschwindet beim Musikhören! Ob die Musik via Schallplattenspieler oder via CD-Player reproduziert wird, ist ein großer Unterschied. Ob sie vom CD-Player oder dem Rechner kommt, ist noch nicht einmal ein kleiner. Digitalisierung ist Digitalisierung.

Die Deregulierung des Musikmarktes ist für diejenigen dramatisch, die ausschließlich für diesen Markt Produkte herstellen. Für die Kulturindustrie, die innerhalb ihrer Zweige (Film, Musik, Literatur, Medien, Unterhaltungs-, Freizeit- und Alltagselektronik etc.) an (Absatz-)Grenzen stößt, ist sie eine große Chance. Denn mit dem Verschwinden des Musikmarktes verschwindet auch ein – tendenziell starrsinniger und altmodischer – Konsumententyp. Die Möglichkeiten des Crossmarketings scheinen sich ins Unendliche zu potenzieren. Die totale Vermarktung von Dieter Bohlen ist eines der besten Beispiele dafür, ein Gesamtzusammenhang aus Buchveröffentlichungen, Werbung für Milchprodukte, Dauerpräsenz in der Boulevardpresse, Fernsehsendungen… und Musik – aber nicht als Hörerlebnis, sondern als kittender Bestandteil.

Anstatt also von der Krise der Musikindustrie zu sprechen, wäre eine Analyse der Umstrukturierung und Neuformierung der Kulturindustrie und die Frage nach der Zusammensetzung der Kulturindustrie-ArbeiterInnen sinnvoll. Denn die Unterabteilung »Musikindustrie« war (ist immer noch) ein Verlagswesen und dementsprechend durch ein kompliziertes System von Tantiemen und Urheberrechten strukturiert. Die Angestellten der Branche (von den Musikern und DJs über die Promomenschen, die A&R-Manager, die Studiobesitzer, die Branchenanwälte, die Journaille etc.) waren alle an einen klassischen Verteilungsmodus angeschlossen, der auf Stabilität, lange Dauer und Nachhaltigkeit ausgerichtet war. Wird in der Folge der Zersetzung des Marktes dieses Verlagssystem gegenstandslos, werden die dort tätigen Lohnabhängigen prekärer – das waren sie teilweise auch schon zuvor, aber wer einen Job verloren hatte, hat halt einen anderen gemacht, die Fluktuation zwischen den Medienjobs war immer schon hoch, aber lohnend.

Der Stand der empirischen Durcharbeitung der Medien- und Unterhaltungsberufe ist dürftig. Deshalb soll diese kleine Intervention als Aufforderung verstanden werden, es mit einer Untersuchung zur Klassenzusammensetzung zu versuchen. (Was ein kollektiver Prozess ist. Da bräuchte man vier bis sechs Leute, die so was angehen und über mehrere Jahre verfolgen. Die Kolinko-Untersuchung wäre durchaus ein Vorbild!)

Heiner Ofenschlot

»Coltrane ist tot. Aber die Musik, die wir machen, ist lebendig.« (William Parker)

Es gibt ein großes Interesse an Rhythm and Blues, HipHop ist die meist gehörte Musik bei (weißen) Jugendlichen, eine bestimmte Form von Jazz (Norah Jones) ist absolut in. Zwei Veröffentlichungen widmen sich dem Thema: »Black Music« (testcard #13) und Jazz als der afroamerikanischen Musik überhaupt. Im folgenden setzen wir uns mit den beiden auseinander.

FireMusic

»Die 'Fire Music' der 60er und frühen 70er Jahre hat tiefe Spuren hinterlassen. Bei denen, die überlebten, hat sich der Kampf gegen den Mainstream tief in den Gesichtern eingegerbt.«(Vorwort, Seite 3-4)

»Aber die meisten Probleme, mit denen Musiker konfrontiert sind, haben nichts mit Rasse zu tun, sondern mit Geld- und Besitzverhältnissen» (Ornette Coleman, Seite 68)

In seinem Interviewband »Respekt« lässt Christian Broecking Musiker des Freejazz-Aufbruchs der 60er und 70er Jahre und einige ihrer zeitgenössischen Interpreten zu Wort kommen. Grundlage des Buchs bilden elf zwischen 1994 und 2004 geführte und zum Teil bereits veröffentlichte Interviews u.a. mit Sonny Rollins, Wayne Shorter, Ornette Coleman, Archie Shepp und Steve Coleman. Leider ist bei den Interviews nicht angegeben, wann genau sie geführt wurden. Es geht um die Erneuerer im Jazz, die sich gegen eine restriktive Festlegung und Einbalsamierung ihrer Musik wehren und in deren Augen die späten 60er und frühen 70er – die der konservative Mainstream auslöschen will – tatsächlich stattgefunden haben. Parallel zum Buch ist bei *Impulse* eine vom Autor zusammengestellte gleichnamige CD mit Stücken der interviewten Musiker erschienen.

Die Interviews liefern zahlreiche Informationen über die sozialen und politischen Hintergründe des afroamerikanischen (Free)Jazz, und sie beziehen Stellung in der aktuellen Debatte. Es geht um Segregation/Integration, um kollektive Organisationsformen in der Musik, um Identität und Community, um Selbstbehauptung und Anerkennung in einer von Weißen dominierten Kulturindustrie, um die Veränderungskraft von Musik an sich: *»Als ich mit 15 ein Louis-Armstrong-Konzert hörte, änderte mich das komplett. Mein Körper und mein Verstand atmeten auf einmal anders, ich habe nie wieder einen Künstler erlebt, der es schaffte, das Gefühl zu transportieren, dass alle Menschen Brüder sind. [...] Wo immer Musiker improvisieren, möchte ich sein.«* (Roswell Rudd, Seite 96-97)

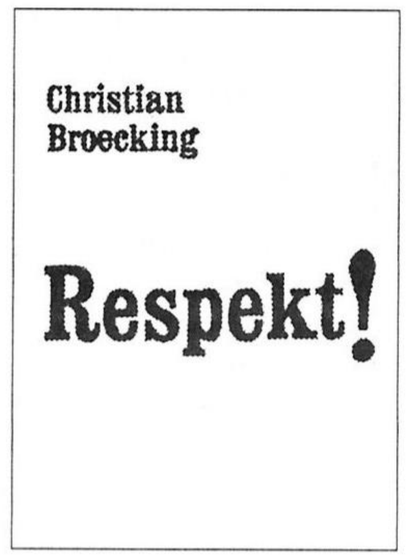
Der Band stellt in seiner Vielfalt an Meinungen und seiner Komplexität eine interessante Bestandsaufnahme zur Geschichte und Aktualität des afroamerikanischen FreeJazz dar. Leider fehlt ein roter Faden oder ein Resumée des Autors. Geht es um ein wichtiges Kapitel der Jazzgeschichte, um die Situation von afroamerikanischen MusikerInnen in den 60er und 70er Jahren und/oder heute, um musikalische Ideen, deren politische und soziale Hintergründe und Umsetzung oder um eine irgendwie geartete Teilhabe an der amerikanischen Kulturindustrie? Um eine bestimmte Rangehensweise an Musik, um Geschäftsmodelle, oder um Respekt und Anerkennung?

Die Marsalis-Mafia

»Die Armee der Jazz-Mafia ist nicht nur auf einem Auge blind, [sie haben auch] eine blinde Gefolgschaft. Das merkt man vor allem dann, wenn man ihre Prediger hört, wie sie ihre limitierte Jazzdefinition mit politischer Rhetorik garnieren, um zu kaschieren, dass ihre Söldner nicht in der Lage sind, die ökonomische Ungleichheit zu überwinden.« (Wayne Shorter, Seiten 31-34)

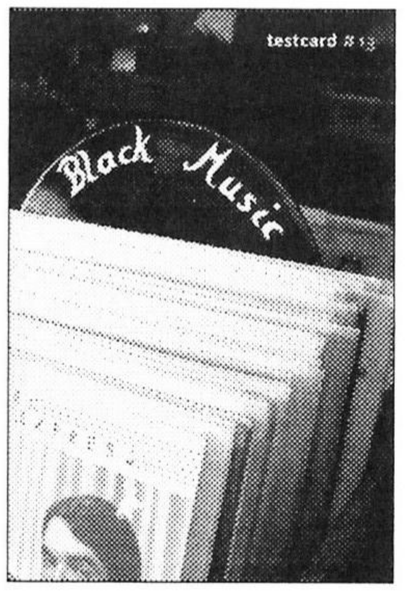
»Von amerikanischer Kultur zu sprechen, ist die Position der schwarzen Mittelschicht. Sie hätten gern ein Stück vom amerikanischen Traum, vom amerikanischen Kuchen. Oder sie haben schon ein Stück und wollen das gern behalten.« (Steve Coleman, Seite 114)

In den 90er Jahren entbrannte der sog. New Yorker Jazz-Krieg zwischen progressiven und neokonservativen Jazzmusikern und –kritikern. Der Trompeter Wynton Marsalis und seine Gefolgschaft wandten sich gegen den FreeJazz der späten 60er und frühen 70er Jahre und dessen Protagonisten und hielten einen »reinen» traditionellen Jazz hoch, mit dem Ziel, diese Musik als amerikanische Standardmusik bzw. afroamerikanische Klassik zu etablieren. Schön veranschaulicht James Carter, wie diese »Entmischer« dabei vorgehen: Marsalis habe ihm bei der Arbeit an einer neuen Platte vorgeworfen, dass in seinem Saxophonspiel Rock-



Christian Broecking
Respekt!

Verbrecher Verlag, Berlin
2004, 144 Seiten, 13 Euro



testcard #13: Black Music
Aus dem Inhalt: Black Soul Feminism, Free Jazz und Befreiungsbewegung, Northern Soul, Voodoo, Reggae und Dancehall in Afrika, The Bad Brains, Prince, HipHop in Südafrika, Chicago House, Antisemitismus im HipHop, Nation of Islam, Anticon-Label, Destiny's Child u.v.m.

296 Seiten,
ISBN 3-931555-12-7,
14,50 Euro

einflüsse herauszuhören wären – eine »Kritik«, die James Carter natürlich völlig kalt lässt.

Zur (auch öffentlichen) Diffamierung der afroamerikanischen Avantgarde als »Entgleisung» kam verstärkend hinzu, dass Marsalis als Leiter der Jazzabteilung des New Yorker *Lincoln Centers* neben Einfluss auch über gewaltige finanzielle Mittel verfügte: seine dortigen Konzertreihen gehören mit Subventionen in Millionenhöhe zu den meist gesponsorten in den USA. Unter seiner Leitung wird Ende 2004 in New York die erste Konzerthalle für Jazz eröffnet werden. Mit ihm und seinem Institut ist der Jazz endgültig zu einer etablierten Kunstform geworden und im Mainstram der amerikanischen Kulturindustrie angekommen.

Ich bin der Jazz! Ich mach Blues ... oder Rap?

»Der Jazz ist die Musik einer weißen Mittelschicht geworden, und für die spielt Wynton Marsalis zauberhaft. Die Musik entfernt sich in diesem Prozess zunehmend von ihren Wurzeln. Der Jazz ist tot! Ich würde sagen, dass der Rapper den Jazzmusiker ersetzt hat. [...] Jazz hat jedenfalls keinerlei Einfluss mehr auf

das Leben der afroamerikanischen Kids.« (Archie Shepp, Seite 80-81)

Archie Shepp – von dem der Begriff »Fire Music« stammt – galt in den späten 60er Jahren als einer der radikalen Vertreter des »New Thing in Jazz«. Bereits in den 70er Jahren begann er sich dem Blues zuzuwenden und und heute hält er Jazz *»wie Kleenex, Marlboro oder Coca Cola«* für *»eine kommerzielle Idee«*. Sein Bezugs- und Rückzugspunkt sind neben dem Blues Gospel und die afroamerikanische Musiktradition. Blues ist für ihn die einzige afroamerikanische Kulturleistung, die sich angeblich völlig unbeeinflusst von europäischen Bezügen entwickelt habe. Seine zentralen Begriffe sind Identität und Authentizität und das späte Bedürfnis, auch von seinen Großeltern musikalisch verstanden zu werden (und nebenbei auch seine Platten in der schwarzen Community zu verkaufen). Von da ist der Weg nicht mehr weit zu fundamentalchristlichen Positionen, wie sie heute auch unter afroamerikanischen MusikerInnen weit verbreitet sind, Prince´ relgiöse Läuterung ist da nur das aktuellste Beispiel. Zudem ist er mit dieser Haltung an zwei weiteren inner-afroamerikanischen Linien in die Defensive geraten: Er kann weder mit der technisch-brillianten Konservierung des Jazz eines Marsalis mithalten noch mit den Verkaufszahlen und dem Einfluss auf afroamerikanische Kids eines Dr.Dre konkurrieren. Nebenbei bemerkt: Auch ein Marsalis oder ein Dr.Dre verkaufen ihre Musik vorwiegend an ein nicht-afroamerikanisches Publikum. Traurig, oder wie Bill Dixon, einer der Mitinitiatoren der sog. Oktoberrevolution im Jazz 1964, es ausdrückt: *»Ich finde Archies Rat an junge Musiker, heute soviele Dollar wie möglich zu machen, den schlechtesten, den er geben konnte. Hat er uns verarscht? Oder meint er mit passé, dass er einfach nur vergaß, wie toll diese Jahre des Raufens waren, in denen wir versuchten, etwas Neues zu schaffen?«*

Tragische Legenden und praktische Initiativen

Es ist in der Tat das tragische Dilemma vieler afroamerikanischer MusikerInnen, einerseits für das authentische reale Leben ganz da unten herhalten zu müssen und andererseits zu erleben, dass andere – vornehmlich weiße – Produzenten, Plattenfirmen und Vermarkter damit einen Reibach machen, während man sich selbst gerade so eingermaßen durchschlägt. Sam Rivers: *»Man sprach nicht drüber. Ich wusste nicht, dass Jay [Oliver] so einen [Kantinen]Job hatte. Mag sein, dass man es manchmal roch. Aber keiner fragte groß nach, weil es eher etwas Peinliches hatte, wenn man zugeben musste, von der Musik nicht leben zu können.«* Und Roswell Rudd – der einzige weiße Musiker, der in diesem Band zu Wort kommt – erzählt: *»... ich habe es bis heute nicht gelernt, nur von der Musik zu leben. Dieser ständige Kampf ist zermürbend. [...] Wer das nicht schafft oder will, macht einen 8-Stunden-Job und kümmert sich dann um seine Musik.«*

Deshalb sind Strategien, die eigene Musik jenseits herrschender Verwertungs- und Vermarktungsstrategien zu behaupten, auch ganz selbstverständlich Thema in den Interviews. Von der sog. Oktoberrevolution 1964, die Jazz Composers Guild, die in diesem Umfeld entstand, über das Rivbea-Studio von Sam Rivers in den 70er Jahren bis hin zu Steve Coleman und seinem M-Base-Konzept (*http://www.m-base.org*) werden praktische Initiativen von MusikerInnen vorgestellt und diskutiert, die zum erklärten Ziel haben, sich eigene Netzwerke zu schaffen, um Musik unabhängig produzieren und vertreiben zu können. Steve Coleman: *»Sam Rivers hat recht, wenn er sagt, dass der Kampf um ökonomische Eigenständigkeit und künstlerische Autonomie geführt wird, weil es keine Alternativen*

»... es gehört zu den tragischen Legenden des Jazzlebens, dass man arm sein und ständig ums physische Überleben kämpfen muss, um große Kunstwerke gestalten zu können: Musik bei Kerzenschein zu kritzeln, oder auf Tourstopp in einem schäbigen Hotelzimmer oder beim Soundcheck. Das alles ist falsch. Es ist nicht abenteuerlich, nicht romantisch, nicht schön.« (Wayne Shorter, Seite 36)

(Wayne Shorter spielte u.a. Ende der 50er Jahre bei Art Blakey´s Jazz Messengers, in den 60er Jahren in der von der Jazzkritik verhassten elektrischen Phase bei Miles Davis neben John McLaughlin und Joe Zawinul und war zusammen mit letzterem Mitbegründer der Jazzrock-Formation Weather Report)

dazu gibt. Musiker, die dann kommen und mir erzählen, sie gingen musikalische Kompromisse ein, weil sie damit viel mehr Leute erreichen können, verarschen sich doch nur selbst.« Steve Coleman hat auch zahlreiche Interviews mit älteren Jazzmusikern geführt, um deren Erfahrungen festzuhalten und für jüngere MusikerInnen zugänglich zu machen. Und William Parker, einer der jüngeren Musiker, die im Band zu Wort kommen, berichtet von aktuellen Initiativen in New York, improvisierende MusikerInnen zu organisieren: Vom *Sound Unity Festival* in den 80er Jahren, wo über 100 MusikerInnen auftraten und das Grundlage für die weitere Entwicklung der improvisierten Musik sein sollte, bis zu den *Vision Festivals* in den letzten Jahren, wo politische Veranstaltungen neben Musik, Poetry und Tanz Teil des Programms waren.

Was bleibt? Was kommt?

In einigen der Interviews kommt deutlich zum Ausdruck, dass ein musikalischer und gesellschaftlicher Veränderungswille und die Reflektion der zugrunde liegenden Bedingungen nicht nur eine Fußnote der Geschichte ist, sondern Teil der Rangehensweise hier und jetzt. Wayne Shorter: *»Was davon bis heute für mich blieb, ist der Spirit, etwas ganz Neues zu versuchen. Der Spirit einer musikalischen Revolution. Dieser Spirit ist das Erbe, um das es in unserer Musik geht.«*

Kritisch anzumerken bleibt, dass auch hier die Jazzgeschichte als reine Männergeschichte geschrieben wurde und Frauen im Jazz nur in Nebenrollen und als historische Bezüge (Billie Holiday) auftauchen. Undeutlich bleibt auch, in welchem Verhältnis und Bezug die Traditionslinie des Free(Jazz) zu anderen zeitgenössischen afroamerikanischen Musikformen steht. Dabei hätten gerade Steve Coleman oder bspw. die Projekte von Greg Osby dafür genug aktuelle Beispiele geliefert. Nichtsdestotrotz: Ein spannender Interviewband mit Musikern, die etwas zu ihrer musikalischen Praxis und Geschichte und deren sozialen Hintergründen zu sagen haben. In diesem Sinne: Respekt!

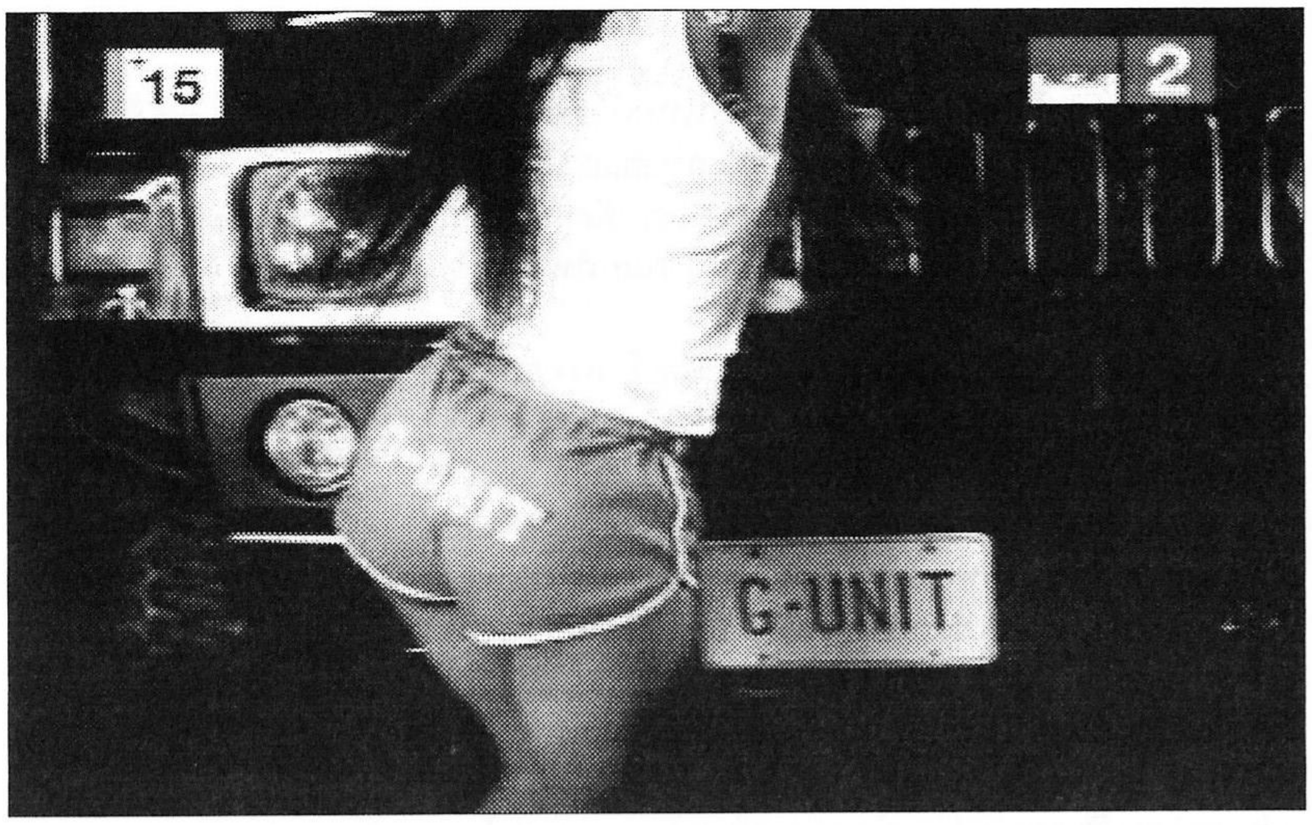
»Weder 'macho' noch 'real', nirgends sexistisch, ständig ironisch« – »In gewisser Weise unangreifbar«

Für das thematisch stark verwandte Heft 13 der *testcard* mit dem Thema *Black Music* konnte der Rezensent nur anfänglich Respekt aufbringen: 300 Seiten dick, davon 106 Seiten vollgepackt mit Platten- und Buchbesprechungen! Auf den übrigen 194 Seiten werden unglaublich viele Aspekte behandelt: Jazz-Rezeption in Nazi-Deutschland, schwarze Hairstyles, Prince, Bad Brains, Destiny's Child, HipHop, HipHop und die Nation auf Islam, Antisemitismus im HipHop, HipHop hybrid, HipHop und die Gegenwartskunst usw. Wenn man aber die einzelnen Artikel liest, ist man oft über die Maßen enttäuscht: Larifari mit hoher Fremdwörterquote.

Zum Beispiel im Artikel »Doin' the Butt« erfahren wir, dass es sexistisch und rassistisch sei, »die« schwarze Frau auf ihren (dicken) Arsch zu reduzieren, dass aber andererseits im dicken Arsch der schwarzen Frau irgendwie auch ein subversives Potenzial stecke. Allerdings wird uns das auf sechs Seiten und in 23 Fußnoten mitgeteilt! »Obwohl das Feiern 'dissidenter' Hintern als Betonung einer originär schwarzen bzw. nicht-weißen Kultur subversives Potenzial in einer weißen hegemonialen Gesellschaft disziplinierter (Frauen-)Körper entfalten könnte, werden diese positiven Aspekte meist durch die doppelte Diskriminierung schwarzer Frauen durch Rassismus und Sexismus konterkariert.« (S. 115) Der Artikel endet: »50 Cent lässt im Video zu P.I.M.P. (Remix) tatsächlich Frauen an der Leine gehen – quasi selbst durch die Erfüllung negativster Vorurteile über schwarze Frauen: Sie haben es nur auf Geld und Statussymbole abgesehen, sie setzen ihren Körper zur Erlangung ihrer Ziele ein und sie würden jeden betrügen, der ihnen den Rücken zuwendet. Als Strafe dafür werden sie subjugiert und durch die Zerlegung in Einzelteile – Brüste, Münder und vor allem Ärsche – als handlungsfähige Subjekte ausgelöscht.« (S. 119) Das allerdings wussten wir schon zu Beginn des Artikels, warum also äußerst abstrakte Überlegungen? Warum einen Widerspruch aufmachen, wenn es am Ende so einfach ist? Ärgerlich ist der Mix im Heft. Neben solch abstrakten Fluchtbewegungen finden sich wenige Seiten weiter so einfache, naive Fragen wie: »Wäre die HipHop-Nation heute in der Lage, einen politischen Umsturz durchzuführen?« (S. 136). Oder: »Warum wird eigentlich nicht die rein quantitative Schlagkraft von HipHop genutzt und mit Inhalt gefüllt? – Angenommen, es würden morgen weltweit alle HipHop-Fans und -Sympathisanten auf die Straße gehen...« (S. 141)

»Here then is the breed of a new breed of musicians. We might call them 'The beautiful warriors' or witch doctors and ju ju men... .astroscientists, and magicians of the soul. When they play they perform an exorcism on the soul, the mind. If you´re not ready for the lands of Dada-Surreal à la Harlem, South Philly and dark Georgia nights after sundown, night-time Mau-Mau attacks, shadowy figures out of flying saucers and music of the spheres, you might not survive the experience of listening to John Coltrane, Archie Shepp or Albert Ayler. These men are dangerous and someday they may murder, send the weaker hearts and corrupt consciences leaping through windows or screaming through their destroyed dream worlds. But this music, even though it speaks of horrible and frightening things, speaks at the same time so perfectly about the heart and to the heart. This music, at the same time it contains pain and anger and hope, contains a vision of a better world yet beyond the present and is some of the most beautiful ever to come out of men´s soul or out of that form of expression called Jazz.«

Steve Young in den Linernotes zu »The New Wave in Jazz", Impulse A-90, Recorded live at the Village Gate – March 28, 1965



»Doin' the butt« (Videoclip von 50 Cent) – subversives Potenzial?

Es gibt nichts gegen das Verfahren einzuwenden, ganz unterschiedliche Aspekte eines Themas auch auf völlig unterschiedlichen Ebenen zu beleuchten, aber es sollte vielleicht eine Idee davon existieren, wo man damit hin will – bzw. was das Thema überhaupt ist! Die HerausgeberInnen des Hefts geben allerdings gleich im Editorial zu Protokoll, dass sie das selber nicht wissen: »auf 'Black Music' projizierte Eigenschaften bzw. Wesensmerkmale wie 'Groove', 'Körperlichkeit', 'Sexyness' und was auch immer (basieren) ähnlich wie Geschlecht/Gender auf sozialen Konstrukten, (sind) also das Ergebnis von Sozialisation wie auch auferlegter Zuschreibung... Aus all den hier nur angerissenen Gründen erschien es uns höchst problematisch, vorliegende *testcard*-Ausgabe mit dem Titel 'Black Music' zu versehen und damit genau die Verengungen fortzuschreiben, die dieser Kategorie zugrunde liegt.« (S. 6 f.)

Warum hat man es also nicht bleiben lassen, sondern belästigt die Leserin mit so tiefgreifenden Feststellungen wie: Die Black Panther waren Machos, allerdings auch Teil einer Bewegung, die HipHopper sind Machos, Individualisten, Sexisten, Antisemiten ... Zu jeder dieser Behauptungen gibt es dann einen eigenen Artikel ... – der jeder für sich gnadenlos über die Stränge schlagen darf: »Die Einbettung des jüdischen Staats- und Emanzipationsprojektes in ein Arsenal an maliziösen politischen, kriminellen und religiösen Kategorien illustriert recht plastisch die Feindseligkeit gegenüber dem Judentum.« (S. 149) – das übliche antideutsche Verbot, die Politik Israels zu kritisieren. Auf derselben Seite wird der 11. September zum »spektakulärsten Fanal des islamischen Antisemitismus«.

»Jargon der Eigentlichkeit« (Adorno) plus die aktuellen pc-Statements – so ist sicher gestellt, dass man nirgends was Neues erfährt. Oft hat man beim Lesen zwar die Idee, dass da jemand »eigentlich« (sic!) was sagen will, sich dann aber im PC-Jargon verfängt, auf seinen/ihren eigenen Fantasien rumflippt, diese aber nicht zur Sprache bringt – und schon gar nichts zur Sache sagt.

Hybride Resterampe?

Der Verleger des *Respekt!*-Buchs (Sundermeier) hat ein Kapitel im Heft, in dem er für sein Buch wirbt, aus dem auch ein Kapitel nachgedruckt ist (Interview mit Archie Shepp). Und Martin Büsser schreibt über das Anticon-Label, das er auch andernorts in Deutschland vertritt. Solche Verflechtungen sind wohl ursächlich dafür, dass man nie mal einfach seine Meinung sagt, sondern mit hochgeschraubtem Diskurstremor Produkte zu pushen versucht. Martin Büsser berichtet von einem »neu erstarkten underground-Ethos in den USA«, was zur Folge habe, »dass momentan nahezu alle neue, spannende randständige Musik aus den USA kommt.« (S. 161) Das Anticon-Label verlegt Hip-Hop »fast ausschließlich von weißen Musikern« (S. 137) »I wanted to be black at age 14«. »Anticon haben ihre Form des Hiphop von Anfang an aus einer gänzlich unauthentischen, diskursiven Position heraus entwickelt. Das macht sie in gewisser Weise unangreifbar.« (S. 161). »Bei cLOUDDEAD ergibt sich das Politikum bereits aus dem, was ihre Musik *nicht* ist: Weder 'macho' noch 'real', nirgends sexistisch, ständig ironisch und von der Grundstimmung gewissermaßen zurückhaltend schlaff, eher also einer Indie-Tradition ... als dem kernigen 'tough guy' verpflichtet. Hier ist Rap (was an dieser Stelle ganz ohne Wertung verstanden sein soll) endgültig in der weißen Mittelschicht angekommen. Vom Hinterhof mit seinen brennenden Mülltonnen um mehr als zehn U-Bahn-Stationen entfernt dürfen bei cLOUDDEAD diejenigen über Zeilen wie 'Art museums make me want to kill myself' lachen, die privilegiert genug sind, schon einmal ein Museum von innen gesehen zu haben.« (S. 162 f.)

Lesenswert

Im Sampler sind durchaus ein paar Beiträge, in denen die Leserin auch etwas erfährt, z.B. Klaus Walter zu *Destiny's Child*, Tobias Stalling zu den *Bad Brains*, Enno Stahl zu »Befreiungsbewegungen als thematischer Subtext im Jazz« – aber warum muss jemand, der so viel Ahnung von seinem Thema hat, dermaßen verschroben schreiben? »Der soziale Ort der frühen Jazzmusiker entspricht dem seiner Zuhörer... Ergebnis einer kulturellen Deprivation ihrer ursprünglichen Tradition bei gleichzeitiger Oktroyierung eines andersartigen sozio-kulturellen Kosmos (von der traumatischen Erfahrung der Sklaverei einmal ganz zu schweigen).« (S. *32* f.)

Im Besprechungsteil fällt Martin Büsser über das Buch her, das wir in der Wildcat 69 besprochen hatten: »Alles Pop? Kapitalismus und Subversion« (alibri-Verlag, 2003) – und unterstellt den Autoren den »Wunsch nach einer generellen Abschaffung

von Kultur..., da diese der in dem Buch unausgesprochen postulierten Revolution in jedem Fall nur hinderlich sei«. Man fragt sich, ob der Herr Oberkritiker das Buch überhaupt gelesen hat. Im weiteren Verlauf unterstellt er ihnen dann aber »subtil antisemitisch verbogene Polemik«, »vulgärste Revolutionsvorstellungen, die unter Pol Pot zur Erschiessung von Brillenträgern führten« und rückt sie schließlich in die Nähe von Nazibands. Das kann nicht mehr damit entschuldigt werden, dass Martin Büsser dermaßen viel schreiben muss, dass er nicht auch noch die Bücher, die er bespricht, vorher lesen kann. Das ist einfach Schwachsinn.

Fazit: Man kann nur hoffen, dass *testcard #14* wieder besser wird! ■

Veteranen

Wayne Kramer ist einer. Was zuallererst bedeutet: er hat überlebt. Seine ehemalige Band MC5, die meisten ihrer ehemaligen Mitglieder, diverse Drogenexzesse, den US-Knast... Er hat aber nicht nur physisch überlebt, er meldet sich auch noch zu Wort… siehe seine Website:

http://www.waynekramer.com/wk

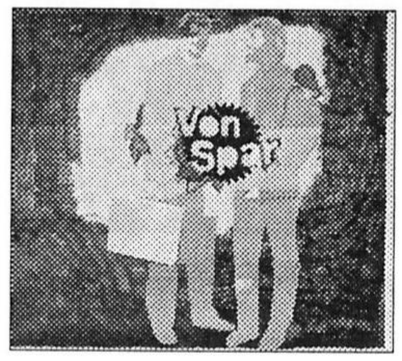
Außerdem haut er regelmäßig Platten raus, die viel zu wenig Leute kennen. So auch wieder 2004: »Mad for the racket«.14 Tracks, in Trio-Besetzung eingespielt, weder Mainstreamrock noch dieser in Teilen der Punkszene modisch gewordene Punk`n Roll in Detroit-Tradition. Die Musik ist eine Synthese von Songwritertum und reduziertem Rock`n Roll, ohne Hochgeschwindigkeitsexzesse, Knüppel- und Noiseorgien, aber mit vielen »richtigen« Melodien. Kramers Gitarrenspiel ist laut, verzerrt und dreckig, aber erfreulich unaufdringlich. Hier kann einer Gitarre spielen, ohne den Gitarrenhelden zu geben. Das dichte Spiel der Band macht den notwendigen Druck: Eine liebevoll gewartete alte E-Lok fährt auf einer arg vernachlässigten Nebenstrecke ihre Touren. Stillgelegt werden soll sie in der nächsten Zeit nicht, aber das Gelände ist auch viel zu unwegsam, um hier eine Hightech- Magnetschwebeneigezug-Trasse hinzubauen. Und die Crew kennt und benutzt die Maschine, so wie nur alte Malocher die Maschine kennen und benutzen können.

Die Songs sind meist Liebeslieder, bzw. Lieder über die Gefühle, die vor oder nach der Liebe kommen (meine Favoriten: »Blame it« und »Nuts for you«, letzteres gleich in zwei Versionen), ab und an gleitet Wayne auch ins leicht agitprophafte ab - aber auch hier kriegt er es hin, Peinlichkeiten zu vermeiden. (»Prisoner of hope«, »Czar of Poisonville«).

Wer alte E-Loks, Nebenstrecken und nicht verblödete, nur ansatzweise ruhiger gewordene linksradikale ProllfreakveteranInnen mag, ist mit der CD wirklich gut bedient. Definitiv eine meiner Lieblingsplatten dieses Jahr – aber auf mich hört ja eh niemand. Nicht mal meine Schwester! Die hab ich neulich mal wieder besucht... und dabei einen Blick in eine dieser hippen Popvermarktungszeitschriften geworfen, in die ich immer nur dann einen Blick werfe, wenn ich meine Schwester besuche und plötzlich ganz dringend auf Toilette muss. Ungefähr in Heftmitte ein Doppelseiter zu: *Von Spar*.

Wayne Kramer – ...Mad For The Racket – Live

www.waynekramer.com/wk



Von Spar – Die uneingeschränkte Freiheit der privaten Initiative

L´AGE D´OR/LADO MUSIK GMBH;

www.vonspar.de

Eine Band, der mensch im Spätsommer 2004 nicht entkommen kann.

ak, [030], vision, intro, spex, jungleworld usw. usf. überall positive Besprechungen! Sie sind das heiße neue Ding der deutschen Poplinken. Besorgt, angehört, Bruno angerufen:

A: Nach der ganzen Lobhudelei der Musikpresse war ich fest entschlossen, diese Band Scheiße zu finden, ohne sie gehört zu haben. Inzwischen hab ich sie gehört... und: *so* schlecht ist sie gar nicht.
B: Ging mir ähnlich.
A: Und an wen erinnern sie *Dich*? Fehlfarben*?* Pop Group*?* Pyrolator*?* DNA*?* Red Krayola*?* Die New Yorker No Wave Szene, James White, The Contortions? ...
B: Davon kenn ich höchstens drei Sachen! Aber warum besprechen es alle *so*? Was ist von Musik zu halten, die im wesentlichen über ihre Referenzen funktioniert?
A: Das ist hier Programm. Das Labelinfo vergleicht sie übrigens mit *The Prodigy*.

B: An die erinnern sie mich überhaupt nicht. *Von Spar* sind doch... viel zackiger! Diese ganzen nachgemachten 80er Beats. Wie heißt denn sowas? Electropunk? Electrocrash?
A: Hysterischer Diskurs-Post-Punk-No-Wave-ElectroCLASH mit Traditionsfragmenten von...
B: CLASH? Die fand ich mal gut...
A: Neiiin...nicht *The Clash*, sondern... gut, nennen wir es: Electropunkclash! Wenigstens unterscheiden sie sich positiv von den ganzen grauenhaften Musikprojekten, die ihr deutsches Liedgut mit ein paar Itze-Itze-Beats nachrüsten.
B: Naja, mir gefallen *Von Spar* jedenfalls besser, wenn sie die 80er Beatbox ausgestöpselt lassen. Damit kann ich nix anfangen. Viel zu hektisch.
A: Die Schrammelgitarren und das Gekreische sind auch nicht gerade entspannend.
B: Nö, aber das mag ich! Solide Schrammelgitarren, da steh ich drauf, das erinnert mich an...
A: Wieso können wir diese Musik nicht hören, ohne uns an irgendwas *erinnern* zu müssen?
B: Vielleicht haben uns die ganzen Artikel den Hörgenuss versaut?
A: Kann sein. Wo ist die Scheibe denn überhaupt erschienen?
B: *L'Age d'Or.*
A: Ha! wusst ichs doch! Poplinke Traditionspflege, Hamburger Schule, Wohlfahrtsausschüsse, ... ist die nicht schon längst geschlossen, diese Schule?
B: Jedenfalls machen *Von Spar* genau solche Texte. »Blaue Hände am Kanonenofen im Land der goldenen Buffalloträger...« was soll das? Oder: »Ich bin eine Lichtmaschine – ich bin eine Ich AG«
A: Er singt: »Ich bin eine ICH-Maschine«. Das ist Zitat und Bezug! *Blumfeld*!
B: Also auch die Texte: Zitat, Bezug und Referenz.. Da lassen sie die Frauen Beegeesmäßig die Worte »great rock`n roll swindle« singen, hier schreit der Typ »Geschichte wird gemacht«. Sind bestimmt noch mehr so Dinger drin.
A: Bestimmt. Das sind schlaue Jungs, die von *Von Spar*. Mit vielen FreundInnen, die sie höllisch pushen.
B: Tja, rock`n roll swindle... Wenigstens schielen sie nicht auf die Charts. Aber warum hypen alle linken Blätter denn so kräftig mit?
A: Von Spar zitieren halt so ausgiebig, dass alle sich an ihre Jugend erinnern. Und sie äußern sich in Interviews politisch!
B: Aber wie? Sie finden es seltsam, dass hier alle auf Amerika schimpfen, aber niemand was gegen Hartz IV sagt. Na, war wohl vor den Montagsdemos...warte: und sie sagen, z. B. MIA würden vom tollen neuen Deutschland singen, sie fänden es aber gar nicht toll, solange die ehemaligen ZwangsarbeiterInnen nicht entschädigt worden sind.
A: Wäre Deutschland toll, wenn die letzten überlebenden ZwangsarbeiterInnen entschädigt sind?
B: Nö. Aber immerhin sagen *sie* auch, sie seien gegen das ganze System.
A: Ist wahrscheinlich auch wieder ein Zitat.
B: Und was schreiben wir jetzt?
A: Müssen wir denn unbedingt was schreiben?

Ambassador 21 – akcija!

im Ant-Zen Mailorder

www.ambassador21.com/
www.icomm.ca/macos
www.ant-zen.com

Animal Collective – »Sung Tongs«

FatCat / SP08

Ambassador 21– akcija!

Digital Hardcore Noize Punk – irgendwie so könnte man das beschreiben, was A21 uns da um die Ohren hauen. Seitdem das belorussische Projekt 2001 gegründet wurde, haben Alexej und Natalia von A21 ihre Jobs als Radio-DJs verloren. Auf *akcija!* mixen die »belorussischen *Atari Teenage Riot*« schnelle, schmutzige Gitarrensounds mit einem Potpourri an philosophischen Referenzen: Peter Kropotkin, Friedrich Nietzsche, Wladimir Majakowski, Albert Camus und Erich Fromm werden im Booklet als »inspirierende Einflüsse« genannt – neben *Can*, den *Stooges*, *Crass*, den *Ramones*, *Napalm Death* und *John Zorn*. *ATR* und *Ec8or* aus dem Hause Digital Hardcore Recordings verstehen sich quasi von selbst. Genau klingt die Musik dann auch: ein exzessives Chaos aus Elektrobeats, Computerlärm und Gitarren, die entweder gesampelt oder von einem spanischen Punkgitarristen eingespielt wurden, der als *CTRLer*.sein eigenes Elektroprojekt betreibt. Die Texte sind für Freunde der russischen Sprache und erzählen von Terror und Revolution, von »Power, Rage, Riot and Death«. Wem die Samples teilweise allzu vertraut vorkommen, sei auf *Musicians Against Copyrighting of Samples* verwiesen, wo A21 Mitglied ist. In Deutschland über das Münchner Label *Ant-Zen* zu beziehen. »*We declare Revolution!*«

Animal Collective

sind Musiker aus Brooklyn, New York, die in wechselnden Besetzungen immer wieder ganz unterschiedliche Musik zwischen psychedelischem Akustik-Pop und Speed Jazz produzieren. Auf ihrer neuen CD »Sung Tongs« haben sie zwölf verstörend schöne, schräge Songs gebastelt, die die HörerInnen mit vielschichtigen akustischen Gitarrenchords, hypnotischen Tribalrhythmen und lautmalerischen Gesängen auf die Reise nehmen. Manchmal fühlt man sich an die Beach Boys, manchmal an David Byrne und Brian Eno erinnert. Als roter Faden zieht sich ein trance-ähnlicher Zustand durch die Songs. Alles ist in Bewegung, schrumpft und wächst zugleich, verliert seine Form und nimmt dabei Gestalt an. Musik, so organisch wie das Leben. 37 Jahre nach »White Rabbit« ein neuer Soundtrack zu Alice im Wunderland! ■

was bisher geschah

Der Ausfall von Linien

Die besetzte Kachelfabrik in **Zanon** in Neuquén/ Patagonien ist erneut von Räumung bedroht. Der Gouverneur will, dass sie die Fabrik räumen, stattdessen soll ein Bauunternehmen für Fertighäuser gegründet werden, in dem 250 von ihnen beschäftigt werden könnten. Zur Zeit arbeiten 400 Leute in der Fabrik, sie haben die Bewachung der Fabrik verschärft.

Seitdem wir den **Blackout** in den USA aufs Titelbild der Wildcat 67 gemacht haben, ist kein Heft ohne neue Blackouts im WBG erschienen. Diesmal traf es am Abend des 2. September über eine Million Menschen in Rheinland-Pfalz und Luxemburg. In Deutschland war es mit rund 540 000 Betroffenen der größte Blackout der vergangenen Jahrzehnte (siehe den Artikel »Auch im 'hochindustrialisierten Westen' geht es den Stromnetzen an die Substanz« in der Wildcat 68 und dort die Blackout-Liste). In Trier und mehreren Landkreisen fiel die Stromversorgung örtlich mehr als drei Stunden komplett aus.

Diesmal vielleicht ein letzter Nachschlag aus der **Weiterbildungsklitsche** (vgl. WC 67 & 69):

»Ende August hat der letzte Kollege der Kündigungswelle (nach versuchter Betriebsratsgründung) das mittlerweile sinkende Schiff verlassen. Während wir uns vor Gericht noch eine Abfindung erkämpfen konnten, sieht es für die KollegInnen, die damals still gehalten hatten und zur Belohnung erst jetzt gekündigt wurden, schlecht aus. Die Eigentümerfamilie hat das Unternehmen im Sommer in eine GmbH & Co. Kg umfirmiert. Ein Kollege, der seine Wiedereinstellung erstritten hatte, bekam wenige Monate später die nächste Kündigung. Die übriggebliebenen Verblendeten der Führungsetage, die sich weiterhin um den paternalistischen Chef scharen, fangen an sich gegenseitig die Augen auszuhacken. Die Feier-erprobten Ex-KollegInnen sind sich einig: es ist gut, gegangen zu sein!«

In der letzten Nummer hatten wir über den Ford-Zulieferer **Visteon** berichtet. Dort hatte die Verlagerungsdrohung gewirkt. Auf die im Artikel beschriebenen Zugeständisse packte der BR noch Samstagsarbeit gegen Freizeitausgleich (ohne weitere Zulagen) drauf, dafür wird auch der Folgeauftrag auf der neuen CD-Plattform komplett im Wülfrather Werk abgearbeitet.

Mit Beginn des DaimlerChrysler-Streiks wurde die Geschäftsleitung nervös und ließ über die herbeigerufenen Betriebsräte verkünden, dass Visteon seinen Sparplan erfolgreich umgesetzt habe. Im ersten Halbjahr 2004 sei bereits ein Gewinn von 4,6 Mio. Dollar erzielt und somit der Plan *übertroffen* worden – Unruhe sei also unbegründet.

Den alten Ford'lern, die seit Jahren spüren, wie die Bedingungen verschlechtert werden, ist klar, dass dies auf ihre Kosten geschehen ist, die »Jüngeren« sagen, es sei immer noch besser als anderswo. Sie kommen teilweise aus der letzten Einstellungswelle 1993–95, die gemeinsam mit dm Arbeitsamt organisiert wurde. Die meisten verfügen über Arbeitserfahrungen in kleineren Metallklitschen und kennen die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Leiharbeiter hat sich auf 60 verdoppelt und obwohl niemand übernommen wurde, sind sie froh, für ein Jahr einen festen Arbeitsplatz zu haben. Auch bei den 19 im Werk eingesetzten Fremdfirmen gibt es nur eine Ausnahme, die Stapler-Fahrer von TNT weisen einen auffälligen Krankenstand auf. In Melfi waren es ArbeiterInnen dieses Logistikunternehmens, welche...

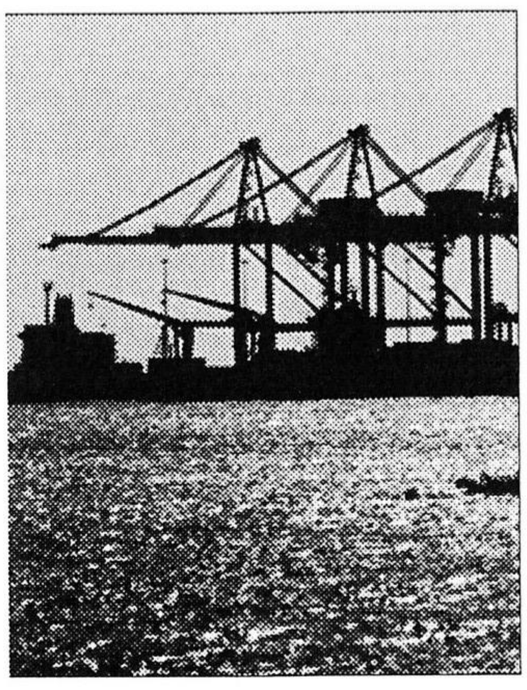
Im Krankenhaus

wird es immer beschissener. Beim *Vivanteskonzern* in Berlin ist Mitte Juli der sog. Notlagentarifvertrag unterschrieben worden (siehe letzte *Wildcat*), an der *Freiburger Uniklinik* soll die Schraube weiter angezogen werden. Inzwischen haben die ersten KollegInnen neue Tarifverträge: 41-Stunden-Woche, kein Urlaubs- und weniger Weihnachtsgeld. Außerdem ist der Vorstand der Uniklinik in die Offensive gegangen. Damit diese neuen Bedingungen nicht »ungerechterweise« nur wenige treffen, diejenigen deren Verträge verlängert werden oder Neueingestellte, soll »angeglichen« werden – nach unten natürlich! Hierzu hat der Vorstand einen Haustarifvertrag ausgearbeitet, der Lohneinbußen von 15 bis 20 Prozent bedeuten kann. (Einige wenige) NeueinsteigerInnen in den Job würden sogar etwas besser gestellt als bisher. KrankenpflegerInnen über 30 und schon eine Weile im Beruf hätten die meisten Lohneinbußen. Das sind die Reste der Bewegung an den Krankenhäusern Ende der 80er Jahre *und* das traditionelle Gewerkschaftsklientel. Insofern muss die Gewerkschaft natürlich reagieren, niemand wird noch Beitrag zahlen wollen, wenn es zu solchen Lohneinbußen kommt. »Verkaufen kann ich mich selbst, dafür brauche ich keinen Betriebsrat und kein ver.di«, so der Kommentar eines Beschäftigen des Klinikkonzerns Vivantes in Berlin zur Unterzeichnung des Notlagentarifvertrags.

Am 7. Juli kam es an der Freiburger Uniklinik zu einem ersten Warnstreik. Der Vorstand wollte an dem Tag den endgültigen Ausstieg aus den Tarifverträgen beschließen, der Personalrat eine hatte Unterschriftensammlung dagegen organisiert. Der auf eine Stunde angesetzte Warnstreik wurde in ausgesuchten Bereichen kurzfristig auf vier Stunden ausgedehnt. Im Aufruf wurde uns versichert, dass die Klinikleitung »nichts gegen die Beteiligung« habe und TeilnehmerInnen keine »Nachteile oder Repressalien« zu erwarten hätten. Beteiligt haben sich etwa 800 Leute (von 9000). In den Reden der Gewerkschaft und des Personalrats wurde die Entschlossenheit der Aktion, die kämpferische Stimmung und die Bedeutung des Kampfes über die Uniklinik hinaus beschworen. Von all dem war leider wenig zu spüren, der geplante Ablauf geriet an keinem Punkt aus den Fugen. Zum Schluss tauchte tatsächlich die Klinikleitung am Rednerpult auf, um sich die Unterschriftensammlung in die Hand drücken und eine Minute lang auspfeifen zu lassen. Dann sind sie wieder in ihre Vorstandssitzung verschwunden und haben den Ausstieg aus den Tarifverträgen festgeklopft, während wir uns wieder Reden anhören sollten. Viele waren von den endlosen Reden genervt, viele fanden es unbefriedigend, einfach wieder arbeiten zu gehen, während die da weiter Sitzung machen. Zwischenrufe, die zum »Besuch« der Vorstandssitzung aufforderten, stießen zwar auf Zustimmung, wurden aber nicht in die Tat umgesetzt.

Zwar setzen nur wenige Hoffnung in die Gewerkschaft, aber es mangelt an anderen Initiativen, an Mut, mal was anderes auszuprobieren. Die Situation ist allerdings viel offener, viel »politisierter« als noch vor einem Jahr, bei jeder Frühstückspause ist man gleich bei den grundlegenden Fragen. Wie kann da mehr draus werden? Womöglich gibt es das nächsten Mal was zu berichten...

Verfahren: Der HBB-Streik findet kein Ende



Der Streik beim Leverkusener Bus-Subunternehmer HBB läuft seit dem 8. Januar 2004, ohne dass eine Lösung absehbar wäre. Mittlerweile geraten auch die FahrerInnen der Muttergesellschaft Wupsi unter Druck, die den Kampf ihrer ausgelagerten KollegInnen in der ersten Zeit mit Solidaritätsstreiks unterstützt haben (bis dies vom Gericht untersagt wurde). Das öffentliche Unternehmen Wupsi soll nämlich verkauft werden. In ganz Europa findet zur Zeit eine rasante Umstrukturierung und Konzentration des Personen-Nahverkehrs statt. In einigen Jahren werden ein paar große, teils multinationale Konzerne den gesamten Markt unter sich aufgeteilt haben. Dazu gehören Firmen wie die *Deutsche Bahn*, die französische *Connex*-Gruppe, die deutsch-französische *Rhenus-Keolis* oder die britische *Arriva*. Auch die Hamburger Hochbahn *HHB* ist auf dem Weg zu einem solchen Großkonzern, sie will die Verkehrsbetriebe Westfalen-Süd (Siegen und Olpe) übernehmen, und wird auch als Kaufinteressent für die Wupsi gehandelt.

Ver.di zeigt sich durchaus bereit, im Kampf um die Konkurrenzfähigkeit mitzuspielen und Zugeständnisse zu machen. Eine Maßnahme war dabei der Versuch, mit dem Spartentarifvertrag eine Vereinheitlichung auf niedrigerem Niveau durchzusetzen. Der Spartentarifvertrag spaltet die Belegschaften in alteingesessene und neu eingestellte ArbeiterInnen. Den ArbeiterInnen der öffentlichen

Unternehmen bringt er Verschlechterungen. Ver.di rechtfertigt das damit, dass er für die ArbeiterInnen der kleinen privatisierten Unternehmen – die sie in den Vertrag reinholen wollen – Verbesserungen bringen würde. *Würde,* denn während die Einführung des Spartentarifvertrags im Öffentlichen Dienst fast abgeschlossen ist – 24 000 Beschäftigte des ÖPNV in NRW arbeiten nach dem Spartentarifvertrag, nur noch 7000 nach dem alten BMT-G – beißt sich ver.di an den privatisierten Betrieben die Zähne aus.

Der Durchhaltewillen im HBB-Streik liegt mittlerweile weniger bei den Streikenden, die nicht mehr auf einen erfolgreichen Abschluss hoffen, als bei ver.di, der es um die Vermeidung eines erheblichen Imageschadens geht. Inzwischen reist sogar Gewerkschaftsvorsitzender Bsirske gelegentlich nach Leverkusen, und versucht auf höchster politischer Ebene zu vermitteln. Zuletzt trat er am 1. September auf einer Betriebsversammlung bei Wupsi auf. Erstmalig war der Beginn der BV auf vier Uhr morgens angesetzt, um mit dem Ausfall von Linien Druck zu machen. Die Busfahrer waren ausdrücklich zur Teilnahme aufgefordert worden. Die Geschäftsleitung hatte dagegen allen FahrerInnen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen bis hin zur Kündigung gedroht und beim Arbeitsgericht eine Einstweilige Anordnung gegen die BV beantragte – der jedoch nicht stattgegeben wurde. Obwohl viele FahrerInnen eingeschüchert waren, nahmen 60 KollegInnen teil, darunter 20 FahrerInnen (von insgesamt 180). Die BV dauerte von vier bis sechzehn Uhr.

Im August war dreimal mit Hilfe von FahrerInnen und Bussen anderer Verkehrsbetriebe aus der Region das Ausfahren von Wupsi-Bussen verhindert worden. Die Betriebsräte dieser Unternehmen verlegten ihre Sitzungen in Busse, fuhren damit zu Wupsi, um dem Wupsi-Betriebsrat einen Besuch abzustatten, und parkten dabei ihre Busse so unglücklich am Tor, dass kein Bus mehr ausfahren konnte. Der BR-Vorsitzende war um diese Zeit, um sechs Uhr morgens, noch nicht im Betrieb, so dass die KollegInnen eine Stunde auf ihn warten mussten. Bis dann endlich der Anlasser des Busses funktionierte, war das Tor eineinviertel Stunde lang blockiert. Beim dritten Besuch ließen die KollegInnen ihre Busse weiter vorm Tor stehen, nachdem der BR-Vorsitzende erschienen war und fuhren sie erst nach massiver Polizeidrohung weg – nach zwei Stunden Blockade, die zum Ausfall von zwanzig Linien geführt hatte. Wupsi drohte ver.di und dem BR-Vorsitzenden eine Zivilklage auf Schadensersatz an, die aber bisher nicht eingereicht wurde. An den Aktionen hatten sich – in wechselnder Zusammensetzung – unter anderem Betriebsräte und Beschäftigte von Nahverkehrsbetrieben aus Münster, Bonn, Düsseldorf, Essen und dem Märkischen Kreis beteiligt

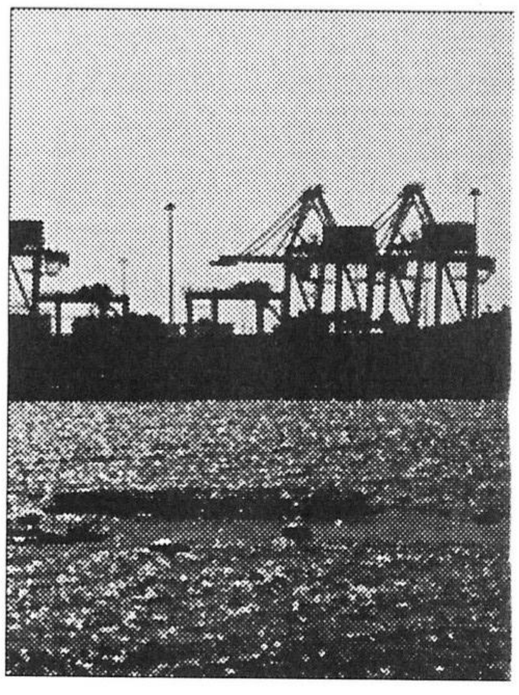
Angesichts der von ver.di unterschätzten Kompromisslosigkeit des Leverkusener Stadtrats greift die Gewerkschaft – unter geschickter Ausnutzung der legalen Spielräume, die das BetrVG bietet – jetzt sogar zu solchen etwas drastischeren Mitteln. Nach Meinung vieler HBB-FahrerInnen kommen diese Aktionen jedoch viel zu spät. Nachdem am Anfang der Auseinandersetzung viel an Eigeninitiative der Streikenden abgeblockt wurde, empfinden einige es nur noch als 'Beschäftigungstherapie', wenn jetzt Autokorsos oder Sternfahrten organisiert werden. Denn tatsächlich warten ver.di und alle Beteiligten nur noch auf das Ergebnis der Kommunalwahlen am 26. September, in der Hoffnung, dann mit einem neu zusammengesetzten Stadtrat zu irgendeinem Kompromiss zu kommen, bei dem 'beide Seiten ihr Gesicht wahren können'.

Trucker

Inspiriert von der zweiwöchigen Streikbewegung der Trucker an der US-Westküste beschlossen Aktivisten, in der letzten Juniwoche koordinierte Aktionen an Ost- und Westküste durchzuführen. Nach der großen Resonanz der Bewegung im Mai hofften alle auf eine Explosion der seit langem schwelenden Konflikte der scheinselbständigen Hafenfahrer und einen endgültigen Durchbruch in Richtung der Formierung einer unabhängigen Arbeiterbewegung. Leider haben sich diese Erwartungen nicht erfüllt. Auch nach über zehn Jahren teils heftiger Kämpfe ist es bis heute nicht gelungen, die Schwierigkeiten zu überwinden, die einer gemeinsamen Bewegung aller Arbeiter in den Häfen im Wege stehen.

Die Ereignisse: Die ersten Streiks gab es am 26. Juni in Charleston in South Carolina. Im Bahnterminal der Betreibergesellschaft CSX wurde am Samstag die Arbeit niedergelegt, um zu verhindern, dass das Lager leergeräumt würde. Die Unternehmer wollten möglichst viel Ladung loswerden, um die am Montag erwarteten Störungen zu entschärfen. Trotz der Drohung, Streikaktivisten verhaften zu lassen, wurde der Hafen dann von Montag bis Mittwoch weitgehend lahmgelegt.

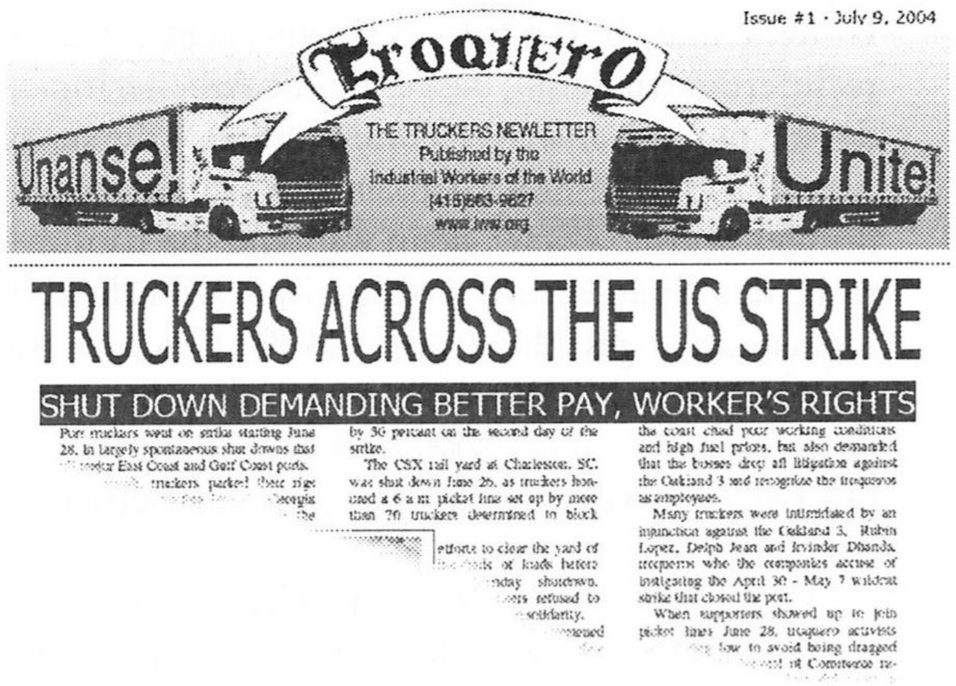
Die größten Aktionen gab es in *Miami*; hier sperrten an die 700 Trucker den Hafen für zwei Wochen. Am 9. Juli erwirkten die Unternehmer ein Gerichtsurteil, das die Aktionen der Trucker für illegal erklärte und sie mit Schadenersatz für



entgangenen Profit bedroht. Seitdem wird vor Gericht gestritten.

In den anderen Häfen der Ostküste war die Resonanz verhaltener; in *Savannah* (Georgia), *New Jersey*, *Newark*, *New Orleans*, *Atlanta* und *Baltimore* fanden zumeist am Montag Morgen »nur« Versammlungen von Truckern statt, die Lage beruhigte sich bis zum nächsten Tag wieder.

An der Westküste wurden die Aktionen insgesamt als Fehlschlag gesehen. Zwar wurde am Montag in *LA* der Verkehr im Hafen zu 80 Prozent angehalten, aber bis Dienstag lief wieder alles normal.


Issue #1 · July 9, 2004

Troquero

THE TRUCKERS NEWLETTER
Published by the
Industrial Workers of the World
(415)863-9627
www.iww.org

Unanse!

Unite!

TRUCKERS ACROSS THE US STRIKE

SHUT DOWN DEMANDING BETTER PAY, WORKER'S RIGHTS

Port truckers went on strike starting June 28, in largely spontaneous shut downs that ... major East Coast and Gulf Coast ports. ... truckers parked their rigs ... Georgia ... the ... by 36 percent on the second day of the strike.

The CSX rail yard at Charleston, SC, was shut down June 26, as truckers honored a 6 a.m. picket line set up by more than 20 truckers determined to block ... efforts to clear the yard of ... loads before ... Monday shutdown. ... drivers refused to ... solidarity. ... manned ... the coast cited poor working conditions and high fuel prices, but also demanded that the bosses drop all litigation against the Oakland 3 and recognize the troqueros as employees.

Many truckers were intimidated by an injunction against the Oakland 3, Ruben Lopez, Delph Jean and Jovinder Dhanda, troqueros who the companies accuse of instigating the April 30 - May 7 wildcat strike that closed the port.

When supporters showed up to join picket lines June 28, troquero activists ... low to avoid being dragged ... out of Commerce re-

Heterogenität der Trucker als Selbständige

Es gibt sicherlich eine Spaltung zwischen der Masse der »troqueros« – den selbständigen Arbeitern – und den sog. »caziques« – den als Kleinunternehmern auftretenden Fahrern –, doch die Übergänge sind fließend, die Unterschiede bestehen eher in der Lebensperspektive. Allein in *Los Angeles* gibt es an die 200 Speditionen, die im Hafen tätig sind: einige große Unternehmen, aber auch viele kleine, deren materielle Situation kaum besser ist als die der Selbstfahrer. Einige von denen haben Sympathie für die Forderungen gezeigt oder sogar mitgemacht. Aber sie haben natürlich mit einer »Arbeiter«bewegung nichts am Hut. Eine solche Mischung aus Kleinunternehmertum und militantem Individualismus zeigte sich Anfang Juni in *LA*. Unter großem Echo der spanischsprachigen Medien riefen Leute zu Aktionen auf. Als diesen kein Erfolg beschieden war, bewarfen sie vorbeifahrende Fahrer mit Steinen, was allgemein für böses Blut sorgte und das Misstrauen gegenüber einem bundesweiten Streikaufruf verstärkte. Hinzu kommt die unterschiedliche betriebliche Situation, die längerfristiges gemeinsames Handeln erschwert: Der eine Betrieb zahlt etwas besser als die anderen, bei dem einen war der Kampf erfolgreich, bei dem anderen nicht...

Schwierigkeiten, eine landes- oder sogar bundesweite Kampagne zu organisieren

Transportströme sind bei entsprechender Infrastruktur relativ leicht umzuleiten. Aber wer fängt einen Kampf an und wer bleibt evtl. auf der Strecke? Viele Fahrer an der Westküste zögerten, aus Solidarität mit »der Ostküste« in den Streik zu gehen. Wo Einzelpersonen mit entsprechenden Kontakten Flugblätter verteilten, gab es meist eine gute Resonanz – da es aber wenige Aktivisten gibt, kam es in *LA* und *Oakland* nicht zu Massenaktionen.

Gewerkschaftsstrategie

Die Gewerkschaft der Teamsters (IBT) fährt eine zweigleisige Strategie. Einerseits bieten sie eine politische Lobby und rechtliche Unterstützung. Zum anderen setzt die Führung auf den Aufbau gewerkschaftseigener bzw. -naher Firmen, die sich gegenüber dem heutigen System von Subunternehmern durchsetzen sollen. Die jüngsten Kämpfe hat die Gewerkschaft zwar im Nachhinein auf ihre Art unterstützt, aber dennoch versucht, ihr eigenes Süppchen zu kochen.

Und dann gibt es noch die Konkurrenz zwischen verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen: die Gewerkschaft der Hafenarbeiter an der Westküste, die ILWU, ist zwar zu Solidaritätsaktionen für die streikenden Supermarktangestellten bereit, aber nicht zur Solidarität mit den ebenfalls im Hafen Arbeitenden, den Truckern. Diese verrichten ja potentiell der ILWU »gehörende« Jobs... Da werden unabhängige Bewegungen leicht zerrieben. Viele Aktive sind mittlerweile frustriert, einige haben sich der IWW angeschlossen, in der Hoffnung, dort eine institutionelle Unterstützung zu erfahren, die nicht versucht, ihnen eine Richtung aufzuzwingen.

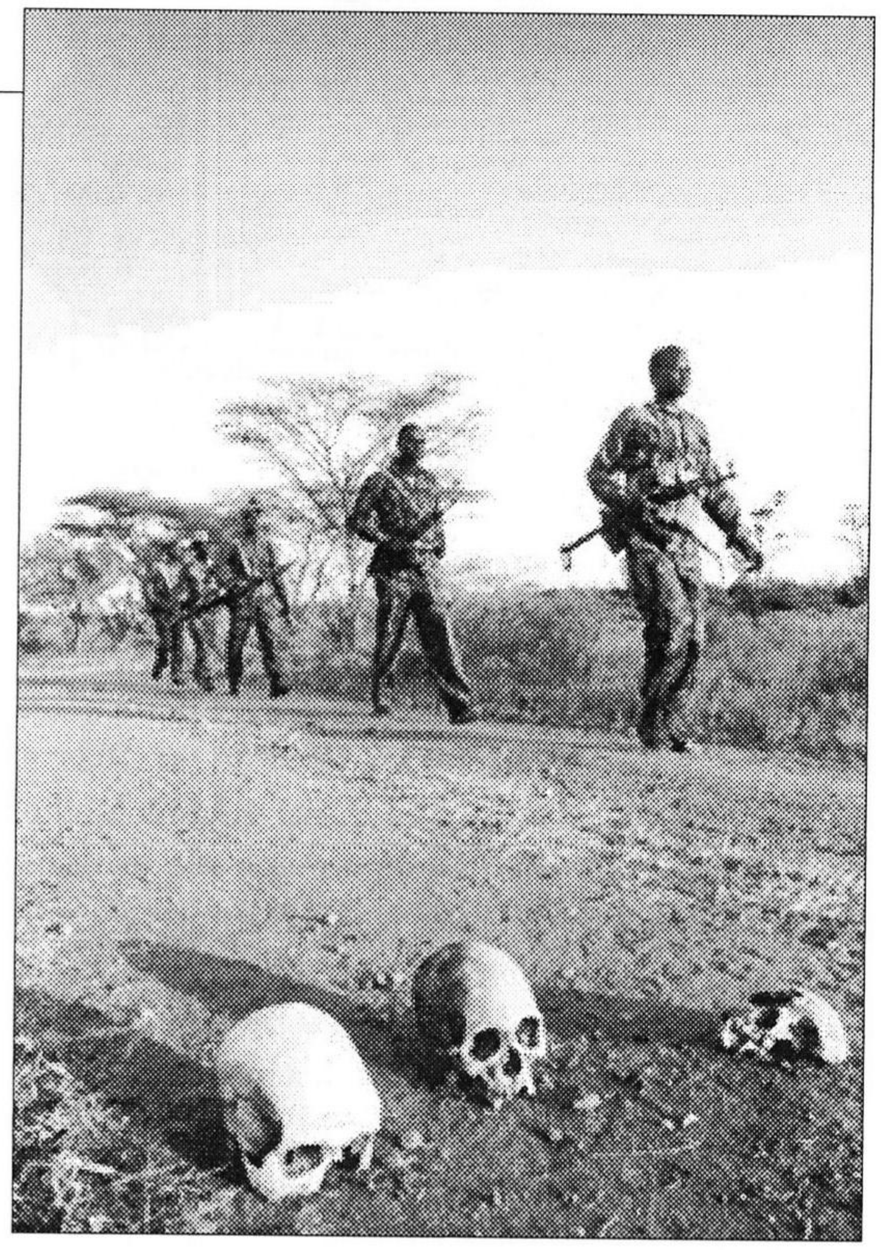
Repression

Sowohl im Mai in *Oakland* als auch im Juli in *Miami* wurden Streikposten und Streik»führer« verhaftet und sollen für die Gewinneinbußen der Unternehmer zur Rechenschaft gezogen werden. In *Hampton Roads*, dem ersten bestreikten Hafen der Ostküste im Mai, erstellten die Unternehmer in der Folge Schwarze Listen von Aktiven, die keine Arbeit mehr erhalten sollen. Im Juli folgten nur sehr wenige den Streikaufrufen folgten.

Fortsetzung folgt! oder:
»We must continue until we finally win!
Hasta la victoria siempre, compañeros!«

Zu viele Arbeitslose mit zu vielen Gewehren

Am 12. September titelte die *Junge Welt:* »Bush greift Sudan an«: »George W. Bush (visiert) einen neuen Kriegsschauplatz an. Er liegt diesmal auf dem afrikanischen Kontinent und heißt Sudan. 'Es ist klar, dass nur ein Eingriff von außen das Töten stoppen kann', erklärte der US-Präsident... Es war ein Machtwort, das die über halbjährige Vorbereitungsphase für einen nun absehbaren militärischen Angriff beendete.« Nachdem die Medien und Politiker einen 20jährigen extrem blutigen Bürgerkrieg im Südsudan fast komplett ignoriert hatten, waren tatsächlich seit dem Frühjahr 2004 alarmierende Meldungen über Massenmorde und Flüchtlingselend im Westen Sudans an der Tagesordnung. Während »antiimperialistische« Stimmen demgegenüber die Opferzahlen relativiert hatten und sich auf die Seite des souveränen Staates Sudan gegen die imperialistischen Spaltungsabsichten stellten, sahen wieder andere »Linke« im massiven Engagement Chinas die Hauptdynamik Richtung Krieg.



»Angenommen, auf Zypern würde Öl gefunden: ein riesiges Feld, nahe der Demarkationslinie. Und die orthodoxen Griechen würden die muslimischen Türken verjagen, oder umgekehrt, um das Öl für sich zu haben. Wäre das ein religiöser Konflikt? Oder ein ethnischer?« (T. I. Steinberg in der *jungen Welt* vom 16. August 2004)

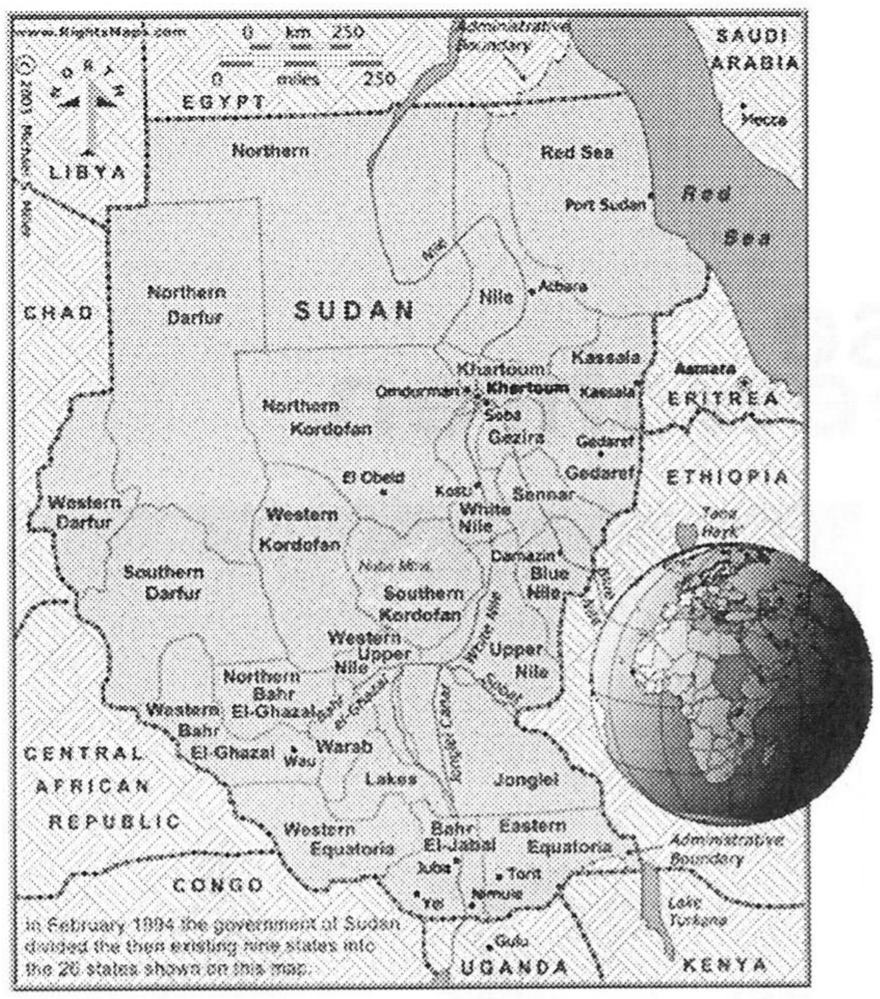
An den Gewalttaten in Darfur seien alle Bürgerkriegsparteien beteiligt: *»Die so genannten Djandjawid-Milizen, organisierte Kriminelle, zu viele Arbeitslose mit zu vielen Gewehren, Regierungstruppen und mit Bestimmtheit auch Streitkräfte der Aufständischen.«* (Jan Egeland – Vizegeneralsekretär für Humanitäre Angelegenheiten und Koordinator für Nothilfe der UN)

Sudan – Geografie und Geschichte

Der Sudan ist der größte Staat Afrikas, etwa siebenmal so groß wie die BRD und hat 37 Millionen EinwohnerInnen. Es lassen sich 19 Ethnien mit 597 Untergruppen und fast so vielen unterschiedlichen Sprachen unterscheiden. Das Bruttosozialprodukt beträgt 360 Euro pro Kopf. 44 Prozent der Bevölkerung sind unter 14 Jahre alt. Etwa 5,5 Millionen leben in der Hauptstadt Khartum. Dort konzentriert sich auch die arabisierte Elite. Sie stellt die Regierung und die Offiziere in der Armee. Die Soldaten stammen aus dem armen Westen und Süden.

Der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt beträgt unter 20 Prozent (Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte wie Baumwolle, Lederwaren, einfache Konsumgüter, seit kurzer Zeit stark wachsende Rüstungsproduktion). In der Landwirtschaft (Vieh, Baumwolle und Gummi arabicum [80 Prozent der Weltproduktion]) arbeiten 80 Prozent aller Arbeitskräfte, sie trägt knapp 40 Prozent zum Bruttosozialprodukt bei. Laut einem Bericht vom Juli 2004 arbeiten allein in Saudi Arabien 900 000 Sudanesen. Der Südsudan verfügt über reichhaltige Bodenschätze, unter anderem Öl, Gold und Uran. Die wichtigsten Exportgüter im Jahr 2002 waren Rohöl (1,55 Mrd $), Viehexporte (74,3 Mio $), Benzin (42,9 Mio $), Sesam (42,7 Mio $), Baumwolle (28,5 Mio $) und Gold (26,7 Mio $).

Der Sudan wurde 1956 formell unabhängig, seither wechseln sich »Übergangsregierungen« und Militärdiktaturen ab, die aktuelle unter dem Juntachef Baschir kam durch einen islamistischen Militärputsch 1989 an die Macht. Sie stellte sich im Golfkrieg 1990/91 auf die Seite des Irak und wurde 1993 von Clinton auf die Liste der »Schurkenstaaten« gesetzt. Somit fielen die USA als Waffenlieferant aus, an ihre Stelle traten Iran, Russland, China und Frankreich (1994 wurde »Topterrorist« Carlos an Frankreich ausgeliefert; bin Laden konnte sich von 1991 bis 1996 im Sudan aufhalten). Ab 1997 begann die Regierung, IWF-Auflagen umzusetzen, im April 1997 machte sie ein erstes Angebot an die US-Regierung, im »Kampf gegen den Terrorismus« zusammenzuarbeiten. Dennoch ließ der damalige US-Präsident Clinton am 20. August 1998 die einzige Arzneimittel-Fabrik des Sudan mit Cruise Missiles zerstören. Seit 1999 exportiert der Sudan Erdöl, im gleichen Jahr wurde das Land wieder in den IWF aufgenommen. Nach dem 11. September 2001 wurde es Mitglied in der »Allianz gegen den Terror«.



Der Südsudan ist noch nie erfolgreich einem zentralen Staatsverband eingegliedert worden. Traditionell und bis heute sind die Beziehungen des Nordens zum Süden solche des Beutemachens (Sklaven, Lebensmittel). Das Wort *abeed* (Sklave) ist beispielsweise noch heute ein gebräuchliches Schimpfwort für »Südländer«. Auch die britische Kolonialverwaltung (1899-1955) benutzte arabische Truppen aus dem Norden, um den Süden zu unterwerfen. Gleichzeitig förderte sie die christliche Missionierung im Süden, während der Norden islamisch blieb. Ab den 20er Jahren isolierten sie den Süden vom Norden (Amtssprache im Süden Englisch, kein Arabisch-Unterricht in den Schulen, Handels- und Reiseverbote). Während der ganzen Zeit entwickelte sich der Norden, während der Süden stagnierte. 1956 händigten die Briten der arabischen Elite im Norden die politische Macht aus. Seither gibt es Kämpfe zwischen »Süden« und »Norden«. Zu Beginn der 80er Jahre eskalierte das zu einem Bürgerkrieg, in dessen Verlauf zwei Millionen Menschen getötet wurden, vier Millionen innerhalb Sudans flüchteten und 500 000 in Nachbarländer. Von Anfang an spielte das Erdöl in diesem Bürgerkrieg die zentrale Rolle.

»Um die Ölproduktion zu steuern, begann der Diktator Numeiri [1969-85] eine zweigleisige Strategie umzusetzen... damit wurde am Schluss erreicht, wozu direkte Militäraktionen nie in der Lage gewesen wären: die Kontrolle über gewisse Ölfelder im Südsudan zu erringen. Die politische Taktik war es, die lenkende Hand der Regierung zu verschleiern, indem landhungrige Stellvertreter dazu angehalten wurden, die sesshafte Bauernbevölkerung der Ölfelder anzugreifen. Nachdem die Bevölkerung auf diese Weise ausgedünnt worden war, konnte die Regierung eine Sicherheitszone um die Erdölfelder errichten, damit ausländische Firmen in Ruhe mit der Förderung beginnen konnten...« (Human Rights Watch)

»When the pumping began, the war began... Oil has brought death.« (Chief Malony Kolang)

Der frühere UN-Berichterstatter für den Sudan und ehemalige Bundes-Innenminister Gerhart Baum, stellte fest: *»Die Ölförderung ist eng verknüpft mit dem Konflikt ... Es handelt sich um einen Krieg um Ressourcen ... Ölförderung verursacht weiterhin großflächige Vertreibungen.«* (zitiert nach *junge Welt* ebenda)
Mitte Juli 2004 sprach Baum vom »Völkermord« in Darfur und sprach sich für eine Blauhelm-Intervention aus.

Erdöl im Sudan

Die Region, in der weltweit am intensivsten nach neuen Ölvorkommen gesucht wird, liegt im offenen Meer vor Westafrika, in der Küstenregion von Nigeria bis Angola. Afrika ist eine Schlüsselregion zur »Diversifizierung der Energieversorgung«. Bis 2010 soll ein Viertel der Ölimporte der USA aus Afrika stammen (gegenwärtig sind es 16 Prozent). Aber Frankreich und seit neuestem in China konkurrieren ebenfalls um das sudanesische Öl. Vor zehn Jahren stellte China noch keine Einflussgröße beim Weltimport von Öl dar, da es den Großteil seines Bedarfs selbst vor Ort förderte. Anfang 1993 begann es mit dem Ölimport. Gegen Ende 2003 ist China zum zweitgrößten Ölimportland hinter den USA geworden. Seine Öleinfuhr steigt mittlerweile um neun Prozent jährlich.

Der Sudan gilt heute als Ölland mittlerer Größe, vergleichbar mit Brunei und Kolumbien. 1978 war *Chevron* im Südsudan fündig geworden, danach erschlossen *Chevron* und *Total* diese Erdölvorkommen. Nach Rebellenangriffen zogen sich beide Konzerne um 1984 zurück, *Total* behielt aber seine Rechte bis heute, ohne sie zu nutzen. *Chevron* wurde 1989 von der Regierung gezwungen, seine Rechte an die kanadische Firma *Talisman* und an die jeweils staatlichen Firmen *China National Petroleum Company* (CNPC), *Petronas* (Malaysia) und die sudanesische *Sudapet* zu verkaufen. Im Herbst 2002 veräußerte *Talisman* auf öffentlichen Druck hin [dazu gehörte auch der »Report of an Investigation into Oil Development, Conflict and Displacement in Western Upper Nile« vom Oktober 2001 – siehe *Quellen*] seine Rechte an die indische Firma *Videsh*. 1997 hatte die Zentralregierung Bohrrechte an den schwedischen Konzern *Lundin Oil AB* vergeben. Auch dieser verkaufte 2003 an die malaysische *Petronas* und die indische *Videsh*. Heute sind alle Bohrrechte in chinesischer, malaysischer, indischer und (zum kleinen Teil) sudanesischer Hand, außer den ungenutzten Rechten von *Total*.

Die französische Ausgabe von *Le Monde Diplomatique* berichtete im Dezember 2002, dass die Chinesen bei ihren Erschließungen im Sudan eigene Strafgefangene einsetzen und dass erst die Kombination dieser Besonderheit mit kanadischer Ingenieurleistung (*Talisman-Corporation*) die Finanzwelt von der Seriosität der sudanesischen Erschließungspläne überzeugt hat.

Im Sommer 1999 begann die Förderung im großen Stil – nach der Fertigstellung der Pipeline von den Ölfeldern im Süden zum Exporthafen Port Sudan am Roten Meer (und zur Raffinerie in Khartum). Seither wuchs die sudanesische Ölproduktion auf 240 000 Barrel im Jahr 2002 und auf 271 000 im Jahr 2003. (Zum Vergleich: Saudi-Arabien und Russland fördern täglich bis zu acht Millionen Barrel.) Dieses Jahr soll sie auf 345 000, im Jahr 2005 auf 500 000 Barrel gesteigert werden. Ein erheblicher Teil dieser Steigerungen soll aus Süddarfur und dem angrenzenden Westkordofan kommen. Dort hat die sudanesische Regierung eine Erdölkonzession an die staatliche *China National Petroleum Corporation CNCP* vergeben (für ein Ölfeld mit angeblich 900 Mio. Barrel Reserven), dasselbe Unternehmen hat zudem eine Konzession im Westen und im Süden Darfurs. Ende Juli 2004 wurde eine dritte an Firmen aus Frankreich, Großbritannien, Russland, China, Malaysia und den Vereinigten Arabischen Emiraten vergeben.

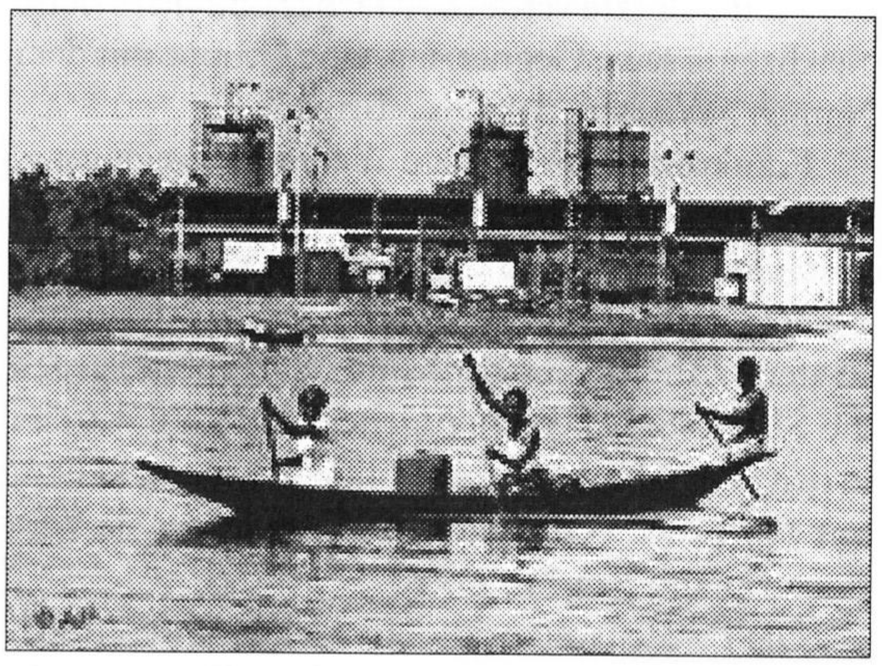
Seit 2000 ist die Raffinerie bei Khartum in Betrieb, bisher überwiegend für den inländischen Bedarf. Im Juni 2004 wurde beschlossen, eine 700 Kilometer lange Pipeline von der dann erweiterten Raffinerie nach Port Sudan zu bauen, um auch Raffinerieprodukte zu exportieren (chinesisches Projekt).

Die Öleinnahmen machten 2001 bereits 42 Prozent der Staatseinnahmen aus, davon gingen 60 Prozent in die Rüstung. 2001 lieferte Russland 22 gepanzerte Kampffahrzeuge und 2002 zwölf Kampfhubschrauber. Belarus verkaufte14 großkalibrige russische Artilleriesysteme an die Zentralregierung. Im Jahr 2000 hatte Baschir den Aufbau einer eigenen Waffenindustrie angekündigt. Seither hat China drei Rüstungsfabriken gebaut.

»Bamboo liegt in einer Gegend mit niedrigem Risiko...«

Die Zentralregierung hatte nie ausreichende Kontrolle über die Gebiete, in denen Öl gefunden wurde und hat von Anfang an die ansässige Bevölkerung vertrieben, um Sicherheitszonen um die Erdölfelder einzurichten. Man hat dabei wohl aus Nigeria gelernt; dort gelingt es der Regierung trotz aller Massaker nicht, das Erdölproletariat (Zusammenhang von in der Ölproduktion selber Beschäftigten, Transport- und DienstleistungsarbeiterInnen und BewohnerInnen) entscheidend zu besiegen. Zur Strategie gehört im Sudan z.B. auch, dass kein »Südländer« auf den Ölfeldern arbeiten darf. Am ehesten bekommt man eine Vorstellung, wie Ölförderung im Südsudan vor sich geht, aus dieser Beschreibung einer Bohrstelle: »Wie verwundbar ist eine Bohrstelle? Das kommt vor allem drauf an, wo sie liegt. Bamboo [Name einer Bohrstelle] liegt in einer Gegend mit niedrigem Risiko. Deshalb wird sie nur von 50 Regierungssoldaten geschützt, die in Zelten leben außerhalb der 'Böschung' [ein 2,50m hoher Schutzwall, der eine Fläche von 100mx100m umschließt, auf denen der Bohrturm steht]. Bäume und Unterholz sind in einem Umkreis von 150m gefällt worden, an jeder Ecke steht eine Wache. Der Wall ist hoch genug, damit die Maschinen im Inneren von Gewehren und kleinen Waffen nicht getroffen werden können, die Zufahrt sollte S-förmig sein, so dass man nicht direkt ins Innere schießen kann... Am Fuß des Bohrturms sind schwere Maschinen in einer Art zusammengestellt, dass alle Angestellten dort Schutz finden können. Es werden regelmäßige Übungen abgehalten, um sicherzustellen, dass jeder innerhalb von 30 Sekunden dort ist. Bei Vollbetrieb arbeiten etwa 50 Personen rund um die Uhr auf der Bohrstelle, nachts mit Flutlicht...« (aus dem Bericht von 2001). Das gilt für eine Gegend mit niedrigem Risiko. In einer Gegend mit hohem Risiko ist der Wall drei Meter hoch, die Bohrstelle wird von mindestens 400 Regierungssoldaten bewacht, diese haben MGs, die auf vierradgetriebenen PKWs montiert sind, usw..

Die Ölmultis werden aber nicht nur auf diese Weise militärisch beschützt. Viel schlimmer ist, dass die Regierungstruppen die Infrastruktur der Ölfirmen für ihre Vertreibungspolitik benutzen können: Straßen für den Nachschub, Landebahnen für Antonovflugzeuge, mit denen Dörfer bombardiert werden. Die mit MGs ausgestatteten Hubschrauber starten und landen auf den militärisch gesicherten Ölfeldern. Im Mai 1999 griff die Zentralarmee verbliebene Dinka-Dörfer im Ölfördergebiet mit Antonow-Bombern und Kampfhubschraubern an, dann mit gepanzerten Fahrzeugen. Kampfhubschrauber, Artillerie und Bomber wurden ebenfalls im April 2000 im Konzessionsgebiet eingesetzt. Berittene Milizen verwüsteten, was übrig blieb.



Aufstand und Vertreibungspolitik im Südsudan

1983 gründete der von der Regierung zur Niederschlagung von Aufständen im Süden entsandte Oberst John Garang die SPLM/A, die sich bis 1986 als Guerilla im Süden festigte. Von 1987 an konnte sie zu konventionellen militärischen Taktiken übergehen und eroberte bis 1991 (mit der Unterstützung Äthiopiens) beträchtliche Gebiete. 1989 putschte sich Baschir in Khartum an die Macht und brutalisierte den Krieg gegen die SPLA, den er zum »Heiligen Krieg« erklärte. Die militärisch schwache Zentralregierung rekrutierte unter den Nomaden des Nordsudan Milizen, vor allem Reiter. Diese erhielten Waffen und die Zusage, im Süden ungestraft Rinder und Frauen stehlen zu können. Damit wurde die soziale Struktur des Südsudan und angrenzender Gebiete in den 90er Jahren tiefgreifend zerstört. Beide Seiten setzten u.a. Hunger gezielt als Kriegswaffe ein. Eine »Kriegsökonomie« entwickelte sich.

Das Zeitalter des billigen Erdöls ist höchstwahrscheinlich vorbei.

Die bekannten großen Ölfelder – die 14 größten liefern über 20 Prozent des weltweiten Ölbedarfs – haben ihre Spitzenkapazität überschritten, ihre Förderleistung sinkt. Die Ölmultis kaschieren das, um Bohrkonzessionen und neue Ölfelder so billig wie möglich kaufen zu können. In letzter Zeit mussten aber einige die gefälschten Zahlen über angeblich »gesicherte Vorräte« drastisch nach unten korrigieren. Weil der Produktionsverlauf eines Ölfelds der Form einer Glocke gleicht, wird die Sache noch dramatischer. Ist der Höhepunkt überschritten, wird es immer schwieriger und teurer, das restliche Öl zu fördern. Die größten Ölfelder in Kolumbien, der Nordsee und Russland haben diesen Punkt alle schon überschritten, das größte Ölfeld der Welt, Ghawar in Saudi-Arabien, liefert fast 60 Prozent des saudiarabischen Öls, ungefähr 4,5 Millionen Barrel täglich. Früher sprudelte das Öl von alleine aus dem Boden. Heute müssen sieben Millionen Barrel Salzwasser pro Tag hineingepumpt werden, um die Fördermenge aufrechtzuerhalten! Wenn man zu diesen physikalischen Gegebenheiten die politischen und sozialen Probleme der Erdölförderung im Irak, Saudi-Arabien, Nigeria und Venezuela dazu nimmt, über die wir in den letzten Heften berichtet haben, wird die Dramatik des Wettlaufs um die Ölfunde in Afrika deutlich.

1991 verlor die SPLM/A durch den Sturz Mengistus die Unterstützung Äthiopiens. Außerdem gelang es der Regierung, einige Rebellenführer auf ihre Seite zu ziehen, 1991 spaltete sich die SPLM/A. Der Nuer Dr. Riek Machar und der Dinka Dr. John Garang spielten ungeniert die ethnische Karte und lösten damit einen brutalen Krieg zwischen Nuer und Dinka aus. Die Regierung unterstützte verdeckt Machar und finanzierte gleichzeitig seine Gegner, u.a. eine Gruppe mit dem Namen »Wächter des Öls«-Brigade.

Frankreich unterstützte die Zentralregierung, stellte den Machthabern in Khartum u.a. Satellitenbilder zur Verfügung und ermöglichte es der Armee, vom Territorium französischer Klientelstaaten (Zaire, Zentralafrikanische Republik) gegen die SPLA-Rebellen vorzugehen. Letztere wurden in den 90er Jahren von Israel militärisch unterstützt, seit 1996 auch von den USA (Garang gilt als Vertrauensmann Washingtons).

Die Friedensverhandlungen wurden wesentlich durch den Druck der USA auf die Regierung in Khartum, aber auch auf die SPLM/A eingeleitet. Bis Mitte der 90er Jahre hatten sich die USA nicht sonderlich für den Konflikt interessiert, doch seit Ende der 90er Jahre engagieren sie sich für dessen Beilegung (1999 begann der Erdöl-Export). Aufgrund des Embargos können US-amerikanische Firmen nicht am Ölboom im Sudan teilhaben, eine Lösung des Konfliktes würde ihnen den profitablen Wiedereinstieg ermöglichen. Außerdem fanden christlich-evangelikale Lobbygruppen in den USA, die im Sudan mit großen Anstrengungen missionieren, offensichtlich bei dem ihnen nahe stehenden George W. Bush ein offenes Ohr... Im Januar 2000 begannen Gespräche zwischen den Bürgerkriegsparteien, im Verlauf des Jahres 2001 gelang es der SPLA mehrfach, Bohrtürme anzugreifen, im Oktober 2002 wurde ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, im Mai 2004 ein Friedensabkommen vereinbart. Nach einer sechsjährigen Übergangsperiode sollen die Südsudanesen über den Verbleib beim Sudan oder die Gründung eines unabhängigen Staates abstimmen dürfen. In einem Web-Artikel macht das Österreichische Verteidigungsministeriums bereits die Perspektive auf: »Damit könnte um das Jahr 2010 ein neuer, rund 630 000km² großer Staat in Afrika mit bedeutenden Ölvorkommen entstehen.«

Die Reiter der Ölmultis

»Janjawid« ist eine Verballhornung der arabischen Wörter »jinn«, Geist oder Dämon, und »jawad«, Rennpferd. Im Sudan hat es Tradition, dass die Zentralregierung arabisierte, islamische Nomaden aus dem Norden auf sesshafte Stämme im Süden (mit animistischen und christlichen Religionen) hetzt. Neu an der Situation in Darfur ist, dass Muslime gegen Muslime mobilisiert werden. Die »neuen Janjawid«, die seit 2003 in Darfur wüten, sind hauptsächlich Kamelnomaden, die in den vergangenen Jahren mehr und mehr nach Süden und bis in die Nähe der Bauerndörfer vorgedrungen sind. Grund ist der Wassermangel und die Versteppung ihrer Weiden, aber auch die riesigen landwirtschaftlichen Projekte der sudanesischen Regierung, die zerstörerischen Intensivanbau auf den empfindlichen Savannenböden betreibt. Die kriminellen Aktivitäten verheißen einen Ausweg aus der Armut.

Die »neuen Janjawid« sind nicht mehr so einfach »ethnisch« zu definieren. Laut UNO und *Human Rights Watch* haben sie auch Fremde in ihre Reihen aufgenommen – frühere Widerstandskämpfer aus dem Tschad oder gewöhnliche Kriminelle aus anderen afrikanischen Ländern. Es sind schlicht Proletarier, denen die sudanesische Zentralregierung Waffen gibt, einen Auftrag erteilt und eine hohe Belohnung verspricht – nur müssen sie sich diese selber holen.

Bürgerkrieg in Darfur

Darfur liegt im Westen Sudans, ist knapp anderthalbmal so groß wie Deutschland, in den letzten 20 Jahren hat sich die Einwohnerzahl auf sechs Millionen verdoppelt. Darfur besteht aus den drei Bundesstaaten Nord-, Süd- und West-Darfur. Die nördliche Hälfte gehört zur Sahelzone und wird von Nomaden bewohnt, die von ihren Kamelherden leben. Im Zentrum und im Süden, außerhalb der wasserreichen Bergregionen, siedeln Bauern und ziehen Viehzüchter mit Rinderherden herum. Die meisten »afrikanischen« Stämme leben von der Regenfeldwirtschaft (darunter die Fur, nach denen die Region benannt ist). Darfur ist Siedlungsraum vieler Stämme, die sich alle zum Islam bekennen, wobei eine Minderheit, überwiegend Nomaden, Arabisch spricht. Die Gegend ist reich an Bodenschätzen (Gold, Kupfer, Antimon, Blei, Eisen), in letzter Zeit wurde Erdöl gefunden.

Seit Februar 2003 liefert sich die SLA Gefechte mit Regierungstruppen. Seither sollen 10-30 000 Menschen (Fur, Zaghawas und Masalit) von der Regierung und ihren Milizen ermordet worden sein. 700 000 flüchteten in andere Regionen des Sudan, weitere 110 000 in den benachbarten Tschad. Berichte aus dem Kampfgebiet sprechen von brennenden Dörfern, umfassender Verwüstung und Plünderung.

Die Krise in Darfur begann Mitte der 80er Jahre mit einer Dürre- und Hunger-Katastrophe. Von 1985 bis 1988 führten die Fur einen erbitterten Krieg mit »arabischen« Stämmen, die zu Überfällen auf ihre Dörfer aufgehetzt worden waren. Während der 90er Jahre erlebten alle drei Darfur-Staaten wiederholt regionale Kriege. In den meisten Fällen gingen die Angriffe von arabischen Stämmen aus. Von 2001 an häuften sich die Angriffe. Plünderungen und Viehdiebstahl blieben ungestraft, woraus die Opfer den Schluss zogen, dass die wiederholten brutalen Übergriffe Teil eines Plans zur »ethnischen Säuberung« seien. Zugleich wuchsen im Anschluss an schwere bewaffnete Zusammenstöße auch in Nord-Darfur die Spannungen zwischen den Bauern und den »arabischen« Nomaden.

Die im Jahr 2000 gegründete Darfur-Befreiungsfront (DLF) gab am 25. Februar 2003 das Signal zum allgemeinen Aufstand. Sie stützte sich auf Selbstverteidigungsmilizen in den Dörfern der Fur. Um zu zeigen, dass sie auch andere »afrikanische« Stämme repräsentierte, benannte sie sich im März 2003 in Sudanesische Befreiungsarmee (SLA) um. Die Rebellion war gut vorbereitet. Die SLA fuhr mit Toyota-Geländewagen, bestückt mit russischen Duschka-Maschinengewehren, Angriffe gegen Polizeistationen und Militärgarnisonen. Ihre

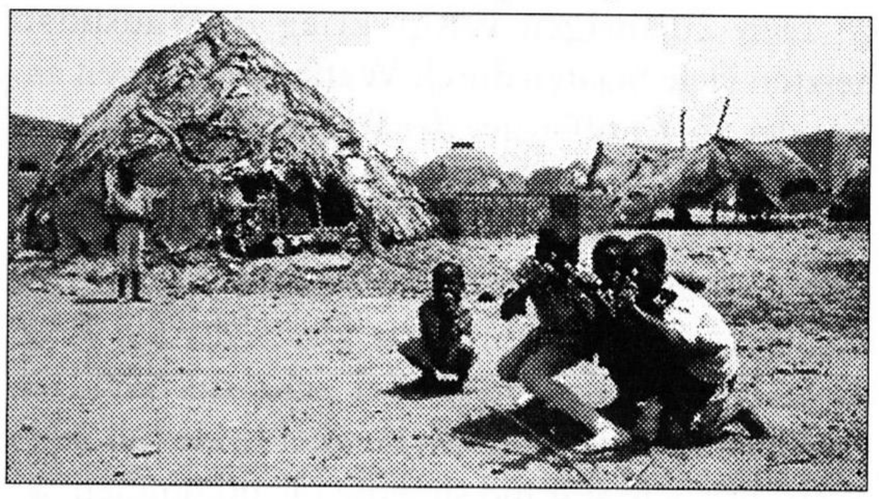
Kämpfer waren mit Kalaschnikows, Granatwerfern und Panzerfäusten bewaffnet, die Aktionen wurden über Satellitentelefone koordiniert. Auf diese Weise eroberten die Rebellen den Ort Gulu, wo sie ihr Hauptquartier einrichteten, sowie Tiné an der Grenze zum Tschad, zeitweise konnten sie die zweitgrößte Stadt Melleit erobern. Abdallah Abakkar, Militärchef der SLA, kannte sich bestens aus: 1990 hatte er zu den Kommandanten des siegreichen Feldzugs gehört, der von Darfur aus in den Tschad führte und in dessen Hauptstadt NDjamena den Zaghawa-Politiker Idriss Déby an die Macht brachte.

Die sudanesischen Regierungstruppen mussten eine Niederlage nach der anderen hinnehmen, und ihre Lage wurde prekär, weil die meisten Verbände im Südsudan im Einsatz waren und überdies viele Soldaten, die aus der Darfur-Region stammten, desertierten. Nur mit militärischer Hilfe des Tschad konnte die Regierung die Bedrohung eindämmen. Dazu verlegte sie Truppen aus dem Süden des Landes nach Darfur. Gaddafi versicherte, die klandestinen Lkw-Routen zwischen Libyen und Darfur dicht zu machen. Und im Tschad war Idriss Déby zur Zusammenarbeit mit der sudanesischen Armee im Grenzgebiet bereit. Doch die Grenzen in den Wüstengebieten waren nicht zu kontrollieren, und an Waffen mangelte es nicht in der Region. Am 25. April 2003 gelang der SLA eine spektakuläre Aktion: Sie besetzte den Flughafen von Al-Fascher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, und nahm einen Luftwaffengeneral gefangen.

Auf diese schwere Demütigung hin setzte das Regime in Khartum alle Provinzgouverneure in Darfur ab und ließ Würdenträger und Intellektuelle verhaften, die in Verdacht standen, mit den Rebellen zu sympathisieren. Eine Maßnahme war besonders folgenreich: Der neue Gouverneur von Nord-Darfur gliederte die Janjawid-Milizen in die Armee ein, stattete sie mit besseren Waffen aus und gewährte ihnen freie Hand in den Rebellengebieten. Die Aufständischen konnten weiterhin militärische Erfolge verzeichnen, sahen sich aber nun brutalsten Angriffen auf ihre Dörfer ausgesetzt.

Im Spätsommer 2003 nahm Baschir geheime Gespräche mit der SLA auf. Zustande gekommen waren sie durch Vermittlung des Präsidenten des Tschad, Idriss Déby, der seine guten Beziehungen zum sudanesischen Regime nicht durch eine weitere Verschärfung des Konflikts gefährden wollte. Bei diesen Gesprächen wurde ein Waffenstillstand bis Mitte Dezember vereinbart.

In Nord-Darfur war indes eine neue Gruppierung aktiv geworden: die Bewegung für Gleichheit und Gerechtigkeit (Justice and Equality Movement, JEM). Ihr Führer, Khalil Ibrahim, der zur Familie des Sultans von Tiné gehört, war Mitglied der islamistischen Partei von Hassan al-Turabi, der sich nach verlorenen Machtkämpfen 1999 mit dem Regime von Baschir überwarf und teilweise mit der SPLA zusammenarbeitet. Die JEM sieht sich als Interessenvertreterin eines »großen Zentral-Sudan« vom Roten Meer bis Darfur. Die sudanesische Staatsführung bezeichnet die JEM als verlängerten Arm der Islamisten. Und so ging der Krieg trotz des Waffenstillstands weiter. Auch die Janjawid unterzeichneten ihn nicht, sondern setzten ihre Überfälle fort – teilweise mit Unterstützung durch die Luftwaffe der Zentralregierung.



Nach Auslaufen des Waffenstillstands am 16. Dezember 2003 nahmen in der gesamten Darfur-Region die Kämpfe zu. Die Regierung hatte in der Zwischenzeit ihre Truppen verstärkt und ging nun zum Angriff über. Sie konnte einige Erfolge verzeichnen: SLA-Militärführer Abdullah Abakkar wurde getötet, der Armee gelang die Rückeroberung von Kulbus und Tiné, den wichtigsten Städten im Zaghawa-Gebiet. Zehntausende Frauen und Kinder flohen daraufhin in den Tschad. Erfolge hatten die Regierungstruppen auch im Süden, nur der Vormarsch in die Berge des Dschebel Marra scheiterte.

Am 9. Februar 2004 verkündete Baschir den »vollständigen Sieg« und das »Ende der Kampfhandlungen« – was sich als verfrüht erwies. Zwar kontrollierte die Armee Städte und Dörfer, doch die Kämpfe hielten an, die Massaker unter der Zivilbevölkerung gingen weiter: etwa am 27. Februar bei Tawila in Nord-Darfur oder am 7. März, als bei Wadi Salih in West-Darfur Janjawid-Milizen mehr als hundert Menschen ermordeten.

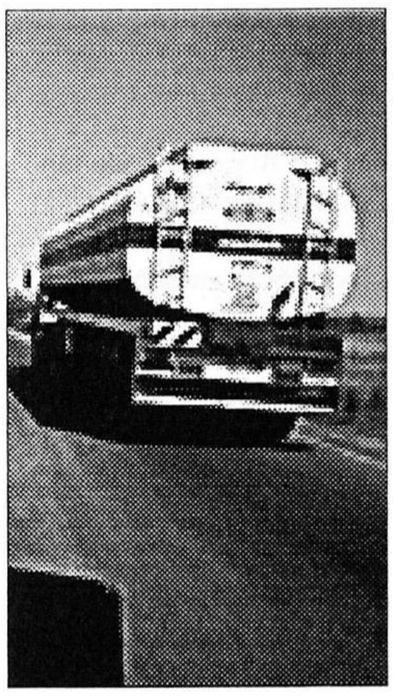
Humanitäre Intervention?

Im Sudan haben sich aus jahrhundertealten Konflikten zunächst regionale Aufstände gegen die Zentralregierung entwickelt. Diese Aufstände und die Gegenoffensiven der Regierung haben sich in den letzten 20 Jahren, zusammen mit den vielfältigen Interventionen von außen, zu einem Krieg neuen Typs um Ressourcen verändert, der Millionen Menschen das Leben gekostet hat, und aus dem viele Honig gesaugt haben: *warlords*, die Zentralregierung selber, die Ölmultis, die Nachbarstaaten, die Waffenlieferanten... Religiöse, kulturelle

Am 23. August begannen Friedensverhandlungen in der nigerianischen Hauptstadt Abuja zwischen der sudanesischen Regierung und den beiden Rebellengruppen. Am 28. August bescheinigte das Internationale Komitee vom Roten Kreuz der sudanesischen Regierung eine bessere Zusammenarbeit. Am gleichen Tag berichtete *Human Rights Watch* in New York, die sudanesische Armee würde weiterhin mit marodierenden Milizen zusammenarbeiten, diese würden sogar in Armee und Polizei übernommen. »Unsere humanitäre Arbeit macht unter den gegebenen Umständen gute Fortschritte«, sagte dagegen Harry Donsbach, Sudan-Referent bei World Vision Deutschland, am 8. September. Auch die UNO selber kann sich auf keine Einschätzung einigen: Kofi Annans Sondergesandter für den Sudan, Jan Pronk, konstatierte Ende August eine Abnahme gewaltsamer Übergriffe in Darfur. Es werde zwar »immer noch getötet, aber es gibt keinen Grund zu glauben, daß die Regierung dahinter steht«. Der bei der UNO für politische Angelegenheiten zuständige Tuliameni Kalomoh erklärte dagegen, daß wenig geschehen sei: »Bis heute haben wir keinen Beweis dafür erhalten, daß erste Schritte gegen die Milizen unternommen wurden.«

und ethnische Identitäten spielen dabei eine sehr wichtige Rolle zur Mobilisierung und Legitimierung – obwohl bzw. gerade weil die Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte die Bevölkerungsteile massiv durcheinandergewirbelt haben und der Krieg immer stärker zum gegenseitigen Abschlachten verarmter ProletarierInnen geworden ist. Das Übergreifen der militärischen Eskalation nach Darfur steht in auffälligem zeitlichen Zusammenhang mit der Vergabe von Ölkonzessionen an die chinesische *CNCP* am östlichen Rand des Bürgerkriegsgeschehens.

Den 20jährigen Bürgerkrieg im Südsudan heizten viele Staaten durch Waffenlieferungen an. Seit der Gegenoffensive der Regierungstruppen in Darfur wird aber über die Notwendigkeit einer »humanitären Intervention« diskutiert. Warum? »Humanitäre Interventionen« finden niemals aus humanitären Motiven statt. Das sieht die FAZ nicht anders: »Im Sudan ist sehr viel Geld zu verdienen«, hatte sie einen Artikel Ende Juli 2004 überschrieben. »Grund sind die Ölvorkommen des Landes [...] (Sie) belaufen sich nach vorsichtigen Schätzungen auf zwei Milliarden Fass... Die tägliche Fördermenge in Sudan liegt gegenwärtig bei 312 000 Fass Rohöl, Tendenz steigend...«



Quellen:

Aleksi Ylönen: Conflict, its Sources and Evolution: The Case of Sudan Revisited (April 2004)

Report of an Investigation into Oil Development, Conflict and Displacement in Western Upper Nile, Sudan (October 2001)

Christian Aid »The scorched Earth« (März 2001)

Thomas Immanuel Steinberg: »Teilen und Vertreiben – Blut für Öl im Sudan«
www.steinbergrecherche.com/sudan.htm
– ebenfalls erschienen in der jungen Welt vom 16. August 2004)

sehr viele Landkarten auf:
www.rightsmaps.com/html/sudmap1.html

Die internationalen Interessen

Der US-Regierung fehlt seit dem Desaster in Somalia 1992/93 ein Brückenkopf für die lückenlose militärische Einflussnahme in der Region und zur Eindämmung des Einflusses v.a. Chinas bei der Ausbeutung der Ölvorkommen.

Deutsche Konzerne sind am Bau einer 2500 Kilometer langen Eisenbahnlinie vom Süden Sudans über Uganda und Kenia zum Hafen Mombasa am Indischen Ozean beteiligt,deren Gesamtkosten auf drei Milliarden Euro geschätzt werden. Darüber sollen das Öl und andere Bodenschätze unabhängig von den vorhandenen Pipelines und an der Zentralregierung vorbei auf den Weltmarkt gelangen. Somit könnte sich der Süden mitsamt seinen Ölfeldern abspalten und die asiatischen Ölfirmen verlören ihr Monopol auf das sudanesische Öl. Für das Eisenbahn-Projekt hat die Oldesloer Firma Thormählen Schweißtechnik AG im Juli 2004 ein Abkommen mit der SPLA unterzeichnet. Agent des Deals auf sudanesischer Seite ist Dr. Riek Machar, der nach mehreren Kurswechseln inzwischen wieder zweiter Mann der SPLA ist.

Am 3. Juli hatte Kofi Annan bei seinem Besuch in Khartum mit der sudanesischen Regierung vereinbart, dass sie die arabischen Reitermilizen Janjawid und »andere bewaffnete gesetzlose Gruppen« innerhalb von 90 Tagen entwaffnet. Bereits 19 Tage später, am 22. Juli, verabschiedete der US-Kongress einstimmig eine Resolution, die von »Völkermord« in Darfur spricht und empfiehlt, »ernsthaft eine multilaterale oder sogar unilaterale Intervention zu erwägen«, also ein Vorgehen ohne UN-Mandat. Ende Juli verabschiedete der UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die der sudanesischen Regierung 30 Tage Zeit zur Entwaffnung der Janjawid-Milizen gab.

Mitte Juli war Außenminister Fischer im Sudan, als Staffette im Rahmen einer internationalen »Staffeldiplomatie«, mit der »Druck« gemacht werden sollte (Kofi Annan, Colin Powell, Joseph Fischer – Ende August dann Jack Straw). In seiner Delegation war auch Manuela Roßbach, Vorstand von »Aktion Deutschland Hilft«, die nach ihrer Rückkehr »betroffen an die deutsche Öffentlichkeit« appellierte, »die Menschen in Darfur nicht zu vergessen«: »Das Leid und die Entbehrung dieser Menschen sind unvorstellbar. Sie sind geflohen mit dem, was sie am Körper tragen....« (von der Website von ADH)

Es fällt auf, dass seit April mit den gleichen Bildern und den gleichen Zahlen (!) für eine Intervention getrommelt wird. Bereits im Frühsommer war der allgemeine Tenor: »Wir müssen sofort was tun, sonst eskaliert die Situation innerhalb von wenigen Wochen!« Im September wird noch immer das gleiche behauptet. Fakten sind dabei zweitrangig, so stellte die *Welt* am 5. September den Bürgerkrieg in Darfur als religiösen Konflikt zwischen christlichen (!) Bewohnern und islamischer Zentralregierung dar, benutzte aber wie selbstverständlich den Begriff »Völkermord«. (Würde ein UN-Gremium diesen Tatbestand feststellen, ergäbe sich nach der UN-Charta automatisch eine Verpflichtung zum Eingreifen.)

Es lassen sich drei Interessengruppen ausmachen: China ist der größte ausländische Investor in der sudanesischen Erdölbranche, chinesische Firmen haben bereits mehrere Milliarden Euro in Förderanlagen investiert. China, Russland und einige Nachbarländer des Sudan lehnen deshalb eine Einmischung von außen ab. Deutschland, Frankreich und einige Nachbarstaaten machen dagegen gute Geschäfte mit den »Befreiungsbewegungen« im Südsudan; sie üben Druck auf die Zentralregierung aus und bereiten die Abspaltung des Südens vor. Deutsche Firmen sind aber auch mit der Zentralregierung gut im Geschäft. Aufgrund des Embargos der US-Regierung gegen den Sudan gehen US-Firmen bisher leer aus. Diese Konstellation erinnert fatal an den Irak, wo US-Firmen ebenfalls erst durch einen Krieg ans Öl – und an Wiederaufbau-Aufträge – herankommen konnten. ■

Wildcat

Back Issues.

Wildcat 70 (Sommer 2004)

Operaismus Vom Schimpfwort zum toten Hund – Storming Heaven – FIAT in Arbeiterhand

Streik in der Musterfabrik FIAT Melfi

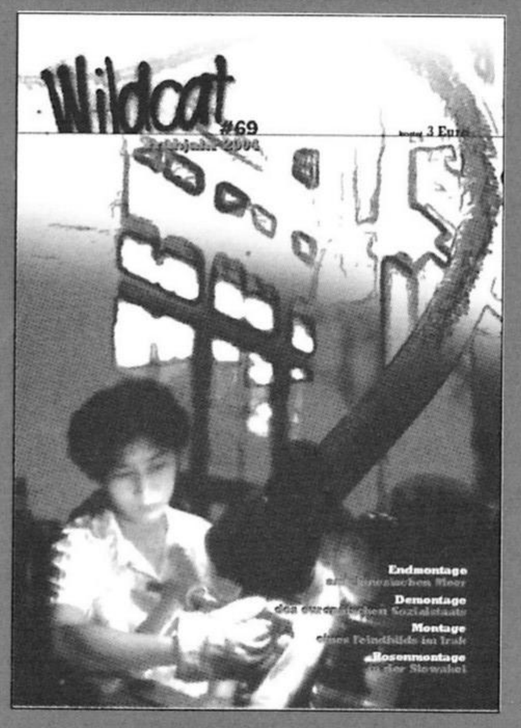
SUD Von der Unmöglichkeit radikaler Gewerkschafterei

Dead End im Irak

Verlagerungen nach Osten? Tschechien – Rumänien

Musik statt Industrie Moers 2004 – Industrial Music – DMCA on Steroids

Buchbesprechungen Joe Hill, die IWW und die revolutionäre Gegenkultur – The Art of Rebellion – The many headed Hydra



Wildcat 69 (Frühjahr 2004)

Prekarisierung: Angriffe von oben – Widerstand von unten? Mindestlöhne sind Minilöhne · Berichte aus der Ausbeutung

Soziale Explosion in der Ostslowakei

StudentInnen – zwischen Standortlogik und Wir wollen alles

Prekär am Steuer – Streiks und Aktionen der Busfahrer in Köln · Leverkusen · Italien

China: das Fließband läuft. Noch.

Krieg und soziale Kämpfe im Irak

Pop-Mythen adieu! · Alles Pop · Filmbesprechung Faites vos jeux · Making Music is killing music? Die Krise der Musikindustrie

Wildcat 68 (Januar 2004)

Prekarisierung – Strategie oder Krisensymptom? · Praktikum, Jobclub, Leiharbeit, Ich-AG · Interview mit www.chefduzen.de

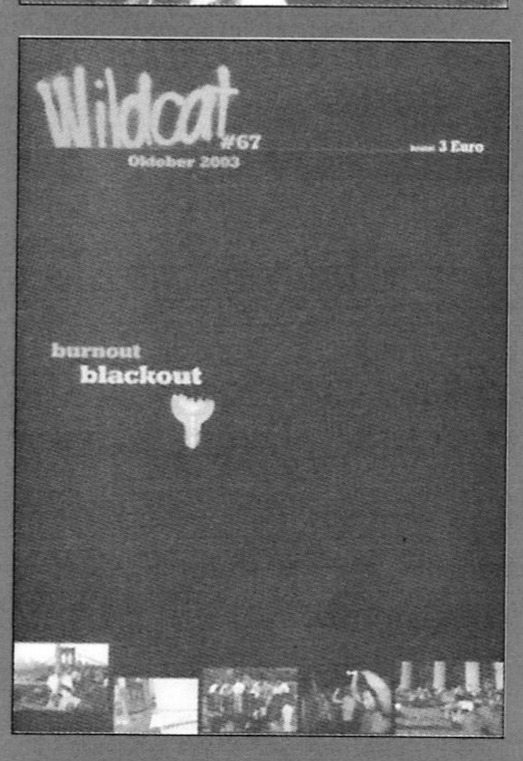
Lateinamerika · Aufstand in Bolivien · **Beilage zur besetzten Fabrik Zanon in Argentinien**

Streiks in Italien, GB, Griechenland, Österreich, Belgien und Deutschland

Krise · Die Widersprüche des US-Booms · Das Ende des EU-Stabilitätspakts · USA / China – die Lunte glimmt

Blackout – Chaos im Energiesektor

ElexirA · LKW-Fahrer in New York · IT-(Nicht-)Arbeit



Wildcat 67 (Oktober 2003)

Lohnsenkungen und Rationalisierung in der »Weißen Fabrik« · Gesundheitsreform 2003 · Arbeitsplatz Krankenhaus · Die Krankenhäuser in Frankreich

Bubbles, Defizite, Rezession · Fiktives Kapital · Die ArbeiterInnen und die Globalisierung · Das Bruttoweltprodukt seit dem Zweiten Weltkrieg

Weiterbildung in der Krise

How they do it · Reggae zwischen Schmelztiegel und Essenzialismus · Nach Adorno: Grenzen und Nebenwirkungen der Kritischen Theorie

Impressum

Eigendruck im Selbstverlag
V.i.S.d.P.: P. Müller

wildcat

Abo: 6 Ausgaben für 15 Euro – Förderabo 30 Euro – Einzelheft 3 Euro – aktuelles Heft für Weiterverkäufer: 8 Exemplare für 10 Euro (Ausland 16 Euro) – alle Preise incl. Porto.

Bestellung per

Brief: Shiraz e.V.
Postfach 30 12 06
50782 Köln

eMail: versand@wildcat-www.de

oder das Aboformular auf der Webseite.

Regionale Kontakte

freiburg@wildcat-www.de
leipzig@wildcat-www.de
koeln@wildcat-www.de
potsdam@wildcat-www.de
stuttgart@wildcat-www.de
wiu@wildcat.rhein-neckar.de

Archiv und Aktuelles

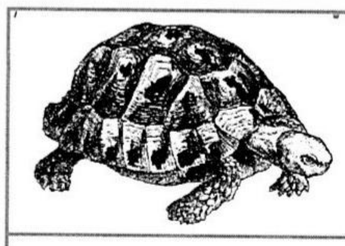
www.wildcat-www.de

selbstorganisiert
kämpferisch
solidarisch

[eine andere gewerkschaft ist möglich]

FAU★IAA
Freie ArbeiterInnen Union

Postfach 2763 | 48014 Münster | geko@fau.org | www.fau.org



In der aktuellen Ausgabe (8/04) u.a.:

- »Obszönes (Fuß-)Volk«, Interviews mit Bernd Gehrke, Renate Hürtgen u. Klaus Wolfram z. den Montagsdemonstrationen
- »Hartze Zeiten«, oder: wer vier sagt, muss auch rechnen können
- Ena Bonar: »Vorwärts und oft vergessen – die Solidarität!«, zu den Bündnissen gegen Hartz IV u.a. Sozialkürzungen
- Torsten Bultmann: »Wettbewerb von der Wiege an«, Hochschulumbau u. Transformation der gesell. Wissensproduktion
- »Kettenreaktion?«, zum »Aufstand der SPD-Anständigen«
- »Einheit gegen Attacke«, einhellige Reaktion französischer Gewerkschaften auf den Angriff auf das Streikrecht

○ Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar
○ Ich möchte die nächsten 4 aktuellen Ausgaben zum Preis von 10 Euro (gg. Vk.)

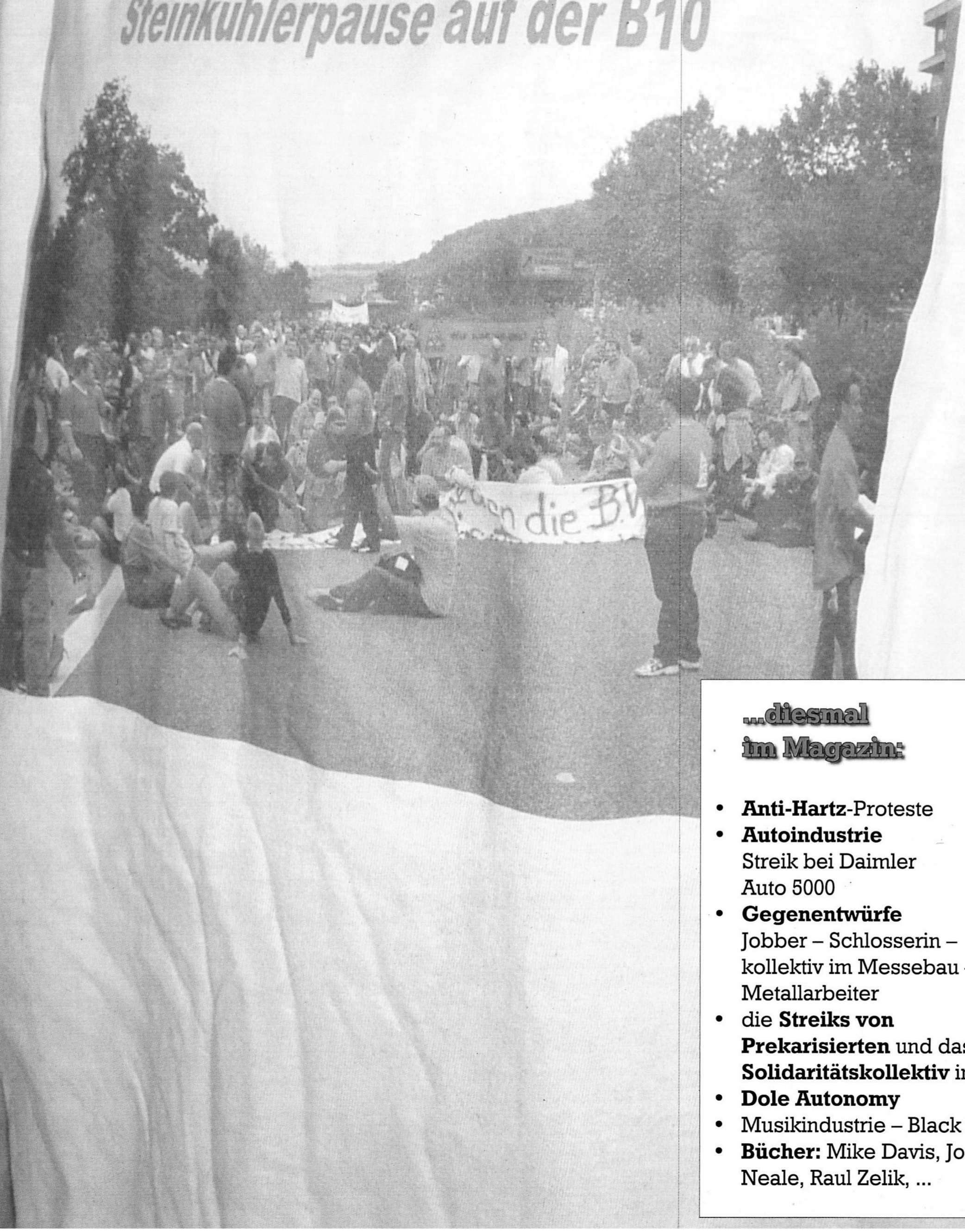
PF 10 20 62
63020 OFFENBACH
Tel. (069) 88 50 06
Fax (069) 82 11 16
Email: express-afp@t-online.de

express

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE BETRIEBS- & GEWERKSCHAFTSARBEIT

Wildcat

Steinkühlerpause auf der B10



...diesmal im Magazin:

- **Anti-Hartz**-Proteste
- **Autoindustrie**
  Streik bei Daimler
  Auto 5000
- **Gegenentwürfe**
  Jobber – Schlosserin –
  kollektiv im Messebau –
  Metallarbeiter
- die **Streiks von Prekarisierten** und das **Solidaritätskollektiv** in Paris
- **Dole Autonomy**
- Musikindustrie – Black Music
- **Bücher:** Mike Davis, Jonathan Neale, Raul Zelik, ...